

ISS AKTUELL



Herwig Jedlaucnik (Hrsg.)

Zur strategischen Lage

Jahresbeginn 2016

Globale Akteure und internationale Organisationen



Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Jänner 2016

Druck

HDrukZ-ASt Stift xxxx/15
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Vorwort

Wie schon in den letzten Jahren gewohnt, legt das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) der Landesverteidigungsakademie (LVAK) wieder einen Überblick zur aktuellen strategischen Lage vor. Diese Zusammenfassungen sollen einen Rückblick auf die Ereignisse des vergangenen Halbjahres bieten und laufende Entwicklungen in größeren Zusammenhängen analysieren, damit aber auch eine Einschätzung möglicher künftiger Abläufe ermöglichen. Dabei geht es uns um eine kurze, aber prägnante Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte unter Berücksichtigung regionaler Zusammenhänge.

Der letzte derartige Überblick erschien im Juli 2015; die einzelnen Beiträge des vorliegenden Berichts wurden im Laufe des Jänners 2015 fertig gestellt. Auf einen einheitlichen Stichtag haben wir bewusst verzichtet, um möglichst aktuell bleiben zu können.

Die Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lag wieder in den bewährten Händen von Oberstleutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Herwig Jedlaucnik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben den Angehörigen des ISS (Dr. Rastislav Báchora, der derzeit dem Büro für Sicherheitspolitik dienstzugeteilt ist, Dr. Gerald Brettner-Messler, Dr. Gunther Hauser, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Otto Naderer, Dr. Thomas Pankratz und Dr. Felix Schneider) möchte ich Oberst des Generalstabdienstes Mag. Franz Sitzwohl (Abteilung Militärpolitik) sowie Lukas Bittner, BA (vom Büro für Sicherheitspolitik) nennen und für ihre Mitwirkung danken. Einen ganz besonderen Dank schulden wir Dr. Felix Schneider, der neben seiner wissenschaftlichen Mitwirkung, alle Beiträge - unter wie gewohnt übermäßigem Zeitdruck - lektoriert hat. Für die Administration und Verteilung sorgte wie immer Major Wolfgang Gosch.

Wie auch bisher üblich, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVAK.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Inhaltsverzeichnis.....	2
Die strategischen Herausforderungen eines schwachen Europas	6
USA – einzig global wirksame Macht	6
Der indo-pazifische Raum.....	6
Das strategische Umfeld Europas	6
Der sunnitisch-schitische Konflikt.....	7
Islamischer Extremismus und Terrorismus in Europa.....	9
Strategische Irrelevanz der GSVP	9
Innere Entwicklung der EU	11
Konsequenzen für Europa	11
Die westliche Welt	12
Weltmacht USA.....	12
National Military Strategy 2015.....	12
Strategisches Umfeld im Wandel.....	13
Das militärische Umfeld der USA	13
Integrated Military Strategy.....	14
NMS 2015: Fazit.....	14
US-Wahlkampf 2016.....	15
Barack Obamas letzte State of the Union-Address, 12. Januar 2016	17
Europa und die EU.....	20
Die Flüchtlings- und Migrationskrise.....	20
EUNAVFOR Operation „Sophia“	21
„Brexit“ – Einigung bis Februar 2016?	21
Terror in Paris – Frankreich im Ausnahmezustand	22
Die EU im Beistand zu Frankreich	23
Deutschland entsendet 1.200 Soldaten in Richtung Syrien	24
Großbritannien: Luftangriffe gegen den IS	25
Neues Antiterrozentrum bei Europol.....	25
Dänemark: Stopp für Ausnahmeregeln bei der EU-Justizkooperation.....	26
Siege nationalistischer Parteien – der FN.....	26
Polen: Erfolg der PiS	27
Sicherheitspolitische und strategische Konsequenzen europäischer und nationaler Flüchtlingspolitik	28
Historische Migrationsbewegungen	28

Auslöser der Flüchtlingskrise	28
Primäre und sekundäre Push-Faktoren	28
Pull-Faktoren	29
Europa versus Nationalstaaten	30
Maßnahmen auf europäischer Ebene	31
Wirtschaftliche Konsequenzen der Flüchtlingskrise	31
Innenpolitische und gesellschaftspolitische Aspekte der Flüchtlings- und Migrationspolitik	32
Political Correctness und politischer Diskurs	34
Integrationspolitische Problemstellungen	34
Der Islam und Europa	35
Entwicklung eines "Euro-Islam" oder "erneuerten Islam"	35
Fazit und Ausblick	36
Die NATO und ihre Partner	38
Readiness Action Plan	38
Türkei/Syrien	38
Luftraumüberwachung und Raketenabwehr	39
Afghanistan	39
Partner	40
Ukraine	40
Georgien	40
Schweden und Finnland	40
Montenegro	40
Serbien	40
Bewertung	41
Ausblick	41
... und ihre Partner und Herausforderer	42
Russland und der zentralasiatische Raum	42
Russlands Machtbasis – Allianzen in Zentralasien	42
Die „taktische Wende“	43
Isolation vs. Partnerschaft	44
EU-Sanktionen und wirtschaftliche Entwicklung	45
Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	46
Seestreitkräfte und Marinedoktrin	46
Russischer Militäreinsatz in Syrien	47
Neue russische Sicherheitsstrategie	47
Ausblick für 2016	48

Der indopazifische Raum	50
Japan: Neue Verfassung und alte Lasten.....	50
Neue Wirtschaftsprojekte für Asien.....	50
Konflikt um die Freiheit der Meere	51
Streitkräftereform in China.....	52
Nordkorea: Neue Provokation durch Kim Jong-un	53
Cyber-Sicherheit: USA und China im Dialog.....	54
Indien – Pakistan: Versöhnungspfad mit Stolpersteinen.....	55
 Der Nahe Osten als globale Herausforderung	56
Einleitung	56
Nach Paris – internationale Koalition gegen IS?.....	56
Regionale und globale Interessen in „Syrak“	57
Der Iran nach dem Abkommen zur Beilegung des Atomstreits	58
Das zynische Spiel der Türkei	59
Israel zwischen dritter „Intifada“ und Isolation.....	60
Conclusio	61
 Rechts Schwenk in Lateinamerika?	62
Lateinamerika –alle gegen Venezuela?	62
Innerstaatliche Herausforderungen.....	62
Gewaltige Zahlen?.....	62
Erfolge im Drogenkrieg?	62
Papstbesuch mit Aussage!.....	63
Korruptionsfalle Lateinamerika!	63
Der Unmut nimmt zu und treibt auf die Straßen!	64
Katastrophen als Verstärker?	64
Kubaner auf der Flucht in die USA!	64
Zwischenstaatliche Herausforderungen	64
Wahlen – Winds of change?	64
Grenzen überschreiten?	65
Wirtschaftlicher Tiefflug	66
Herausforderungen für die Akteure	66
Aufräumen in Argentinien	66
Amtsenthebung in Brasilien?.....	67
Ausverkauf in Bolivien?	67
Streitkräfte für Haiti!.....	67
Ein erfolgreichere zweite Amtszeit in Chile?.....	67
Habemus Pacem in Kolumbien?	68
Kubas Ausweg?	68

Mexikos innere Krisen!	68
Humalas letzter Tanz?	69
Final Countdown für Maduro?	69
Ausblick für 2016	69
Afrika südlich der Sahara	70
Afrika als Spielplatz auswärtiger Einflüsse:	70
Afrikanische Konflikte und das Engagement der Vereinten Nationen	70
Aktuelle Missionen der Vereinten Nationen in Afrika	71
Die Konflikte in der Zentralafrikanischen Republik und in Burkino Faso	72
Nigeria – Regionalmacht und Konfliktschauplatz:	72
Die Republik Südafrika – regionale Macht und wirtschaftliche Schwäche	73
Angola als Mitglied des UN-Sicherheitsrates	74
Zwischen Naturschutz und Bürgerkrieg	74
Fragile Weltwirtschaft. Fakten und Trends zur globalen ökonomischen Entwicklung	76
Globale Geld- und Fiskalpolitik	76
Industriestaaten	77
Österreichische Wirtschaftsentwicklung	79
Verhandlungen zur Trans Pacific Partnership (TPP) abgeschlossen	80
Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer	81
BRICS-Staaten in der wirtschaftlichen Krise	82
Konferenzen und Abkommen	84
WTO-Treffen 18. – 19. Dezember 2015 in Nairobi (Kenia)	84
Weltklimakonferenz (COP-21) Paris 30. November - 13. Dezember 2015	85
Treffen der G-20 in Antalya (Türkei) vom 15. - 16. November 2015	85
Studien und Berichte	87
UNHCR, Halbjahresbericht 2015	87
Welthunger-Index 2015	87
Integrationsbericht 2015	88
Bericht über die Millenniumsentwicklungsziele 2015	88
Global Peace Index 2015	89
Bildnachweis	92
Autoren	96

Die strategischen Herausforderungen eines schwachen Europas

USA – einzig global wirksame Macht

Die USA ist weiterhin die einzige Macht, welche einen begrenzt-globalen Machtanspruch hat und die weltweit wirksam werden kann. Sie wird dabei nur von einzelnen Staaten regional herausgefordert. Die Dominanz der USA ist dabei weiterhin so signifikant, dass auch von einer begrenzt-multipolaren Sicherheitsarchitektur gesprochen werden kann. Das konfrontative Element überwiegt dabei gegenüber einzelnen kooperativen Elementen. Beachtenswert ist dabei auch, dass sich die USA in ihrer aktuellen Militärstrategie auch auf sogenannte revisionistische Staaten, welche die internationalen Normen herausfordern, als potentielle Gegner (re)fokussieren. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch China und Russland als solche Herausforderer betrachtet werden. Die USA untermauern damit wohl auch ihre Bereitschaft, Zielsetzungen vor allem im pazifischen Raum notfalls auch mit militärischen Mitteln zu verwirklichen.



US-Präsident Barack Obama

Auch auf wirtschaftlicher Ebene versucht die USA, ihre dominante Position abzusichern. Anfang Oktober 2015 haben die USA mit elf weiteren Pazifikanrainerstaaten die Verhandlungen über die Trans Pacific Partnership (TPP) positiv abgeschlossen. Derzeit werden überdies die Verhandlungen zwischen den USA und der EU über die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) fortgesetzt. Die USA verfolgen mit TPP und TTIP klare geo-strategische Ziele und versuchen ihre hegemoniale Position im Sinne einer Weltwirtschaftsordnung unter amerikanischer Führung, abzusichern. Beide Abkommen sind strategisch (auch) gegen die US-kritischen BRICS-Staaten gerichtet und sollen deren wirtschaftspolitische Möglichkeiten

einschränken. In diesem Sinne dient TPP zur Eindämmung von Chinas geopolitischer Machtposition im asiatisch-pazifischen Raum, TTIP zur strategischen Festigung der transatlantischen Beziehungen und Eindämmung Russlands.

Der indo-pazifische Raum

Chinas selbstbewussteres und aggressiveres Vorgehen im südchinesischen Meer hat die sicherheitspolitischen und strategischen Gegensätze mit den USA und seinen asiatischen Verbündeten unterstrichen. Die USA werden daher ihre Potentiale wohl weiter in den pazifischen Raum verschieben. Ergänzend zu seiner Machtpositionierung im eigenen maritimen Vorfeld baut China auch seine strategischen Verknüpfungen zu Russland und Zentralasien, aber auch Afrika und Südamerika systematisch weiter aus. Chinas nun langsamer wachsende Wirtschaft wird auch zu einer Verlangsamung des militärischen Potentialaufbaus im Vergleich zu den vergangenen Jahren führen. Mit wirtschaftlichen Problemen, vor allem von Entwicklungsländern, sind latent auch soziale und innenpolitische Unruhen verknüpft. Dies steigert aber wiederum die Gefahr, dass seitens einer geschwächten chinesischen Führung versucht werden könnte, den inneren Zusammenhalt durch nach außen wirkende nationalistische Aktivitäten zu stärken.

Das strategische Umfeld Europas

Da die USA ihr Schwergewicht in den pazifischen Raum verlagert haben, entstand im europäischen Umfeld ein gewisses Machtvakuum, das jedoch von Europa nicht ausgefüllt werden kann. Generell wird das strategische Umfeld Europas instabil und konfliktträchtig bleiben.

Das Österreich am nächstgelegene und von EU-Staaten umschlossene Krisengebiet des Westbalkans wird bei gleichbleibendem europäischem Engagement dennoch stabil bleiben. Eine alle Parteien zufriedenstellende Lösung für Bosnien Herzegowina, den Nordkosovo und FYROM ist jedoch nicht absehbar und damit ist eine aktive europäische Politik weiterhin notwendig.

Im Osten hat sich die EU in den letzten Jahren in eine konfrontative Situation mit Russland manövriert. Diese hat zwar keine unmittelbaren Auswirkungen auf die eigene Sicherheit, jedoch auf den strategischen Handlungsspielraum der Union. Der Streit über das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen und die damit zusammenhängende strategische Ausrichtung der Ukraine hat die ukrainische Bevölkerung zutiefst polarisiert und den ukrainischen Staat wirtschaftlich ruiniert. Angesichts ihrer inneren Überdehnung, der noch immer nicht vollständig erfolgten wirtschaftlichen

Erholung von der Finanzkrise und somit begrenzten finanziellen Mitteln wird die EU kaum in der Lage sein, die Ukraine dauerhaft zu stabilisieren. Es ist davon auszugehen, dass der militärische Konflikt in der Ostukraine zumindest eingefroren bleibt, um somit eine dauerhafte Lösung der ukrainischen Frage wider russische Interessen zu verhindern. Russland wird weiterhin das „nahe Ausland“ zu kontrollieren suchen, um dieses zur Vorfeldsicherung und räumlich-strategischen Tiefe nutzen zu können. Die durch das imperiale Erbe Russlands in diesen Staaten lebenden russischen Bevölkerungsgruppen bleiben dabei einerseits russisches Schutzobjekt, andererseits Faustpfand für ein eventuell notwendiges Eingreifen zur Absicherung russisch-strategischer Interessen. Dem stehen zumindest in einzelnen Staaten Ausdehnungstendenzen von EU und NATO entgegen. Unter diesen Voraussetzungen ist eine Rückkehr zu einer kooperativen EU-Russland-Beziehung schwierig. Eine positive Entwicklung wird wohl vom Pragmatismus beider Seiten abhängen. Russland bleibt jedoch trotz einer begrenzten Umorientierung Richtung China weiterhin für eine kooperative Beziehung mit Europa verfügbar.



US-Präsident Barack Obama mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin beim G-20 Treffen in Antalya (Türkei) am 15. November 2015

Russland selbst ist weniger wegen der westlichen Sanktionen, sondern auf Grund der niedrigen Ölpreise und versäumter Wirtschaftsreformen wirtschaftlich angeschlagen. Wirtschaftlich geschwächt sieht sich das ethnisch und religiös inhomogene Russland vom Islamismus besonders gefährdet. Russland versucht daher eine Stabilisierung islamistischer Gruppierungen im syrischen Raum mit allen Mitteln zu verhindern und hat daher auf Seite der syrischen Regierung in den Bürgerkrieg eingegriffen. Ergänzend ist auch zu beachten, dass nur eine Stabilisierung Syriens die langfristige Nutzung der Militärfrastruktur im Hafen von Tartus sicherstellt. Dieser ist immerhin der einzige Stützpunkt der russischen Marine im Mittelmeer. Auch

scheint eine aktive Mitwirkung an der Stabilisierung oder Befriedung des syrischen Raumes für Russland ein Weg zu einer neuen internationalen Positionierung zu sein. Der Waffengang in Syrien wird von Russland überdies genutzt, um seine eigenen militärtechnischen Fähigkeiten sowie seine (zumindest begrenzte) Machtprojektionsfähigkeit international unter Beweis zu stellen. Damit möchte es auch erreichen, als nicht zu umgehender Akteur berücksichtigt zu werden.

Im Süden sieht sich Europa einem vollkommen instabilen MENA-Raum gegenüber. Das westliche Eingreifen und der sogenannte Arabische Frühling haben zu massiven Umbrüchen in der Region geführt. Die westliche Perzeption, dass der Arabische Frühling ausschließlich eine Demokratisierungsbewegung ist bzw. war, ist eine Fehlbeurteilung. Real folgt in der arabischen Welt auf die Phase der Autokratie offensichtlich der politisierte Islam. In unmittelbarer Nähe Europas sind unter Mithilfe des Westens die staatlichen Ordnungen mehrerer Staaten zusammengebrochen. Durch den Zusammenbruch dieser arabischen Staaten hat der politisierte Islam einen enormen Aufschwung erfahren. Libyen, Jemen, Syrien und der Irak befinden sich im Bürgerkrieg bzw. sind nicht mehr in der Lage, die staatliche Ordnung in ihren Territorien sicherzustellen. Islamistische Gruppierungen sind dabei die wesentlichen Herausforderer der jeweiligen Staatsmacht. Libyen ist dabei bereits als failed state anzusehen, der das Potential hat, auch Nachbarstaaten zu destabilisieren. Auch sind in Libyen und aus Libyen heraus islamistische Milizen und Gruppierungen wirksam. Eine dauerhafte Lösung kann realistisch gesehen jedoch nur aus der Region selbst kommen. Die Erfolgsaussichten dafür sind aber nicht als sehr hoch einzuschätzen. Zu beachten ist dabei auch, dass die Masse der lokalen Bevölkerung keine westlichen Demokratievorstellungen hegt, sondern eine Islamisierung unterstützt. Dies zeigt sich auch in entsprechenden Wahlergebnissen.

Der sunnitisch-schiitische Konflikt

Gleichzeitig wird aber auch der innerreligiöse Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten immer intensiver und gewaltsamer geführt. Die religiöse Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten hat das Potential, die bisherige staatliche Ordnung im Nahen Osten zu verändern. Wie zumindest im Irak bereits teilweise vollzogen, ist mit einer Separierung der religiösen Gruppen sowie mit Bevölkerungs- oder Grenzverschiebungen zu rechnen. Der Nahe Osten wird dabei vornehmlich entlang religiöser Linien vollkommen neu strukturiert. Die Sykes-Picot-Linien könnten sich dadurch auch dauerhaft auflösen. Jedenfalls kommt es zu einer Entmischung ethnischer,

vor allem aber sunnitischer und schiitischer Bevölkerungsgruppen. Diese Konflikte erzeugen überdies massive Flüchtlingsbewegungen, die sich auch nach Europa auswirken.

Die Hauptakteure im sunnitisch-schiitischen Konflikt sind dabei einerseits die Türkei und Saudi Arabien, andererseits der Iran. Es geht überdies auch darum, wer die beherrschende Macht am Persischen Golf ist und damit die Herrschaft über eine der wichtigsten Ölregionen der Welt hat. Mit dem Iran und Saudi-Arabien stehen sich zwei der größten Öl-Nationen gegenüber, die derzeit rund 15 Prozent der globalen Ölproduktion kontrollieren. Sicherheitspolitisch besonders problematisch ist überdies, dass die USA bzw. der Westen mit Saudi-Arabien und der Türkei, Russland mit dem Iran verbündet sind.

Der Iran hat eine strategische Achse mit der schiitischen Regierung im Irak, Syriens Machthaber Baschar al-Assad, der libanesischen Hisbollah und Russland geschmiedet. Der derzeit wirtschaftlich etwas schwächere Iran wird nach Aufhebung der Sanktionen wirtschaftlich wieder rasch aufholen und in wenigen Jahren wohl potenter als Saudi-Arabien sein.

Um dies zu verhindern, könnte Saudi Arabien den Konflikt zuvor eskalieren lassen. Zuletzt war im saudisch-iranischen Konflikt die Exekution des bekannten schiitischen Geistlichen Nimr al-Nimr in Saudi-Arabien ein emotionaler Höhepunkt. Dieser folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien sowie einigen weiteren sunnitischen Staaten. Aber schon in den Monaten davor hatte die neue saudische Führung eine auch militärisch untermauerte Aggressionspolitik vollzogen. Saudi Arabien versucht sich als Führer der sunnitischen Staaten im Kampf gegen das Schiitentum zu profilieren. Dazu greift Saudi Arabien an der Spitze einer Gruppe sunnitisch dominierter Staaten seit März 2015 auch direkt in den Bürgerkrieg im Jemen ein. Logistische Unterstützung erhält es dabei auch durch die drei westlichen ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder. Mitte Dezember hat Saudi Arabien auch die Gründung einer sogenannten Anti-Terror-Allianz von 34 sunnitischen Ländern erreicht. Ende Dezember beschloss Saudi-Arabien überdies mit der Türkei eine engere strategische Zusammenarbeit zu verwirklichen. Dazu wurde auch ein gemeinsamer Rat gegründet, der sich unter anderem mit Sicherheitsfragen sowie verstärkter militärischer, politischer und wirtschaftlicher Kooperation befasst.

Saudi-Arabien verfolgt internationalen Beobachtern zufolge unter Führung von Königssohn und Verteidigungsminister Prinz Mohammed bin Salman Al Saud eine gefährliche Interventionspolitik und gefährdet damit die Stabilität in der arabischen Welt. Die absolutistische saudische Monarchie war zwar auch schon bisher von der eigenen Überlegenheit gegenüber

anderen Religionen und Gesellschaftsentwürfen überzeugt und hat diesen Überlegenheitsanspruch mit missionarischen Zielen verknüpft. Nunmehr geht Saudi-Arabien aber dazu über, den eigenen Machtbereich auch mit direkten militärischen Mitteln auszudehnen.

Darüber hinaus hat es schon in der Vergangenheit direkt und indirekt radikal sunnitische Gruppierungen unterstützt. Selbst der „Islamische Staat“ (IS) scheint dabei nur innerhalb der saudisch-arabischen Staatsgrenzen Gegner zu sein. Wahabismus und Salafismus – insbesondere der dschihadistische Salafismus – unterscheiden sich zwar durch die Akzeptanz bzw. Nichtakzeptanz einer weltlichen Herrschaftsform – konkret der saudischen Monarchie – voneinander. Aber auch wenn die saudischen Machthaber eine andere Herrschaftsform als die Dschihadisten des IS anstreben, so eint sie doch ein radikaler sunnitischer Islamismus.



Prinz Mohammed bin Salman Al Saud, saudischer Verteidigungsminister und Königssohn

Der zweite zentrale sunnitische Staat, die Türkei, wird durch die von der Bevölkerung demokratisch legitimierte AKP-Regierung sukzessiv weiter islamisiert. Überdies wird die Pressefreiheit mittels Blockaden, Prozessen gegen Journalisten und der Übernahme kritischer Medien ausgehöhlt. Seit dem Start einer Militäroffensive Mitte Dezember im Südosten des eigenen Landes bekämpft das türkische Militär vor allem die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK und Anhänger der YDG-H, einer autonomen und bewaffneten Jugenduntergrundorganisation. Der Konflikt hat bereits hunderte Todesopfer gefordert. Im syrischen Bürgerkrieg unterstützt die Türkei islamistische Gruppierungen zumindest indirekt, teilweise auch direkt mit Waffenlieferungen, Logistik und Bekämpfung ihrer Gegner. Nachdem auch lange Zeit der IS indirekt unterstützt worden war, kam es

offensichtlich inzwischen zu einer leichten Adaptierung der türkischen Position. Vor allem nach Terrorattacken innerhalb der Türkei bekämpfen die türkischen Sicherheits- und Streitkräfte den IS zumindest offiziell. In Syrien selbst hat die Türkei jedoch bisher vor allem kurdische Milizen angegriffen. Letztere sind bisher aber die effektivsten und erfolgreichsten vom Westen unterstützten Gegner des IS. Die Gefahr, die vom IS dabei auch für die eigene Position ausgeht, wird von der Türkei offensichtlich geringer eingeschätzt, als die von kurdischer Seite.

Islamischer Extremismus und Terrorismus in Europa

Die Auseinandersetzung mit dem politisierten Islam bzw. Islamismus hat jedoch auch unmittelbare Auswirkungen auf die europäische Sicherheit. Durch die Involvierung verschiedener westlicher Staaten in die Konflikte des islamischen Raumes wurden diese zu Gegnern dschihadistischer Gruppierungen. Diese kämpfen für den politisierten Islam und tragen mittels Terroranschlägen die gewaltsamen Auseinandersetzungen auch in diese westlichen Staaten.

Der Islamismus ist eine sich auf die Religion des Islam berufende Form extremistischer politischer Ideologie. Er ist eine Weltanschauung, die Religion nutzt, um politische Ziele zu verfolgen und zielt auf eine theokratische Staats- und Gesellschaftsordnung, die mit einem demokratisch verfassten Gemeinwesen nicht in Einklang zu bringen ist. Die derzeit relevanteste Form des Islamismus ist dabei der Salafismus, der einem Idealbild der islamischen Frühzeit folgt. Der Salafismus entwickelt seine Ideologie aus der Lehre besonders konservativer islamischer Denker in der Tradition des Wahabismus, der in Saudi-Arabien vorherrschenden islamischen Lehre. Der Salafismus ist intolerant, antidemokratisch und gewaltverherrlichend. Er ist der Nährboden für die meisten Terrorattentate der letzten Jahre. Die koloniale Vergangenheit Europas und deren Involvierung in die aktuellen gewaltsamen Konflikte im MENA-Raum, aber auch das Scheitern zahlreicher europäischer Staaten, die Entwicklung von islamischen Parallelgesellschaften in ihren Ländern zu verhindern, waren wesentliche Grundlagen für die Terroranschläge in Frankreich im vergangenen Jahr. Konkret zielten die Anschläge darauf ab, einen Krieg zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu provozieren. Dies soll konsequenterweise zum Zusammenbruch Europas und zur Errichtung eines Kalifats auf dessen Ruinen führen. Es ist natürlich vollkommen kontraproduktiv, diesem Bestreben der Terroristen nachzugeben und in eine gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Islam zu treten. Dennoch erscheint es notwendig, das in unmittelbaren Zusammenhang mit den Pariser

Anschlägen stehende Kalifat des Islamischen Staates nicht nur zu bekämpfen sondern auch zu vernichten. Es muss der muslimischen Welt gleichzeitig aber auch klargemacht werden, dass der Westen keinen Krieg gegen den Islam führt. Dies ist angesichts der zahlreichen in den letzten Jahren geführten westlichen Kriege im islamischen Raum jedoch schwierig zu kommunizieren.

Strategische Irrelevanz der GSVP

Der islamistische Terrorismus offenbarte zuletzt jedoch auch die strategische Irrelevanz der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Nach den Anschlägen von Paris hatte der französische Staatspräsident am 16. November 2015 erklärt, dass sich Frankreich im Krieg befinde und forderte in einem überraschenden Schritt Europa nach Artikel 42 (7) des EU-Vertrages zur Unterstützung Frankreichs auf. Bereits am 17. November 2015 wurde durch den Rat für Auswärtige Angelegenheiten festgelegt, dass zur Implementierung von Art. 42 (7) keine formelle Entscheidung durch den Europäischen Rat notwendig sei. In diesem Sinne bekundeten die europäischen Verteidigungsminister ihre einhellige und uneingeschränkte Unterstützung für Frankreich sowie ihre Bereitschaft, alle erforderliche Hilfe und Unterstützung bereitzustellen. Die sogenannte Beistandsklausel war somit erstmals aktiviert. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, betonte allerdings, dass es zu keiner GSVP-Operation kommen werde, sondern nur bilaterale Hilfe und Unterstützung gefordert sei.



Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini

Mit der (erstmaligen) Anrufung der Beistandsklausel des Art. 42 (7) EUV durch Frankreich und deren Akzeptanz durch die europäischen Institutionen und Nationalstaaten wurde ungewollt Europas mangelnde Fähigkeit zu strategisch-relevantem militärischem

Handeln offenbart. Frankreich hatte aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen ganz bewusst die militärische Beistandsklausel und nicht die Solidaritätsklausel des Art. 222 AEUV aktiviert. Damit sollte auf die EU-Mitgliedsstaaten Druck ausgeübt werden, Frankreich mit allen – auch militärischen – Mitteln bei seinen militärischen Operationen im Nahen Osten und in Afrika zu unterstützen. Frankreich hat auch bewusst die EU-Beistandsklausel gewählt und nicht den ebenfalls zur Verfügung gestanden habenden NATO-Bündnisfall ausgerufen, um die eigenständige europäische Rolle zu stärken. Symbolisch gelang Frankreich damit zwar eine einhellige politische Unterstützung seitens der europäischen Staaten, militärisch blieb die Unterstützung jedoch weitestgehend aus.

Art. 42 (7) des EU-Vertrages

„Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.“

Politisch problematisch ist schon die Tatsache, dass es zu keiner Umsetzung auf EU-Ebene, sondern nur auf bilateraler Ebene kam. Noch problematischer ist jedoch, dass seitens der EU-Mitgliedsstaaten nur geringe militärische Mittel zur Verfügung gestellt wurden, bzw. kaum Bereitschaft vorhanden ist, Waffengewalt einzusetzen. Hintergründe dafür sind die vollkommen divergierenden Ansichten, wie die Peripherie Europas stabilisiert werden soll und wie dem bis nach Europa wirkenden islamischen Terror zu begegnen sei. Auf dieser Grundlage ist jedoch keine kohärente europäische Strategie möglich. Konsequenterweise ist schon deshalb Europa nicht in der Lage, größere (militärische) Operationen durchzuführen. Überdies wurden wieder einmal nach langen Jahren der Budgetrestriktionen auch die begrenzten operativen (militärischen) Fähigkeiten Europas sichtbar. Die Aktivierung der Beistandsklausel könnte aber durch die Postulierung ihrer Irrelevanz eine negative Zäsur für die GSVP gewesen sein.

Der politische Wille europäischer Staaten zu einer vertieften Integration und einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist weiterhin nicht erkennbar. Auch wurde bisher verabsäumt, klar zu stellen, welche Konsequenzen Fähigkeitsreduktionen und Übernahme von Nischenfähigkeiten durch Einzelne für die europäische Sicherheits- und

Verteidigungspolitik haben könnten. Deutlich wird dabei auch wieder, dass in den letzten Jahren propagierte Kooperationsinitiativen wie beispielsweise das Pooling & Sharing (P&S)-Konzept der EU real zum Scheitern verurteilt sind. Durch die mangelnde strategische Einigkeit entsteht für Kooperationspartner die Gefahr des ‚Abandonments‘, d.h. in einer Krise im Stich gelassen zu werden. Realistischerweise wird es deshalb vor allem zwischen europäischen NATO-Partnern zu ernsthaften und über das Symbolische hinausgehende Kooperationen geben.

Da Europa es aber nicht schafft, eine ernsthafte gemeinsame Antwort auf die Terroranschläge zu finden, ist der islamische Terrorismus nicht nur eine Bedrohung für die innere Sicherheit, sondern auch für die europäische Glaubwürdigkeit. Es gibt Pro- und Contra-Argumente zur Führung eines militärischen Kampfes gegen den IS durch europäische Staaten. Es gibt aber keine rational-logischen Argumente für eine faktische Kriegserklärung an die islam-faschistische Terrormiliz des IS und eine anschließend symbolische Luft-Kriegsführung gegen diese. Mit einer solchen Politik untermauert die EU international nicht nur ihre Schwäche, sondern auch die Nutzlosigkeit der GSVP per se.

Als exemplarisch für das europäische Vorgehen gegen das IS-Kalifat ist dabei durchaus Österreichs zwiespältige Rolle zu benennen. Bereits 2014 hatte Österreich beschlossen, sich an der von den USA geführten Allianz gegen den IS zu beteiligen. Die Unterstützung sollte jedoch rein politisch und nicht militärisch sein. Im August 2015 sprach sich Österreich schließlich für eine stärkere Bekämpfung des IS aus. Österreichs Außenminister erklärte, dass die Länder, die *"mehr an rechtlichen Möglichkeiten haben, aber auch vor allem mehr an militärischen Kapazitäten haben, noch intensiver gegen die IS-Terroristen"*, vorgehen sollten. Auch Österreich wollte einen größeren Beitrag leisten. *"Ich bin der Meinung, dass wir in Österreich auch neben der humanitären Hilfe, die wir für die Opfer vor Ort leisten, uns auch überlegen sollten, eventuell mit Schutz-ausrüstung – zum Beispiel kugelsicheren Westen – diejenigen zu unterstützen, die sich vor Ort gegen den IS-Terror selbst verteidigen"*, erklärte der österreichische Außenminister.

Europa war aber auch nicht in der Lage, eine stringente Strategie gegen die Staaten zu entwickeln, die den islamischen Extremismus direkt oder indirekt unterstützen. Von unmittelbarer Relevanz ist dabei die benachbarte Türkei, die verschiedene islamistische Bürgerkriegsparteien in Syrien und offensichtlich - zumindest indirekt - lange Zeit auch den IS unterstützt hat. Da einzelne mit dem IS in Verbindung gebrachte Selbstmordattentäter zuletzt auch in der Türkei wirksam geworden waren, hat sich die Türkei zuletzt zwar zumindest formell gegen den IS gewandt. Faktisch hat

die Türkei aber über Monate dem IS nicht nur logistische Unterstützung gewährt, sondern auch deren über lange Zeit effektivsten Gegner, die kurdischen Verbände, bekämpft. Mittelbar ist aber auch das Bündnis des Westens mit Saudi-Arabien zu hinterfragen. Saudi-Arabien ist nicht nur mittels seines exportierten Wahabismus der ideologische Nährboden des islamischen Faschismus und Terrors, sondern finanziert und versorgt diesen auch zumindest indirekt.

Innere Entwicklung der EU

Innerhalb der Union sind zuletzt desintegrative und re-nationalistische Tendenzen sichtbar geworden. Vor allem durch die Flüchtlingskrise und die unterschiedlichen Vorstellungen über eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik ist es zu inner-europäischen, aber auch inner-staatlichen Polarisierungen gekommen. EU-skeptische und nationalistisch-patriotische – medial zumeist rechtspopulistisch genannte – Parteien wurden zuletzt deutlich gestärkt. Es hat sich aber auch gezeigt, dass es zu einer Entfremdung zwischen einzelnen Nationalstaaten und den europäischen Institutionen gekommen ist. Wenn es der EU nicht gelingt, einheitliche Positionen zu Asyl und Einwanderung zu finden, wird es zu einer Abschottung der eigenen Grenzen und zur weiteren Renationalisierung kommen. Für den europäischen Einigungsgedanken hätte das entsprechend negative Konsequenzen.

Die Ausweitung der EU auf eine Politische Union ist faktisch wohl in weite Ferne gerückt. Die Debatte um die europäische Integration entwickelt sich eher Richtung Steigerung der nationalen Eigenverantwortung. Auch die anstehenden Verhandlungen zur Reform der EU, um einen BREXIT zu verhindern, werden wohl in diese Richtung gehen. Damit bleibt aber auch der Geburtsfehler des Euro bestehen, die Währungsunion ohne Politische Union eingeführt zu haben. Die EU Konvergenzkriterien werden ja schon seit Jahren von zahlreichen Staaten nicht eingehalten. Ob unter diesen Gesichtspunkten der Euro-Raum dauerhaft haltbar ist, bleibt fraglich.

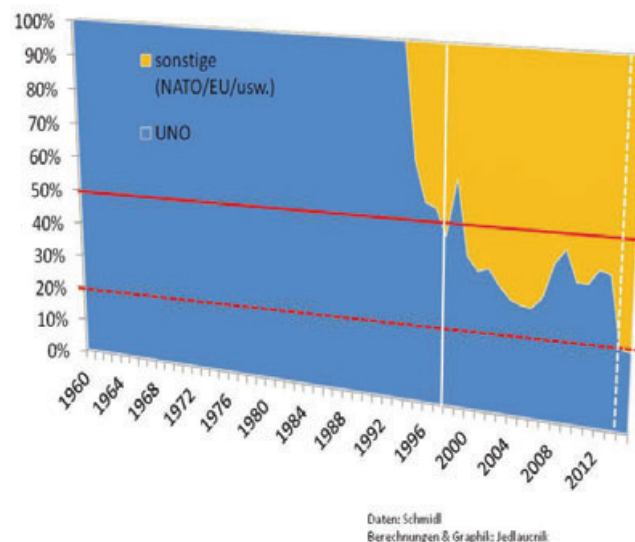
Denkbar ist zukünftig auch eine vertiefte Integration eines wie immer gearteten Kerneuropas, das jedoch vermutlich auch eine Verteidigungskomponente beinhalten wird. Dies würde jedoch eine vollkommene Umorientierung der österreichischen Sicherheitspolitik bedingen oder aber eine Mitwirkung in einem solchen Kerneuropa verhindern.

Konsequenzen für Europa

Europa ist auf Grund seiner inneren Schwäche weder in der Lage noch gewillt, sich von den USA zu

emanzipieren. Es verharrt in Abhängigkeit zur USA, obwohl zu hinterfragen ist, inwieweit deren globale Interessen und strategische Kultur mit Europa kompatibel sind. Insbesondere die EU ist selbst sicherheitspolitisch kaum handlungsfähig und daher strategisch eher passiv. Sie wird daher in absehbarer Zukunft global keine strategische Rolle spielen. Ihr Potential erschöpft sich sicherheitspolitisch in kleinen und mittleren Missionen zum Krisenmanagement vor allem in Afrika. In kritischen Krisenräumen bzw. -Operationen werden europäische Staaten daher weiterhin auf nationalstaatlicher Basis in Koalitionen der Willigen oder aber innerhalb der NATO wirksam werden. Letztere wird ohnehin von zahlreichen Mitgliedsstaaten forciert und damit die GSVP weiter in die Bedeutungslosigkeit gedrängt.

Die postulierte Irrelevanz der GSVP ist insbesondere für Österreich von großer Bedeutung, da die GSVP Österreichs zentralen sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsrahmen darstellt. In der Zusammenarbeit mit der NATO hat Österreich, im Gegensatz etwa zu Schweden und Finnland, die Möglichkeit zu einer weiteren Vertiefung der Partnerschaft durch Teilnahme am „Enhanced Opportunities“ Gruppe vorerst nicht wahrgenommen. Österreich ist damit aber nur noch ein zweitrangiger Partner der NATO. Aber auch die UNO wurde in den vergangenen Jahren als sicherheitspolitischer und strategischer Handlungsrahmen sukzessive zurückgedrängt, wie deren Relevanz bei Österreichs internationalen Streitkräfteeinsätzen zeigt.



Die Graphik zeigt die Veränderung der Bedeutung der österreichischen Beteiligung an internationalen Einsätzen seit 1960, bezogen auf die UNO. Aktuell ist die Bedeutung der UNO auf unter 25 Prozent gesunken. Bis in die 1990er Jahre erfolgten alle Einsätze im Rahmen von Missionen der Vereinten Nationen (in Blau), während danach der Anteil von EU-, NATO- und anderen Missionen deutlich zunahm.

Die westliche Welt ...

Weltmacht USA

National Military Strategy 2015

Zur Jahresmitte 2015 waren mittlerweile 4 Jahre vergangen, seitdem die Vereinigten Staaten zum letzten Mal eine Militärstrategie veröffentlicht hatten. Ende Juni 2015 schließlich wurde die neue „National Military Strategy 2015“, die auf der Basis der bereits im Februar 2015 vorgestellten „National Security Strategy“ steht, nun vom Pentagon offiziell vorgestellt.

US-Generalstabschef Martin Dempsey charakterisierte im Vorwort des Papiers die allgemeine Lage mit den Worten: *„Today's global security environment is the most unpredictable I have seen in 40 years of service.“* Damit beschrieb Dempsey eindrücklich die Unübersichtlichkeit der Lage, so wie sich diese der letzten verbleibenden Supermacht heute präsentiert.

Das Neue an der jüngsten US-Strategie lässt indes aufhorchen und erinnert frappant an konservative Strategien, wie man sie aus dem 20. Jahrhundert kennt:

„This 2015 National Military Strategy addresses the need to counter revisionist states that are challenging international norms as well as violent extremist organizations (VEOs) that are undermining transregional security. We are working with allies and partners to deter, deny, and – when necessary – defeat potential state adversaries. Concurrently, we are leading multiple coalition efforts to disrupt, degrade, and defeat VEOs. Central to these efforts is strengthening our global network of allies and partners. This integrated strategy requires us to conduct synchronized operations around the globe, implement institutional reforms at home, and sustain the capabilities, capacity, and readiness required to prevail in conflicts that may differ significantly in scope, scale, and duration.“

War in der letzten Dekade der Focus der US-Planer im Rahmen der Terrorbekämpfung eindeutig auf dem „kleinen Krieg“ gelegen, so scheint man sich in Washington nun auch auf das klassische Konfliktmuster – die mögliche Bekämpfung bzw. Eindämmung staatlicher Akteure – zurückzubewegen. Besonders der Terminus „counter revisionist states“ ließ weltweit aufhorchen, war er doch unmissverständlich direkt an die Adresse Moskaus gerichtet. Russland wird darin vor allem vorgeworfen, internationales Recht und bestehende Verträge zu negieren und verdeckt militärische Realitäten zu schaffen: *„Russia's military actions are undermining regional security directly and through proxy forces. These actions violate numerous agreements that Russia has signed in which it committed to act in accordance with international norms, including the UN Charter, Helsinki Accords, Russia-NATO Founding Act, Budapest Memorandum, and the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty.“*

Die Reaktion aus Moskau war wie nicht anders zu erwarten frostig. Kreml-Sprecher Dmitry Peskov (1. Juli 2015): *„Die Verwendung einer solchen Sprache würde auf eine konfrontative Strategie und auf das Fehlen von Objektivität gegenüber unserem Land hindeuten.“*

Im Strategiepapier werden neben Russland auch der Iran, Nordkorea und China als jene Staaten charakterisiert, von denen die Vereinigten Staaten sich bedroht fühlen müssten:

Dem Iran wird in NMS 2015 vorgeworfen, weiterhin die Entwicklung seines geheimen Atomprogramms voranzutreiben und damit die Stabilität in der Region zusätzlich zu gefährden (das Strategiepapier wurde noch vor dem Endergebnis der Atomgespräche und der Einigung mit dem Iran (14. Juli 2015) veröffentlicht). Daneben sei der Iran ein Förderer von terroristischen Organisationen, die vor allem Israel, den Jemen, den Libanon, Irak und Syrien zu destabilisieren versuchten.



US-Präsident Obama bei einem Treffen mit seinen nationalen Sicherheitsberatern und der US-Militärführung im Pentagon

Was Nordkorea anbelangt, so sind die US-Positionen unverändert. Neben dem international stark kritisierten Atomraketen-Programm, das nach Ansicht Washingtons nicht nur seine engen Partner Südkorea und Japan, sondern in absehbarer Zukunft auch das US-amerikanische Mutterland bedrohe, wird Pjöngjang auch als Urheber von Cyberattacken auf US-amerikanische Unternehmen beschuldigt. Gerade der jüngste (misslungene?) Test einer nordkoreanischen „Wasserstoffbombe“ und fortgesetzte Kriegsdrohungen in Richtung Seoul scheint die Unnachgiebigkeit der nordkoreanischen Führung zu bestätigen.

Was die Volksrepublik China angeht, so sieht man in Washington Peking einerseits als Partner zur Bewahrung internationaler Sicherheit, andererseits jedoch übt man scharfe Kritik an Chinas Avancen, vor allem im Südchinesischen Meer durch Landaufschüttungen Tatsachen zu schaffen, die internationales (See-)Recht verletzen. Gerade die Ansprüche Pekings bezüglich der Spratley-Inseln hatten ja im Herbst vergangenen Jahres

zu einem gewollt provokativen „Flag-Showing“ in der betroffenen Region seitens eines Zerstörers der US-Navy geführt („Lassen-Zwischenfall“).

Strategisches Umfeld im Wandel

Was das sich in stetigem Wandel befindliche strategische Umfeld der Vereinigten Staaten betrifft, so nennt die NMS 2015 vor allem drei Faktoren, die ein eben solches charakterisieren:

1. Globalization
2. Diffusion of technology
3. Demographic shifts

Dank der immer weiter fortschreitenden Globalisierung wird der Mensch in die Lage versetzt, nicht nur auf eine vormals nie gekannte Menge von Daten zugreifen zu können, sondern diese auch zu verändern, zu organisieren und zu verbreiten. Dieses vormals nur Staaten vorbehaltene Privileg wird immer häufiger auch politisch genutzt und schafft neue Rahmenbedingungen. Auf militärische Systeme umgelegt bedeutet das eine ständige Erosion des Informationsvorsprungs, der lange Zeit den einzelnen Regierungen vorbehalten war. Gerade die USA als Pioniere der digitalen Datenverarbeitung sehen sich hier einer immer härter werdenden Herausforderung gegenüber (Stichworte Cyber-Crime, Cyber-War).

Zusätzlich zu den beiden genannten Kräften gesellt sich ein weiterer, diese noch potenzierender Faktor: Die demographischen Verschiebungen, die laut Pentagon die internationale Ordnung bedrohen:

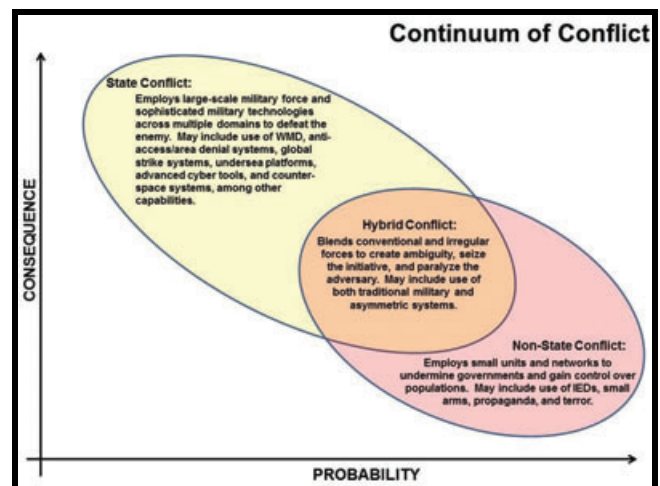
Gerade in Afrika und im Mittleren Osten, also in Regionen, deren Bewohner oft ohnehin unter Ressourcenknappheit leiden und mit großen sozialen Problemen zu kämpfen hätten, habe der dortige Geburtenüberschuss zu einer vergleichsweise „jungen“ Bevölkerung geführt. Landflucht und millionenfache Migration sind die Folge, ein Problem, das gerade in Europa im letzten Jahr zu einem großen Thema geworden ist. Dem gegenüber sehen sich viele Regionen Europas und Nordasiens einem sich in Zukunft noch weiter verschärfenden Überalterungsproblem gegenüber. Auch die USA werden „älter“, wenn auch nicht so rasant wie etwa die Europäer. Die Baby-Boomer-Generation – gemeint sind hier die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1946 und 1964 – ist in die Jahre gekommen. Berechnungen haben ergeben, dass die Gruppe der 65-74jährigen in den USA zwischen 1990 und 2020 um 74 Prozent angewachsen sein wird.

Das militärische Umfeld der USA

Die NMS 2015 stellt unmissverständlich fest, dass die Vereinigten Staaten nach wie vor die militärische stärkste Nation der Welt sind. Die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen, der Vorsprung im Rahmen der technologischen Innovationsfähigkeit und nicht zuletzt das Netz aus Alliierten, die die USA auf ihrer Seite wissen, würden laut Pentagon diesen Status in naher Zukunft auch weiterhin garantieren, wobei die Herausforderungen jedoch immer größer werden würden. Gerade die „state actors“ scheinen als Herausforderer wieder mehr in den Focus zu rücken:

“For the past decade, our military campaigns primarily have consisted of operations against violent extremist networks. But today, and into the foreseeable future, we must pay greater attention to challenges posed by state actors. They increasingly have the capability to contest regional freedom of movement and threaten our homeland. Of particular concern are the proliferation of ballistic missiles, precision strike technologies, unmanned systems, space and cyber capabilities, and weapons of mass destruction (WMD) technologies designed to counter U.S. military advantages and curtail access to the global commons.”

Die Einschätzung Washingtons, erneut in einen Konflikt mit einer anderen großen Macht verwickelt zu werden, bezeichnet das Strategiepapier als „low, but growing“. Die Auswirkungen einer solchen möglichen Konfrontation werden allerdings als „immense“ bezeichnet.



Einordnung hybrider Konflikte in das moderne Konfliktbild

Als viel wahrscheinlicher wird jedoch der Fall angenommen, in einen so genannten „Hybrid-Konflikt“ involviert zu werden. Ein Hybridkonflikt ist gekennzeichnet von einer Kombination von staatlichen und nicht-staatlichen Parametern:

„Such “hybrid” conflicts may consist of military forces assuming a non-state identity, as Russia did in the Crimea, or involve a VEO fielding rudimentary combined arms capabilities, as ISIL has demonstrated in Iraq and Syria. Hybrid conflicts also may be

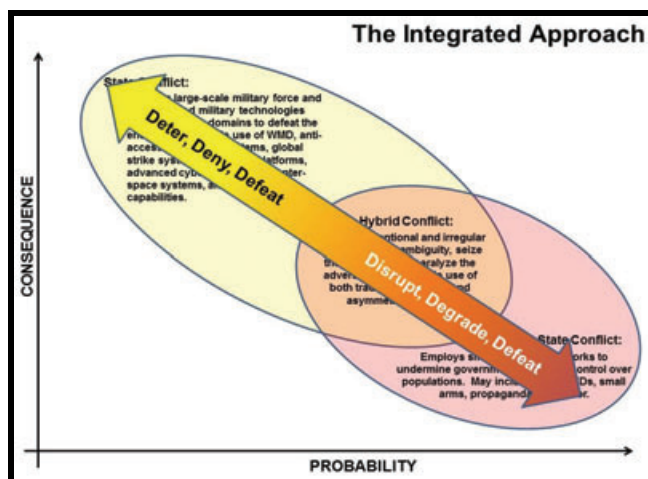
comprised of state and non-state actors working together toward shared objectives, employing a wide range of weapons such as we have witnessed in eastern Ukraine. Hybrid conflicts serve to increase ambiguity, complicate decision-making, and slow the coordination of effective responses. Due to these advantages to the aggressor, it is likely that this form of conflict will persist well into the future.“

Integrated Military Strategy

Um all diesen hier nur fragmentarisch skizzierten Bedrohungen zu entgegnen und die nationalen Interessen der USA durchsetzen zu können, ist es laut der NMS 2015 notwendig, eine neue entsprechende Militärstrategie, die sog. „Integrated Military Strategy“ zu verfolgen.

Im Zentrum des Interesses steht der Schutz der Nation bzw. seiner nationalen Interessen. Werte, deren Bestand und Fortdauer auch durch das Militär unterstützt werden sollen („Enduring National Interests“), sind dabei:

- Der Schutz und die Sicherheit der Vereinigten Staaten, seiner Bürger und seiner Alliierten
- Eine starke, wachsende und innovative US-Wirtschaft in einem offenen internationalen Wirtschaftssystem
- Respekt vor universellen Werten - zuhause wie in der ganzen Welt.
- Eine auf internationalen Richtlinien basierende, von den USA angeführte Weltordnung, die Frieden, Sicherheit und Chancen garantiert, um gemeinsam den globalen Herausforderungen gerecht zu werden.



Der aus den obig beschriebenen Parametern folgende „Integrated Approach“ orientiert sich am bereits beschriebenen modernen Konfliktbild

Um Prioritäten zu setzen, hat die US-Army aus diesem Katalog von „Enduring National Interests“ die für die

USA wichtigen „National Security Interests (NSIs)“ abgeleitet, die es zu sichern gilt:

- Das Überleben der Nation
- Vereitelung eines umfassenden Angriffs auf US-Territorium
- Sicherheit des globalen Wirtschaftssystems
- Sicherheit, Vertrauen und Verlässlichkeit unserer Alliierten
- Schutz von US-Staatsbürgern im Ausland
- Bewahrung und Verbreitung universeller Werte

Um all diese Interessen entsprechend abzusichern, soll die neue „National Military Strategy 2015“ drei Stoßrichtungen (= National Military Objectives) verfolgen:

- Abschrecken, Abwehren und Vernichten der Feinde des Staates
- Spalten, Schwächen und Zerstören gewalttätiger extremistischer Organisationen
- Stärkung des Netzwerkes mit den Alliierten und Partnern

NMS 2015: Fazit

Die neue US-Strategie unterscheidet sich von der vorangegangenen aus dem Jahre 2011 vor allem darin, dass man das Augenmerk im Pentagon nun wieder stärker auf „klassische“ Kriegsszenarien legt, ohne jedoch die Strategielinie der letzten Jahre, das Führen asymmetrischer Kriege, Aufstandsbekämpfung und die Bekämpfung terroristischer Institutionen, gänzlich zu verlassen. Will die USA ihrer Rolle als Ordnungsmacht entsprechen – oder besser (geht es nach US-Präsident Barack Obama): „führen, ohne Weltpolizist zu sein“, so darf sie auch auf den Schutz der eigenen Grenzen und den ihrer Alliierten nicht vergessen. Kommentiert wurde die neue US-Strategie in Europa daher etwas salopp vor allem unter folgendem Aspekt: Die USA „fürchteten“ einen Krieg mit China oder etwa eine Auseinandersetzung mit Russland. In Realiter zielt die neue US-Strategie auf eine Mischform künftiger Auseinandersetzung ab, den sog. „Hybrid-Conflict“. Letzterer ist gekennzeichnet durch Elemente staatlicher Interessen in Verbindung mit irregulären Truppen, wie etwa beim Beispiel der Annexion der Krim oder dem schwelenden Ukraine-Konflikt. Die NMS 2015 ist daher auch ein deutliches Signal an die Adressen Russlands und Chinas. Die Gefahr eines klassischen Krieges zwischen großen Mächten wird vom US-Militär weiterhin als gering („but growing“) eingestuft.

US-Wahlkampf 2016

Mit dem 8. November 2016 steht den Vereinigten Staaten von Amerika die mittlerweile 58. Präsidentenwahl ins Haus. Gesucht wird der 45. Präsident der USA, diesmal – womöglich – zum ersten Male eine Präsidentin.

An diesem traditionell zweiten Dienstag im November wird – um genau zu sein – nicht wirklich der Präsident gewählt, sondern vielmehr die sog. Wahlmänner, die *electors*, bestimmt, die wiederum 41 Tage später den Präsidenten wählen. Die Wahlmänner bilden zusammen das sog. *Electoral College*, das zurzeit aus 538 Personen besteht. Ziel ist es also, die Stimmen von zumindest 270 Wahlmännern auf sich vereinigen zu können.

Jeder Bundesstaat verfügt, abhängig von seiner Demographie, über eine bestimmte Anzahl von Wahlmännern, die in ihrer Entscheidung zum Großteil an einen Kandidaten gebunden sind (mit Ausnahmen). Es gilt das Prinzip des „winner takes it all“, d.h. alle Wahlmänner eines Staates gehen nach dem Mehrheitswahlrecht an einen Kandidaten. Es gibt allerdings zwei Staaten, Nebraska und Maine, wo diese Wahlmänner aufgeteilt werden dürfen.

Das US-amerikanische Wahlrecht hat – besonders im Ausland – seine Kritiker, ist es doch in demokratiepolitischer Hinsicht durch das System der „Zwischenebene“ der Wahlmänner (das sich Ende des 18. Jahrhunderts an der Kurfürsten-Wahl zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation orientierte) für viele Rechtsexperten problematisch oder zumindest nicht mehr zeitgemäß.

Der Vorwahlkampf hat spätestens ein Jahr vor der eigentlichen Wahl in den USA bereits mächtig an Fahrt aufgenommen. Bei den Demokraten stellt sich die einstige First Lady und langjährige (ehemalige) US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton der Wählerschaft. Clinton gilt als diplomatisch sehr erfahren und kennt natürlich das „Geschäft“ des Weißen Hauses schon aus ihrer Zeit als Ehefrau und Beraterin ihres Mannes und zweimaligen Präsidenten Bill in und auswendig. Auch wenn Bill Clintons Präsidentschaft (1993-2001) nun schon 15 Jahre zurückliegen mag, so genießt er doch – trotz seiner Eskapaden und zahlreichen Skandale während seiner Amtsperiode – bei vielen US-Bürgern weiterhin hohes Ansehen. Letzteres mag wohl mitunter auch durch den direkten Vergleich mit seinem Nachfolger George W. Bush begründet sein.

Hillary kommt nicht nur zugute, dass sie mit Bill Clinton einen überaus eloquenten, am Rednerpult fast magisch begabten Unterstützer auf ihrer Seite weiß. Es ist irgendwie verrückt, aber ihr geduldiges Ausharren an der Seite ihres Mannes, der sie nicht nur einmal während seiner Amtszeit als unverbesserlicher

„Womanizer“ zum Gespött Amerikas gemacht hatte, brachte ihr bei den Wählerinnen und Wählern schon damals größte Anerkennung ein. Bill Clintons Untreue machte sie nur noch beliebter. Und später schaffte das Ehepaar Clinton tatsächlich die Quadratur des (WählerInnen-)Kreises, denn: auch Bill haben die Amerikaner längst verziehen. Es ist, als könnten die Amerikaner ihm einfach nicht böse sein. Landesweite Umfragen haben ergeben, dass Bill Clinton, würde er jetzt noch einmal antreten können, mit großer Mehrheit zum nächsten Präsidenten gewählt werden würde.



Hillary Rodham Clinton

Neben Hillary Clinton galt der langjährige Vizepräsident Joe Biden lange Zeit als Fixstarter. Letzterer verzichtete jedoch im Herbst auf seine Kandidatur. Nicht verzichtet hat der parteilose Bernie Sanders, Senator von Vermont und seines Zeichens Bürgermeister von Burlington. Sanders kooperiert mit den Demokraten. Auch Martin O'Malley hat seine Kandidatur für die Demokratische Partei bekannt gegeben. O'Malley ist Bürgermeister von Baltimore und ehemaliger Gouverneur von Maryland.

Was die Republikanische Partei anbelangt, so scheint medial momentan vor allem ein Name auf: jener des Immobilien_tycoons und Self-made-Milliardärs Donald Trump. Trump hat es in der jüngsten Vergangenheit

immer wieder verstanden, die Bürger der USA zu polarisieren.

Seine Aussagen schockieren die einen und faszinieren die anderen. Zu allen Problemen, und seien sie noch so komplex, bietet Donald Trump mit markigen Sprüchen und ohne jeden Respekt vor Stand, Herkunft oder Religion eine Lösung an. Zuerst selbst von eigenen Parteimitgliedern belächelt und als pöbelnder Möchtegern-Volkstribun abgetan, ist vielen seiner republikanischen Mitbewerber das Lachen bereits längst im Halse stecken geblieben.



Donald Trump

Ein großer Vorteil Trumps ist sicher seine finanzielle Unabhängigkeit – ein im Wahlkampf nicht zu unterschätzender Faktor. Während seine Konkurrenten ständig darauf bedacht sein müssen, auch im Sinne (und entsprechend der gesellschaftlichen Stellung) ihrer Financiers zu agieren, kann sich Donald Trump ganz auf seine Kampagne konzentrieren und vollkommen frei agieren. Entsprechend rüde und rücksichtslos ist auch sein Auftreten: Als erste Reaktion auf die Terroranschläge im Herbst in Paris forderte Trump ein generelles Einreiseverbot für Muslime in die USA und erntete damit weltweite Empörung, auch im eigenen Lager. Hillary Clinton nahm diese Ausführungen Trumps später zum Anlass für die Aussage, Trump werde mit solcherlei Pauschalverdächtigungen gegenüber Muslimen „zum besten Rekrutierer des Islamischen Staates“.

Im Rahmen einer Fernsehdebatte, die von der CNN-Moderatorin Megyn Kelly geleitet wurde, bezeichnete

Trump sie als „nicht sehr intelligent“ und den kritischen Stil ihrer Fragen kommentierte er mit dem Satz: „Aus ihren Augen kam Blut, Blut lief überall aus ihr heraus!“ Letztere Bemerkung wurde von den US-Medien als geschmacklose Anspielung Trumps gedeutet, Frau Kelly sei auf Trump in der Debatte infolge von Menstruationsbeschwerden nicht gut zu sprechen gewesen. Der Schauspielerin Rosie O'Donnell wiederum attestierte er ein „fettes und hässliches Gesicht“ während er der Gründerin der „Huffington Post“, Arianna Huffington, vorwarf, sie sei „außen und innen hässlich“. Vor allem auf Immigranten aus Lateinamerika schoss sich Trump ein: „Wenn Mexiko seine Leute rüberschickt, dann schicken sie nicht ihre Besten. Sie schicken Leute, die viele Probleme haben. Sie bringen Drogen. Sie bringen Verbrechen. Sie sind Vergewaltiger. Und einige, nehme ich an, sind gute Menschen.“ Aber auch seine republikanischen Mitbewerber um das höchste Amt im Staate bekommen regelmäßig ihr Fett ab. Über den Kriegsveteranen John McCain, der während des Vietnamkrieges viele Jahre Kriegsgefangener gewesen war, meinte Trump abschätzig: „Er ist kein Kriegsheld. Er ist ein Kriegsheld, weil er gefangen wurde. Ich mag Leute, die nicht gefangen wurden, okay? Vielleicht ist er ein Kriegsheld, aber er sagt gerade einige sehr schlechte Dinge über viele Leute.“ Den amtierenden US-Präsidenten Barack Obama beschuldigt Trump, in Wirklichkeit kein Hawaiianer, sondern Kenianer zu sein und so die gesamte Nation belogen zu haben. Bereits 2011 meinte er: „Wenn er nicht in diesem Land geboren ist, was eine reale Möglichkeit ist, hat er den größten Schwindel in der Geschichte der Politik hingelegt.“ Selbst die Geburtsurkunde Obamas konnte Trump bislang nicht veranlassen, sich von seiner Verschwörungstheorie wieder zu distanzieren.



Senator Ted Cruz

Zitate wie diese könnte man an dieser Stelle noch mehrere Seiten publizieren. Trotz weltweiter und nationaler Empörung führt Donald Trump noch immer deutlich in den Meinungsumfragen vor seinen Mitbewerbern in der Republikanischen Partei. Hier ist vor allem der ehemalige Neurochirurg Ben Carson zu nennen, der ursprünglich aus dem Ghetto Detroits stammt. Der renommierte Arzt, der vor allem durch Trennungen von siamesischen Zwillingen Berühmtheit erlangte und später als konservativer Kommentator für Medien wie Fox-News tätig war, hat aber gerade in den letzten Wochen wieder deutlich an Terrain verloren und befindet sich momentan nur noch auf Platz vier hinter Trump, Ted Cruz und Marco Rubio.

Der texanische Senator Ted Cruz gilt als rechtskonservativ, ist entschiedener Gegner von *Obamacare*, strikter Verfechter des Rechts der US-Bürger auf Waffenbesitz und stimmt in seinen Forderungen mit vielen Vorstellungen Donald Trumps überein. So spricht sich auch Cruz – neben der Abschiebung aller illegalen Immigranten – für die Errichtung einer durchgehenden Grenzmauer zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko aus. Die Kosten dieser Mauer sollte – geht es nach Cruz und Trump – im Übrigen die mexikanische Regierung tragen.

Der letzte der hier angeführten aussichtsreichsten vier Kandidaten der Republikaner ist Marco Rubio, Sohn kubanischer Einwanderer und Senator von Florida. Rubio wendet sich strikt gegen die momentan von Präsident Obama praktizierte Annäherung der USA an Havanna. Weiters kritisiert er Obamas Versäumnisse bezüglich dessen zögerlicher Politik in Syrien und macht ihn für die jetzige Etablierung von Al Quaida in der Region mitverantwortlich. In seiner Überzeugung, dass der Mensch an der globalen Erderwärmung keine (Mit-)Schuld trage, lehnt er dementsprechende Umweltschutzgesetze konsequent ab. Rubio befürwortet die Einschränkung der Möglichkeit der Abtreibung ebenso wie die Beibehaltung der bestehenden Waffengesetze. Marco Rubio gilt allgemein als Vertreter der Neocons.

Wer letztlich zum republikanischen Kandidaten gekürt wird, ist natürlich weiterhin offen. Im ersten halben Jahr eines Wahljahres halten die Parteien Vorwahlen ab, in denen man sich auf einen Kandidaten festlegt. Traditionell beginnt es mit dem Caucus in Iowa, dem sehr viel Bedeutung zugemessen wird, da sich hier zum ersten Mal eine wirkliche Stimmungslage der US-Bevölkerung abseits von Umfrageergebnissen abzeichnet.

Barack Obamas letzte State of the Union-Address, 12. Januar 2016

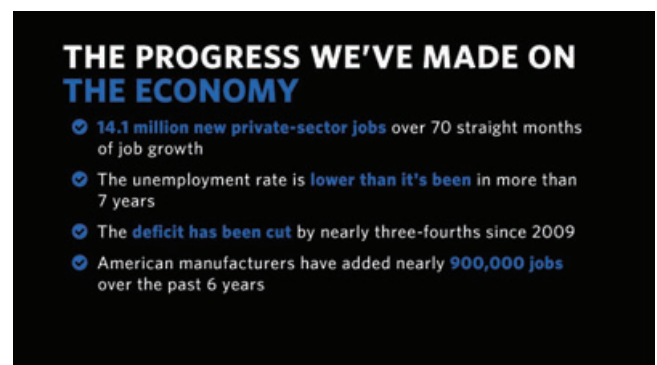
Am 12. Januar 2016 hielt der amtierende US-Präsident Barack Obama die letzte Rede zur Lage der Nation. Im Folgenden kurz zusammengefasst die Hauptaussagen:

Obama begann mit der Ankündigung, sich in seiner Rede nicht allein auf das letzte Jahr seiner Amtszeit konzentrieren zu wollen. Im Gegenteil. Viele der Probleme, die er ansprach, würden weit jenseits seiner Amtsperiode von einem anderen Präsidenten (oder Präsidentin) zu lösen sein.

Abermals sprach Obama von der Schnelllebigkeit unserer Zeit, von Ihrem Segen und Fluch zugleich: „*We live in a time of extraordinary change — change that’s reshaping the way we live, the way we work, our planet and our place in the world. It’s change that promises amazing medical breakthroughs, but also economic disruptions that strain working families. It promises education for girls in the most remote villages, but also connects terrorists plotting an ocean away. It’s change that can broaden opportunity, or widen inequality. And whether we like it or not, the pace of this change will only accelerate.*“

Unabhängig davon, wer der nächste Präsident werde oder wer dann den Kongress kontrolliere, seien es vier Fragen, denen sich die Vereinigten Staaten von Amerika in der Zukunft stellen müssten:

Erstens: Wie geben wir jedem eine faire Chance für Möglichkeiten und Sicherheit in dieser neuen Wirtschaft? Zweitens: Wie schaffen wir es, dass die Technologien für uns arbeiten, nicht gegen uns – besonders bei dringenden Problemen wie dem Klimawandel? Drittens: Wie halten wir Amerika sicher und führen in der Welt, ohne ihr Polizist zu werden? Und letztens: Wie kann unsere Politik das Beste in uns widerspiegeln und nicht das Schlechteste?



Kernpunkte Obamas Rede zur Lage der Nation – Wirtschaft

Obama begann die Behandlung dieser vier essentiellen Fragen mit der ersten, jener bezüglich der Wirtschaft. Er stellte unmissverständlich fest, dass die USA weit davon entfernt seien, sich im Niedergang zu befinden, wie es Unkenrufe aus aller Welt in den letzten Jahren immer wieder gerne plakatierten (*peddling fiction*).

Zur Frage des Klimawandels forderte Obama einmal mehr all diejenigen, die behaupteten, der Mensch habe

nichts mit der Klimaverschiebung zu tun, auf, sich mit den Erkenntnissen „unseres Militärs, der meisten der führenden US-amerikanischen Wirtschaftsmagnaten, der Mehrheit des US-amerikanischen Volkes, nahezu der gesamten Scientific Community und beinahe 200 Staaten dieser Erde“ auseinanderzusetzen, deren Erkenntnis es sei, das dieses Problem gelöst werden müsse. Obama fuhr fort, indem er die Erfolge der Alternativenenergiequellen behandelte und den weiteren ständigen Ausbau der sauberen Energie befürwortete.



Kernpunkte Obamas Rede zur Lage der Nation – Klimaschutz

Danach wendete sich der US-Präsident der Internationalen Politik und der zukünftigen Rolle, die die Vereinigten Staaten in dieser zu spielen hätten, zu. Noch einmal bezeichnete er all das Gerede vom Niedergang der USA als „heiße Luft“:

„I told you earlier all the talk of America's economic decline is political hot air. Well, so is all the rhetoric you hear about our enemies getting stronger and America getting weaker. The United States of America is the most powerful nation on Earth. Period. It's not even close.“



Kernpunkte Obamas Rede zur Lage der Nation – internationale Politik

Obama fuhr fort, im Rahmen der dritten von ihm gestellten Frage die Führungsrolle der USA herauszustreichen, wenn er auch diese als eine Art „sanfte Führung“ verstanden haben möchte.

Amerikas Führung im 21. Jahrhundert bestehe nicht darin, „den Rest der Welt zu ignorieren, oder jedwedes Land im Aufruhr zu besetzen und wiederaufzubauen. Führung meint eine kluge Anwendung militärischer Gewalt – und die Welt hinter den richtigen Gründen zu vereinen.“

Eine entscheidende und wichtige Stütze dieser Sicherheit, die die USA seinen Alliierten vermittelten, sei das US-Militär, mit dem sich kein anderes Militär auf der Welt auch nur annähernd würde messen können:

„We spend more on our military than the next eight nations combined. Our troops are the finest fighting force in the history of the world. No nation dares to attack us or our allies because they know that's the path to ruin. Surveys show our standing around the world is higher than when I was elected to this office, and when it comes to every important international issue, people of the world do not look to Beijing or Moscow to lead — they call us.“

Der US-Präsident warnte (mit einem klaren Seitenhieb auf Donald Trump) davor, angesichts des islamistischen Terrors sich nun in Pauschalverdächtigungen zu ergehen: *„Wenn Politiker Muslime beleidigen, ob hier oder anderswo, wenn eine Moschee mutwillig zerstört wird oder ein Kind gemobbt wird, macht uns das nicht sicherer.“*

Am Schluss wandte sich Obama schließlich wieder der internen US-Politik zu und appellierte an das Vertrauen zwischen den Bürgern. Obama stellte sich demonstrativ gegen jedwede Verteufelung des politischen Gegners: *„Eine bessere Politik muss nicht heißen, dass wir uns in allem einig sind. Es ist ein großes Land mit unterschiedlichen Regionen, Ansichten und Interessen. Das ist auch eine unserer Stärken. [...] Aber Demokratie braucht auch grundlegende Bande des Vertrauens zwischen ihren Bürgern. Das funktioniert nicht, wenn wir denken, dass die Leute, die nicht mit uns übereinstimmen, alle von Böswilligkeit angetrieben werden oder dass unsere politischen Gegner unpatriotisch sind oder Amerika schwächen wollen. (...) Unser öffentliches Leben leidet, wenn nur die extremsten Stimmen Aufmerksamkeit bekommen. Am meisten von allem bricht die Demokratie zusammen, wenn der Durchschnittsmensch das Gefühl hat, dass seine Stimme nicht zählt, dass das System nur zugunsten der Reichen oder der Mächtigen oder einiger weniger Interessen ausgelegt ist.“*

Barack Obama kehrte als Präsident mit seinen letzten Worten wieder dahin zurück, wo er 2008 begonnen hatte: Unvergessen sein Wahlspruch „Yes, we can“, mahnte er am Schluss seiner letzten Rede an die Nation wiederum dem Mut zur Veränderung ein. Er sei sich bewusst, so Obama, dass Präsidenten vom Schläge eines Abraham Lincoln oder Delano Roosevelt die Kluft in der Gesellschaft besser überbrückt hätten, als er. Aber er wolle in seinem letzten Jahr weiterhin versuchen, genau dies zu erreichen. Wandel sei möglich - und die Lage der Nation sei stark.

Europa und die EU

Die Flüchtlings- und Migrationskrise

Das Flüchtlings- und Migrationsproblem betrifft in der EU als Zielländer vor allem Deutschland, Österreich und Schweden, als Transitländer besonders Griechenland und Italien. Von Jänner bis November 2015 lag die Zahl der illegalen Grenzübertritte in der EU nach Angaben der FRONTEX bei 1,55 Millionen. Das waren mehr als fünfmal soviel wie 2014 (282.000). Ende August 2015 traf Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel eine einsame Entscheidung, als sie die deutsche Grenze vor allem für syrische Flüchtlinge öffnete („Wir schaffen das!“). Für diese Einladungs politik gab es weder Vorwarnungen noch Absprachen mit den Nachbarländern. Aufgrund des großen Flüchtlings- und Migrantenstromes Richtung Mitteleuropa hatten im November nach den EU-Staaten Slowenien und Kroatien auch Mazedonien und Serbien ihre Grenzen für Migranten geschlossen: Nur noch Syrer, Iraker und Afghanen können seither passieren. Nach Serbien werden Flüchtlinge nur noch mit gültigen Dokumenten reingelassen. Der Zustrom von Flüchtlingen und Migranten wurde jahrelang als Herausforderung von der EU ignoriert, vor allem aus mittel- und westeuropäischen Ländern kam die Reaktion, es existiere das Dublin-Abkommen, Griechenland und Italien sollten sich daran halten. Nach den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015 meinte der französische Innenminister Manuel Valls, die Kontrolle von Europas Grenzen entscheide über das Schicksal der EU: „Wenn wir das nicht tun, dann werden die Völker sagen: Schluss mit Europa!“ Statt weiterhin Tausende von Migranten unkontrolliert nach Europa zu lassen, müsse Europa mit Syriens Nachbarstaaten Türkei, Libanon und Jordanien Lösungen verhandeln, dort mehr Flüchtlinge aufzunehmen und zu erfassen. „Sonst stellt Europa seine Fähigkeit infrage, seine Grenzen wirksam zu kontrollieren“, sagte Valls. Beim Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel wurde in der Nacht von 17. auf 18. Dezember 2015 schließlich die Absicht bekundet, innerhalb von sechs Monaten – also bis spätestens Ende Juni 2016 – den Ausbau der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX zu einem gemeinsamen EU-Grenz- und Küstenschutz auf der Grundlage der zuvor eingebrachten Vorschläge der Europäischen Kommission einzurichten. In einer Erklärung des EU-Gipfels wurde kritisch festgehalten, dass bisher die Umsetzung von Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise – darunter auch jene vom 9. September 2015 über die Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen innerhalb der EU – „unzureichend“ sei und deshalb beschleunigt werden müsse. Diese Umverteilung soll bis 2017 abgeschlossen

sein, die Slowakei, Tschechien und Ungarn votierten dagegen. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, zeigte sich nicht „übermäßig optimistisch“, dass diese Umverteilung in Zukunft gelingen könne. Bis Anfang Jänner 2016 wurden lediglich 272 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien verteilt, davon kamen 111 in Finnland unter. Da sich die Umverteilung bereits in den ersten vier Monaten nach diesem Beschluss äußerst schleppend hinzieht, ist ernsthaft zu bezweifeln, dass diese Umverteilung tatsächlich innerhalb von zwei Jahren wirksam umgesetzt werden kann. Der gemeinsame Grenz- und Küstenschutz soll nach Vorschlägen der Europäischen Kommission aus der FRONTEX (derzeit ca. 400 Mitarbeiter) entwickelt werden und bis zu 1.000 fixe Mitarbeiter bis 2020 umfassen und über eine Reserve von 1.500 Grenzschildern verfügen. Die Grenzschilder sollen in Krisensituationen binnen drei Tagen entsendet werden können – in der Regel auf Anforderung eines EU-Mitgliedstaates. Grenzschilder sollten demnach auch gegen den Willen eines Mitgliedstaates eingesetzt werden, sofern der betroffene Staat nicht in der Lage wäre, seine Außengrenzen zu schützen. Dieser Passus ist gerade bei einigen Mitgliedstaaten sehr umstritten und bedeutet somit einen Souveränitätsverzicht der Staaten. Darüber soll die Europäische Kommission nicht allein entscheiden. Wie das Vorgehen im Detail aussehen könnte, müsse erörtert werden. Weiters soll eine Überarbeitung des „Dublin-Systems“ seitens der Europäischen Kommission erfolgen, demnach müssten Asylverfahren in jenem EU-Staat stattfinden, den Migranten und Flüchtlinge als ersten betreten. Aufgrund der hohen Flüchtlings- und Migranzahlen in Europa funktioniert dieses System derzeit nicht mehr. Die EU und deren Mitgliedstaaten haben nun zwei Optionen: 1. die Hotspots in Griechenland und in Italien (Erstaufnahmezentren an den Außengrenzen) in Betrieb zu nehmen und weiterhin nichts betreffend Umverteilung tun. Dann sind diese in kürzester Zeit überfüllt. 2. die EU-Staaten zeigen Verantwortung und organisieren eine Verteilung, die sich an der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Länder orientiert. Die Türkei hat der EU zur Bewältigung der Flüchtlingskrise eine schärfere Überwachung ihrer Grenzen zugesichert. In einem am 17. Dezember 2015 vorgelegten Arbeitspapier verpflichtet sie sich zu einer engeren Kooperation mit der griechischen Küstenwache. Während Flüchtlinge aus syrischen Bürgerkriegsgebieten weiterhin die Grenze ungehindert passieren dürfen, gilt für Reisende aus anderen Gebieten seit 8. Jänner 2016 eine Visumpflicht. Mit diesem Vorstoß reagiert die Türkei darauf, dass über Ägypten und dem Libanon immer mehr Leute mit gefälschten syrischen Pässen ins Land kämen. Die EU und die Türkei hatten bereits Ende November 2015 einen „Aktionsplan“ zur gemeinsamen Bewältigung der

Flüchtlingskrise vereinbart. Sie verlangt von Ankara eine bessere Grenzsicherung mit dem Ziel, die ungesteuerte Einwanderung nach Europa zu beenden. Im Gegenzug soll die Türkei drei Milliarden Euro erhalten, um die mehr als zwei Millionen Flüchtlinge im eigenen Land besser versorgen zu können. Eine Milliarde Euro stellt die Europäische Kommission zur Verfügung, die Finanzierung seitens der Mitgliedstaaten war Anfang 2016 noch immer nicht geklärt. Zypern ist nicht bestrebt, der Türkei Geld zu geben und will nur Projekte an der Grenze zwischen Syrien und der Türkei direkt finanzieren.

Beim CDU-Parteitag vom 15. Dezember in Karlsruhe hatten die Delegierten fast einstimmig einen Leitantrag zur Flüchtlingspolitik beschlossen, der den Kurs der Kanzlerin stützt – nämlich die Verpflichtung, die Zahl der Flüchtlinge „spürbar zu verringern“. In Deutschland werden jedoch keine Obergrenzen für Flüchtlinge sowie keine Zurückweisung an die deutschen Grenzen erfolgen. In den nächsten Monaten also wird es sich zeigen, ob die Spannungen unter den EU-Mitgliedstaaten abgebaut werden können und eine abgestimmte Meinung gefunden werden kann. Derzeit ist das Schengensystem mit der damit verbundenen Reisefreiheit in Gefahr, wenn die hohen Flüchtlingszahlen und die Lage an den Grenzen nicht bewältigt werden können. Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann drohte EU-Staaten, die keine Flüchtlinge aufnehmen, mit der Kürzung von EU-Mitteln. Das träfe besonders Länder wie Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn. Polen erhielt zuletzt 13,75 Milliarden Euro mehr aus dem EU-Budget, als es eingezahlt hat, der deutsche Nettobetrag stieg dagegen auf rund 15,5 Milliarden Euro. Denn Solidarität sei keine Einbahnstrasse, so Faymann. Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, sieht nun in Europa eine „Welle der Entsolidarisierung“. Derzeit sind noch keine Außengrenzen der EU gesichert, es fehlen ausreichend Hotspots, zudem müssen verstärkt seitens der Mitgliedstaaten Rückführungsabkommen abgeschlossen und innerhalb der EU die Asylbedingungen vereinheitlicht werden. Zäune dienen der „Umleitung“ von Flüchtlingen, nicht mehr. Die EU-Mitgliedstaaten können sich weder abschotten, noch können alle Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten aufgenommen werden. Zudem könne es nicht die Lösung sein, dass Deutschland, Österreich und Schweden den Großteil der Flüchtlinge aufnehme. Um die Einreise von Flüchtlingen aus dem Süden einzuschränken, haben inzwischen mehrere nordeuropäische Schengen-Staaten wieder Grenzkontrollen eingeführt. Seit 3. Jänner 2016 Mittag überprüft Dänemark Reisende an der Grenze zu Deutschland. Dies sei eine Reaktion auf die seit 3. Jänner Mitternacht geltende Ausweispflicht an der schwedischen Grenze. Die Regelung soll zunächst zehn

Tage gelten und kann bei Bedarf auf 20 Tage ausgeweitet werden. Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in Deutschland, warnte vor einem Rückstau zurückgewiesener Flüchtlinge.

EUNAVFOR Operation „Sophia“

Ende April 2015 war die Mission, die zunächst EUNAVFOR MED und seit Oktober „Sophia“ heißt, unter dem Eindruck des Ertrinkens von 800 Flüchtlingen und Migranten im südlichen Mittelmeer beschlossen worden. Laut Aussagen des italienischen Konteradmirals Enrico Credendino, Befehlshaber der Operation, sei es von Anfang Oktober bis Anfang Dezember 2015 gelungen, 46 Flüchtlingsboote aus dem Verkehr zu ziehen sowie 43 Schmuggler festzunehmen und den italienischen Justizbehörden zu übergeben. In einer ersten Phase hatte sich die Operation auf die Überwachung des Menschen Schmuggels zwischen Libyen und Südeuropa beschränkt. Seit Anfang Oktober ist es den mit Schiffen, Flugzeugen und Helikoptern beteiligten Einheiten aus 22 Staaten erlaubt, auf hoher See verdächtige Schiffe anzuhalten, zu durchsuchen und zu beschlagnahmen. Neben dem Kampf gegen Menschen Schmuggler auf der südlichen Mittelmeerroute ist auch die nach internationalem Recht vorgeschriebene Seenotrettung Aufgabe der Operation. Insgesamt sind 5.700 Menschen vor dem Ertrinkungstod bewahrt worden. Derzeit kommen nur noch 20% der aus Afrika und Asien Richtung Europa strebenden Flüchtlinge und Migranten über das südliche Mittelmeer nach Europa, 80% nehmen den Landweg oder die kurze Seepassage in der Ägäis über die Türkei. Als weiteren Schritt sieht die Operation auch vor, gegen Boote und Schmuggler in libyschen Hoheitsgewässern sowie auf dem Festland durch Einheiten und den Einsatz aus der Luft vorzugehen. Voraussetzung dafür ist entweder ein UN-Mandat des Sicherheitsrates oder die Einwilligung der libyschen Behörden. Dazu bedarf es zunächst der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit in Tripolis.

„Brexit“ – Einigung bis Februar 2016?

Die EU-Staats- und Regierungschefs zeigten sich beim Gipfel Mitte Dezember 2015 zuversichtlich, sich bis Mitte Februar 2016 mit Großbritanniens Premierminister David Cameron über dessen Reformforderungen zu einigen. Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel schloss eine Änderung der EU-Verträge in diesem Zusammenhang nicht aus. Vor dem Referendum in Großbritannien über einen Verbleib in der EU wird jedoch in die EU-Verträge nicht eingegriffen. Die Forderungen Camerons betreffen eine Abkehr von der in den EU-Verträgen

festgelegten „immer engeren Union“, mehr Rechte für Nicht-Euro-Länder, eine Einwanderungsbegrenzung sowie eine Kürzung der Sozialleistungen für EU-Ausländer. Umstritten ist diese bezüglich Camerons Forderung, dass zugewanderte EU-Bürger vier Jahre in Großbritannien gearbeitet haben müssen, um Sozialleistungen zu erhalten. Merkel machte deutlich, dass der Vorstoß nicht so einfach mit dem Gebot der Nichtdiskriminierung vereinbar sei. Ein derartiger Schritt wäre äußerst kompliziert und benötigte mehrere Jahre. Zudem erklärte Cameron: „Das Ausmaß der Migration, mit der wir uns konfrontiert sehen, ist beispiellos“. Durch die Masseneinwanderung wird die EU in Großbritannien stets unbeliebter. Die einzige Lösung: „Die Mitgliedstaaten müssen ihre Sozialsysteme flexibler gestalten können, um Einwanderung besser zu managen.“ Cameron beabsichtigt, bereits Mitte 2016 das Referendum abzuhalten. Die EU-Partner sind zuversichtlich, sich bis 18. Februar 2016 mit Cameron über dessen Reformforderungen zu einigen. „Ich bin viel optimistischer als vor unserem Treffen“, so EU-Ratspräsident Donald Tusk am 18. Dezember 2015. Es werde „sicherlich nicht ganz einfach, aber bei gutem Willen kann man gute Wege finden, die den verschiedenen Anliegen gerecht werden.“, so Merkel und betonte, dass Nichtdiskriminierung und Freizügigkeit als „Grundpfeiler der EU“ auf jeden Fall bewahrt werden müssten. Die EU lässt sich auf Reformverhandlungen ein, um einen Verbleib Großbritanniens in der EU zu ermöglichen. Cameron will nur dann für einen Verbleib Großbritanniens in der EU werben, wenn seine Forderungen erfüllt werden. Da die britische Bevölkerung über einen Verbleib in der EU gespalten ist, erscheint ein „Brexit“ derzeit nicht als unrealistisches Szenario – was enorm negative Folgen für Großbritannien und die EU als Gesamtwerk hätte. Cameron hatte angekündigt, „die ganze Nacht durch für Großbritannien zu kämpfen.“ Um kurz nach Mitternacht am 18. Dezember hatte Cameron festgestellt, es habe „viel guten Willen“ gegeben, und es sei eine Dynamik entstanden, um eine Lösung in allen vier Reformfeldern zu erreichen. Auch Cameron rechnet damit, dass die EU-Verträge geändert werden müssten, der Weg dafür sei eingeschlagen. Noch kurz vor Beginn der niederländischen EU-Präsidentschaft im Jänner 2016 sprach sich Ministerpräsident Mark Rutte dafür aus, „weniger EU“ und „mehr nationale Souveränität innerhalb der EU umzusetzen. Es gibt, so Rutte, „viele Dinge, die die einzelnen Mitgliedstaaten selbst besser regeln können.“

Terror in Paris – Frankreich im Ausnahmezustand

Am 21. August 2015 stieg ein Islamist aus Marokko in Brüssel in den Thalys-Schnellzug nach Paris, eröffnete mit einem Sturmgewehr das Feuer und verletzte zwei

Menschen schwer. Der Mann, ein „einsamer Wolf“ des Dschihad, wird von Fahrgästen überwältigt und der Polizei übergeben. Der knapp 26-jährige Marokkaner Ayoub K. stand bereits im von französischen Nachrichtendienst geführten Register radikaler Islamisten mit möglicher Verbindung zur Terrorszene. Pläne für ein Attentat bestritt er zunächst, die Waffen habe er in einem Rucksack in einem Brüsseler Park gefunden. Mit ihnen habe er Passagiere im Zug nur ausrauben wollen. Nirgends in Europa ist die Zahl der nach Syrien und in den Irak gereisten Kämpfer gemessen an der Bevölkerungszahl so hoch wie in Belgien. Brennpunkt ist Brüssels Problemviertel Molenbeek. Der am 18. November 2015 in Saint Denis / Paris getötete mutmaßliche Organisator der Terrorattentate fünf Tage zuvor, Abdelhamid Abaaoud, war Belgier mit marokkanischen Wurzeln, er lebte früher in Molenbeek.



Polizeifahrzeuge am Bataclan-Theater nach den Terroranschlägen

In Paris ereigneten sich am Freitag, dem 13. November 2015 abends, im Zuge des Fußball-Länderspiels Deutschland-Frankreich verheerende Terroranschläge, insgesamt kamen in St. Denis / Paris 130 Menschen ums Leben, 352 Menschen wurden verletzt. Präsident François Hollande und Premierminister Manuel Valls sprachen in diesem Zusammenhang von „Krieg“. Syrien, so Hollande, sei eine „Fabrik des Terrors“. Der „13. November“ gilt somit als „11. September“ des IS. Die Terroristen „im Namen des IS“ schlugen zu, wo Bürger sich in Gesellschaft entspannen: in Restaurants, Cafés, im Musikclub „Bataclan“ sowie bei einem Fußballländerspiel. Nicht auszudenken, hätte es einer der Terroristen in das Stade de France geschafft. Insgesamt gab es acht Anschläge wie folgt: 21.20 Uhr: Stade de France: Selbstmordanschlag, 2 Tote; 21:25 Uhr: „Le Carillon“ und „le Petit Cambodge“: Schießerei, 15 Tote. 21:30 Uhr: Stade de France: Selbstmordanschlag, 1 Toter. 21:32 Uhr: „A la Bonne Bière“: Schießerei: 5 Tote. 21:36 Uhr: „La Belle Equipe“: Schießerei, 19 Tote; 21:40 Uhr: „Bataclan“: Schießerei und Geiselnahme: 92 Tote; „Comptoir

Voltaire“: Selbstmordanschlag, 1 Toter. 21:53 Uhr: Stade de France: Selbstmordanschlag, 1 Toter. Präsident Hollande verhängte den Ausnahmezustand, ließ die Grenzen Frankreichs schließen und kündigte einen „erbarmungslosen Kampf“ gegen die Dschihadisten im In- und Ausland an.

IS-Kämpfer aus Europa erweisen sich als äußerst entschieden, ihren Kampf nach Europa zu tragen. Sie nutzen Sicherheitslücken der Europäer aus. Die meisten Experten, die sich mit dem Terrorismus in und um Europa befassen, schienen gewusst zu haben, dass ein größerer Anschlag in Europa stattfinden wird, der im Namen des IS begangen wird. Jedoch niemand schien erwartet zu haben, dass gerade jener Mann hinter einem derartigen großen Anschlag stehen würde, der sich in Dschihadistenkreisen „Abu Omar“ nennt: der Belgier Abdelhamid Abaaoud. Dies erwies sich als große Niederlage der französischen Nachrichtendienste. Frankreichs Behörden haben rund 10.000 Radikale, darunter nicht nur Islamisten, sondern auch gewalttätige Anarchisten und Hooligans, in einer Datenbank erfasst („S-Karte“ oder „fichier S“). Er kehrte nach Frankreich zurück mit einem Trupp, hielt sich dort tagelang auf, mietete eine Wohnung an und hantierte mit Waffen und Sprengstoff. Experten aus Frankreich warnen: Die Nachrichtendienste in Frankreich sind überlastet. Der Dschihadismus hat in Frankreich inzwischen Dimensionen angenommen, die unmöglich zu überwachen sind. Der IS hatte schon 2014 Anschläge in Frankreich angekündigt. Seit dem Beginn der US-geführten Koalition gegen den IS im Irak – also seit August 2014 – hat sich die IS-Strategie geändert: zunächst konzentrierte sich der IS auf die Stärkung seiner regionalen Ausrichtung mit dem Ziel, seinen „Kernstaat“ mit der „Hauptstadt“ Raqqa zu bewahren. Mit September 2014 tauchte das erste IS-Kommuniqué, das alle Länder der Anti-IS-Koalition bedroht, auf. Abu Mohammed al-Adnani, Leiter des Propagandastabes des IS, erklärte darin: „Als Antwort müssen wir Bürger von Ländern der Koalition töten, insbesondere die Franzosen, überall, mit allen Mitteln.“ Warum Frankreich? Frankreich ist das laizistischste Land in Europa und gilt gerade unter Dschihadisten als islamophob – das Burkaverbot, die Diskussionen um die Trageerlaubnis des Kopftuches in Schulen, also: die strikte Trennung von Staat und Religion. Zudem wird gerade bei Dschihadisten die Erinnerung an die französische Kolonialzeit in Nordafrika und das Sykes-Picot-Abkommen aus 1916 – ein französisch-britisches Geheimabkommen zur Aufteilung des osmanischen Erbes im Nahen und Mittleren Osten „auf Kosten der arabischen Bevölkerung“ – wachgehalten. Die Maghrebiner gehören im IS zu den zahlenmäßig größten Kämpfergruppen. Zudem kämpfen weit über 500 Franzosen auf Seiten des IS. Es bleibt das Bekenntnis des IS, weiterhin Anschläge in Europa durchzuführen –

der Aufwand dazu ist ziemlich gering: Umgang mit der AK47 Kalaschnikow und das Wissen, wie Sprengstoffgürtel gebaut werden, dazu das Fundament der sozialen Frustration und die darauf folgende religiöse Radikalisierung. Die meisten französischen Dschihadisten entstammen aus der „Kultur der Sozialbausiedlungen“. Die Dschihadistenwerdung wird als „Reinigung“ empfunden, vor allem bei jenen, die aus der Kriminalität kommen. Sie argumentieren: Die Gefährten des Propheten Mohammed seien zuvor ebenso die größten Sünder gewesen. Zudem wirkt der Krieg in Syrien und Irak in dreifacher Weise auf Europa: es kommen Millionen Flüchtlinge nach Europa, zudem wird der Terrorismus in Europa genährt und birgt die Gefahr in sich, dass sich die Konfrontation zwischen der NATO und Russland nach der Ukraine-Krise erhöht, wie der Abschuss einer russischen Suchoj Su-24 durch zwei türkische F-16 am 24. November 2015 verdeutlichte. Die Folgen: für drei Monate galt in Frankreich der Ausnahmezustand, in Brüssel war das Leben über einige Tage erstarrt, ein am 17. November geplantes Fußball-Länderspiel Deutschland-Niederlande in Hannover wurde abgesagt. Die Reisefreiheit wird eingeschränkt.

Die EU im Beistand zu Frankreich

In einer Rede vor der Nationalversammlung und dem Senat schwor Präsident Hollande Frankreich, die EU und die internationale Gemeinschaft auf einen Krieg gegen den IS ein: „Syrien sei eine Fabrik des Terrors“. Am 19. November hatte der französische Flugzeugträger „Charles de Gaulle“ seinen Einsatz gegen den IS aufgenommen. Das werde, so Hollande, Frankreichs Kapazitäten nach dem Beginn des Bombardements auf die „IS-Hauptstadt“ Raqqa durch französische Rafales zwei Tage zuvor verdreifachen.



Französisches Rafale-Kampfflugzeug im Landeanflug

Frankreichs Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian ersuchte am 17. November seine EU-Amtskollegen um militärischen Beistand im Kampf gegen den IS – gemäß Artikel 42 (7) des EU-Vertrages von Lissabon. Dieser sieht auch militärische Unterstützung vor und ist nie

zuvor genutzt worden: „Heute hat Frankreich die Hilfe und Solidarität von ganz Europa erbeten. Und heute hat ganz Europa vereint Ja gesagt“, erklärte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini nach der Entscheidung im Rat der Verteidigungsminister. Die EU-Mitgliedstaaten sind somit verpflichtet, „alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“ zukommen zu lassen, wobei der „besondere Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten“ (also die Neutralität Österreichs) dabei berücksichtigt wird. Wäre Frankreich an einem echten gemeinsamen Waffengang interessiert gewesen, hätte sie sich auf den NATO-Vertrag (Artikel 5) berufen – denn auch Artikel 42 (7) hält fest, dass die NATO „für die ihr angehörenden Staaten weiterhin das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung ist.“ Jean-Yves Le Drian sagte, jeder der 27 Partner solle beitragen, „was in seinen Kräften steht“. Die Wahl der EU-Beistandsklausel kann hier vielmehr als symbolische Geste verstanden sehen: Die Berufung auf die EU-Solidarität komme bei der eigenen Bevölkerung gut an als auch bei den EU-Staaten insgesamt. Spanien schloss eine Beteiligung an Luftangriffen dezidiert aus, Deutschland verwies darauf, den deutschen Einsatz bei der Ausbildung und Waffenhilfe der kurdischen Peschmerga gegen den IS im Nordirak „verstetigen“ zu wollen, so Deutschlands Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Österreich zeigt sich ebenso solidarisch mit Frankreich, jedoch betonte Bundeskanzler Werner Faymann, Österreich sei „ein neutrales Land“: Neutralität bedeutet jedoch nicht Teilnahmelosigkeit, sondern Engagement bei Friedensmissionen, im Fall der Terroranschläge in Paris wird von Wien aus eruiert, „was wir mit Frankreich im Rahmen unserer Neutralität erarbeiten können – auf Basis der Polizei, des Militärs und der Entwicklungspolitik. Sofern die polizeiliche Kooperation oder eine Entsendung zusätzlicher Blauhelme unter ‚Beistand‘ verstanden wird, berührt dies nicht die Neutralität.“ Zudem kann der IS demnach nicht als Staat verstanden werden. In einem „Krieg gegen den IS“ würde der IS als ein Staat aufgewertet werden. Premierminister David Cameron forderte das Parlament in London auf, das Mandat für Luftangriffe gegen den „IS“ auszuweiten. Dänemark kündigte an, sich wieder an Luftoperationen beteiligen zu wollen. US-Präsident Barack Obama sicherte Hollande seine Solidarität zu, schloss jedoch größere Kontingente von Bodentruppen in Syrien aus.

Deutschland entsendet 1.200 Soldaten in Richtung Syrien

Am 1. Dezember 2015 beschloss das Bundeskabinett das Mandat zur Entsendung von bis zu 1.200 Soldaten, die den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) mit Luftaufklärung mit Tornados und Satelliten,

Luftbetankung, Luftabwehr- und Begleitschutz im Mittelmeer unterstützen sollen. Die deutsche Regierung spricht sich gegen Vorwürfe der Linken und Grünen aus, der Syrien-Einsatz sei „ein Abenteuer“ oder „kopflös“. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen stellte unmissverständlich dar, dass es sich dabei „um einen gefährlichen Einsatz“ handeln werde: „wir werden einen langen Atem brauchen.“ Von der Leyen widersprach dem Eindruck, Deutschland handle ausschließlich aus den Verpflichtungen, nach den Anschlägen des IS in Paris am 13. November solidarisch zu sein. Deutschland, so von der Leyen, sei längst „im Fadenkreuz des IS“. Am 4. Dezember beschloss der Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten in Syrien und genehmigte somit den Antrag der Bundesregierung zum „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS“. Somit unterstützt Deutschland auch militärisch die internationale Allianz gegen den IS. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Berlin ausschließlich die kurdischen Peschmerga-Kämpfer im Nordirak durch Waffenlieferungen und Ausbildung unterstützt. In namentlicher Abstimmung stimmten 445 Abgeordnete für den Einsatz, 146 dagegen, 7 Abgeordnete enthielten sich. Ebenso 28 SPD- und 2 CDU-Abgeordnete stimmten gegen den Einsatz, 3 Grüne stimmten für den Einsatz. Die Fraktion „Die Linke“ stimmte geschlossen gegen den Einsatz. Der Bundeswehreininsatz soll im „Operationsgebiet“ des IS in Syrien und dem Irak sowie in den angrenzenden Seegebieten erfolgen. Das Mandat selbst ist vorerst bis 31. Dezember 2016 befristet. Die Fregatte „Augsburg“ mit 220 Mann Besatzung wurde aus dem EU-Flüchtlingsinsatz im Mittelmeer herausgelöst und zum Schutz des französischen Flugzeugträgers „Charles de Gaulle“ entsendet. Der Einsatz der sechs Aufklärungsflugzeuge vom Typ „Tornado“ begann am 8. Jänner 2016, weil die Aufklärungstechnik zur Auswertung der Bilder noch von Spanien ins türkische Incirlik transportiert werden musste. Zuletzt ist dieses System beim NATO-Manöver „Trident“ auf der iberischen Halbinsel zum Einsatz gekommen. Verteidigungsministerin von der Leyen war am 3. Dezember 2015 zu politischen Gesprächen in Ankara, wo ihr zugesagt wurde, die türkischen Streitkräfte würden den Einsatz auf der Luftwaffenbasis nahe Adana unterstützen. Die Bundeswehr wird sich nicht mit Bodentruppen beteiligen. Im Irak habe sich gezeigt, dass Luftangriffe in Kombination mit dem Einsatz örtlicher Bodentruppen eine erfolgversprechende Methode sei. „Wir brauchen Menschen, die sich in der Region auskennen und die ein vitales Interesse haben, ihre Heimat zurückzuerobern“, so von der Leyen.

Norbert Röttgen (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, erklärte, es sei „ein Einsatz zur

Verteidigung Deutschlands, wie es in Artikel 87a des Grundgesetzes vorgesehen ist.“ Die Bundesregierung hatte sich jedoch nicht durchgerungen, dieses „Neuland“ zu betreten, die Bundeswehr soll somit keine kämpfende Rolle einnehmen. Die Regierung selbst berief sich auf Artikel 24 des Grundgesetzes. Grünen-Abgeordnete Dieter Janecek sagte, die UN-Sicherheitsresolution 2249 vom November 2015 – sie kam auf Betreiben Frankreichs zustande – biete „eine ausreichende Legitimationsgrundlage“. Die Völkergemeinschaft werde darin gleich zweimal aufgefordert, „alle notwendigen Maßnahmen“ zur Eindämmung des Terrors zu ergreifen. Anfang Dezember 2015 bereiteten Offiziere des Taktischen Luftwaffengeschwaders 51 „Immelmann“ in Jagel die Verlegung von Tornados nach Incirlik/Türkei vor. Der Einsatz ähnelt jenem vor sieben Jahren, als deutsche Tornados zur Aufklärung in Afghanistan Einsätze flogen: sechs Tornados waren damals auf die deutsche Basis in Masar-i-Sharif verlegt worden und flogen auf Ersuchen des damaligen deutschen Regionalkommandos und anderer alliierter Stäbe im ganzen Land Aufklärungsmissionen: Meist stiegen zwei Flugzeuge morgens und zwei Flugzeuge nachmittags auf. Eine derartige „Zwei-plus-zwei“-Routine soll es auch von Incirlik aus geben. Geschwaderkommodore Oberst Michael Krah betonte, die Aufklärungsflüge über Syrien seien für seine Tornado-Besatzungen „sicherlich auch mit Gefahren verbunden.“ Jedoch haben demnach „die Piloten und Waffensystemoffiziere, die jeweils zu zweit eine Maschine fliegen, (...) in den zurückliegenden Einsätzen ‚etablierte und funktionierende Taktiken‘ entwickelt, um mögliche Bedrohungen durch feindliche Kräfte vom Boden zu begegnen.“ Die Tornado-Besatzungen rechnen damit, vom IS mit Ein-Mann-Luftabwehrraketen („Manpads“) beschossen zu werden. Die Tornados können sich dagegen passiv wehren – mit dem Ausstoß von Leuchtkörpern, die infrarot-gelenkte Raketen in die Irre führen, oder indem diese auf 5.000 Meter Höhe steigen und somit außerhalb der Reichweite der Manpads gelangen. Aus derartigen Höhen kann das seit 2010 im Einsatz befindende Aufklärungssystem „Recce-lite“ – es besteht aus zwei Kameras und befindet sich in einem bombenförmigen Behälter unter dem Rumpf der Tornados – Bilder in einer sehr guten Qualität liefern. Zahlreiche Soldaten sind in Incirlik als „Missionsplaner“, „Missionsmanager“ und „Luftbildauswerter“ beteiligt.

Großbritannien: Luftangriffe gegen den IS

Premierminister David Cameron äußerte am 4. Dezember 2015 die Hoffnung, dass die westlichen Luftangriffe im Rahmen der Freiwilligen-Allianz gegen den IS „helfen könnten, eine politische Lösung zu

erreichen. Die Militäraktionen würden stärker gegen den IS und damit gegen einen gemeinsamen Feind gerichtet“, so Cameron, und „bezeichnete eine politische Lösung in Syrien als grundlegend für einen Sieg über die Dschihadisten. Man könne aber nicht so lange warten, bis diese erreicht worden sei“, betonte Cameron nach den ersten Einsätzen der Royal Air Force in Syrien. Diese ersten Einsätze begannen bereits am 3. Dezember abends von der britischen Luftwaffenbasis Akrotiri auf Zypern mit vier Tornados. 397 Abgeordnete, darunter 66 Labour-Abgeordnete (von 231 Labour-Abgeordneten), stimmten am 3. Dezember abends nach mehr als zehnstündiger Debatte für den Cameron-Vorschlag – das bedeutete eine klare Mehrheit von 147 Stimmen –, 223 Abgeordnete votierten dagegen. Erst seit den Terroranschlägen von Paris am 13. November mehrten sich die Befürworter der Intervention, 2013 wurde ein derartiger Vorschlag mehrheitlich abgelehnt. Die Royal Air Force bombardierte bei ihrem ersten Einsatz über Syrien Ölquellen des IS, so Verteidigungsminister Michael Fallon. Bodengruppen, also „boots on the ground“, sollen nicht eingesetzt werden.

Neues Antiterrozentrum bei Europol

Seit 1. Jänner 2016 existiert bei der EU-Polizeibehörde ein Antiterrorzentrum. Im Kampf gegen den Terrorismus geht es dabei um einen erhöhten Informationsaustausch. Das neue Zentrum zielt auf eine bessere Koordination der EU-Staaten und folglich auf den verbesserten Austausch von Informationen über potenzielle Gefährder, illegalen Waffenhandel und Terrorismusfinanzierung ab. Jedes EU-Land soll mit Experten im Bereich Terrorismusbekämpfung in Den Haag vertreten sein. Die Europäische Kommission und vor allem Innenkommissar Dimitris Avramopoulos setzen sich dazu noch für die Errichtung eines EU-Nachrichtendienstes ein: „Wir müssen unsere Zusammenarbeit auf Vertrauen und Effizienz gründen.“ Der Großteil der EU-Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland und Österreich – zeigt sich diesbezüglich jedoch skeptisch. In den Schlussfolgerungen des Rates vom Dezember heißt es in diesem Kontext nur: die Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten der Mitgliedstaaten müsse vertieft werden, ausschließlich unter „voller Rücksichtnahme auf die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für die nationale Sicherheit“. Aufgrund der Terroranschläge in Paris vom 13. November haben die EU-Innenminister noch im selben Monat die dauerhafte Verschärfung der Kontrollen an den EU-Außengrenzen beschlossen: Auch EU-Bürger sollen künftig bei der Einreise in die Union kontrolliert und ihre Daten mit dem Schengener Informationssystem (SIS) abgeglichen werden. Bisher

hatten Grenzbeamte bei diesen Personen lediglich die Gültigkeit und Echtheit des Reisedokuments überprüft.

Dänemark: Stopp für Ausnahmeregeln bei der EU-Justizkooperation

Mit einer Mehrheit von 53,1% gegenüber 46,9% haben sich die Bürger Dänemarks am 3. Dezember gegen die Übernahme von EU-Verordnungen in Polizei- und Justizangelegenheiten ausgesprochen. Die Wahlbeteiligung lag mit 72% deutlich höher als von Beobachtern erwartet worden war. Der Ausgang des Referendums gibt nicht nur über die in Dänemark verbreitete Skepsis gegenüber der EU und ihrer Institutionen angesichts der sich vertiefenden Flüchtlingskrise Auskunft: Dieser Ausgang gilt auch als „Denkzettel“ für die etablierten politischen Parteien des Landes, die sich geschlossen für eine engere Einbindung Dänemarks in die EU ausgesprochen hatten. Dänemark hatte sich schon 1993 ausbedungen, von der Anwendung der sogenannten gemeinsamen Rechtsakte der EU auf vier Feldern ausgeklammert zu werden: Sicherheit, Währung, Staatsbürgerschaft sowie Justiz- und Innenpolitik. Der letzte der vier als „Opt-outs“ bezeichneten Punkte stand nur zur Debatte, weil Dänemark nach Ansicht der bürgerlichen Regierung („Venstre“) von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen und der oppositionellen Sozialdemokraten nur dann auch in Zukunft von der Europol profitieren könne, wenn es auf dieses Sonderrecht verzichtet. Die einwanderungs- und EU-kritische Dänische Volkspartei sowie die linke Einheitsliste waren die einzigen der 9 im dänischen Parlament vertretenen Parteien, die sich dieser Argumentation nicht anschlossen. Insbesondere die Volkspartei hatte vor dem Referendum davor gewarnt, den Souveränitätsvorbehalt aufzugeben und dabei vor allem auf die Sicherung der Landesgrenzen und die Flüchtlingsproblematik hingewiesen. Rasmussen sagte, das Abstimmungsergebnis weise auf „eine Vertrauenskrise zwischen der Bevölkerung und den Politikern“ hin. Vertreter der Volkspartei forderten, mit einem Sondervertrag die weitere Kooperation der dänischen Polizei mit Europol sicherzustellen. Der Anti-Terror-Koordinator der EU, Gilles de Kerchove, sagte: „Wir brauchen Dänemark. Deshalb werden wir alles tun, um sie an Bord zu halten.“

Siege nationalistischer Parteien – der FN

Die Flüchtlings- und Migrationskrise sowie die erhöhten Terrorgefahren stärken nationalistische Parteien – in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, in Polen und in Schweden. Die 4 „Visegrád“-Länder Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn sind bestrebt, sich nicht von der EU verordnen zu lassen, wie viele Flüchtlinge sie aufnehmen sollen. Ein von den EU-

Innenministern in Mehrheitsentscheidung gefasster Beschluss über die Verteilung von 160.000 Schutzsuchenden auf alle EU-Mitgliedstaaten wird von der Slowakei und Ungarn bekämpft – mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. In vielen anderen EU-Staaten ist die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen enden wollend. Aufgrund der zahlreichen Krisen in und um Europa könnte es in der EU ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ geben – eine Basisunion, an der alle teilnehmen, und eine engere Union, die intensiver zusammenarbeitet, so Frankreichs Präsident François Hollande beim EU-Gipfel im Dezember. Seit den Terroranschlägen von Paris am 13. November hatte Hollande zwar als „Vater der Nation“ beeindruckt. Linke Wähler hatten Mitte Dezember über die „Republikanische Front“ (Les Républicains – LR) während des zweiten Wahlganges der Regionalwahlen in Frankreich mitgeholfen, einen Sieg des Front National (FN) in zwei Regionen zu verhindern. In sechs von 13 Regionen lagen am 7. Dezember 2015 nach dem ersten Wahlgang noch die FN-Listen vor dem LR und dem PS (Parti socialiste): in der Region Nord-Pas-de-Calais-Picardie unter Marine Le Pen mit 40,64% der abgegebenen Stimmen und in der Region Provence-Alpes-Côte-d’Azur unter deren Nichte Marion Maréchal-Le Pen mit 40,55%. Auch im Nordosten (Alsace-Lorraine-Chanpagne-Ardenne) lag der FN zunächst mit mehr als 36% deutlich vorne. Landesweit entfielen nach dem ersten Wahlgang auf den FN 27,7%, auf die LR 26,7% und auf den PS 23,1%. Dies sei ein „Erfolg ohne Freude“. Die Präsidentenwahlen in Frankreich sind für April 2017 anberaumt. In Frankreich wird der Präsident in zwei Durchgängen gewählt. Ins Endspiel ums Elysée – die Stichwahl – kommen nur die zwei stimmenstärksten Kandidaten des ersten Durchgangs. Die Sozialisten müssen mehr als die Risse der französischen Linke kitten, die die Linksrebellen – die „Frondeurs“ – von den anderen trennen. Am 21. April 2002 scheiterte PS-Kandidat Lionel Jospin bereits im ersten Wahlgang, weil 7 konkurrierende Links-Listen dem Sozialisten Prozentpunkte gekostet hatten. Beim ersten Wahlgang am 6. Dezember 2015 ergatterte der PS landesweit nur 23,1%. Ein Grund für das schwache Ergebnis war, dass Grüne, Kommunisten und die Linkspartei – auch aus Protest gegen Hollandes vermeintlich „rechte Politik“ – auf separaten Listen kandidierten und den PS schwächten, gemäß dem Motto: „Getrennt marschiert – gemeinsam gescheitert.“ Die Gefahr des FN ist jedoch nicht gebannt. Vorerst ist der FN – wie schon in der Vergangenheit – wieder an einer partei-übergreifenden Mehrheit französischer Wähler gescheitert. Der FN konnte im zweiten Durchgang der Regionalwahlen keine Mehrheit für die Bildung einer Regionalregierung erlangen. Die beiden FN-Spitzenpolitikerinnen, die Parteivorsitzende Marine Le Pen und ihre Nichte

Marion Marechal-Le Pen, scheiterten jeweils im Duell mit den Kandidaten der „Republikaner“. In den Regionen Nord-Pas-de-Calais-Picardie und Provence-Alpes-Côte-d’Azur hatten die im ersten Wahlgang abgeschlagenen Sozialisten auf ihre weitere Kandidatur verzichtet und die Linkswähler zur Stimmabgabe für die „Republikaner“ aufgerufen. Der FN hat sich als mindestens gleich starke Macht neben den Sozialisten und Konservativen inzwischen etabliert. Rechtspopulistische Parteien stehen in vielen europäischen Ländern weiterhin „hoch im Kurs“. Es ist wie ein Erdbeben, das die politische Landschaft in Europa umzukrempeln droht und dem Linke wie Rechte offenbar nichts entgegenzusetzen haben. In Frankreich hatte der FN in Calais bei ersten Wahlgang den früheren Wähleranteil verdreifacht und 50% erreicht. In dieser Stadt befinden sich seit Jahren illegal errichtete Camps mit steigenden Flüchtlingszahlen. Die Politik ist aufgerufen, klare Ziele zu definieren und den Bürgern einen Plan vorlegen, wie diese zu erreichen sind. Dies wäre die einzige Gegenstrategie im Kampf gegen nationalistische Parteien. Es ist das Fehlen einer glaubhaften und nachhaltigen intergouvernementalen Problemlösungsstruktur innerhalb der EU und seitens der EU-Staaten, das den Rückfall in nationale Denk- und Handlungsmuster begünstigt.

Polen: Erfolg der PiS

Acht Jahre, nachdem Jaroslaw Kaczyński nationalkonservative PiS-Regierung (2005-2007) abgewählt worden war, erzielte sie bei den Parlamentswahlen am 25. Oktober 2015 den Sieg. Die PiS (Partei Recht und Gerechtigkeit) kommt im polnischen Parlament (Sejm) auf 335 (von 460) Sitzen und somit auf eine absolute Mehrheit, die abgewählte Bürgerplattform PO lediglich auf 138. Die PiS sprach sich im Wahlkampf gegen die Aufnahme muslimischer Flüchtlinge aus. Das polnische Episkopat unterstützt zwar die rechtsnationale Wende, hatte jedoch stets zur Aufnahme von Flüchtlingen aufgerufen. In der Ukraine-Krise wird Polen nach wie vor auf harte Sanktionen gegen Russland beharren. „Der Tag wird kommen, an dem wir in Warschau ein zweites Budapest haben werden“, hatte Kaczyński im Jahr 2011 erklärt. Die Zuneigung für Viktor Orbán erstreckt sich auf autoritäre Methoden. Zudem scheint Kaczyński überzeugt zu sein, dass sein Zwillingbruder Lech 2010 in Smolensk einem russischen Attentat zum Opfer gefallen ist. Die PiS ist bestrebt, stärker außenpolitisch Polen in Mitteleuropa zu integrieren, das Weimarer Dreieck (Deutschland, Frankreich, Polen) gilt für die PiS nicht als prioritär. Die PiS plant gemäß ihren Wahlversprechen, die Franken-Schuldner auf Kosten der Kreditinstitute zu entschulden – nach dem Vorbild Ungarns. Zudem hatte am 18. November 2015

Premierministerin Beata Szydło angekündigt, eine Supermarkt- und Bankensteuer nach dem Vorbild Ungarns einzuführen. Polen müsse, so Szydło, angesichts der Bedrohung durch Russland das Verteidigungsbudget erhöhen. Außenminister Witold Waszczykowski hatte behauptet, bisher sei Polen nur ein Vasall Berlins gewesen. Die von der liberalen Vorgängerregierung Ewa Kopacz zugesagte Aufnahme von 7.000 Syrern und Eritreern wird von der PiS als Akt polnischer Gnade gegenüber Berlin interpretiert. Nach Exekutive und Legislative versucht die PiS auch, die dritte und „vierte“ Gewalt im Staat unter seine Kontrolle zu bringen – die Judikative und die Medien. Am 22. Dezember abends wurde durch ein parlamentarisches Schnellverfahren von fünf umstrittenen Richterernennungen seitens der PiS das Verfassungsgericht als unabhängige Instanz ausgeschaltet. Die Luxemburger Ratspräsidentschaft drohte noch mit einem EU-Verfahren gegen diesen Schritt. Die Entwicklung in Warschau erinnere, so Außenminister Jean Asselborn, „leider an den Kurs, den auch diktatorische Regime gegangen sind.“ Asselborn betonte: die EU habe bereits den Fehler gemacht, die Einschränkungen der Gewaltenteilung in Ungarn hinzunehmen: „Aber wenn wir das bei einem großen EU-Land wie Polen zulassen, dann können wir uns von der EU als Wertegemeinschaft verabschieden.“ Die Regierung kann nun durch diese Justizreform künftig ihre umstrittenen Gesetzesprojekte durchsetzen. Das gilt für das Durchleuchtungsgesetz, dieses wurde durch das Verfassungsgericht zur Zeit der ersten Kaczyński-Regierung (2005-2007) verhindert, bis zu einer denkbaren Verlängerung der Amtszeit für die im Oktober 2015 gewählten Abgeordneten von 4 auf 10 oder mehrere Jahre. Am 30. Dezember 2015 unterstellte der Sejm mit absoluter Mehrheit der PiS den öffentlichen Rundfunk de facto der Regierung. Statt wie bisher der Rundfunkrat, entscheidet künftig der Minister für das Staatsvermögen über die Neubesetzung der Vorstands- und Aufsichtsratsgremien. Journalisten des Senders „Telewizja Polska“ (TVP) und des Radios „Polskie Radio“ sollen durch PiS-Kader ersetzt werden. Aus Sicht der PiS stellt sich das wie folgt dar: Es gelte, die Situation zu „zivilisieren“ oder zu „kultivieren“. Die Sender seien „Horte der ehemaligen Regierungsparteien, Lügenzentralen und Sitz politischer Günstlinge“, so der PiS-Abgeordnete Marek Suski. Der Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker rechnet jedoch nicht damit, dass im Fall Polen Artikel 7 des Vertrags von Lissabon angewendet wird – dieser käme zur Anwendung, wenn ein EU-Mitglied die Werte der Union in schwerwiegender Weise verletzt: „Wir brauchen freundliche und gute Beziehungen“, so Juncker Anfang Jänner 2016.

Sicherheitspolitische und strategische Konsequenzen europäischer und nationaler Flüchtlingspolitik

Historische Migrationsbewegungen

Die weltweite Anzahl an Flüchtlingen überstieg 2015 die Anzahl von 20 Millionen. Zusätzlich wuchs die Zahl der Binnenvertriebenen auf etwa 40 Millionen Menschen. Neben den steigenden Zahlen an Flüchtlingen sank auch die Anzahl freiwilliger Rückkehrer mit jährlich etwa 85.000 Menschen auf den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten.

Der Konflikt im Nahen Osten ist dabei der größte Auslöser von Flucht und Vertreibung. Die Konflikte in Syrien und im Irak sind insgesamt für mehr als 15 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene verantwortlich. Aus Syrien stammen sowohl die meisten Binnenvertriebenen (7,6 Millionen) als auch die meisten Flüchtlinge (4 Millionen).



Provisorisches Flüchtlingslager in Tunesien

Unmittelbare Auswirkungen auf die europäische Sicherheit haben die anhaltenden Flüchtlingsströme vor allem aus dem Nahen Osten und Afrika. 2015 sind etwa eine Million Menschen nach Europa geflohen. 970.000 Menschen haben dabei das Mittelmeer überquert. Jeder Zweite, der auf diesem Weg nach Europa eingereist ist, war ein Syrer, der zuvor aus seiner Heimat vor allem in die Türkei geflohen war; 20 Prozent waren Afghanen, sieben Prozent Iraker. Mehr als 800.000 Menschen kamen über die Ägäis von der Türkei nach Griechenland. Das sind 80 Prozent aller irregulären Ankünfte über den Seeweg nach Europa. Gleichzeitig ist die Anzahl derer, die von Nordafrika nach Italien reisten, leicht gesunken – von 170.000 im Jahr 2014 auf rund 150.000 Menschen im Jahr 2015. Insgesamt ertranken dabei fast 4.000 Menschen. Die Zahl der Menschen, die in diesem Jahr das Mittelmeer überquert haben, ist dabei im Laufe des Jahres stetig gestiegen:

von etwa 5.500 Menschen im Jänner bis zum Höchststand von über 221.000 im Oktober. Diese moderne Völkerwanderung hat nicht nur gravierende gesellschaftspolitische Auswirkungen, sondern offenbart auch mangelnde Einigkeit und die strategische Handlungsunfähigkeit der Europäischen Union.

Auslöser der Flüchtlingskrise

Die Ausweitung der Flüchtlingswelle in den letzten Monaten ist nicht zufällig geschehen, sondern von konkreten Handlungen beeinflusst worden. Neben der schon in den vergangenen Jahren über Libyen und das Mittelmeer führenden Flüchtlingsroute wurde 2015 eine noch viel größere implementiert. Diese führt aus der Türkei nach Griechenland. Dafür waren Push-Faktoren in den Krisenregionen und in der Türkei, vor allem aber eine Pull-Faktoren in Europa ausschlaggebend.

Primäre und sekundäre Push-Faktoren

Primäre Push-Faktoren für die aktuelle Flüchtlingswelle sind natürlich die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak, in Syrien, Afghanistan und anderen Staaten des Nahen Ostens und Afrikas. Darüber hinaus tragen wirtschaftliche und soziale Probleme zu Migrationsbewegungen bei. Vor allem bei überbevölkerten Staaten entlasten Emigranten den Arbeitsmarkt und sind für ihre Heimatländer durch finanzielle Überweisungen eine gern gesehene Devisenquelle. Daher haben diese Staaten oftmals auch ein Interesse an Emigration und unterstützen diese direkt oder indirekt. Als sekundäre Push-Faktoren sind etwa Mängel in den Flüchtlingslagern zu nennen. Grund dafür ist vor allem die Unterfinanzierung der internationalen Hilfe. Weitere Faktoren für die konkrete Flüchtlingswelle waren Gerüchte über die Abschiebung wehrpflichtiger Syrer aus der Türkei im Juli/August 2015. Ein zentraler Faktor war überdies die zumindest wohlwollende Ignoranz der türkischen Sicherheitskräfte gegenüber (illegalen) Überfahrten vom türkischen Festland auf griechische Inseln.



Flüchtlinge vor der griechischen Insel Lesbos

Es hat zumindest den Anschein, dass die Türkei Massenmigration erfolgreich als politische Waffe eingesetzt hat. Die Vorgangsweise deckt sich mit anderen Beispielen in der von Kelly M. Greenhill schon 2010 veröffentlichten Analyse „Weapons of Mass Migration: Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy“. Die Türkei hat dabei zumindest mitgewirkt, das Verhalten der europäischen Zielstaaten zu beeinflussen, indem sie ihnen Kosten oder Risiken aufdrängte, die sie nun im Zuge der Flüchtlingskrise zu tragen haben. Sollte hinter dieser Handlungsweise gezielte Politik stehen, muss diese Strategie als erfolgreich bewertet werden. Bereits Ende November wurde beim EU-Türkei-Gipfel über die Flüchtlingskrise ein Aktionsplan zur verstärkten Zusammenarbeit beschlossen. Als Gegenleistung für die Abhaltung von Flüchtlingen, illegal nach Europa zu reisen, wurde der Türkei unter anderem eine Beschleunigung des Beitrittsprozesses in Aussicht gestellt. Die Türkei hat dafür zugesagt, die Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge zu verringern. Überdies erhält sie EU-Zahlungen in Milliardenhöhe und Visaerleichterungen für türkische Bürger. Die politisch schwache Europäische Union übt überdies faktisch keine Kritik an der Islamisierung der Türkei, der Einschränkung der Menschenrechte, der militärischen Bekämpfung kurdischer Gruppierungen in der Türkei und in Syrien oder an der türkischen Unterstützung radikal-islamistischer Gruppen im Syrienkrieg. Da dies nicht der normalen EU-Politik entspricht, ist von einer erfolgreichen Erpressung der EU auszugehen.



Das jordanische Flüchtlingslager Za'atari

Es ist auch der Ignoranz europäischer Politik geschuldet, dass sich die Situation in den Flüchtlingslagern der syrischen Nachbarstaaten so problematisch entwickelt hat. Beispielsweise hatte bereits im März 2013 UN-Flüchtlingskommissar António Guterres die Problematik fehlender finanzieller Mittel in Höhe von hunderten Millionen Euro dargelegt. Der Regionalplan für syrische Flüchtlinge, der im Dezember 2012 unter der Federführung von UNHCR verabschiedet worden war, rechnete mit einem ersten Finanzbedarf von einer Milliarde US-Dollar für etwa

eine Million syrische Flüchtlinge. *"Wir sind nicht nur Zeuge einer humanitären Tragödie, sondern auch einer Bedrohung für internationale Sicherheit und Frieden"*, erklärte Guterres. Er rechnete bereits damals mit *„einer Explosion im gesamten Nahen Osten.“* Auch in den folgenden Monaten und Jahren erfolgten vergleichbare Hilferufe und Appelle. Diese verhallten aber im Wesentlichen ungehört. Die Zahl der Betroffenen, die in die Nachbarländer Jordanien, Libanon, Irak, Türkei und Ägypten fliehen mussten, ist inzwischen aber auf vier Millionen angestiegen. Laut UNHCR hatte die Türkei davon Mitte 2015 etwa 1,8 Millionen, der Libanon 1,2 Millionen und Jordanien 0,6 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Um seine Aufgaben für den internationalen Flüchtlingsschutz vollständig erfüllen zu können, kalkuliert UNHCR global mit einem Jahresbudget von knapp sechs Milliarden Euro. Tatsächlich zur Verfügung gestellt wurden zuletzt rund drei Milliarden Euro. Das bedeutet für die betroffenen Flüchtlinge die Kürzung von Nahrungsmittelrationen, Begrenzung der Gesundheitsversorgung oder der Schulausbildung. Ein zentraler Push-Faktor für die Migration hunderttausender Syrer nach Europa war jedenfalls die begrenzte Versorgung in den Nachbarländern. Etwa 86 Prozent der syrischen Flüchtlinge in Jordanien, die außerhalb von offiziellen Flüchtlingslagern untergekommen sind, leben unter der Armutsgrenze von 3,20 US-Dollar am Tag. Im Libanon muss über die Hälfte der Flüchtlinge (55 Prozent) in unzureichenden Unterkünften leben. 2014 hat jedoch beispielsweise Österreich den UNHCR nur mit 2,5 Millionen Euro unterstützt. Die Versorgung der inzwischen nach Österreich gewanderten Flüchtlinge wird hingegen Milliarden kosten. Inzwischen hat die Versorgung der nach Europa weiter gewanderten Flüchtlinge den EU-Staaten ein Zigfaches der fehlenden Mittel für die Flüchtlingsbetreuung vor Ort gekostet.



Flüchtlinge in Ungarn unterwegs nach Österreich

Pull-Faktoren

Als Pull-Faktoren sind einerseits die im Vergleich zu deren bisherigen Lebensumständen umfassende soziale Versorgung der Flüchtlinge in Europa zu nennen, andererseits die relativ einfache und von den Anrainerstaaen unterstützte Reise zu den bevorzugten

Ländern Zentral- und Nordeuropas sowie die „Einladungs- und Willkommenspolitik“ vor allem in Deutschland und Österreich, die über (soziale) Medien verbreitet wurde.



Flüchtlinge verweigern Asylanträge in Ungarn zu stellen und versuchen ihre Weiterreise nach Deutschland zu erzwingen

Im Hochsommer des Vorjahres entschied die deutsche Bundeskanzlerin Merkel bekanntlich nach Rücksprache mit dem österreichischen Bundeskanzler, syrischen Flüchtlingen, die nicht in Ungarn Asyl ansuchen wollten, die Einreise nach Deutschland zu gestatten. Diese Entscheidung, die nicht mit anderen europäischen Politikern abgesprochen war – ergänzt durch Selfies mit glücklichen Flüchtlingen in den Tagen danach –, verstärkte die bereits massive Flüchtlingswelle deutlich. Kommunikationspolitisch ist es nicht einfach nur eine menschliche Geste, wenn die deutsche Bundeskanzlerin ein Selfie mit einem Flüchtling macht, sondern hat im Zeitalter Sozialer Medien gegebenenfalls strategische Implikationen. Ergänzt wurden diese politischen Gesten mit medial verbreiteten Bildern bürgerlicher „Willkommenskultur“.

Eine spezielle Problematik der Flüchtlings- und Migrationspolitik ist die Anziehungskraft europäischer Sozialsysteme. Aus sozialen, kulturellen, religiösen aber auch finanziellen Gründen sollten Flüchtlinge grundsätzlich in regionaler Nähe zu ihren Herkunftsländern untergebracht und adäquat versorgt werden. Damit aber syrische Flüchtlinge in der Türkei, in Jordanien und im Libanon verbleiben und nicht nach Europa kommen, ist sicherzustellen, dass die Verhältnisse in diesen Ländern entsprechend sind. Nahrung, aber auch Schulen, medizinische Betreuung und eventuell auch Arbeit müssen verfügbar sein.

Europa versus Nationalstaaten

Als vor allem Deutschland und Österreich von den anderen europäischen Staaten Solidarität für die Folgewirkungen der zuvor unilateral getroffenen Entscheidungen einforderten, lösten sie eine innereuropäische Krise aus. Nicht nur, dass viele andere Staaten die Rolle Berlins in der EU schon lange als zu

dominant wahrnehmen, so unterscheiden sich die politischen Vorstellungen zahlreicher europäischer Staaten auch in Flüchtlingsfragen massiv. Vor allem die mittel- und osteuropäischen Regierungen rechtfertigen damit ihre Weigerung, ihrerseits Flüchtlinge aufzunehmen. Obwohl es Deutschland gelang, die EU-Institutionen in der Flüchtlingskrise auf Kurs zu bringen, verweigerten zahlreiche europäische Nationalstaaten, dieser Politik zu folgen.

Ein wesentlicher Grund ist auch, dass die europäischen Staaten keine gemeinsam definierte Vorstellung haben, wie sie mit Asylwerbern, (Wirtschafts-)Flüchtlingen bzw. Einwanderern umgehen sollen. Sowohl Asylanspruch als auch Einwanderung müssten europaweit harmonisiert werden, wenn es zu einer einheitlichen europäischen Politik, insbesondere einer Quotenregelung zur Verteilung der Flüchtlinge kommen soll. Der Versuch Deutschlands und seiner Partner, die eigene Flüchtlingspolitik anderen europäischen Staaten zu oktroyieren, wird einerseits kaum durchsetzbar sein, andererseits massiven Schaden an den innereuropäischen Beziehungen bewirken. Notwendig wäre es vielmehr, die bisher vorrangig nationalstaatlich geregelte Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik auf europäische Ebene zu heben.



Symbol deutscher Willkommenskultur

Diskussionen betreffend Einwanderung und Asyl werden in Europa aber nicht nach rationalen Gesichtspunkten, sondern nach ideologisch festgelegten Kriterien geführt. Es ist daher auch nicht mit einer Lösung zu rechnen. Dies hat jedoch sicherheitspolitische Implikationen, da es durch die Flüchtlingspolitik zu einer inner-europäischen, aber auch einer inner-staatlichen Polarisierung gekommen ist. Die bisherige Politik führt zu einer deutlichen Stärkung EU-skeptischer und nationalistisch-patriotischer – medial zumeist rechtspopulistisch genannter – Parteien. Wenn Zuwanderer als Belastung und Konkurrenz für die arbeitende Bevölkerung betrachtet werden, wird die extreme Rechte gestärkt. Auf Seiten der autochthonen

europäischen Bürger ist wiederum durch die öffentliche Dominanz fundamentalistischer Strömungen ein negatives Bild des Islams entstanden. Dies führt jedoch zu einer politischen Radikalisierung und Polarisierung. Diese Faktoren stellen eine große innenpolitische Herausforderung für von der Flüchtlingswelle besonders betroffene Staaten dar. Die Absicherung des Wohlfahrtsstaates, Diskussionen über eine undemokratisch empfundene EU und die Furcht vor Einwanderern bzw. einer stärkeren Rolle des Islam in der europäischen Gesellschaft sind daher bestimmende politischen Themen Europas. Eine primär nach scheinbar humanitären Aspekten ausgerichtete Flüchtlingspolitik bewirkt somit innere Polarisierungen und eine noch stärkere Re-Nationalisierung Europas.

Einige europäische Staaten fordern angesichts der Mängel des Dublin-Systems ein gemeinsames EU-Asylrecht. Eine glaubwürdige und ernsthafte EU-Asylpolitik muss jedenfalls auch die Durchsetzbarkeit von Verfahrensergebnissen und die Zuteilung von Flüchtlingen auf EU-Ebene beinhalten. Wenn die Staaten, die Flüchtlinge im Widerspruch zum derzeit gültigen Dublin-Verfahren eingeladen haben, diese nun verteilen wollen, werden sie dafür zumindest einen hohen politischen Preis bezahlen müssen. Dennoch ist es sehr fraglich, ob dies gelingen wird. Es droht vielmehr eine innere Spaltung vor allem zwischen Ost- und Westeuropa. Wenn es der EU nicht gelingt, einheitliche Positionen zu Asyl und Einwanderung zu finden, wird es zu einer Abschottung der eigenen Grenzen und zur weiteren Renationalisierung kommen. Für den europäischen Einigungsgedanken hätte das entsprechend negative Konsequenzen.

Maßnahmen auf europäischer Ebene

Am Nebenschauplatz der aktuellen europäischen Flüchtlingskrise vor der Küste Libyens ist Anfang Oktober 2015 der EU-Militäreinsatz „Sophia“ auf Phase zwei ausgeweitet worden. Ziel des Einsatzes ist es nunmehr, verdächtige Schiffe aufzubringen und zu zerstören. Durch die Ausweitung des Militäreinsatzes ist es den seit Juni im Mittelmeer stationierten EU-Schiffen nun möglich, außerhalb der libyschen Küstengewässer fahrende Schiffe zu stoppen, zu zerstören und Schlepper festzunehmen. Die Annahme, mit diesem Einsatz könne man das Schleppergeschäft auf dem Mittelmeer stoppen, wird vorerst nicht durch die Zahlen bestätigt. Die Zahl der Flüchtlinge sank auf dieser Route von 170.000 im Jahr 2014 nur auf rund 150.000 Menschen 2015. Auch konnte keine relevante Anzahl an Schleppern verhaftet werden, da diese ohnehin bereits seit einiger Zeit Einweg-Boote einsetzen, die von notdürftig eingeschulten Flüchtlingen navigiert und gesteuert werden. Die Jagd auf Schlepper ist somit

primär symbolischer Natur und soll zeigen, dass die EU etwas unternimmt.



Das irische Flaggschiff LÉ Eithne rettet zahlreiche Flüchtlinge während der Operation Triton im südlichen Mittelmeer

An der griechisch-türkischen Grenze sind vorerst keine wie immer gearteten operativen Gegenmaßnahmen zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms vorgesehen. Diesen Flüchtlingsstrom versucht die EU mit Hilfe der Türkei zu stoppen. Ob dieser Ansatz erfolgreich ist, wird sich jedoch erst im Frühjahr/Sommer 2016 zeigen.

Mitte Dezember 2015 beschloss der Europäische Rat jedenfalls die Migrationsströme, mit denen Europa konfrontiert ist, einzudämmen. Zur Wahrung der Integrität des Schengen-Systems wäre es unerlässlich, die Kontrolle über die Außengrenzen wiederzuerlangen. Der Rat stellte auch fest, dass die geltenden Vorschriften des Dublin-Systems anzuwenden sind. Der Rat war jedoch (noch) nicht in der Lage, einen gemeinsamen Standpunkt zu sicheren Herkunftsstaaten zu beschließen.

Wirtschaftliche Konsequenzen der Flüchtlingskrise

Asyl- und Flüchtlingspolitik haben grundsätzlich andere Prioritäten denn Einwanderungspolitik. Dennoch werden gelegentlich sogar wirtschaftliche Vorteile des Flüchtlingsstroms ins Treffen geführt. Die von IWF und anderen Wirtschaftsinstituten berechnete Stimulierung der Wirtschaft auf Grund staatlicher Ausgaben für Flüchtlinge ist angesichts der Tatsache, dass diese Ausgaben zwangsläufig früher oder später zu zusätzlichen Steuern führen werden, somit nicht als nachhaltig und daher auch nur sehr begrenzt als positiv zu beurteilen. Aber auch beispielsweise der Chefökonom der Deutschen Bank, David Folkerts-Landau, meinte, dass die deutsche Wirtschaft langfristig vom Flüchtlingszustrom profitieren werde. Und der Vorstandschef des deutschen Automobilriesen Daimler, Dieter Zetsche, erklärte, dass die Flüchtlinge für Deutschland eine große Chance seien. Viele Flüchtlinge

seien jung, gut ausgebildet und hoch motiviert. Eine nüchterne Betrachtung der Fakten, Zahlen und Erfahrungen sieht jedoch etwas anders aus.

Das deutsche Forschungszentrum Generationsverträge hat im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft berechnet, dass bei einem anhaltenden Flüchtlingszustrom die langfristigen Zusatzkosten für Deutschland etwa 900 Mrd. Euro betragen werden. Dabei wurden sämtliche Ausgaben und Sozialversicherungen über die Lebenszeit der Flüchtlinge mit einbezogen und nach der Barwertmethode gerechnet. Bei diesem Szenario wurde unterstellt, dass zwischen 2015 und 2018 – zusätzlich zu den aufgrund der letzten Jahre zu erwartenden etwa 1,6 Mio. Immigranten (=Saldo an Zu- und Abwanderung) – insgesamt zwei Mio. Flüchtlinge nach Deutschland kommen würden. Optimistischerweise wurde angenommen, dass ihre Integration in den Arbeitsmarkt innerhalb von sechs Jahren erfolgen und anschließend – wie auch die zweite Zuwanderergeneration – fiskalisch dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung entsprechen werde. Ein entscheidender Faktor für die Kosten sei jedenfalls die Integrationsdauer im Arbeitsmarkt. Bei einer mangelnden Integration würden daher noch deutlich höhere Kosten entstehen.

Das oben dargelegte Szenario umzusetzen ist jedoch äußerst schwierig, ist doch der Weg bis zur Integration in den Arbeitsmarkt für die Masse der Flüchtlinge sehr mühsam. So hat das Schweizer Bundesamt für Migration erhoben, dass bei anerkannten Flüchtlingen (18–65 jährige Personen) die Erwerbsquoten auch fünf Jahre nach einem positiven Entscheid bei etwa 20% liegen und für vorläufig Aufgenommene sieben Jahre nach einem positiven Entscheid nur bei etwa 30%. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) geht sogar davon aus, dass es im Durchschnitt zehn Jahre dauern werde, die Neuankömmlinge für die Anforderungen des hiesigen Arbeitsmarktes zu qualifizieren. Der Präsident des deutschen Wirtschaftsforschungsinstitutes Ifo, Hans-Werner Sinn, erklärte, dass der Flüchtlingszustrom auf Grund ihres Bildungsstandes keine Lösung für einen Fachkräftemangel darstelle. Um mehr Jobs für Geringqualifizierte zu schaffen, müssten hingegen der Mindestlohn abgeschafft und Niedriglöhne mit staatlichen Zuschüssen aufgestockt werden. Potenziell entsteht durch diese neue Konkurrenz aber auch sozialer Unfrieden in den unteren Einkommensgruppen der Gesellschaft.

Professionelle Einwanderungspolitik sieht anders aus: Voraussetzung, um als Syrer in eines der klassischen Einwanderungsländer, wie beispielsweise Kanada, weiterreisen zu können, sind ein Universitätsabschluss oder eine Berufsausbildung und eine zumindest einjährige Berufserfahrung. Englisch oder Französisch müssen die Bewerber bereits auf gehobenem Niveau

(Level B2) sprechen und das Maximalalter beträgt 40 Jahre.

Innenpolitische und gesellschaftspolitische Aspekte der Flüchtlings- und Migrationspolitik

Die Masse der derzeit in Europa eintreffenden Flüchtlinge hatte vor ihrer Flucht nach Europa in der Türkei Zuflucht gesucht. Nüchtern rationell ist diesbezüglich jedoch festzustellen, dass in der Türkei die von der Genfer Flüchtlingskonvention geforderte Sicherheit garantiert wird. Es geht in der Flüchtlingskrise daher nicht primär um schutzsuchende Menschen, sondern um Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen in von ihnen gewählte „bessere“ Gastländer weiterreisen. Realistischerweise werden diese Menschen in diesen Gastländern bleiben und damit auch die Gesellschaft dieser Länder massiv verändern. Wenn die Flüchtlings- und Migrationspolitik des Jahres 2015 beibehalten wird, werden in den nächsten Jahren jedoch Millionen Menschen aus arabischen und afrikanischen Kulturkreisen den Weg nach Europa suchen und finden. Manche Gruppen und Politiker glauben, dass eine solche multikulturelle Diversität eine positive Veränderung für eine zuvor relativ homogene Gesellschaft wäre. Darüber könnte man gesellschaftspolitische Diskussionen führen, für die in dieser Publikation jedoch grundsätzlich kein Platz ist. Sicherheitspolitisch und strategisch relevant sind diese Fragestellungen jedoch, wenn damit Fragen der inneren Stabilität und Sicherheit sowie Fragen der europäischen Integration und Desintegration verbunden sind. Da eine so massive Zuwanderung beide Problembereiche betrifft, ist Flüchtlings- und Migrationspolitik auch sicherheitspolitisch und strategisch zu analysieren und zu bewerten.



Von Militär und Polizei begleitete Flüchtlingskolonne in Slowenien

Asylanten, Kriegsflüchtlinge und Migranten

Flüchtlinge sind Menschen, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen oder sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden. Ihnen wird nach internationalem Recht Asyl gewährt. Völkerrechtliche Grundlage des Asylrechts ist die Genfer Flüchtlingskonvention, dessen Eckpfeiler das „Non-Refoulement-Prinzip“ ist, welches einem Staat verbietet, einen Flüchtling in ein Land zurückzuschicken, in dem sein Leben gefährdet sein könnte. Kriegsflüchtlinge stehen grundsätzlich nicht unter dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention und es wird ihnen daher üblicherweise nur subsidiärer Schutz gewährt. Dies ist ein vorübergehendes, verlängerbares Einreise- und Aufenthaltsrecht, das Menschen gewährt wird, die aus ihrem Heimatland geflüchtet sind, weil ihr Leben oder Sicherheit zum Beispiel durch Krieg gefährdet ist, ohne dass sie die Voraussetzungen der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen. Rechte und Pflichten von Kriegsflüchtlingen sind jedoch meist an die Genfer Flüchtlingskonvention angelehnt. Eine illegale Einreise – wie sie derzeit tausendfach an der europäischen Südgrenze stattfindet – ist gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention jedoch nur dann zulässig, wenn Flüchtlinge unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht waren. Der entsprechende Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention impliziert somit eindeutig, dass ein Asylantrag im nächstmöglichen sicheren Staat zu stellen ist. Eine selbständige Weiterreise aus sonstigen, insbesondere wirtschaftlichen Gründen ist nicht vorgesehen. Dies muss als Sekundärmigration bzw. nicht legitimierte Asyloptimierung betrachtet werden. Flüchtlinge, die über die Türkei in die EU einreisen, sind jedoch grundsätzlich nicht in ihrer Sicherheit gefährdet. Auch das UNHCR unterstützt grundsätzlich das Lokalisierungsprinzip in Asylfragen, nach dem Flüchtlinge vorzugsweise in ihrer Herkunftsregion bzw. im nächstliegenden sicheren Land Zuflucht finden sollen, auch um möglichst bald freiwillig in ihre Heimat zurückkehren zu können. Zumindest die über die Türkei nach Europa einreisenden Menschen sind somit eher als Migranten anzusehen, also Menschen, welche von einem Wohnsitz zu anderen dauerhaften Wohnsitzen wandern. Sie unterscheiden sich von Flüchtlingen darin, dass sie grundsätzlich freiwillig ihren Wohnsitz verlassen, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern und genießen nicht die Privilegien eines Asylanten oder Kriegsflüchtlings. Dublin III, die EU-Verordnung für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz, sieht das Recht der Mitgliedstaaten vor, einen Flüchtling nach Maßgabe der Bestimmungen und Schutzgarantien der Richtlinie 2013/32/EU (Asylverfahrensrichtlinie) in einen sicheren Drittstaat zurück- oder auszuweisen. Zur Vermeidung der Sekundärmigration sind in Art. 38 dieser Asylverfahrensrichtlinie Kriterien festgehalten, nach denen Mitgliedstaaten Drittstaaten als sicher betrachten können. Grundsätzlich erfüllt die Türkei diese Kriterien. Es unterliegt also dem politischen Willen der europäischen Staaten bzw. der EU die Türkei generell oder für bestimmte Flüchtlingsgruppen zu einem sicheren Drittstaat zu erklären bzw. gemeinsam mit der Türkei Rahmenbedingungen zu schaffen, dass diese ein sicherer Drittstaat wird.

Genfer Flüchtlingskonvention

Artikel 1

Definition des Begriffs „Flüchtling“

Im Sinne dieses Abkommens findet der Ausdruck „Flüchtling“ auf jede Person Anwendung die aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.

Artikel 31

Flüchtlinge, die sich nicht rechtmäßig im Aufnahmeland aufhalten

(1) Die vertragsschließenden Staaten werden wegen unrechtmäßiger Einreise oder Aufenthalts keine Strafen gegen Flüchtlinge verhängen, **die unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit im Sinne von Artikel 1 bedroht waren** und die ohne Erlaubnis in das Gebiet der vertragsschließenden Staaten einreisen oder sich dort aufhalten, vorausgesetzt, dass sie sich unverzüglich bei den Behörden melden und Gründe darlegen, die ihre unrechtmäßige Einreise oder ihren unrechtmäßigen Aufenthalt rechtfertigen.

Political Correctness und politischer Diskurs

In einem freien demokratischen Staat ist grundsätzlich jede relevante Frage, die Auswirkungen auf die Gesellschaft oder das Leben seiner Bevölkerung hat, einem offenen und kritischen Diskurs zu unterziehen. Bei Fragen der Migration und Integration war dies in den letzten Jahren – positiv formuliert – nur äußerst begrenzt der Fall. Eine von einzelnen politischen Gruppierungen vorgegebene politische Korrektheit drohte Andersdenkenden mit rassistischer, fremdenfeindlicher oder rechtsradikaler Punzierung. Daher konnte es kaum zu einer sachlichen Auseinandersetzung über Herausforderungen, Chancen, aber auch Problemen und Risiken kommen, welche mit großen Migrationsbewegungen verknüpft sind und die massive sicherheitspolitische und strategische Auswirkungen haben. Beispielsweise wurde in den meisten europäischen Nationalstaaten weder eine Debatte über eine Einwanderungspolitik geführt, noch eine solche beschlossen. Politisch wurden kontroverielle Themen im Zusammenhang mit Migranten in den vergangenen Jahren aus Gründen der politischen Korrektheit und wohl auch aus Angst, damit Rassismus zu nähren, ausgespart. Dadurch entstand aber der Eindruck, dass Politik nicht in der Lage sei, ernsthafte Probleme auch ernsthaft zu benennen. Unter anderem dadurch verliert jedoch die Bevölkerung das Vertrauen in diese. So zeigte sich bei einer parallelen Befragung des Spectra-Instituts und des IMAS-Instituts in Österreich und Deutschland im Dezember 2015 und somit vor den Ereignissen der Kölner Silvesternacht, dass die Bevölkerung Zuwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika in Österreich mit 67 zu neun Prozent, in Deutschland mit 57 zu zwölf Prozent eher als Nachteile denn als Vorteil betrachtet. Nur elf Prozent der Österreicher und 21 Prozent der Deutschen unterstützen demnach die sogenannte Willkommenskultur. Somit zeigt sich, dass die veröffentlichte Meinung und die den öffentlichen Raum in Beschlag nehmende Willkommenskultur kein Ausdruck des demokratischen Willens ist. Nur ein offener Diskurs verhindert aber, dass Diskussionen und Auseinandersetzungen von extremistischen und polarisierenden Gruppen dominiert werden. Durch Ignoranz der Problemstellungen werden überdies keine positiven Lösungen erreicht. Faktum ist, dass sich offensichtlich in einigen europäischen Staaten Parallelgesellschaften gebildet haben und Integration nur begrenzt funktioniert. Eine Repolitisierung der Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsdebatte ohne Denkverbote und den Druck angeblicher Alternativlosigkeit scheint daher dringend notwendig. Ein offener Diskurs ist überdies auch ein wichtiger Faktor, um Kohärenz in einer Gesellschaft zu schaffen.

Auch die Medien, die „vierte Macht im Staat“, haben in den vergangenen Jahren, vor allem aber in der entscheidenden politischen Phase am Beginn der aktuellen Flüchtlingskrise, ihre Aufgabe kritischer Berichterstattung und öffentlicher Diskussion nicht wahrgenommen. Angesichts der Flüchtlingswelle haben Medien, insbesondere in Deutschland und Österreich, die notwendige kritische Distanz verloren. Heribert Seifert definierte es in der NZZ als *„monothematischen Überwältigungsjournalismus, der bei der Massenmigration nur eine zugelassene Haltung kannte. ... Kritische Distanz zu den Akteuren, genaue Recherche, die Zurückhaltung im Urteil bei unklarer Faktenlage, die gründliche Ausleuchtung der Hintergründe, Fairness bei der Präsentation unterschiedlicher Meinungen und ein analytischer Blick, der übers Aktuelle hinaus die Folgeprobleme einzuschätzen versucht, all das schien plötzlich unangemessen zu sein.“* Erst als die Flüchtlingsmassen unbewältigbar erschienen, vor allem aber nach den Ereignissen von Köln, hat sich dieses Bild wieder etwas verändert. Die Ereignisse der Kölner Silvesternacht haben daher nicht nur das Potenzial, für die europäische – vor allem die zentraleuropäische – Flüchtlingspolitik eine Zäsur darzustellen, sondern auch Diskussionen ohne die Lähmung vermeintlicher politischer Korrektheit zuzulassen.



Proteste gegen Männergewalt vor dem Kölner Dom in Reaktion auf die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/2016

Integrationspolitische Problemstellungen

Gesellschaftspolitisch problematisch ist, dass Flüchtlinge und Migranten oft aus patriarchalen und paternalistischen Gesellschaften mit archaischen Wertvorstellungen kommen und einen massiven religiös-kulturellen Abstand zur europäischen Bevölkerung haben. Eine Integration in eine aufgeklärte europäische Gesellschaft stellt somit zumindest eine massive Herausforderung dar. Die Vorstellung, dass die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge westlich säkulare Gesellschafts- und Demokratievorstellungen hat, ist eine massive Fehlperzeption. In den vergangenen Jahren war die Integration von Zuwanderern in Europa jedenfalls nur begrenzt erfolgreich und es haben sich in zahlreichen Staaten

Parallelgesellschaften entwickelt. Es sind insbesondere muslimische Gegenkulturen entstanden, in denen die westlichen Werte wenig zählen und die besonders anfällig für Frauen-, Schwulen- und Judenfeindlichkeit sind. Die Werte der Aufklärung zählen in diesen Schichten hingegen kaum. Eine solche Parallelgesellschaft nimmt auf Grund mangelnder gesellschaftlicher Anerkennung und geringer ökonomischer Chancen oft auch eine Opferrolle ein. Überdies hat sich eine gewisse Anarchie und Gesetzlosigkeit ausgebreitet. Dies untergräbt jedoch den Rechtsstaat und stellt inzwischen die innere Stabilität und Sicherheit europäischer Staaten auf eine Belastungsprobe. Auch sind diese Parallelgesellschaften der Nährboden, auf dem salafistische Gruppierungen entstehen, die wiederum Basis des islamistischen Terrors in Europa sind. Auch dadurch haben die Flüchtlingsthematik und die damit zusammenhängenden gesellschaftspolitischen Fragen eine sicherheitspolitische und strategische Dimension.

Der Islam und Europa

Vor diesem Hintergrund wird Europa daher auch eine klarere Position zu seinen eigenen Werten, aber auch zum Islam entwickeln müssen. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung der Geschlechter sind Kernelemente der europäischen Gesellschaftsordnung. Ein politisierter Islam ist mit dieser freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung Europas jedoch nicht vereinbar. Eine Integration des Islam in Europa bedingt vielmehr dessen Versöhnung mit der Aufklärung. Will der Islam künftig zu Europa gehören, muss er sich daher theologisch entsprechend positionieren. Dies stellt eine enorme kulturelle Herausforderung dar. Das konservative Christentum hat sich im Gegensatz zum konservativen Islam mit der Trennung von Staat und Kirche abgefunden. Auch im Alten Testament finden sich Textpassagen, die vom heutigen Christentum als anachronistisch abgelehnt werden. Daher ist ein moderner europäischer Islam notwendig, der den Koran zeitgemäß interpretiert. Dazu ist eine öffentliche und kritische Debatte über den Islam notwendig, ohne diese reflexartig dem Vorwurf der Islamophobie auszusetzen. Im Islam gibt es jedoch massive Strömungen, die ein entsprechendes Vorgehen verhindern. Insbesondere Islamisten sind überzeugt, dass die Demokratie von "Ungläubigen" gemacht wurde, weil in dieser eben der Demos und nicht Allah regiert. Der Islamismus betont jedoch die Einheit von Staat und Religion und steht damit in direktem Widerspruch zur europäischen politischen Ordnung. Salafisten, die relevantesten und dynamischsten Vertreter des Islamismus, spalten sich daher von einer demokratischen Gesellschaft ab und treten als die

wahren Interpreten des Islam auf. Aus diesem Bruch mit der europäischen Kultur und Gesellschaft konnte der europäische Dschihadismus überhaupt erst entstehen. Würde Europa seine Werte ernst nehmen, müsste es erkennen, dass der Wahabismus/Salafismus staatsfeindlich und in aller Konsequenz zu verfolgen ist. Angesichts der Tatsachen, dass Saudi-Arabien eine anachronistische Religionsdiktatur ist, die versucht, ihre engstirnige und kompromisslose Glaubensausrichtung in alle Welt zu exportieren und die Türkei sich zunehmend islamisiert, ist daher natürlich auch ein Einfluss dieser beiden Staaten auf die islamische Theologie und die Interpretation des Islam in Europa kontraproduktiv und von staatlicher Seite zu unterbinden.

Entwicklung eines "Euro-Islam" oder "erneuerten Islam"

Es sind aber nicht nur staatliche Akteure, sondern auch theologische Autoritäten der muslimischen Glaubensrichtungen gefordert. Derzeit sind jedoch zahlreiche von den europäischen Staaten anerkannte und geförderte muslimische Verbände orthodox bis islamistisch. Hier ist es notwendig, mit der europäischen Gesellschaftsordnung kompatible Verbände zu positionieren und auch ein staatlich reglementiertes und kontrolliertes Ausbildungssystem sicherzustellen. Vor allem aber die Muslime Europas selbst sind angehalten, ihre Position zu definieren und den Islamismus in seine Schranken zu weisen. Es ist dabei nicht ausreichend, festzustellen, dass der Terror der Dschihadisten nichts mit dem Islam zu tun habe. Die theologische Dimension dieser Auseinandersetzung ist von den europäischen Muslimen aufzunehmen, da sie sonst diese Auseinandersetzung verlieren werden.

Die Gestaltung einer Religiositätskultur hängt stark davon ab, in welchem kulturellen Raum und Milieu sie praktiziert wird und welche Gewohnheiten oder Sozialverhalten ihr zugrunde liegen. Religion ist gemäß dem US-amerikanischen Ethnologen Clifford Geertz ein kulturelles System, das die kulturellen Elemente eines Volkes festhält und zum Ausdruck bringt. Schon immer hat abhängig von Raum und Kultur eine religiöse Anpassung an die unterschiedlichen kulturellen Felder stattgefunden, so dass Glaubensvorstellungen kompatibel und akzeptabel wurden. Ein "Euro-Islam" oder "erneuerter Islam" hat daher europäische Werte aufzunehmen und muss jedenfalls ohne archaisch patriarchale Herrschaftsansprüche auskommen, will er in der Mitte der europäischen Gesellschaft einen Platz finden. Inwieweit es beispielsweise durch die Ausbildung islamischer Geistlicher und Religionslehrer an den europäischen Universitäten gelingt, einen aufgeklärten „europäischen“ Islam zu positionieren, ist jedoch vollkommen offen, da dies von Vertretern

islamischer Verbände auch offen abgelehnt wird. So erklärte beispielsweise Fuat Sanac, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ), bezüglich der Interpretation des Korans in seinem historischen Kontext und die Entwicklung eines Islam europäischer Prägung, dass dies „weder wissenschaftlich noch theologisch vertretbar“ sei.

Fazit und Ausblick

Die Flucht und Migration von mehr als einer Million Menschen nach Europa führte nicht nur zu einer veritablen Krise innerhalb der EU sowie in einzelnen besonders betroffenen Mitgliedsstaaten, sondern kostete auch zumindest 4.000 Flüchtlingen das Leben. Die Politik, jedes Flüchtlingsboot im Zuge eines Rettungseinsatzes nach Europa zu bringen und illegale Migranten nicht umgehend abzuschieben, hat das Besteigen eines Schlepperbootes für jeden Flüchtling faktisch zu einer garantiert erfolgreichen, wenn auch lebensgefährlichen Reise nach Europa gemacht. Um diese Flüchtlingsbewegung zu stoppen bzw. einzudämmen, sind sowohl primäre und sekundäre Push- als auch Pull-Faktoren zu reduzieren - also die Fluchtursachen zu beseitigen, die Fluchtbewegungen auf der europäischen Gegenküste zu stoppen oder aber Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen so restriktiv zu handhaben, dass es zumindest wirtschaftlich nicht mehr attraktiv ist, nach Europa zu flüchten. Realistischerweise ist keiner dieser Punkte zu erwarten. Es wird zwar jedenfalls sinnvoll sein, durch politische, wirtschaftliche und kooperativ-militärische Maßnahmen die primären Push-Faktoren vor allem im MENA-Raum aber auch in Subsahara-Afrika zu beseitigen. Es wäre jedoch vollkommen illusorisch zu glauben, dass dies in absehbarer Zeit erfolgreich sein wird. Eine Verhinderung der Flucht von der afrikanischen und türkischen Gegenküste kann mangels strategischem Willen und operativer Fähigkeit nicht durch eigene Kräfte, sondern nur durch lokale Sicherheitskräfte erfolgen. Vor allem sind dabei die sekundären Push-Faktoren mit allen Mitteln rigoros zu unterbinden. Dies macht die EU durch Nutzung oder auch nur indirekte Androhung der „weapons of mass migration“ jedenfalls massiv erpressbar, ist aber zumindest theoretisch als praktikabler und erfolgversprechender Weg zu beurteilen. Aber auch solche Maßnahmen werden potenzielle Flüchtlinge zu neuen und immer gefährlicheren Versuchen verführen, nach Europa zu gelangen, solange die EU nicht konsequent möglichst alle Pull-Faktoren eliminiert und illegale Immigranten abschiebt bzw. eine Immigration wirtschaftlich unattraktiv gestaltet.

Eine Obergrenze für Asylwerber festzulegen, die direkt aus einem unsicheren Heimatland nach Europa reisen,

ist rechtlich und moralisch problematisch. Sie kann jedoch für Asylwerber zur Anwendung kommen, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen. Wenn seitens der politischen Führung festgestellt wird, dass aus politischen oder ökonomischen Gründen eine weitere Zuwanderung nicht erwünscht ist, kann durch die Verschärfung von Kriterien für die Gewährung von Asyl bei der Einreise aus sicheren Drittstaaten eine massive Reduktion erreicht werden. Flüchtlinge, die aus einem Drittstaat kommen, können grundsätzlich in diesen rückgeführt werden bzw. Migranten aus sicheren Herkunftsstaaten in diese direkt abgeschoben werden. Es wird dabei aber auch notwendig sein, dass Europa diese Staaten auf allen Ebenen unterstützt.



Flüchtlinge an der griechisch-mazedonischen Grenze

Probleme mit Rückführungsabkommen zeigen dabei nur die politische Schwäche der Europäischen Union, sind jedoch kein hinreichender Grund, diese Maßnahmen nicht zu forcieren. Auch ökonomisch bedingte Zuwanderung kann über eine Anpassung der Kriterien gesteuert werden. Generell ist überdies davon auszugehen, dass durch die Reduktion sozialer Leistungen Immigration reduziert werden kann. Nur wenn sich die illegale Einreise wirtschaftlich nicht lohnt und asylrechtliche Verfahren und daraus resultierende Abschiebungen rasch und konsequent umgesetzt werden, können Menschen von der illegalen Einreise abgehalten werden. Eine Ignoranz dieser Fakten führt nicht nur zu gesellschaftspolitisch bedingt potenziell instabilen Verhältnissen in Europa und zu einer Gefährdung des europäischen Projektes, sondern auch zum Tod derer, die, solange eine Chance auf Aufnahme im „europäischen Paradies“ besteht, die tödlichen Gefahren einer Überfahrt auf sich nehmen werden.

Die NATO und ihre Partner

Die weitere Umsetzung des in Wales beschlossenen „Readiness Action Plan“, die zunehmende Bedeutung der südlichen Allianzgrenze durch die Politik Moskaus und Ankaras und nicht zuletzt die vielfältigen Partnerschaftsbeziehungen standen im Mittelpunkt der NATO-Aktivitäten im zweiten Halbjahr 2015.

Readiness Action Plan

Die in Wales beschlossene Verstärkung der NATO Response Force (NRF) und darin enthalten die Bildung einer schnellen Eingreifkraft als Kern, der „Spearhead“ Force“, erfuhren 2015 mehrere Überprüfungen durch Übungen. So wurden im April europaweit Kräfte der „Speerspitze“ zusammengezogen und zu Verladebahnhöfen bzw. Flughäfen transportiert. Die Verlegung selbst in einen Einsatzraum erfolgte im Juni, wobei ein Truppenübungsplatz im südwestlichen Polen als Ziel diente. Den Höhepunkt aber bildete das lang angekündigte Vorhaben „Trident Juncture 15“. Nach einer Stabsrahmenübung begann Mitte Oktober die dreiwöchige Realübung, die als Ziel sowohl die Zertifizierung des Joint Force Command Brunssum als NRF-Kommando für 2016 als auch der NRF-„Speerspitze“ hatte. An ihr nahmen 36.000 Soldaten, 60 Schiffe und 140 Flugzeuge teil, womit „Trident Juncture 15“ auch die größte Übung der NATO seit 2002 war. Mit den Übungsinhalten der hybriden Kampfführung verbunden ist auch ein politisches Signal, dass nämlich die Allianz willens ist, jeden Alliierten gegen jede Bedrohung zu verteidigen. Transatlantische Solidarität wurde u. a. auch durch den Absprung von 550 US-Fallschirmjägern über Spanien gezeigt, die direkt aus den USA mit C-17 herangeführt wurden. Neben den NATO-Staaten beteiligten sich auch 9 Partner und internationale Organisationen wie die EU, die Afrikanische Union und das Rote Kreuz. Gemäß dem „Wiener Dokument“ war die Übung offen für ausländische Beobachterteams und davon kam eines aus der Russischen Föderation.

Im Beisein der politischen Spitzen des Landes eröffnete NATO-Generalsekretär Stoltenberg am 3. September in Vilnius stellvertretend für alle anderen vergleichbaren Einrichtungen die dortige „NATO Force Integration Unit“ (NFIU). Diese Verbindungselemente koordinieren die Tätigkeiten der NRF mit den Aktivitäten der lokalen Streitkräfte, vor allem bei Übungen oder bei realer Verlegung der „Speerspitze“ zu Einsätzen in das jeweilige Aufnahmeland. Neben den drei baltischen Staaten werden NFIUs noch in Polen, Rumänien und Bulgarien aufgestellt, weitere sind für die Slowakei, Ungarn und Griechenland vorgesehen.

Neben diesen NATO-internen Aktivitäten unterstrichen die USA zeitgleich mit der Verlegung modernsten Geräts ihre Bereitschaft, im Sinne der transatlantischen

Partnerschaft die Nordostflanke der NATO zu sichern. Die US-Luftwaffe entsandte Ende August erstmalig F-22-Kampfflugzeuge zu Ausbildungszwecken nach Europa. Damit sollen vergleichende Übungen mit europäischen Mustern möglich und überprüft werden, ob die militärische Infrastruktur in Europa diese modernen Jäger der 5. Generation aufnehmen kann. 4 Jets, begleitet von einer C-17 „Globemaster“, trafen in Spangdahlem ein und zwei davon verlegten zu Übungen auf den zentralpolnischen Fliegerhorst Lask. In den ersten zwei Septemberwochen wurden zwei US-Drohnen „Predator“ erstmals zu Übungen nach Lettland verlegt. Ziel war die Führung derartiger unbemannter Flugzeuge durch amerikanische und lettische Teams aus einer lettischen Führungseinrichtung heraus, daneben bedeutete diese Verlegung natürlich auch ein weiteres politisches Signal der Absicherung.



NATO-Generalsekretär Stoltenberg zu Besuch auf der Übung „Trident Juncture 15“

Türkei/Syrien

Wenn auch die NATO keine Operationen gegen den sogenannten Islamischen Staat führt so sind doch alle Alliierten in der einen oder anderen Art in der von den USA geführten Koalition vertreten. Die unklarste Position darin vertrat die Türkei, die wegen der bekannten Kurdenproblematik den IS auf der einen Seite zumindest duldete bzw. verdeckt unterstützte und auf der anderen Seite die Nutzung eigener Fliegerhorste für die Anti-IS Koalition untersagte. Ein dem IS zugeschriebener Sprengstoffanschlag im Sommer änderte dies grundlegend. Zuerst traf sich am 28. Juli auf Antrag der Türkei der Nordatlantikrat in Brüssel zur Erörterung der Lage an den Südgrenzen des Landes. Dabei wurde Ankara die Solidarität der Allianz im Kampf gegen den IS garantiert und die türkische Regierung gleichzeitig aufgefordert, militärische Mittel gegen die Kurden zurückhaltend und „angemessen“ einzusetzen. Der parallele Kampf Ankaras gegen den IS und gegen die PKK bringt viele in der Anti-IS Koalition

vertretenen NATO-Staaten in eine schwierige Lage, da hier die Kurden oft Verbündete sind. Ende August meldete das Pentagon den Abschluss von Verhandlungen mit Ankara, die die Einbindung der türkischen Luftwaffe in die Bekämpfung des IS ermöglichen.

Im September betrat mit der Russischen Föderation ein neuer Akteur die Bürgerkriegsszene in Syrien. Moskau wollte mit dem militärischen Eingreifen den verbündeten Präsidenten Assad stärken, die eigene Position im Lande sichern und als unumgänglicher Faktor in der weiteren Entwicklung wahrgenommen werden. Wie in alten sowjetischen Zeiten erfolgte diese Unterstützung auf Ersuchen der lokalen Regierung. Das russische Eingreifen führte aber rasch zu ersten Zwischenfällen mit dem NATO-Mitglied Türkei. Nur wenige Tage nach Beginn der Operationen musste die türkische Luftwaffe russische Kampfflugzeuge aus dem eigenen Luftraum abdrängen, diplomatische Proteste und die Androhung von Waffengewalt im Wiederholungsfall waren die ersten Konsequenzen. Generalsekretär Stoltenberg drückte dem türkischen NATO-Botschafter seine Solidarität aus und am 5. Oktober trat der Nordatlantikrat erneut zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen. In diesem Sinne betonte er, dass die NRF nicht nur Richtung Osten, sondern auch eben Richtung Süden wirksam werden könne. Nach ähnlichen Zwischenfällen in Lufträumen Nord- und Osteuropas entwickelt sich nun im türkisch-syrischen Grenzgebiet eine weitere Konfliktsituation mit Potenzial zur Eskalation, wie der Abschuss eines russischen Jagdbombers am 23. November zeigte. Wieder sprach die NATO nach einer Sitzung des Nordatlantikrats Ankara ihre Unterstützung aus. Generalsekretär Stoltenberg rief aber auch zur Deeskalation auf und riet sowohl der Türkei als auch Russland zum Abschluss eines Abkommens, dass derartige Vorfälle in Zukunft ausschließt.

Acht Monate nach dem Ersuchen Bagdads wird die NATO nun Ausbildungsunterstützung für irakische Soldaten leisten. Auf Basen in der Türkei und in Jordanien werden Heereseinheiten in der Bekämpfung von Sprengfallen (C-IED) und für Spezialeinsätze ausgebildet. Programme werden auch für die Sanitätsausbildung, für die Cyber-Abwehr und für die Sicherheitssektorreform angeboten.

Luftraumüberwachung und Raketenabwehr

Etwas überraschend halbierte die NATO die Luftraumüberwachung über dem Baltikum ab Anfang September. Statt 16 werden nun nur mehr 8 Flugzeuge eingesetzt, da eine Einsatzauswertung zeigte, dass mit dieser Zahl die Erfordernisse erfüllbar sind. Kritiker dieser Entscheidung befürchten hingegen, mit dieser Reduktion ein falsches politisches Signal an Russland zu

senden. 2015 gab es bisher 240 Alarmstarts zur Identifizierung russischer Kampfflugzeuge. Die Luftraumüberwachung über den baltischen Staaten wird seit deren Beitritt 2004 von NATO-Staaten durchgeführt. Estland, Lettland und Litauen verfügen über keine nennenswerten Luftstreitkräfte, mussten aber in den letzten Jahren die Bodenorganisation modernisieren. Durch die russische Aggression in der Ukraine wurden die ehemals 4 Flugzeuge mit April 2014 auf 16 erweitert, um nun eben wieder auf 8 reduziert zu werden. Albanien, Slowenien und Island werden ähnlich geschützt.

Mitte August kündigten die USA an, ihre in der Türkei stationierten „Patriot“-Flugabwehrsysteme mit Oktober wieder abzuziehen. Eine ähnliche Entscheidung gab Deutschland bekannt. Nach der Beschießung türkischer Grenzorte aus Syrien im Herbst 2012 ersuchte Ankara um Schutz bei den NATO-Partnern. Ab Beginn 2013 stellten Deutschland, die USA und die Niederlande je zwei Batterien dieses Systems im Rahmen von „Active Fence Turkey“ ab, die Niederlande wurden zum Jahreswechsel 2014/15 von Spanien abgelöst. Durch den Rückzug der syrischen Armee wird der Einsatz hinfällig, auch dürfte das Waffensystem des US-Heeres andere Einsatzorte beziehen, allenfalls gegen Nordkorea.

Mit der „USS Carney“ trifft das vierte Schiff der amerikanischen Kriegsmarine in Spanien zum weiteren Aufbau der NATO-Raketenabwehr ein. Das Programm wurde 2010 auf dem Gipfeltreffen in Lissabon beschlossen und besteht vor allem aus dem „US European Phased Adaptive Approach“ sowie Komponenten anderer NATO-Alliierte wie beispielsweise dazu geeignete „Patriot“-Raketen. Im Dezember konnte schließlich eine „Aegis“-Abfangstation in Rumänien provisorisch in Betrieb genommen werden. 2018 soll das gesamte NATO-Bündnisgebiet abgedeckt sein, vorausgesetzt, dass bis dahin keine maßgebliche Verringerung der Bedrohungslage eintritt.

Afghanistan

Ende September gelang es den Taliban erstmals, mit Kunduz eine Provinzhauptstadt einzunehmen. Wenn auch die Inbesitznahme nur einige Tage währte, so konnten sie dennoch einen großen Propagandaerfolg verbuchen. Es zeigte sich auch, dass die Rückeroberung durch die afghanischen Sicherheitskräfte schwierig war und nur mit Luftunterstützung durch amerikanische Kampfflugzeuge gelang. Diese Tatsachen haben einen starken Einfluss auf die Weiterführung der „Resolute Support Mission“ und so kam es wenig überraschend, dass US-Präsident Obama bereits Mitte Oktober eine längere Stationierung von US-Truppen in Afghanistan ankündigte. Diese Entscheidung beeinflusste auch

andere Truppensteller in ihren Planungen und führte zu einem Beschluss der NATO, ihre Präsenz 2016 unverändert mit 12.000 Soldaten landesweit fortzusetzen.

Die Modernisierung der NRF geht planmäßig voran und beim nächsten Gipfeltreffen in Warschau wird deren "Speerspitze" die volle Einsatzfähigkeit zugesprochen bekommen. Die ursprüngliche Ausrichtung nach Osten erfährt nun durch die Ereignisse in Syrien eine Ergänzung nach Süden, wobei die NATO bestrebt ist, dass die Lage im Nahen Osten nicht eskaliert. Bei den Partnern suchen Schweden und Finnland eine immer engere Annäherung an das Bündnis, wenn auch ohne Beitrittsabsichten. Diese dürften sich hingegen für Montenegro realisieren, das mit Anfang 2016 offizielle Beitrittsgespräche beginnen wird.

Partner

Ukraine

Vom 20. bis 31. Juli fand auf dem Truppenübungsplatz Jaworiv in der Westukraine das Manöver „Rapid Trident“ statt, das jährlich alliierte und Partnerstreitkräfte zusammenführt. Interoperabilität war demgemäß auch das Hauptthema der Übung, die 1.800 Soldaten umfasste. Davon kamen 800 aus der Ukraine, 500 aus den USA und die weiteren auch aus Partnerstaaten wie Schweden, Moldawien und Aserbeidschan. Ergänzend dazu wurde vom 1. bis zum 12. September in den Gewässern vor Odessa die maritime Übung „Sea Breeze“ abgehalten. Unter den Augen der russischen Schwarzmeerflotte nahmen an der 14. Auflage dieser Übung neben 8 Alliierten auch die Partner Schweden und Moldawien teil.

Georgien

Ende August besuchte NATO-Generalsekretär Stoltenberg Georgien und eröffnete bei dieser Gelegenheit ein Ausbildungs- und Evaluierungszentrum. Diese Einrichtung soll die Interoperabilität der georgischen und anderer daran interessierter Streitkräfte verbessern helfen und sich zu einem anerkannten regionalen Zentrum entwickeln. Laut Stoltenberg rücke Georgien damit näher an die NATO heran, das eigentliche Ziel der Mitgliedschaft dürfte aber für die Kaukasusrepublik wegen des Konflikts mit Russland weiterhin unerreichbar sein.

Schweden und Finnland

Beide nordischen Staaten intensivieren seit der russischen Intervention in der Ukraine ihre Beziehungen zur NATO und konzentrieren sich dabei auf folgende Bereiche: mehr Übungen mit NATO-Alliierten, eine Kooperation in der Cyberabwehr und bei der Bewältigung von hybriden Bedrohungen sowie letztlich ein Austausch nachrichtendienstlicher Informationen zur Verbesserung des gegenseitigen Lagebildes. Dafür wird eine sichere Datenverbindung zwischen Schweden, Finnland und der NATO eingerichtet, wie beim Besuch des NATO-Generalsekretärs Stoltenberg Anfang November in Stockholm vereinbart wurde. Diese Zusammenarbeit soll nicht nur bilateral, sondern auch eingebettet in der „Nordic Defence Cooperation“ (NORDEFECO) erfolgen, die eng mit den baltischen Staaten kooperiert. Als ein Beispiel konkreter Übungsteilnahme möge die finnische Beteiligung an der NATO-Großübung „Trident Juncture15“ gelten, die 6 Kampfflugzeuge F-18 und Spezialeinsatzkräfte umfasste. Eine weitere politische Bekräftigung erfuhr diese Kooperation während des Treffens der NATO-Außenminister Anfang Dezember.

Montenegro

Ein zweitägiger Arbeitsbesuch des Nordatlantikrats in Montenegro bedeutete die letzte Überprüfung der Beitrittsbemühungen des Balkanstaates, bevor Anfang Dezember die Außenminister der NATO die Entscheidung treffen werden. Im Allgemeinen begrüßten die Vertreter der NATO-Mitgliedsstaaten die bisherigen Reformen, forderten aber auch die Spitzen des Staates zur raschen Umsetzung unlängst beschlossener Gesetze auf. Nachdem sich auch die USA dafür aussprachen, überraschte es nur mehr wenige, als der kleine Balkanstaat Anfang Dezember die Einladung zu offiziellen Beitrittsgesprächen erhielt, die Anfang 2016 beginnen werden. Falls diese erfolgreich verlaufen und der Ratifizierungsprozess nirgends gestört wird, wäre Montenegro das 29. Mitglied der Allianz. Unsicherheiten bilden vor allem die allgemeine Gegnerschaft zur Regierung im Lande selbst, wie sie in Straßenkämpfen Ende Oktober zum Ausdruck kam, sowie eventuelle russische Sanktionen.

Serbien

Ende November besuchte der NATO-Generalsekretär Belgrad. Stoltenberg würdigte Serbiens konstruktive Rolle beim Dialog mit Pristina und stellte die völlige Aufhebung der zivilen Flugverkehrsbeschränkungen über dem Kosovo sowie der angrenzenden Sicherheitszone in Aussicht. Weitere Unterstützung bei der Interoperabilität serbischer Streitkräfte sowie bei der

Reform des Verteidigungssektors und die Bildung eines Trust Funds zur Vernichtung von 200 Tonnen überzähliger Munition repräsentierten die Themenfelder zukünftiger Kooperation.

Bewertung

Die schon ziemlich weit fortgeschrittene Umsetzung des in Wales beschlossenen „Readiness Action Plan“ wird auch ohne Einschränkungen 2016 fortgesetzt und vermutlich knapp vor dem nächsten Gipfeltreffen in Warschau mit der Bestätigung der „vollen Einsatzbereitschaft“ der „Speerspitze“ vorerst abgeschlossen werden. Danach wären Übungen mit den „Follow-on“ Kräften nötig, also mit Großverbänden, die der Speerspitze folgen und somit den Einsatz der gesamten NATO Response Force testen. Aufgrund der damit verbundenen Kosten sowie der politischen Signalwirkung ist nicht so bald mit einem derartigen Vorhaben zu rechnen, vermutlich wird das erst 2018 passieren. Schon jetzt ist nämlich bekannt, dass die NATO in diesem Jahr zur nächsten Großübung ansetzt, vergleichbar mit „Trident Juncture 15“. Dennoch dürfte der „Readiness Action Plan“ spätestens mit Sommer nächsten Jahres eine glaubwürdige Abschreckung Richtung Osten entfalten, da er die Bereitschaft der NATO zeigt, sich auf die neue sicherheitspolitische Lage entsprechend einzustellen.

Diese besteht auch im Süden, weswegen die Allianz nicht müde wird zu betonen, dass die NRF einen 360°-Radius besitzt und wenn nötig eben auch dort eingesetzt werden kann. Neben den vielleicht nötigen Absicherungsmaßnahmen im Raum gegen die russische Einsatzführung, wie sie allgemein am Außenministertreffen Anfang Dezember angekündigt wurden, besteht aber ansonsten noch Unklarheit bzgl. eines weiteren Engagements im Nahen Osten. Denkbar wäre eine robuste Stabilisierungsoperation in Umsetzung eines UN-Mandats nach erzielter politischer Einigung über Syrien. Ob dieses Mandat bei den bekannten Spannungen mit der Russischen Föderation zustande kommt, ist unsicher, sicher aber wäre, dass in diesem Falle Moskau frühzeitig einzubinden ist. Parallele Vorgänge gäbe es bereits, siehe KFOR und SFOR. Sicher ist auch, dass dieser mögliche friedensunterstützende Einsatz nicht so viele Kräfte binden darf, dass die kollektive Abschreckung über den „Readiness Action Plan“ nicht mehr erfüllt werden kann. Denn von dieser Aufgabe kann sich die NATO, im Gegensatz zu früher, vorerst nicht mehr frei machen. Die ursprünglich auf nur allgemeine Gefahren aus dem Nahen Osten fokussierte NATO-Raketenabwehr wird vermutlich trotz des mit dem Iran abgeschlossenen Abkommens weiter entwickelt werden, zumindest solange Russland eher Gegner als Partner der NATO ist. Andere Partner können hingegen unverändert mit

dem Bündnis kooperieren, hier wären vor allem Schweden und Finnland zu nennen. Nicht zuletzt wegen der russischen Intervention in der Ukraine suchen beide nordeuropäischen EU-Staaten eine engere Anlehnung in den oben beschriebenen Kooperationsbereichen. Eine Mitgliedschaft in der NATO wird vermutlich nicht so bald erfolgen, ein Befund, der auch für Georgien und die Ukraine gilt. Hier ist aber die Russische Föderation der verhindernde Faktor, da sie durch Besetzung von Gebieten in beiden Staaten ein „Quasi-Veto“ ausübt.

Ausblick

Die volle Einsatzbereitschaft der „NRF-Speerspitze“ und die Vorbereitung des Gipfels im Juli 2016 in Warschau werden die Hauptthemen der NATO in den kommenden 6 Monaten sein. Dort wird vor allem das weitere Verhältnis zur Russischen Föderation aktualisiert werden, da die Position eines vorrangigen Partners, wie noch im „Strategischen Konzept“ 2010 formuliert, so nicht mehr zu halten sein wird. Die Bestätigung der neuen Struktur der NATO-Streitkräfte im Osten und Südosten sowie Antworten auf die unruhige Lage im Nahen Osten werden vermutlich die weiteren Themen bilden. Bei letzterem Aspekt wird den Partnerschaften mit dem „Mediterranean Dialogue“ und der „Istanbul Cooperation Initiative“ eine gewisse Bedeutung zukommen.



Das NATO-Militärkomitee auf Besuch in Finnland Ende November 2015.

... und ihre Partner und Herausforderer

Russland und der zentralasiatische Raum

Die strategische Lage für Russlands Außen- und Sicherheitspolitik hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2015 wesentlich zu Gunsten Moskaus entwickelt. Dabei konnte die institutionelle Zusammenarbeit in Zentralasien intensiviert und die Isolation durch den Westen aufgeweicht werden. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung verlor die Konfliktlinie zwischen Russland und dem Westen hinsichtlich der Ukraine-Krise, die bis Juni 2015 für die Beurteilung der internationalen Beziehungen entscheidend gewesen war, an Bedeutung. Im Allgemeinen kann von einer „taktischen Wende“ in der sicherheitspolitischen Entwicklung ab dem September 2015 gesprochen werden. Ausschlaggebend für diesen „Wechsel“ im sicherheitspolitischen Machtgefüge der internationalen Einflussphären war der aktive Kriegseintritt Russlands im Syrienkonflikt auf der Seite des syrischen Regimes unter Präsident Baschar al-Assad. Dazu kamen der erfolgreiche Abschluss des Iran-Abkommens sowie die Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit der EU und Russlands bei der Terrorismusbekämpfung. Trotzdem blieben die EU-Sanktionen aufrecht und das Freund-Feind-Muster zwischen NATO und Russland wurde weiter ausgeprägt. Die negative Wirtschaftsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte führte zu erheblichen Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung und hat somit eine hohe sicherheitspolitische Relevanz.

Russlands Machtbasis – Allianzen in Zentralasien

Aufgrund der Isolation Russlands durch den Westen infolge der Ukraine-Krise und vor allem wegen dem Ausschluss aus der Runde der wichtigsten Wirtschafts- und Industrienationen G8 war die russische Regierung auch in der zweiten Jahreshälfte 2015 darum bemüht, ihren Einfluss auf der internationalen Bühne im Rahmen der Kooperation der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) sowie der Shanghai Cooperation Organization (SCO), bestehend aus China, Russland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan, weiter auszubauen. Zu diesem Zwecke fand in der russischen Stadt Ufa vom 8. – 10. Juli ein Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Organisationen BRICS und SCO statt, in denen Russland 2015 eine überschneidende Vorsitzführung hatte. Laut dem russischen Präsidenten Putin stellen beide Organisationen einen Gegenpol zu globalen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Strukturen dar, die von den USA dominiert werden. Während im Rahmen von BRICS eher globale wirtschaftliche Interessen verfolgt werden, soll die SCO künftig neben

ökonomischen auch mehr sicherheitspolitische Aufgaben auf einer erweiterten regionalen Basis übernehmen. Dadurch sollen geopolitische und geoökonomische Einflussphären abgesichert werden. Welche politische und vor allem wirtschaftliche Machtprojektionen von BRICS und SCO tatsächlich umgesetzt werden können, bleibt allerdings abzuwarten. Vor allem in finanztechnischer Sicht könnte die BRICS-Kooperation eine Änderung zum Nachteil der USA einleiten. Mit der im Juli 2014 beschlossenen Gründung der „BRICS-Entwicklungsbank“, die ab April 2016 Investitionen tätigen und Kredite vergeben soll, konstatieren westliche Experten, dass die Ära der globalen „Finanzhegemonie“ der USA zu Ende gehen könnte. Auch im regionalpolitischen Kontext sind SCO-Staaten sichtlich bemüht, den US-amerikanischen Interessen in Zentralasien entgegen zu wirken. Das Manko dieser Zusammenarbeit besteht allerdings in der Heterogenität der politischen Akteure, die durch mehr oder weniger ausgeprägte Abschottungstendenzen gegenüber den USA zusammengehalten werden.

Beim Gipfel in Ufa wurde der Prozess zur Aufnahme von Indien und Pakistan als Vollmitglieder gestartet und Weißrussland erhielt den Status eines Beobachters. Somit sind gegenwärtig neben Indien, Pakistan und Weißrussland auch der Iran, Afghanistan und die Mongolei SCO-Beobachter. Insgesamt leben in den SCO-Mitgliedsstaaten 1,5 Milliarden Menschen, was einem Viertel der Weltbevölkerung entspricht. Eine Erweiterung um die Atommächte Indien und Pakistan würde zwar die sicherheitspolitische Bedeutung dieser Organisation erhöhen, aber auch die innere Kohäsion weiter in Frage stellen.



Treffen der Staatsoberhäupter BRICS- und SCO-Mitgliedsstaaten in Ufa

Wesentliches Ergebnis von Ufa war die Annahme eines koordinierten Zusammenarbeitsprogramms für die nächsten Jahre. So wurde eine „SCO-Strategie 2025“ verabschiedet, die eine vertiefte Kooperation der Mitgliedsländer in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft und Handel sowie individuelle

Austauschprogramme vorsieht. Unter der russischen SCO-Präsidentschaft wurden im Rahmen der „Regional Anti-Terrorists Structure“ (RATS) Maßnahmen gesetzt, die zur Ausweitung der Kooperation im Bereich der regionalen Terrorismusbekämpfung führten. Ziel ist es, die Ausbreitung der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) in Afghanistan (SCO-Beobachterstaat) zu verhindern. Die Bedeutung der Terrorismusbekämpfung wurde auch beim Gipfel der SCO-Regierungschefs am 14. - 15. Dezember 2015 im chinesischen Zhengzhou unterstrichen.

Im Allgemeinen könnte die SCO als Ergänzung zur „Collective Security Treaty Organization“ (CSTO) in der Region eine wichtige Funktion bei der Wahrung von Interessen übernehmen. Der CSTO gehören neben Russland und Weißrussland auch Armenien, Kasachstan, Kirgisistan sowie Tadschikistan an. Diese verpflichten sich analog zur NATO zur gegenseitigen Bündnispflicht im Falle eines militärischen Angriffs auf ein Mitgliedsland. So wie in der SCO, wird auch bei der CSTO die Terrorismusbekämpfung zunehmend wichtiger, wie beim Treffen der CSTO-Staatspräsidenten am 14. – 15. September in Duschanbe verlautbart wurde. Darin wurde die Beurteilung geteilt, dass IS-Angehörige über Afghanistan verstärkt in zentralasiatische Staaten und Russland gelangen könnten. Anlässlich dieses Treffens verteidigte Russlands Präsident Putin seine Unterstützung für das syrische Regime und warnte den Westen davor, Extremisten für einen Regimewechsel einzusetzen. Putin gab des Weiteren zu verstehen, dass er weiterhin den syrischen Präsidenten unterstützen und Terroristen sowie militante Gruppen bekämpfen werde. Dies ereignete sich wohl gemerkt noch vor dem aktiven Kriegseinsatz in Syrien.

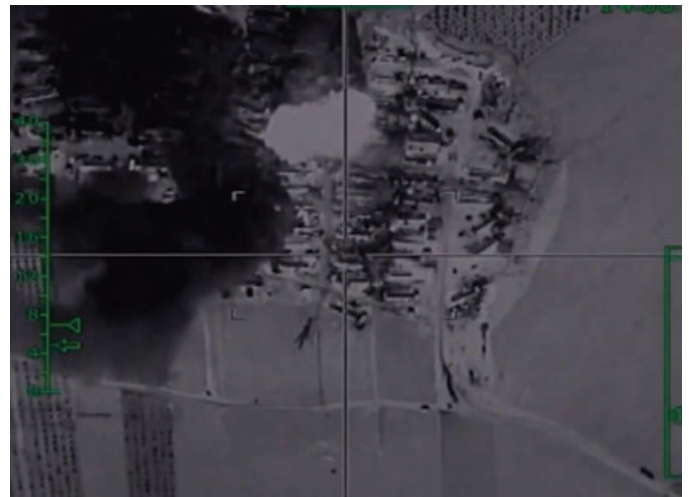
Die „taktische Wende“

Der Kriegseinsatz Russlands in Syrien wurde bereits in den Monaten Juli und August mit der Entsendung von Kriegsgerät in die Region vorbereitet. Offiziell erging bereits im Juli ein Ansuchen des Präsidenten Baschar al-Assad um militärische Unterstützung an Russland. In der Folge „beantragte“ Präsident Wladimir Putin bei den gesetzgebenden Organen einen Einsatz von russischen Streitkräften in Syrien. Dieser Antrag wurde schließlich durch das Unterhaus (Duma) und das Oberhaus (Föderationsrat) genehmigt. Damit war der legislative Prozess für den Militäreinsatz abgeschlossen, der dann offiziell am 30. September begann und die „taktische Wende“ in den internationalen Beziehungen einleitete. Trotz diverser Truppenbewegungen und der Verlegung von Waffen nach Syrien sowie von Marinetruppen in das Mittelmeer wurden die Absichten

Moskaus von westlichen Experten offiziell nicht erkannt.

In den Monaten Oktober, November und Dezember war Russland einer der wichtigsten Akteure im Syrienkonflikt und beeinflusste mit dem Einsatz von Luftstreit- und Seestreitkräften nicht nur essentiell die militärische Lage in Syrien, sondern wurde auch auf der internationalen Ebene zu einem entscheidenden Faktor bei politischen Dialog- und Lösungsprozessen betreffend die gesamte Region des Nahen- und Mittleren Ostens. Da vor allem Europa seit dem Sommer durch die Flüchtlingskrise stark beeinträchtigt ist, wurde der politische Fokus auch im Eigeninteresse der EU-Staaten verstärkt auf den Syrienkonflikt gelenkt. Dadurch wurde der Lage in der Ostukraine nur noch eine geringe Priorität beigemessen, wo ein eingefrorener Konflikt den labilen Waffenstillstand stabilisiert hatte.

Aufgrund des koordinierten Vorgehens russischer Luftstreitkräfte mit syrischen Bodentruppen sowie verbündeter Milizen konnte das Regime in Damaskus sein Territorium absichern und nahezu an allen Frontabschnitten Geländegewinne verbuchen. Somit scheint ein Regimewechsel in Syrien mittels militärischer Mittel nicht mehr möglich zu sein und Präsident Assad müsste mittelfristig in eine Friedenslösung eingebunden werden. Damit würde ein wichtiges strategisches Ziel Russlands erreicht werden.



Russischer Luftangriff auf ein IS-Erdöllager

Seitens des Westens wird Russland vorgeworfen, nicht nur die Angehörigen der IS-Terrormiliz, sondern auch gemäßigte Regimegegner aus der Luft und von See her zu bekämpfen. Dabei sollen laut MenschenrechtsaktivistInnen unzählige Zivilisten getötet worden sein. Russland hingegen dementiert, bewusst den Tod von Zivilisten in Kauf genommen zu haben und wehrte sich gegen die Anschuldigungen, gemäßigte Kräfte gezielt anzugreifen. Tatsache dürfte allerdings sein, dass Russland bis zumindest Mitte

November alle Gegner des syrischen Regimes bekämpft hatte und dazu zählten neben den Extremisten des IS und der Al-Nusra auch vom Westen unterstützte Gruppen. Westliche Experten gingen davon aus, dass, anders als dies offiziell die russische Seite präsentierte, bis Jahresende etwa 80% der russischen Angriffe nicht der IS-Terrormiliz galten. Für Verwunderung sorgte im Dezember der russische Generalstabschef, Waleri Wassiljewitsch Gerassimow, der verlautbart hatte, dass die zunächst pro-westliche und anti-Assad eingestellte Freie Syrische Armee (FSA) nun von Russland aus der Luft unterstützt werde, da bereits 5.000 ihrer Angehörigen die Seite gewechselt hätten und nun mit den syrischen Regierungstruppen gemeinsam kämpften.



Einsatz strategischer Überschallbomber Tu-160 in Syrien

Obwohl die Entsendung eigener Bodentruppen nach Syrien sowohl von Moskau als auch von Washington seit Beginn des Konfliktes kategorisch ausgeschlossen worden war, mehrten sich im Dezember Spekulationen, wonach zwischen Russland und den USA ein Wettrennen um die Kontrolle der Ölfelder in Syrien entstehen könnte, wodurch sehr wohl Kräfte auch am Boden eingesetzt werden könnten. Dabei würde die Zerschlagung der IS-Terrormiliz in ihrer Hochburg Rakka eine wesentliche Rolle spielen. Ungeachtet der Kampfhandlungen und den Frontverschiebungen in Syrien scheint die IS-Terrormiliz in Syrien und Irak geschwächt, aber nicht geschlagen zu sein.

Isolation vs. Partnerschaft

Russlands wichtigster Partner im Nahen und Mittleren Osten ist trotz vieler Interessengegensätze der Iran, mit dem Russland unter anderem lukrative Rüstungsgeschäfte betreibt. Die Beziehungen zwischen Russland und Iran sind auch vor dem Hintergrund des Iran-Atomabkommens zu sehen, das im „P5+1“-Rahmen – bestehend aus den fünf ständigen

Sicherheitsratsmitgliedern und Deutschland – am 14. Juli in Wien unterzeichnet wurde. Putin kommentierte das Abkommen mit den Worten: „*Die Welt hat heute mit großer Erleichterung aufgeatmet.*“ Von der EU wurde Moskau ein konstruktiver Beitrag zum Erreichen des als historisch bezeichneten Abkommens attestiert, das bereits im Oktober zur schrittweisen Aufhebung von Sanktionen gegen den Iran geführt hatte. Moskau verbuchte den Erfolg des Zustandekommens des „Atom-Deals“ mit dem Iran zum Teil für sich und Putin nutzte die positiven Stellungnahmen gegenüber Russland von US-amerikanischen und EU-Vertretern für innenpolitische Zwecke.

Zum Meinungsumschwung in einigen EU-Staaten gegenüber Russland haben auch die verheerenden Anschläge von Paris am 13. November beigetragen. Nur ein paar Tage nach den Terroranschlägen kam es zwischen den Präsidenten der USA und Russlands anlässlich des G20-Treffens in der Türkei bereits zum zweiten persönlichen Gespräch seit der Annexion der Krim. Im Mittelpunkt der Unterredung stand die Lage in Syrien. Beim ersten Treffen im Rahmen der UNO-Vollversammlung am 29. September, also unmittelbar vor dem russischen Kriegseinsatz, waren hinsichtlich der Zukunft von Syrien die Positionen zwischen Moskau und Washington noch weit auseinander gelegen, auch hatte Obama seine negative Haltung gegenüber den von prorussischen Kräften beabsichtigten Wahlen in der Ostukraine ausgedrückt. Bei der Unterhaltung am 16. November lag Syrien im Mittelpunkt. Das Ergebnis des Gesprächs wurde vom Kreml dahingehend kommentiert, dass man die „gleiche Strategie“ verfolge, jedoch eine „unterschiedliche Taktik“.



Einsatz von Tu-22M3 Kampfflugzeugen in Syrien

Das Weiße Haus verlautbarte, dass es aus Sicht Washingtons als auch Moskaus einen „syrisch geführten und von Syrern vorgenommenen politischen Übergang“ geben müsse. Russische Regierungsvertreter bezeichneten das

Gespräch daher als „*konstruktiv*“. Solch eine Annäherung von Positionen wäre laut westlichen Diplomaten vor dem russischen Kriegseinsatz in Syrien und den Terroranschlägen in Frankreich nicht möglich gewesen.

Besonders Frankreich ist seit den terroristischen Attacken um Zusammenarbeit im Rahmen einer Koalition auch mit Moskau bemüht, deshalb reiste Präsident François Hollande am 26. November zu Putin nach Russland, um konkrete Vorgehensweisen abzusprechen. Zur Kooperation mit Russland sagte Hollande: „*Wir müssen diese breite Koalition gemeinsam bilden, um den Terrorismus zu schlagen.*“ Putin zeigte sich an der Bildung einer gegen die Terrormiliz gerichteten Koalition interessiert, jedoch fanden Frankreichs Ambitionen vor allem bei den USA keine Unterstützung.



Der französische Präsident Hollande am 26. November 2015 in Moskau

Trotz der Tatsache, dass kein gemeinsames Vorgehen von westlichen Staaten mit Russland gegen die IS-Terrormiliz erreicht wurde, gab es zwischen Washington und Moskau weitere Annäherungen. Deutliche Worte fand der US-Außenminister John Kerry am 15. Dezember in Moskau in dem er sagte, dass trotz aller Meinungsverschiedenheiten Russland ein „*bedeutender Partner*“ sei. Bereits am 17. Dezember verkündete Putin seine Unterstützung für die von den USA geplante UN-Resolution zum Kampf gegen den IS. Diese Annäherung zwischen den USA und Russland kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass man sich auf der internationalen Ebene als strategische, geopolitische und geoökonomische Rivalen betrachtet.

EU-Sanktionen und wirtschaftliche Entwicklung

Trotz einer positiven außen- und sicherheitspolitischen Entwicklung für Moskau blieben die EU-Sanktionen gegenüber Russland aufrecht, wodurch sich die wirtschaftlichen Probleme im Land zusätzlich verschärften. Am 18. Dezember haben Botschafter der 28 EU-Mitgliedsländer im Auftrag ihrer Regierungen

entschieden, die Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate zu verlängern. Davor meldeten bereits mehrere EU-Staaten Unmut über die Sanktionen an und stellten die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme infrage. Vehement gegen die EU-Sanktionen trat Italien auf, das besonders unter den russischen Gegenmaßnahmen leidet. Zudem wurde auch das Argument angeführt, dass die EU auf die Zusammenarbeit mit Russland in Syrien und bei der Terrorismusbekämpfung angewiesen sei und deshalb die EU-Sanktionen nicht mehr gerechtfertigt wären. Die Verlängerung der Sanktionen wurde schließlich mit der Nichterfüllung der Formalbedingungen gerechtfertigt, wonach die Umsetzung des Minsk II-Abkommens zur Stabilisierung der Lage in der Ostukraine weiterhin nicht gegeben sei. Gemäß dem Abkommen hätten bereits 2015 unter anderem Kommunalwahlen nach ukrainischen Gesetzen in den von den prorussischen Kräften kontrollierten Gebieten stattfinden sollen. Diese Wahlen sollen nun im Februar 2016 durchgeführt werden. Somit wird die erste Jahreshälfte 2016 entscheidend für die weitere EU-Sanktionspolitik gegenüber Russland sein. Dass auch Wirtschaftstreibende aus EU-Staaten Verluste aufgrund der gegenseitigen Wirtschaftssanktionen haben, dürfte zunehmend politisch relevant werden. Bei einem Treffen des deutschen Vizekanzlers und Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel mit Präsident Putin am 28. Oktober in Russland sprachen sich beide für die Stärkung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen trotz der Sanktionen aus. Bei diesem Treffen ging es auch um den geplanten Ausbau der Pipeline „North Stream 2“, die ab 2019 Gas aus Russland unter Umgehung der Ukraine nach Deutschland und dann weiter in andere EU-Staaten leiten soll. Trotz heftiger Kritik von einigen östlichen EU-Staaten, allen voran von Polen und den baltischen Staaten sowie der Ukraine und den USA, hält Deutschland am Ausbau dieser Pipeline fest. Für Russland selbst wird dieses Projekt als ein Argument der Notwendigkeit zu wirtschaftlicher Kooperation vor dem Hintergrund der schlechten wirtschaftlichen Prognosen angeführt.



Präsident Putin beim Besuch der Kampfpanzerfabrik Uralvagonzavod

Die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen sowie der sinkende Rohölpreis haben der russischen Wirtschaft bereits einen großen Schaden zugefügt und Experten warnen bereits vor ernststen Konsequenzen für die gesamte Region. Konnte in der ersten Jahreshälfte die Wirtschaft stabilisiert werden, hat sich die wirtschaftliche Entwicklung bis Ende 2015 nicht günstig entwickelt. So ist nach behördlichen Angaben Russlands Wirtschaft 2015 um insgesamt 3,7% geschrumpft. Die Einzelhandelsumsätze sanken um 10% und die Investitionen in Fahrzeuge, Maschinen sowie andere Anlagen um 8,4%. Die geringe Arbeitslosigkeit, die Ende Dezember bei 5,8% lag, wird sich 2016 deutlich erhöhen. Ende Dezember hatte z.B. der Rubel den tiefsten Stand seit einem Jahr erreicht und so musste man für einen Euro über 80 Rubel bezahlen, im April waren es noch unter 60 Rubel gewesen. Vor allem der niedrige Rohölpreis schwächt die russische Wirtschaft massiv. Ende Dezember lag der Wert von einem Barrel der Nordseesorte Brent bei 36 US-Dollar und erreichte somit ein Elfjahrestief mit weiter fallender Tendenz. Da Russland ca. 50% der Staatseinnahmen aus dem Verkauf von Öl und Gas generiert, beschloss die russische Regierung im Dezember, die öffentlichen Ausgaben um ungerecht 8,4 Milliarden Euro zu reduzieren. Das hohe Verteidigungsbudget rechtfertigt der Kreml mit den außenpolitischen Ambitionen und der entsprechenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

In der zweiten Jahreshälfte 2015 war die russische Sicherheits- und Verteidigungspolitik insbesondere durch zwei Themenbereiche geprägt. Zum einen durch den weiteren Ausbau der russischen Seestreitkräfte auf globaler Ebene, um eine globale Machtprojektion zu erreichen und zum zweiten durch den Einsatz russischer Luftstreitkräfte auf der Seite der Regierungstruppen in Syrien. Während die Entwicklungen im Bereich der Seestreitkräfte und in der arktischen Region einer mittel- bis langfristigen Strategie folgen, so ist der Einsatz in Syrien, neben dem Kampf gegen den Terrorismus, auch als Versuch Russlands zu bewerten, sich aus der geopolitischen Isolation als Folge der Annexion der Krim zu befreien.

Seestreitkräfte und Marinedoktrin

Im Juli löste eine neue Marinedoktrin jene aus dem Jahr 2001 ab. Die neue Marinedoktrin basiert auf der erst im Dezember 2014 veröffentlichten russischen Militärdoktrin. Aus Sicht der russischen Regierung bietet die neue Marinedoktrin Antworten auf die geänderten geopolitischen Rahmenbedingungen. Dabei soll die strategische Präsenz der russischen Seestreitkräfte ein

Zeichen gegen die NATO-Osterweiterung sein sowie die Durchsetzung von nationalen Interessen auf globaler Ebene gewährleisten. Im Schwarzen bzw. dem Asowschen Meer soll die Marinepräsenz wieder gestärkt werden. Das Schwarze Meer ist für die russischen Seestreitkräfte von zentraler strategischer Bedeutung, gerade in Hinblick auf den russischen Zugang zum Mittelmeer.



Einsatz Cruise Missiles vom Typ Kalibr-NK vom Kaspischen Meer gegen Ziele im syrischen Raqqah, Idlib and Aleppo. Russland benutzt den militärischen Einsatz in Syrien auch, um seine militärtechnischen Fähigkeiten international unter Beweis zu stellen.

Das Schwergewicht der neuen Doktrin liegt jedoch im Atlantik und der Arktis. Zum einen möchte die Russische Föderation auf die ausgeweiteten Aktivitäten von Seestreitkräften der NATO-Staaten im Nordatlantik reagieren und zum zweiten soll die nördliche Seeroute entlang der Arktis als Verbindungsweg zwischen Pazifik und Atlantik verstärkt durch russische Kräfte abgedeckt werden. Die Bedeutung der arktischen Region zeigte sich auch in ausgedehnten Bautätigkeiten für russische Streitkräfte in diesem Raum. So stand nach russischen Angaben im Oktober 2015 der Wohnkomplex „Arktisches Dreiblatt“ auf 80 Grad Nördlicher Breite kurz vor der Fertigstellung. Dieser Komplex ist das weltweit nördlichste ständig-bewohnte Bauwerk. Diese Art von Anlagen sind in Zukunft in der gesamten nördlichen Region geplant. Auch in anderen Regionen versucht Russland seinen Einfluss auszuüben. Im pazifischen Raum sollen deshalb die freundschaftlichen Beziehungen mit China und im Indischen Ozean die mit Indien vertieft werden. Damit soll eine weltweite Präsenz russischer Seestreitkräfte sichergestellt werden.

Im Bereich der Marinerüstung kam es im Berichtszeitraum zu keinen gravierenden Änderungen. Der Konflikt mit Frankreich um die „Mistral-Hubschrauberträger“ wurde Anfang August durch eine Auflösung des Vertrages und die Erstattung der Kosten an Russland gelöst. Im September gab Paris bekannt, die Hubschrauberträger an Ägypten zu verkaufen, die ägyptischen Streitkräfte wurden bereits seit längerem als wahrscheinlichster Abnehmer gehandelt.

Mit etwas Unmut wird von der NATO die verstärkte Präsenz russischer Flotten im Mittelmeer beobachtet. Im September und Oktober wurde ein Flottenverband aus dem Schwarzen Meer in das östliche Mittelmeer verlegt. Dieser Flottenverband umfasste neben einem Raketenkreuzer, einem Zerstörer und einem Landungsschiff auch zusätzliche Begleitschiffe. Von russischer Seite wurde betont, dass es sich um eine planmäßige Übung handelte, allerdings wurde durch diesen Flottenverband die russische Präsenz in dieser Region massiv verstärkt.



Russisches Kriegsschiff im Mittelmeer

Russischer Militäreinsatz in Syrien

Der Einsatz der russischen Streitkräfte im Syrienkonflikt beschränkt sich nach Angaben aus dem Kreml auf die Luftstreitkräfte, ein Einsatz von Landstreitkräften wurde hingegen ausgeschlossen. Dazu wurde ein gemischtes Luftregiment aus 40 bis 60 Flugzeugen, bestehend aus Su-24 (NATO-Code „Fencer“), Su-25 (NATO-Code „Frogfoot“) und Su-34 (NATO-Code „Fullback“) sowie Mi-24 (NATO-Code „Hind“) nach Syrien verlegt. Zum Schutz der Kampfflugzeuge wurden zusätzlich Marineinfanteristen in der Stärke von ca. zwei Bataillonen (300 – 500 Mann), ausgestattet mit schweren Waffen, wie T-90 Panzern, gepanzerten Gefechtsfahrzeugen und Artillerie entsandt. Ziel des russischen Einsatzes ist die Unterstützung der syrischen Regierungstruppen. Von Seiten der westlichen Staaten, insbesondere von Seiten der NATO, wurde diese Entscheidung scharf kritisiert. Zur Vermeidung von Zwischenfällen zwischen russischen Flugzeugen und jenen der internationalen Koalition gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ wurde am 20. Oktober ein russisch-amerikanisches „Memorandum on Air Safety in Syria“ unterzeichnet, welches auch den Austausch von Informationen zu laufenden Luftaktivitäten vorsieht.

Im November 2015 kam es allerdings zu einem Zwischenfall an der syrisch-türkischen Grenze: Am 24. November wurde eine russische Su-24 durch türkische

F-16 abgeschossen. Bis zum Redaktionsschluss war allerdings nicht restlos geklärt, in welchem Luftraum sich die russische Maschine befunden hatte. Nach russischen Angaben befand sich das Kampfflugzeug die ganze Zeit über syrischem Hoheitsgebiet, diesen Angaben wurde von der türkischen Regierung in Ankara widersprochen. Die Türkei vertritt den Standpunkt, dass sich das russische Kampfflugzeug im türkischen Luftraum befand und erst nach mehrmaliger Warnung abgeschossen wurde.



Feierliche Überführung der sterblichen Überreste des russischen Su-24M-Piloten Oberstleutnant Oleg Peshkov nach Moskau

Präsident Putin sprach in diesem Zusammenhang von einem „ernsten Vorgang“ und die NATO kam zu einem Sondertreffen nach Artikel 4 des Nordatlantikvertrages zusammen. In weiterer Folge verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Türkei rapide. Dies hatte vor allem Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen. Als direkte militärische Reaktion auf diesen Abschuss verstärkte Russland sein Luftabwehrsystem über Syrien. Zum einen wurde ein hochmodernes S-400 Luftabwehrsystem (NATO-Code SA-21 „Growler“) auf der russisch genutzten Luftwaffenbasis im syrischen Latakia stationiert. Zusätzlich befindet sich der Raketenkreuzer „Moskva“ – bestückt mit dem Luftabwehrsystem „Fort“ (SA-N-6), welches ähnliche Kampfeigenschaften wie das S-300 Luftabwehrsystem aufweist, im östlichen Mittelmeer.

Neue russische Sicherheitsstrategie

Aufgrund der außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen infolge der Annexion der Krim, vor allem der Zunahme an Spannungen zwischen Russland und den USA und der NATO sowie den Prozessen im Nahen und Mittleren Osten, haben sich die Sicherheitsbedingungen für Moskau insoweit geändert, dass eine Anpassung der strategischen Konzepte notwendig wurde. Am 31.12.2015 unterschrieb der

russische Präsident Vladimir Putin das Dekret (ukaz) betreffend die neue „Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation“, bestehend aus insgesamt 116 Absätzen, in denen das globale und regionale Sicherheitsumfeld, Gefahren und Bedrohungen für die Sicherheit Russlands sowie die einzuleitenden Gegenmaßnahmen im Bereich der „Innen- und Außenpolitik“ beschrieben werden.

Gemäß der Strategie zielen russische Sicherheitsmaßnahmen neben dem Erhalt der Sicherheit auch auf die Gewährleistung der sozio-ökonomischen Entwicklung ab, wobei generell zwischen „strategischen nationalen Prioritäten“ und „nationalen Interessen“ unterschieden wird. Als strategische Prioritäten gelten unter anderem die Stärkung der Rolle Russlands in einer „multizentrischen“ Weltordnung sowie die Erreichung der „Nahrungsmittel-Unabhängigkeit“. Als jener Akteur, der die Sicherheit und Interessen Russlands gefährdet, werden ausdrücklich die USA erwähnt, die zusammen mit ihren „Verbündeten“ Russland mit „unterschiedlichen Methoden“ unter Druck setzten. Auch die NATO mit ihrer „Expansion“ an die russischen Grenzen wird explizit als eine „Bedrohung für die nationale Sicherheit“ beurteilt. Trotz dieser Darstellung sei Russland bereit, die Beziehungen sowohl mit den USA als auch mit der NATO zu verbessern. So könnten in einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den USA unter anderem wirtschaftliche Interessen betont werden. Mit der NATO könnte laut Sicherheitsstrategie gemeinsam für die „euro-atlantische Sicherheit“ gesorgt werden. Die Beziehungen zur EU und zu einzelnen EU-Staaten haben einen hohen Stellenwert, obwohl die Rolle der EU und einiger ihrer Mitgliedsländer beim „verfassungswidrigen“ Machtwechsel in der Ukraine kritisiert wird. Die instabile Lage in Nordafrika sowie im Nahen und Mittleren Osten, die zur Ausbreitung des Terrorismus führte, wird ebenfalls in der Strategie westlichen Akteuren angelastet. Als eine der zentralen Bedrohungen für Russland gelten „bunte Revolutionen“, in denen nationalistische oder religiöse Gruppen aus dem Ausland unterstützt und somit die Einheit und territoriale Integrität Russlands gefährden könnten. In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich zu „ausländischen und internationalen NGOs“ Stellung genommen. In der Beurteilung der Strategie geht man davon aus, dass die Etablierung der „multizentrischen“ Weltordnung von globalen und regionalen Instabilitäten begleitet wird. Dabei werden Konflikte um Rohstoffe und Transportrouten zunehmen. Außenpolitisch will Moskau den Fokus auf die Kooperation mit Staaten der GUS, Zentralasiens sowie Abchasien und Südossetien richten. Neben der Erwähnung von Afrika und Lateinamerika wird die Bedeutung von China in den russischen Ambitionen unterstrichen. Gerade die Nennung von „bunten Revolutionen“ als einer der

Hauptbedrohungen für die Sicherheit Russlands muss im Kontext des vor allem von den USA unterstützten Regimewechsels in der Ukraine 2014 sowie der politischen Prozesse in Staaten wie Georgien (Rosenrevolution 2003), der Ukraine (Orangene Revolution 2004) und Kirgistan (Tulpenrevolution 2005) bewertet werden. Somit befürchten die gegenwärtigen russischen Eliten offenbar, dass nicht nur weitere zentralasiatische Verbündete, sondern Russland selbst diesem Muster folgen könnte. Dies führt dazu, dass oppositionelle politische Bewegungen, kritische Medien und zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich der Menschenrechte mit restriktiver Gesetzgebung kontrolliert werden und dadurch autoritäre Tendenzen der russischen Führung zum Vorschein kommen.

Ausblick für 2016

Die Entwicklungen in Syrien und somit die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens werden für Russland neben der Stabilisierung der Lage in der Ostukraine oberste Priorität haben. Parallel dazu wird Moskau versuchen, die eigene Machtbasis mittels Vertiefung der Allianzen in Zentralasien weiter auszubauen. Im Allgemeinen wird Terrorismusbekämpfung eine wichtige Rolle spielen, wobei Afghanistan ein besonderer Stellenwert zugesprochen wird. Wichtiges Ziel der russischen Regierung in der ersten Jahreshälfte 2016 wird es sein, der durch die Flüchtlingskrise geschwächten EU so weit in Fragen der Ukraine entgegen zu kommen, damit die Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden können. Die Beziehungen zwischen Russland und der EU werden zudem auch davon beeinflusst werden, in wie weit eine Ausdehnung der Kooperation insbesondere bei der Terrorismusbekämpfung notwendig sein wird. Gegenüber der NATO wird Russland entsprechende Gegenmaßnahmen vor allem an der eigenen Westgrenze einleiten und die Militärpräsenz in anderen Regionen weiter ausbauen. Die Umsetzung der russischen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Ambitionen wird schließlich von der wirtschaftlichen Leistungskraft und somit primär vom internationalen Rohölpreis abhängen, der sich auf einem niedrigen und somit für Russland verlustreichen Niveau stabilisieren dürfte.

Der indopazifische Raum

Japan: Neue Verfassung und alte Lasten

Im indopazifischen Raum hat es sicherheitspolitisch im vergangenen halben Jahr unterschiedliche Tendenzen gegeben. Ein Schritt zur Entspannung war die demonstrative Versöhnungsgeste von Japans Premierminister Shinzo Abe zu Jahresende Südkorea gegenüber. Abe gilt als Verfechter einer harten Außenpolitik. Trotzdem hat er einen Schritt auf Südkorea zugetan. Auf den japanisch-südkoreanischen Beziehungen lastet noch immer die Hypothek vergangener Untaten. Korea war 1905 bis 1945 von Japan beherrscht. Ein besonderer Aspekt der japanischen Unterdrückungspolitik war die Rekrutierung sogenannter „Trostrfrauen“ - vorwiegend Koreanerinnen und Chinesinnen, die zur Prostitution mit japanischen Soldaten gezwungen wurden. Ihre Anzahl ist unklar, die Schätzungen liegen zwischen 20.000 und 400.000. Abe hat sich für den massenhaften Missbrauch entschuldigt. Die noch lebenden Frauen sollen Entschädigungen im Umfang von 8,3 Millionen USD erhalten. Das Schuldbekenntnis Abes ist nicht gering zu werten. Südkorea und Japan sind enge Verbündete der USA. Washington ist es daher ein Anliegen, dass die beiden Staaten möglichst gute Beziehungen untereinander pflegen. Ein Hindernis dafür ist nun beseitigt. Bedeutsam ist das aufgrund der anhaltenden Spannungen zwischen den USA und China. Ein weiterer Schritt Abes zur Beendigung historischer Konflikte war, dass er zu Jahresbeginn den Wunsch nach einem Friedensvertrag mit Russland zur offiziellen Beendigung des Zweiten Weltkriegs geäußert hat.

Einen großen Einschnitt in die bisherige Sicherheits- und Verteidigungspolitik Japans bildete die Änderung der japanischen Verfassung. Die ursprüngliche Fassung von 1946 enthielt als Folge des Zweiten Weltkriegs ein Verbot von Krieg, aber auch der Androhung oder Anwendung von Gewalt zur Streitbeilegung. Praktisch bedeutete das die Beschränkung auf „Selbstverteidigungskräfte“ für den Fall eines Angriffs von Außen und den Verzicht auf kollektive Verteidigung. Mit der Verfassungsnovelle kann Japan sich künftig an Maßnahmen kollektiver Sicherheit beteiligen. Wenn es das „Überleben“ Japans erfordern sollte, kann als äußerstes Mittel auch ein Verbündeter militärisch unterstützt werden. Darüber hinaus wird unabhängig von gesetzlichen Einzelermächtigungen die logistische Beteiligung an Missionen mit UN-Mandat möglich. Die Verfassungsänderung ist äußerst umstritten, es kam zu Großdemonstrationen gegen das Vorhaben – für Japan außergewöhnlich. Grund für diese politische Neuausrichtung sind die andauernden Spannungen mit China und die Bedrohung durch

Nordkorea. In Washington wurde der Schritt begrüßt, wollen doch die USA angesichts der zunehmenden Herausforderung durch China einen Beitrag Japans zum gemeinsamen Sicherheitsvertrag von 1960.



Der japanische Premierminister Shinzō Abe und Chinas Präsident Xi Jinping

Neue Wirtschaftsprojekte für Asien

Mit der Teilnahme an der Trans-Pacific Partnership (TPP) hat Abe ein weiteres, strategisch wichtiges Projekt durchgesetzt. Angesichts des Widerstandes der japanischen Agrarlobby war das kein leichtes Unterfangen. Abe ist offensichtlich bereit, unpopuläre Reformen durchzusetzen, wenn er sie zur Erhaltung Japans internationaler Position für nötig erachtet. Für US-Präsident Barack Obama ist TPP ein wichtiger politischer Erfolg, mit dem der „pivot to Asia“ wirtschaftlich untermauert wird. Mit diesem Freihandelsabkommen wird eine aus zwölf Staaten bestehende Zone geschaffen, die 800 Millionen Menschen umfasst und 40% des Welthandels abwickelt. Im Westen sind Kanada, die USA, Mexiko, Peru und Chile Vertragspartner, von den Pazifikstaaten Australien und Neuseeland. In Asien gehören neben Japan auch Vietnam, Malaysia, Brunei und Singapur zu den Teilnehmern – nicht aber China. Wenn es auch so nicht offiziell kommuniziert wurde, ist das Abkommen doch eine politische Spitze gegen China. Eine Bemerkung Obamas wies klar in diese Richtung, als er sagte, dass die USA es nicht einem Land wie China überlassen könnten, die „wirtschaftlichen Regeln“ zu schreiben. Faktisch binden die USA mit TPP ihre Verbündeten auch wirtschaftlich enger an sich. Die (sicherheits-

politische Dimension hat ein ehemaliger vietnamesischer General auf den Punkt gebracht: Die TPP sei nicht bloß ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches und ein Sicherheitsabkommen; für Vietnam habe es mehr Wert als der Kauf von U-Booten. China wurde von TPP nicht ausgeschlossen, eine Mitgliedschaft ist künftig durchaus möglich.



Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP)

Vorrangig ist für Peking der Abschluss der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP). Ihr sollen China und Indien angehören, nicht aber die USA. Japan, Australien, Neuseeland, die bereits bei TPP dabei sind, würden auch diesem Freihandelsabkommen angehören, ebenso wie die ASEAN-Staaten und Südkorea. Die Verhandlungen sollen 2016 abgeschlossen werden. Hinzu kommt die Initiative „One Belt, One Road (OBOR)“, die deutliche politische Implikationen aufweist. China will damit an die historischen Handelsbeziehungen Chinas mit dem Westen anknüpfen. Der „Gürtel“ bezeichnet die Landverbindungen, die „Straße“ (etwas irreführend) die Wasserwege. Gegenwärtig sind erst Umrisse des gesamten Projekts erkennbar. China will sich international stärker engagieren und seine Kontakte mit anderen Ländern erweitern. Bis zu 140 Milliarden USD stehen für die Finanzierung von Infrastruktur und anderen Unternehmen bereit. Geographisch erstreckt sich OBOR von Asien nach Europa und Nord- bzw. Ostafrika. Mit eingeschlossen sind Projekte im Inland. So ist die Unruheprovinz Xinjiang, wo es teils gewaltsamen Widerstand gegen die Sinisierungspolitik Pekings gibt, die Nahtstelle der neuen Seidenstraße nach dem Westen. Noch gibt es im Rahmen von OBOR wenig konkrete Projekte wie jene mit Pakistan, die im Frühjahr 2015 beschlossen wurden. Der Spielraum an Möglichkeiten und Chancen ist aber sehr weit. Großbritanniens Schatzkanzler George Osborne stattete im Rahmen einer China-Reise Xinjiang einen Besuch ab. Er hofft auf Aufträge für britische Firmen in der

Region. Umgekehrt wird ein in Xinjiang angesiedeltes Unternehmen in Immobilienprojekte in Nordengland investieren, die Teil der Kampagne „Northern Powerhouse“ zur Förderung der englischen Krisenregion sind.

Aufgrund des Umstandes, dass OBOR sich auch auf instabile und Krisenregionen erstreckt, wird die Sicherheit chinesischer Investitionen ein wichtiges Thema sein. Hochrangige Generale der Volksbefreiungsarmee sollen von einer „Sicherheitskomponente“ bei OBOR gesprochen haben. Dazu gehört auch der Bau/Ausbau von internationalen Häfen mit chinesischem Geld, die nicht nur für den Handel, sondern auch zu militärischen Zwecken genutzt werden können. Eine erste Maßnahme gibt es bereits. Mit dem neuen Anti-Terror-Gesetz, das zum Jahreswechsel in Kraft trat, können chinesische Soldaten zur Terrorbekämpfung im Ausland eingesetzt werden.

Konflikt um die Freiheit der Meere

Für andauernde Spannungen sorgt der Konflikt um das Südchinesische Meer, das China fast zur Gänze als Hoheitsgebiet beansprucht. Um dies klar zu demonstrieren, hat China vorhandene Geoformationen im Meer zu Inseln ausgebaut und insgesamt vier Flugfelder errichtet, die auch militärisch genutzt werden können. Um China ein Gegengewicht entgegenzusetzen, haben die USA begonnen, „Freedom of Navigation Operations“ durchzuführen. US-Schiffe fahren dabei demonstrativ in Gewässern, wo es (zumindest aus US-Sicht) aufgrund internationaler Rechtsnormen zulässig ist. Desgleichen werden Flüge im internationalen Luftraum durchgeführt. Die USS Lassen fuhr im Oktober am Subi-Riff vorbei, einer der künstlichen Inseln. Im November flogen zwei B52-Bomber über die Spratly-Inseln, eine Inselgruppe im Südchinesischen Meer. In beiden Fällen gab es chinesische Warnungen wegen angeblichen Eindringens in chinesische Hoheitsgewässer.

Wie kompliziert diese Streitigkeiten sind, zeigte sich im Anschluss an die Fahrt der USS Lassen. Aus dem Pentagon kam eine Einstufung als „friedliche Durchfahrt“ gemäß Seerechtskonvention. Eine solche kann es aber nur durch Territorialgewässer geben. Wenn es sich um eine „friedlichen Durchfahrt“ gehandelt hätte, könnte argumentiert werden, dass die USA chinesische Hoheitsansprüche implizit anerkannt hätten. US-Verteidigungsminister Ashton Carter musste klarstellen, dass die USA mit ihrem Vorgehen keineswegs irgendwelche Hoheitsrechte thematisieren, sondern nur eine Gegenposition zu Einschränkungen für die freie Schifffahrt beziehen wollten. Die USA sind

kein Vertragsstaat der UN-Seerechtskonvention. Ihr Eintreten für internationales Recht zur See ist dadurch mit einem gewissen Makel behaftet. Die chinesische Position zu dem Fall ist genauso wenig schlüssig. Das chinesische Außenministerium sprach von einer „Bedrohung“ der chinesischen Souveränität und Sicherheitsinteressen, vermied es also, von einer Verletzung der Souveränität zu sprechen. Peking scheint es weniger um Rechtsstandpunkte zu gehen, sondern darum, eine militärisch möglichst starke Position am Südchinesischen Meer zu erringen.

Die Standpunkte prallten auch am Gipfeltreffen der ASEAN-Staaten in Kuala-Lumpur im November aufeinander, wo die USA, China und Japan im Rahmen von Partnerschaftsverhältnissen ebenfalls eingebunden sind. Barack Obama forderte, dass Landgewinnungen, Bauarbeiten und die „Militarisierung“ umstrittener Gebiete des Südchinesischen Meer von allen Streitparteien eingestellt werden sollten. Das richtete sich in erster Linie gegen China, das vor allem mit den Philippinen und Vietnam um Hoheitsrechte streitet. China sieht keinen Anlass für Kritik. Die militärische Nutzung der neuen Inseln wird gar nicht bestritten, diene nach Darstellung Pekings allerdings dem Schutz der zivilen Einrichtungen. Die Frage ist, welchen Umfang und welchen Zweck die militärische Nutzung der Inseln hat. All diese Unklarheiten bewirken, dass China von den USA und vielen asiatischen Staaten für einen sicherheitspolitischen Risikofaktor gehalten wird. Die in Kuala Lumpur beschlossene strategische Partnerschaft der USA mit der ASEAN dient der Stärkung des Staatenbündnisses gegenüber China und soll ein Auseinanderdividieren der Mitglieder durch China erschweren. Aus Sicht der ASEAN-Staaten sollen die USA ein Gegengewicht zu China in der Region bilden.

Eines der chinesischen Flugfelder im Südchinesischen Meer, am Fiery-Riff, wurde zu Jahresbeginn von einem chinesischen Zivilflugzeug getestet. Vietnam und die Philippinen, die dieses Riff ebenfalls als Hoheitsgebiet beanspruchen, protestierten. Auch Tokio verurteilte das chinesische Vorgehen. Japan und China führen Auseinandersetzungen über die Senkaku- (japanisch) bzw. Diaoyu-Inseln (chinesisch) im Ostchinesischen Meer. Tokio ist besorgt wegen des fortgesetzt konfrontativen Auftretens Chinas und fürchtet um die eigene Sicherheit. Die „Freedom of Navigation Operations“ der USA haben die Zustimmung Japans. Abe hat eine Beteiligung der japanischen Streitkräfte gegenüber Obama nicht ausgeschlossen, sie wird aber als unwahrscheinlich erachtet. Eine solche Mission würde in der japanischen Öffentlichkeit auf wenig Zustimmung stoßen, ist doch Japan von dem Konflikt nur mittelbar betroffen.



Fiery Cross Reef – nach massiven Aufschüttungen militärisch nutzbarer Stützpunkt im Westen der Spratly-Inseln

Streitkräftereform in China

Die Modernisierung der Volksbefreiungsarmee wird China in nächster Zukunft zu einer ernst zu nehmenden Militärmacht werden lassen. Bei der großen Parade in Peking anlässlich 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges erregten neue chinesische Raketen Aufmerksamkeit. Die konventionell bestückte DF-26 kann den US-Stützpunkt auf der Pazifikinsel Guam erreichen. Die DF-21D gilt als „Träger-Killer“ zur Zerstörung von Flugzeugträgern. Mit einer funktionsfähigen Rakete dieser Art wäre die Kontrolle des westlichen Pazifiks durch die US-Streitkräfte ernsthaft bedroht.



Der chinesische Flugzeugträger Liaoning

Zu Jahresende wurde zudem der erste Eigenbau eines Flugzeugträgers angekündigt; Chinas aktuell einziger Flugzeugträger, die Liaoning, ist ein adaptiertes sowjetisches Modell. Das neue Schiff soll konventionell betrieben werden, mit dem Kampfflugzeug J-15 bestückt werden und eine Verdrängung von 50.000 Tonnen haben, d. i. die Hälfte jener der Nimitz-Klasse der USA. Langfristiges Ziel ist die Etablierung von China als Seemacht. Erneuert werden auch die

Führungsstrukturen der Volksbefreiungsarmee. Das beginnt bei der höchsten Ebene, der Zentralen Militärkommission. Erstmals wird ein eigenes Kommando für Landstreitkräfte geschaffen – bislang wurde das Heer von den vier obersten Ämtern der Volksbefreiungsarmee gemeinsam geführt. Neben dem neuen „Heeresgeneralkommando“ wurde ein neues Kommando für die „Strategischen Unterstützungskräfte“ geschaffen, die für elektronische Kriegsführung und militärische Raumfahrtbelange zuständig sind. Die „Zweite Artillerie“ wird in „Raketentruppen“ umbenannt. Um den Anforderungen an moderne Streitkräfte gerecht zu werden, wird ein neues teilstreitkräfteübergreifendes Operationssystem eingeführt. Anstelle von sieben Militärbezirken treten fünf strategische „Kampfbereiche“ zur Führung aller Truppen in der jeweiligen Zone. Im Zuge der Reform sollen von 2,3 Millionen Soldaten 300.000 eingespart werden. Zu diesem Vorhaben gab es Kritik aus den Streitkräften. Befürchtet werden Auswirkungen auf die innere Stabilität der Volksbefreiungsarmee, wenn der Personalabbau nicht sozial verträglich gestaltet wird. Mit Widerstand ist daher zu rechnen. Die aktuellen Reformen sollen bis 2020 abgeschlossen sein.

Nordkorea: Neue Provokation durch Kim Jong-un

Ein sicherheitspolitischer Unruhefaktor ist nach wie vor Nordkorea. Phasen der Spannungen wechselten mit positiven Signalen, bevor es zu Beginn 2016 zur neuerlichen Eskalation kam. Im August wurden zwei südkoreanische Soldaten in der demilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südkorea durch Minen schwer verwundet. Südkorea und die USA erhoben den Vorwurf, dass nordkoreanische Soldaten die Minen im Bereich der Patrouillenwege des Südens platziert hätten. Aufgrund des Bewuchses ist eine dauerhafte Überwachung dieses Gebietes mittels Kameras nicht möglich. Nach Angaben des „UN Command“ wurden die Minen erst in jüngster Zeit vergraben. Die Vorwürfe wurden von Nordkorea zurückgewiesen. Südkorea nahm als Reaktion die Ausstrahlung propagandistischer Durchsagen mittels in Richtung des Nordens positionierter Lautsprecher wieder auf. Gegenseitiges Artilleriefeuer folgte. Verhandlungen im weiteren Verlauf brachten keine Ergebnisse. Im Dezember behauptete Kim, dass Nordkorea über eine funktionsfähige Wasserstoffbombe verfüge. Weiters soll Nordkorea nach Angaben aus Südkorea eine U-Boot-gestützte Rakete erfolglos getestet haben. Eine einsatzfähige U-Boot-Rakete wäre ein taktischer Gewinn für Nordkorea, weil die Vorwarnzeit durch die Heranführung an das Zielgebiet geringer wäre. Mit dem Test hätte Nordkorea gegen UN-Resolutionen verstoßen, die ihm Raketenprogramme verbieten. Die

Neujahrsansprache 2016 von Staatsführer Kim Jong-un enthielt ein Gesprächsangebot an Südkorea und deutete auf eine mögliche Entspannung hin. Der unmittelbar davor bekannt gewordene Tod von Kim Yang-gon, der für die Beziehungen mit Südkorea zuständig war, läßt die künftige Entwicklung innerkoreanischer Beziehungen allerdings ungewiss erscheinen. Sein Tod nährte Spekulationen über interne Machtkämpfe in dem streng abgeschotteten Staat. Der Wahrheitsgehalt der Meldungen über einen Verkehrsunfall als Todesursache erscheint angesichts der wenigen Autos und entsprechender Sicherheitsvorkehrungen für die Nomenklatur als fraglich, zumal schon in der Vergangenheit immer wieder Autounfälle zum Tod hochrangiger Funktionäre geführt haben sollen.

Die eigentliche Neujahrsbotschaft Nordkoreas erfolgte am 6. Jänner. Seismographen registrierten eine Explosion nahe einem nordkoreanischen Atomtestgelände. Pjöngjang meldete den erfolgreichen Test einer Wasserstoffbombe. Solche Bomben sind stärker als konventionelle Atombomben. Fachleute gingen aufgrund der verhältnismäßig geringen Erschütterung nicht davon aus, dass tatsächlich eine Wasserstoffbombe gezündet worden war, zumal dies hohe technische Fertigkeiten voraussetzt. Wahrscheinlicher ist ein herkömmlicher Atomversuch, vielleicht mit einer „geboosteten Spaltbombe“, einer Art verbesserter Atombombe. Eine südkoreanische Quelle mutmaßte einen Fehlschlag, da die Intensität der Explosion geringer als beim letzten Atomversuch Nordkoreas 2013 war. Unabhängig von Erfolg und Misserfolg mit welchem Sprengkörper auch immer, ist der Test äußerst beunruhigend, weil er gezeigt hat, dass Nordkorea, unbeirrt von allen internationalen Sanktionen, weiter an Atomwaffen arbeitet. Es war dies der insgesamt vierte Test. Seine Durchführung wurde von Kim bereits am 15. Dezember für den Jahresbeginn angeordnet. Angesichts von Gesprächen über die Etablierung bestimmter Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord- und Südkorea und diplomatischer Bemühungen des Nordens in Richtung China kam die Provokation unvermutet. US-Nachrichtendienste wollten nicht einmal den Eklat um die nordkoreanische Girl-Band „Moranbong“ als Anlass ausschließen. Tage bevor Kim den Befehl für den Test unterschrieb, war die Gruppe kurz vor einem geplanten Auftritt ohne Angabe von Gründen aus Peking abgereist. Die Sängerinnen sollen von Kim selbst ausgesucht worden sein und sind eine Art Aushängeschild für das Regime. Das gleiche Gefühl der Zurücksetzung, das zum Auftrittsverbot – aus welchem Grund auch immer – geführt hatte, könnte auch für den Nukleartest ursächlich gewesen sein.

International wurde der Test scharf verurteilt. Bemerkenswert war die Reaktion aus Peking. China galt

jahrelang als Verbündeter Nordkoreas, ist aber in der jüngeren Vergangenheit von Kims Regime abgerückt. Nordkorea verschloss sich allen Bemühungen Pekings zu einer Änderung seines politischen Kurses. China bestellte den nordkoreanischen Botschafter ein und verurteilte den Test eindeutig und unmissverständlich. „China Daily“ schrieb, dass es in der Frage des Atomprogramms keine „Toleranz und Kompromiss“ geben solle. In dem Artikel wurden neue internationale Sanktionen prophezeit, die die wirtschaftliche Lage und die Lebensbedingungen der Menschen weiter verschlechtern würden. Die von Pjöngjang ständig wiederholte Begründung für den Besitz von Atomwaffen, nämlich Schutz vor den feindlich gesinnten USA, wurde als Irrtum zurückgewiesen. Sicherheit könne nur durch Verhandlungen erreicht werden. Am Ende des Artikels wird festgestellt, dass die bisherigen Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft nichts genützt hätten. Gefordert wird mehr Entschlossenheit und Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft.



Terminal High Altitude Area Defense (THAAD)

In der Tat sind China und die USA gleichermaßen gefordert, Kim Einhalt zu gebieten. Die Zeit arbeitet für Nordkorea, denn je länger es sein Nuklearprogramm fortführen kann, desto größer werden die Fortschritte sein. Staaten wie Japan oder Südkorea werden gezwungen, verteidigungstechnisch nachzuziehen. China befürchtet, dass in Südkorea das US-Raketenv Verteidigungssystem Terminal High Altitude Areal Defense (THAAD) eingesetzt werden könnte. Peking lehnt das ab. Eine zunehmende Bedrohung durch Nordkorea wird auch dazu führen, dass die USA und ihre Verbündeten sich enger zusammenschließen, was auch nicht in Chinas Interesse ist. Die USA wiederum haben seit 2009 gegenüber Nordkorea eine Politik der „strategischen Geduld“ betrieben und auf einen ersten Schritt von Nordkorea gewartet, der zur

Bedingung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen gemacht wurde. Angesichts der jüngsten Entwicklung werden die USA nicht um konkrete Schritte herumkommen. Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses, Ed Royce, verlangte mehr Druck auf Nordkorea und nicht weniger. Neue Sanktionen gegen Firmen, die in das Nuklearprogramm involviert sind, gegen nordkoreanische Funktionäre bzw. Einrichtungen sowie Ermittlungen wegen illegaler nordkoreanischer Aktivitäten (Geldfälschung etc.) und Sanktionen gegen Banken, die Geschäfte mit Nordkorea machen, sind möglich. Maßnahmen gegen Banken würden auch chinesische Institute treffen. Die militärische Kontrolle des Schiffsverkehrs von und nach Nordkorea mittels UN-Mandats ist ebenfalls denkbar. Fraglich ist, wie weit Peking zur Zusammenarbeit und auf Nordkorea Druck auszuüben bereit ist. Immerhin suchte der chinesische Botschafter in Washington unmittelbar nach dem Test die Nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice auf. China wollte bislang keine Implosion des Regimes riskieren – über die Folgen einer solchen Entwicklung wollen die USA aber gerne mit China sprechen.

Cyber-Sicherheit: USA und China im Dialog

Ein weiteres Konfliktfeld zwischen China und den USA ist Cyber-Sicherheit. Beim Besuch von Staats- und Parteichef Xi Jinping im September in den USA war der Schutz vor chinesischen Hacker-Angriffen ein wichtiges Thema. Die USA beklagen schon seit geraumer Zeit den Diebstahl von Daten, dessen Spuren vielfach nach China führen. Vor allem der Wirtschaftsspionage soll ein Riegel vorgeschoben werden. Gegen „klassische“ Spionage in staatlichen Einrichtungen erheben die USA keine Einwände, weil sie diese selbst in großem Umfang betreiben. Barack Obama sprach von einem „Akt der Aggression“. Die Nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice machte klar, dass es sich nicht bloß um eine leichte Irritation in den Beziehungen handle, sondern um eine Frage der nationalen Sicherheit. Die Androhung von Sanktionen gegenüber chinesischen Unternehmen, die in Cyber-Kriminalität verwickelt sind, wurde als Gegenmaßnahme erwogen, schließlich aber nicht umgesetzt, um die Beziehungen zu China nicht weiter zu verschlechtern. Obama und Xi kamen überein, dass beide Regierungen keine Cyber-Spionage im Wirtschaftsbereich durchführen oder wissentlich unterstützen würden. Die USA werfen China vor, dass auch Angehörige der Volksbefreiungsarmee Wirtschaftsspionage betrieben. 2014 wurden fünf Offiziere deswegen in den USA angeklagt. In den USA wird die Übereinkunft der Präsidenten als bedeutsames Zugeständnis Chinas bewertet. Ergebnis war die Einrichtung eines Dialogs, um die Art und Weise

festzulegen, wie mit Spionagevorwürfen umgegangen wird. Auf Seiten der USA verhandelten Justizministerin Loretta Lynch und Heimatschutzminister Jeh Johnson, auf Seiten Chinas Staatsrat und Sicherheitsminister Guo Shengkun. Ergebnis waren u. a. Beschlüsse über entsprechende „Leitlinien“ und eine Hotline. Sollten die getroffenen Abmachungen keine Konsequenzen in China bewirken, sind Sanktionen nach wie vor eine Option. In den USA wurden auch nach dem Besuch von Xi chinesische Spionageaktivitäten festgestellt. Kritiker glauben nicht, dass China sich an die Abmachungen halten wird.

Indien – Pakistan: Versöhnungspfad mit Stolpersteinen

In Südasien gab es zuletzt zwischen den rivalisierenden Nachbarn Indien und Pakistan eine deutliche Entspannung. Der Optimismus erhielt zu Jahresbeginn allerdings einen Dämpfer. Indiens Premierminister Narendra Modi hatte 2014 seine Amtszeit mit einer Geste der Entspannung an Pakistan begonnen, indem er seinen pakistanischen Amtskollegen Nawaz Sharif zu seiner Angelobung einlud. Drei Monate später änderte er seine Haltung, nachdem es ein Treffen von pakistanischen Diplomaten mit Separatisten aus Kaschmir gegeben hatte. Ende Dezember 2015 besuchte Modi auf der Rückreise von Afghanistan überraschend Sharif in Pakistan und gratulierte ihm zum Geburtstag – der erste derartige Besuch seit 2004. Im November hatte es am Rande des Pariser Klimagipfels bereits eine Begegnung gegeben. Mit dem Besuch setzte Modi ein starkes Signal zur Versöhnung.



Indiens Premierminister Narendra Modi mit seinem pakistanischen Amtskollegen Nawaz Sharif

Am 2. Jänner 2016 griffen indisch uniformierte Kämpfer Unterkünfte in der Luftwaffenbasis Pathankot im Bundesstaat Punjab an. Es dauerte vier Tage, bis die Angreifer ausgeschaltet werden konnten. Sieben indische Soldaten und alle sechs Angreifer starben. Die Reaktion der indischen Sicherheitskräfte war chaotisch und unzulänglich, der große Fehler während des

Terrorangriffes auf Mumbai (Bombay) von 2008, verschiedene Verbände einzusetzen, wurde wiederholt. Dass es zu einem Anschlag kommen würde, war den Behörden bekannt. Ärgerer Schaden wurde aber verhindert; auf der Basis befanden sich MIG-21-Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber, die hätten zerstört werden sollen. Die Spuren der Angreifer wiesen nach Pakistan. Die Gruppe „United Jihad Council“ übernahm die Verantwortung. Sie ist im pakistanisch kontrollierten Kaschmir beheimatet und bekämpft den indischen Staat als Souverän des anderen Teiles Kaschmirs. Indien bezeichnet hingegen die Gruppe Jaish-e-Mohammed als Drahtzieher. Sie gilt als dem pakistanischen Militärgeheimdienst „Inter-Services Intelligence (ISI)“ nahestehend. Der „United Jihad Council“ ist nicht für Anschläge außerhalb von Kaschmir bekannt.

Es war dies nicht der einzige Anschlag auf den indischen Staat zu Jahresbeginn. Das indische Konsulat im afghanischen Mazar-i-Sharif wurde von drei Bewaffneten angegriffen, nahe dem Konsulat in Jalalabad, ebenfalls in Afghanistan, explodierte ein Sprengkörper, wobei das Konsulat nicht das Ziel gewesen sein dürfte. Die zeitliche Nähe aller Ereignisse könnte auf einen Zusammenhang hindeuten. Möglicherweise will das einflussreiche pakistanische Militär den Entspannungsprozess mit Indien hintertreiben, weil es fürchtet, ohne den Konflikt weniger Einfluss auf Pakistans Politik zu haben. Hinzu kommt, dass Anfang Jänner Verhandlungen zwischen Afghanistan, Pakistan, China und den USA über einen Friedensprozess mit den Taliban in Afghanistan stattfinden. China hat auf der Konferenz „Heart of Asia“ im Dezember 2015 in Islamabad eine wichtige Vermittlerrolle für das Zustandekommen dieser Gespräche gespielt. Peking fürchtet die durch den afghanischen Bürgerkrieg hervorgerufene Instabilität an seiner Grenze.

Aus Sicht Indiens hat nun Pakistan zu handeln. Neu-Delhi hat den Nachbarn entsprechende Informationen über die Hintermänner von Pathankot zukommen lassen, die nach Ansicht der indischen Regierung zu deren Verfolgung verwendet werden können. Vermieden wurde es, Pakistan die Schuld an dem Angriff zu geben. Die beiden Regierungschefs setzten sich persönlich in Kontakt. Premierminister Sharif gab seiner „Betroffenheit und Trauer“ Ausdruck. Er versprach, dass Pakistan die Spuren verfolgen werde. Eine andere Stellungnahme aus Pakistan bedauerte, dass jedes Mal, wenn es einen ernsthaften Versuch für Frieden gebe, Terroristen versuchten, diesen zum Scheitern zu bringen. Die zurückhaltenden Reaktionen aus beiden Ländern lassen darauf hoffen, dass der Entspannungsprozess fortgeführt wird.

Der Nahe Osten als globale Herausforderung

Einleitung

Die Terrorangriffe in Paris vom 13. November 2015 bedeuten eine Zäsur in der westlichen Wahrnehmung des so genannten „Islamischen Staats“ (IS). Die Terrormiliz IS hat seine Ideologie in das Herz Europas getragen und ein für alle Mal klar gemacht, dass sie nicht nur eine zerstörerische Kraft in Syrien und im Irak darstellt, sondern global agieren kann. Dieser Angriff auf Europa hat auch zu einem Umdenken auf Seiten der westlichen Staaten geführt, wie mit dem Terrorregime in Raqqa, Mossul und Tikrit umgegangen werden soll.



Propagandavideo des IS

Im Kampf gegen die „IS“ in „Syrak“ stehen sich jedoch gegensätzliche Interessen, sowohl der regionalen als auch der internationalen Akteure gegenüber, sodass ein tatsächlich geeintes Vorgehen unwahrscheinlich scheint. Während in der internationalen Wahrnehmung des Nahen Ostens natürlich Syrien, Irak und der Kampf gegen die Terrormiliz „IS“ die Schlagzeilen beherrschen, macht sich in dessen Windschatten auch der Iran erneut auf, den regionalen Machtkampf für sich zu entscheiden. Dabei nutzt er nicht nur sein kürzlich zurückgewonnenes Ansehen durch den Erfolg im Atomstreit, sondern auch seine Position als „Gegner“ der „IS“. Die islamische Republik Iran arbeitet beständig an einer Ausweitung seiner Einflussphäre tief in den arabischen Raum hinein, was nervöse bis verstörte Reaktionen in Riad zur Folge hat.

Seit dem „arabischen Frühling“ haben sich die Aufmerksamkeit und damit auch das Verständnis in der westlichen Welt für den israelisch-palästinensischen Konflikt merklich abgekühlt. Der jüdische Staat sieht sich jedoch seit Oktober mit einer extremen und scheinbar unlösbaren Gewaltwelle konfrontiert, die von manchen Kommentatoren bereits als der Beginn einer dritten „Intifadah“ (palästinensischer Volksaufstand) gegen Israel bezeichnet wird. Und gleichzeitig fühlt sich Israel von seinen westlichen Partnern zusehends im Stich gelassen, was durch die „labelling“-Entscheidung der EU und die schrillen Reaktionen Israels symbolisiert wird.

Nach Paris – internationale Koalition gegen IS?

Der 13. November 2015 bedeutete eine „Zeitenwende“ für Europa in der Wahrnehmung der IS-Terrormiliz. Bislang war man davon ausgegangen, dass sie ihren Fokus klar auf ihre territoriale Ausbreitung bzw. Konsolidierung in Syrien und im Irak legen würde und Europa wenn, dann lediglich mit Terrorismus der Marke „einsamer Wolf“ attackieren würde. Die präzise Planung und Durchführung einer Reihe von gleichzeitig stattfindenden Attentaten auf Symbole des liberal-bürgerlichen Lebens (eine Konzerthalle, Restaurants und Cafés, ein Fußballstadion) zeigen jedoch, dass die Terrormiliz bereit ist, ihren Kampf nach Europa zu tragen. Als direkte Reaktion auf diese Ereignisse haben eine Reihe europäischer Staaten ein verstärktes Vorgehen gegen den „IS“ im Rahmen der „internationalen Koalition“ beschlossen (Frankreich, Großbritannien und Deutschland). Die Luftschläge gegen die Hochburgen des „Islamischen Staates“ nahmen zu, und auch die politischen Entscheidungsprozesse über Syriens Zukunft haben eine teilweise neue Wendung genommen. So können sich mittlerweile sowohl Deutschland als auch Frankreich einen Verbleib des syrischen Diktators Bashar al-Assad an der Macht vorstellen, zumindest bis eine Nachfolgeregelung gefunden ist. Auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem bisherigen weltpolitischen Konkurrenten in Syrien, Russland, wird immer offener diskutiert. Der IS hat damit gleichzeitig seine Ziele erreicht und sich selbst in eine extrem riskante Position gebracht: Ein verstärktes gemeinsames Auftreten des „Westens“ gegen die Terrormiliz ist durchaus im Interesse der Terrorgruppe. Die Luftangriffe nutzen dem IS als Propagandainstrument, mit dem er sein Narrativ eines „Kampfes der Ungläubigen gegen den Islam“ glaubhaft ausbauen und seine Rekrutierung im In- und Ausland fortsetzen kann.



Kampfeinsatz russischer Su-24M über Syrien

Gleichzeitig hat er durch die Anschläge von Paris enorme internationale Schlagkraft bewiesen, was ebenfalls propagandistisch ausgenutzt werden kann, um europäische „einsame Wölfe“ unabhängig von direkter Koordination aus Syrien zu ähnlichen Anschlägen zu verleiten. Weiters hat es der IS geschafft, einen Keil

zwischen die europäische Bevölkerung und die Flüchtlinge, die sich vor der Barbarei in Syrien nach Europa zu retten suchen, zu treiben. Die Strategie des IS, seine eigene Propaganda Realität werden zu lassen und den Muslimen eine binäre Welt (wir gegen sie) aufzudrängen, kann nicht durch Luftangriffe gestoppt werden.



Vernichtung eines gegnerischen Kampfpanzers durch russischen Luftangriff

Ein Einsatz am Boden gegen den IS scheint jedoch unwahrscheinlich. Die Weltgemeinschaft, allen voran die USA, haben nicht vergessen, wie verheerend die letzte Intervention am Boden im Nahen Osten verlaufen ist. Nun werden verschiedene Ansätze diskutiert, wie ein Vorgehen gegen den IS ohne eine internationale Intervention funktionieren könnte. Die Vorschläge gehen hier von einer Bodenoffensive der kurdischen Streitkräfte, unterstützt durch die internationale Koalition, bis zu einer Einbindung der regulären syrischen Truppen. Keine dieser beiden Optionen scheint jedoch im Moment erstrebenswert.

Regionale und globale Interessen in „Syrak“

Der offensichtlichen ethischen, moralischen und sicherheitspolitischen Aufgabe, den IS zu stoppen, stehen handfeste regionale und globale Interessen in „Syrak“ (Syrien und Irak) gegenüber, die eine Verbesserung der strategischen Lage in der Region verhindern. Der zu Grunde liegende Konflikt um Macht und Einfluss im arabischen Raum zwischen den zwei Aspiranten auf Hegemonie – das Königreich Saudi-Arabien und die islamische Republik Iran – wurde insbesondere im ISS Aktuell 2/2015 bereits ausführlich analysiert. Dieser Konflikt wird eine nachhaltige Verbesserung oder Transformation der humanitären Katastrophe in Syrien und Irak auf absehbare Zeit verhindern. Die Kosten, die der Status Quo in der Region momentan für Riad und Teheran verursacht, sind niedriger als der von den Akteuren erwartete Nutzen für ihren eigenen Machtanspruch. Ohne Druck auf diese Akteure wird sich die Region nicht stabilisieren

können. Doch in der jetzigen internationalen Geschlossenheit bezüglich eines „Kampfes“ gegen die Terrormiliz „IS“ darf nicht übersehen werden, dass hier diametral entgegengesetzte Interessen aufeinander prallen.

Regional stellt sich die Situation nach wie vor so dar, dass hier ein Konflikt um die Vormachtstellung im arabischen Raum im Gange ist, der mit dem Beginn der Umwälzungen der Region ab 2011 begann. Diese Unruhen und die Anarchie in Teilen der Region wurden von Saudi-Arabien und dem Iran dazu genutzt, einen Stellvertreterkrieg in Syrien zu beginnen, der den Iran, der eng an der Seite des Assad-Regimes als einzige „arabische“ verbündete Nation steht, aus der Region vertreiben sollte. Saudi-Arabien unterstützte die Revolution in Syrien von Beginn an und nutzte auch die immer stärker werdende sektiererische Propaganda zu diesem Zweck. Der Iran konterte diese Eskalation durch den Einsatz von Revolutionsgarden und vor allem der ideologisch treuen libanesischen Hisbollah-Miliz, und der Konflikt eskalierte weiter. Die Entstehung der Terrormiliz ist auch darauf zurück zu führen, dass dieser regionale Hegemonie-Konflikt ein Klima des religiös unterfütterten Hasses und der totalen Gewalt schuf.



Saudi-arabischer Luftangriff auf Sana'a

Doch keine der zwei regionalen Konfliktparteien hat ein gesteigertes Interesse daran, den führenden radikal-islamistischen Gewaltgruppierungen die Stirn zu bieten. Für beide hat die Existenz von „IS“ und al-Nusra taktische und ideologische Vorteile. Der Iran und damit auch Assad nutzen die radikal-islamistischen Gewaltgruppierungen, um von den eigenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit abzulenken und sich selbst als alternativlos darzustellen. Weiters konnte der Iran insbesondere auf der Basis des „Kampfes gegen den IS“ seinen Einfluss auf den Irak konsolidieren und eine schiitische Machtbasis schaffen. Der Iran wird nicht in die sunnitischen Gebiete des Irak oder Syriens einmarschieren, eine direktive militärische Konfrontation mit der führenden IS-Terrormiliz ist also ausgeschlossen; vielmehr geht es dem Iran um eine nachhaltige Destabilisierung des „arabischen Kernlandes“, Verteidigung der schiitischen Bastionen und den weiteren Ausbau seiner eigenen radikalen

schiitischen Milizen. Die arabischen Rebellionen verliefen bislang ganz im Sinne der Regionalmacht, indem die arabischen Staaten geschwächt wurden oder gar am Rande des Scheiterns waren und der eigene Einfluss massiv ausgeweitet werden konnte.

Saudi-Arabien ist sich dieser Entwicklungen sehr bewusst. Dies ist einer der Gründe für die Intervention im Jemen, wird aber auch weiterhin dafür sorgen, dass die sunnitische Regionalmacht nicht mit letzter Konsequenz gegen die „IS“ vorgehen wird. Ihr Beitrag zu den Luftschlägen der internationalen Koalition ist verschwindend gering, und nach wie vor finanziert Saudi-Arabien über Privatpersonen und Stiftungen eine Vielzahl sunnitischer Aufständischer in Syrien – und diese laufen nicht selten zur führenden radikal-islamistischen Terrorgruppierung „IS“ über. Die IS-Terrormiliz ist eine Bedrohung für Saudi-Arabien, was dem Königshaus auch bewusst ist. Seine politischen Prioritäten sind jedoch andere: Zurückdrängung der schiitischen islamischen Republik Iran aus Syrien und dem Irak und die Rückeroberung Damaskus' als sunnitische Hauptstadt sind das primäre Ziel. Um die „IS“, so die saudische Beurteilung, kann man sich später kümmern, falls notwendig.



US-Verteidigungsminister Ash Carter mit dem saudiarabischen Verteidigungsminister Mohammed bin Salman Al Saud

Die globale Interessenslage ist ähnlich ambivalent. Der „Westen“ ist sich zwar mit Russland einig dahingehend, dass ein konzertiertes Vorgehen gegen die Terrormiliz notwendig ist. Doch beiden ist gleichzeitig auch bewusst, dass Luftschläge alleine die Terrorherrschaft in Syrien und im Irak nicht beenden werden können. Bodentruppen wagt weder die „internationale Koalition“ noch Russland in größerer Zahl einzusetzen. Denn strategisch zu Ende gedacht würde dies bedeuten, weite Teile des Irak und Syriens über Jahre – möglicherweise Jahrzehnte – besetzt zu halten, erneut staatliche Strukturen aufzubauen und eine politisch-ethisch-ideologische Re-education durchzuführen, um einer weiteren Wiederholung der Geschichte zu verhindern. Daher wird an alternativen Modellen

gearbeitet, die zwar möglicherweise die Terrormiliz „IS“ stoppen können, einer langfristigen Stabilisierung des Irak und Syriens jedoch nicht zuträglich sein würden: Mehrere europäische Politiker (unter ihnen der französische Präsident Francois Hollande) dachten in den vergangenen Wochen laut darüber nach, dass eine Übergangsphase für Syrien, in der Präsident Bashar al-Assad weiterhin an der Macht bleiben würde, für ein Zurückschlagen der „IS“ eine Option darstellen würde, wenn man die regulären syrischen Truppen als Kräfte am Boden einsetzen würde. Die syrische Armee ist die einzige Kraft in Syrien, die in der Lage wäre, die „IS“ und andere radikal-islamistische Gruppierungen zurückzudrängen. Die Frage ist jedoch, ob die Unterstützung einer schiitischen Armee, die in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Kriegsverbrechen begangen hat, bei ihrem Vormarsch in eine mehrheitlich sunnitische Region (die große Mehrheit der Gebiete, die die „IS“ in Syrien hält) helfend zur Seite zu stehen, nicht erneut zu einem anti-westlichen, anti-schiitischen und in letzter Konsequenz pro-jihadistischen Backlash führen würde. Die Frage nach der politischen Selbstbestimmung im Zuge eines möglichen Transitionsprozesses kann die Zukunftsfrage für Syrien klären. Wenn die westlichen Lösungen erneut „westliche“ Regime etablieren wollen, dann bedeutet dies auch gleichzeitig die Einmischung und Aufoktroierung einer fremden politischen Sichtweise auf die Gestaltung arabischer Gesellschaften. Damit könnten falsch verstandene Friedensbemühungen erneut die Saat des Scheiterns legen. Daher ist eine inner-regionale Gesamtlösung anzustreben. Es wurde hier kurz die regionale und globale Interessenslage skizziert. Die Trümmerlandschaft, sowohl wörtlich als auch metaphorisch, die weite Teile von Syrien und Irak kennzeichnet, ist kein Ort für schnelle Lösungen. Eine tatsächliche Entspannung für die Bevölkerung der zwei Staaten könnte nur herbeigeführt werden, wenn Saudi-Arabien und der Iran ihren Stellvertreterkrieg beenden und sich konstruktiv an einer Lösung beteiligen würden. Doch gerade der Iran schwimmt momentan auf einer Welle des Erfolges, die es unwahrscheinlich macht, dass die islamische Republik seinen ideologischen Vormarsch in der Region in naher Zukunft stoppen wird.

Der Iran nach dem Abkommen zur Beilegung des Atomstreits

Der Atomstreit zwischen der internationalen Gemeinschaft und der islamischen Republik hatte in den letzten Jahrzehnten den Handlungsspielraum des Iran in der Region massiv eingeschränkt. Durch wirtschaftliche Sanktionen und ständiges Misstrauen des Westens konnte er nicht wie gewünscht in der Region operieren. Durch den „Arabischen Frühling“ und die Barbarei sunnitischer Jihadisten konnte der Iran jedoch

seinen Einfluss auf die schiitischen Teile des arabischen Kernlandes massiv ausdehnen. Gleichzeitig positionierte sich die islamische Republik international als der händeringend gesuchte Gegenpart zu den Barbaren des „Islamischen Staats“ und überzeugte die internationale Gemeinschaft, dass hier eine Interessensüberschneidung vorliege und man wechselseitig voneinander profitieren könne. Diese neuen Entwicklungen führten dazu, dass im zentralen Konfliktpunkt zwischen dem Iran und der internationalen Gemeinschaft, dem teilweise illegalen Atomprogramm des Iran und seiner vermuteten (und mittlerweile bestätigten) militärischen Komponente, dem Iran neue Hebelkräfte zur Verfügung standen. Somit konnte der Iran nach einigen Zugeständnissen und vor allem der Veränderung seiner Taktik – weg von einer offensiven Kommunikation durch das religiöse Establishment und hin zu den „gemäßigten“ Wortführern und Diplomaten um Außenminister Zarif – die P 5+1 davon überzeugen, den Streit beizulegen und ein Abkommen zu schließen. Durch das Abkommen werden die Sanktionen der internationalen Gemeinschaft sowie der USA und EU gegen das Regime, die im Zusammenhang mit dem Atomprogramm stehen, Stück für Stück aufgehoben. Im Gegenzug verpflichtete sich die islamische Republik dazu, sein Atomprogramm herunterzufahren und der IAEA umfassend Zugang zu den zivilen und militärischen Anlagen zu gewähren. Somit kann der Iran mit relativ geringem Risiko einer schärferen internationalen Reaktion seine Hauptziele in der Region weiter verfolgen (s.o.).



Irans Präsident Hassan Rouhani mit Russlands Präsident Vladimir Putin

Zusätzlich kann er, sobald der Deal mit den P 5+1 in Kraft tritt, mit einer Vielzahl an neuen Investitionen und somit einem Wirtschaftsaufschwung sowie dem Zugang zu hunderten Millionen US-Dollar auf bislang eingefrorenen Konten rechnen. Diese Mittel wird der Iran vermutlich zumindest teilweise in sein „Threat Network“ fließen lassen, also in die Aufrüstung seiner Proxies im Libanon (Hisbollah) und in Gaza (Hamas), sowie in die Aufrüstung des Assad-Regimes in Syrien. Die Vorstellung, der Iran könnte in absehbarer Zeit ein

verlässlicher Partner des Westens in der Region werden, zeugt nicht nur von (erneuter) strategischer Naivität, sondern ist auch potentiell gefährlich, denn sie verneint den expansiven und antisemitischen Charakter des Regimes in Teheran. Natürlich kann im Irak der Iran nützlich sein, um den Einfluss der Terrormiliz „IS“ zurück zu drängen. Doch auf längere Sicht ist die islamische Republik kein geeigneter Partner für Stabilität im Nahen Osten, da sie selbst kein gesteigertes Interesse daran besitzt, solange der Kampf um regionale Vorherrschaft nicht entschieden ist. Der Iran ist eine direkte Konfliktpartei und mitverantwortlich an dem Chaos und den humanitären Tragödien, die in Syrien und dem Irak gegenwärtig den Alltag darstellen.

Das zynische Spiel der Türkei

Die Türkei ist eine weitere Kraft, die für mehr Verwirrung als Stabilität in Syrien sorgt. Von Beginn der Revolution an hat Ankara daran gearbeitet, den syrischen Präsidenten Assad zu stürzen und gleichzeitig die kurdischen Autonomie-Bestrebungen in Syrien zu untergraben. Dabei setzte die konservativ-islamistische Regierung um Präsident Recep Tayyip Erdoğan zunächst auf die FSA und ein verstärktes Engagement der Weltmächte.



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und US-Präsident Barack Obama sind weiterhin enge Verbündete

Als dieser Plan jedoch immer weniger eine realistische Option darzustellen begann, wandte sich die Türkei stärker den radikalen sunnitischen Kräften im syrischen Bürgerkrieg zu. Die Unterstützung oder zumindest Duldung der radikal-islamistischen Gruppierung „IS“ war dabei ein direkter Auswuchs der türkischen Interessen in Syrien: Zunächst und primär der Sturz des Assad-Regimes; in weiterer Folge und nicht weniger zentral für Ankara war und ist die Schwächung der kurdischen Kräfte in Syrien. Diese sind eng mit der türkisch-kurdischen PKK verwoben und könnten, sollten sie Erfolg haben, ein durchgängiges territoriales Kurdistan vom Iran bis in die Türkei etablieren, was die Türkei als direkte Bedrohung seiner nationalen Einheit wahrnimmt. Drittes Ziel der türkischen Außenpolitik in

Syrien ist die Etablierung seiner eigenen Wahrnehmung im regionalen System als Regionalmacht. Dies führte dazu, dass die Türkei über Jahre die Terrormiliz „IS“ im Landesinneren und in den grenznahen Gebieten faktisch problemlos operieren ließ und die Einreise ausländischer Jihadisten nicht unterband. Mit dem verstärkten Engagement Russlands in Syrien auf Seiten des Assad-Regimes und dem ständig zunehmenden Druck auf Ankara, entschlossen gegen den IS vorzugehen, änderte Erdogan die Strategie: die Türkei beteiligt sich (wenngleich äußerst zögerlich) an der internationalen Koalition gegen den Terrorstaat und versucht gleichzeitig, Russland und den Westen in Syrien auseinanderzudividieren.

Der Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges, das angeblich den türkischen Luftraum verletzte, war hier der bislang offensichtlichste Versuch, eine Reaktion der NATO gegen Moskau zu erzwingen. Die Spannungen zwischen der Türkei und Russland könnten das internationale Vorgehen gegen die Terrormiliz „IS“ ebenso sabotieren wie eine Nachkriegsordnung für Syrien. Die türkische Politik gegenüber seinem Nachbarn ist äußerst zynisch, da es für das Erreichen seiner Ziele anscheinend bereit ist, einen Konflikt zwischen Russland und dem Westen zu provozieren und jegliche Einigung, die Assad inkludieren würde, zu torpedieren.

Israel zwischen dritter „Intifada“ und Isolation

Während der Nachrichtenfokus nach wie vor auf Syrien und dem Irak sowie dem Kampf gegen den IS liegt, kämpft die bei weitem stabilste Nation der Region mit einer neuen Form von Terror. Israel wird seit September 2015 von einer Welle der Gewalt überrollt, die sich von früheren palästinensischen Angriffen unterscheidet: Vor allem in Jerusalem und der Westbank, aber auch in israelischen Kerngebieten, kommt es beinahe täglich zu Attacken arabischer Angreifer (in der Mehrzahl junge Männer) auf „jüdisch“ oder „israelisch“ aussehende Zivilisten und Sicherheitskräfte, zumeist mit Messern oder aber als „car-ramming attacks“, also dem bewussten Steuern eines motorisierten Fahrzeugs in eine Menschenmenge. Mehr als 20 Israelis verloren bei diesen Attacken ihr Leben, über 200 wurden verletzt. In Teilen der israelischen Medienlandschaft und der palästinensischen Propaganda werden diese Angriffe als „dritte Intifada“ bezeichnet, also als dritten palästinensischen Volksaufstand. Der „Messer-Terror“ ist jedoch momentan vor allem eine neue und unvorhersehbare Form von anti-israelischer Gewalt, die den Terror individualisiert und jederzeit und überall passieren kann. Die Angriffe sind unkoordiniert und werden von Einzeltätern durchgeführt, die weder auf Befehl einer größeren Gruppe handeln, noch ein tieferes

ideologisches Ziel verfolgen. Die jungen Menschen, die diese Angriffe durchführen, wurden durch anhaltende Propaganda durch palästinensische Organisationen, sowohl auf der islamistischen, als auch auf der gemäßigten Seite des politischen Spektrums individuell radikalisiert. Der Auslöser dieser Gewaltwelle, die Angst vor einer „jüdischen Übernahme“ des Tempelbergs, ist ein Meisterstück an Propaganda und bewusster Falschmeldungen. Sowohl die säkulare Fatah als auch die radikalislamistische Hamas nutzten eine angebliche „Änderung des Status Quo“ und den Schlachtruf „Al Aqsa ist in Gefahr“, um Palästinenser und israelische Muslime aufzuhetzen. Und obwohl dieser letzten Welle des Terror die Organisation im Rücken fehlt, um bereits von einer „dritten Intifada“ zu sprechen, so ist die israelische Politik in großer Sorge, dass sich diese Angriffe verselbstständigen und sich quasi aus sich selbst zu einem größeren Aufstand entwickeln könnten.



Grenzpolizei sperrt Schauplatz einer terroristischen Angriffs ab

Kaum ein Tag vergeht ohne Meldungen von Messerangriffen und der anschließenden „Neutralisierung“ (dies bedeutet in den meisten Fällen, dass der Angreifer von Sicherheitskräften erschossen wurde, zumindest jedoch verletzt) der Täter, und die dadurch entstehenden hohen Opferzahlen auf palästinensischer Seite befeuern im Gegenzug erneut die Täter-Opfer-Umkehr auf palästinensischer Seite (i.e. „Martyrertum“). Israel findet keine Antwort auf diese Gewaltwelle, und die Palästinensische Autonomiebehörde tut ihrerseits wenig bis nichts, um die eigene Bevölkerung von solchen Angriffen abzuhalten.

Gleichzeitig mit der enormen Verschlechterung der Sicherheitslage in Israel sieht sich der jüdische Staat mit einer neuen Stufe seiner zunehmenden internationalen Isolierung konfrontiert: Die EU beschloss im November 2015 die Kennzeichnungspflicht für Produkte, die in den palästinensischen Territorien oder anderen umstrittenen israelischen Gebieten produziert wurden. Es folgten wüste Proteste der israelischen Politik, während die EU versuchte, diesen Schritt als rein bürokratische Maßnahme darzustellen. Doch es ist mehr als nur Bürokratie: Die EU ist zusehends frustriert

vom Stillstand im israelisch-palästinensischen Friedensprozess, und die Schuld hierfür gibt die EU (und zusehends auch die USA) überwiegend der israelischen Politik. Während Israel den mangelnden Fortschritt vor allem im Mangel eines ernsthaften Partners für Friedensgespräche sieht – die Fatah und damit auch die PLO befinden sich in einer ernsthaften Führungskrise und verlieren zunehmend jegliche Legitimation innerhalb der palästinensischen Bevölkerung – wird von internationaler Seite die fortgesetzte Siedlungspolitik als Hemmschuh angesehen.



Palästinenserprotest nördlich von Ramallah

Gemeinsam mit der andauernden Anarchie in beinahe allen Grenzgebieten hat sich für Israel eine Situation ergeben, in der eine singuläre Lösung des Palästina-Konflikts keine Verbesserung der eigenen Lage bringen würde. Die Unfähigkeit der israelischen Regierung und der EU, diese Situation wechselseitig verständlich zu kommunizieren, führte zu einer Vertiefung eines Gefühls der Isolation auf israelischer Seite, und die nationalistische Regierung von Benjamin Netanyahu reagiert auf diese Wahrnehmung stets mit Trotz. Ein weiteres Indiz hierfür ist das äußerst bedenkliche neue Gesetz, das „NGOs, die aus dem Ausland finanziert werden“ weiter stigmatisieren und deren Arbeit erschweren soll. Ziel dieses Gesetzes sind jedoch nur Organisationen, die sich für Menschenrechte und gegen die israelische Politik gegenüber den palästinensischen Territorien engagieren (in Israel werden diese unter dem Begriff „links“ zusammengefasst). Der Narrativ in Israel wird zusehends derart verdreht, dass Kritik an Israel oder an der Situation der Palästinenser als „von Außen gesteuert“ und damit potentiell gefährlich dargestellt wird. Die Europäische Union sollte sich bewusst machen, dass in Abwesenheit einer stabilen palästinensischen Autonomiebehörde sowie im Zuge des täglichen Terror und des regionalen Chaos die israelische Siedlungspolitik nur ein Nebenschauplatz ist. Der Fokus auf diese Thematik wird die Beziehungen zwischen Israel und der EU weiter belasten und nicht zu einer umfassenden Lösung führen. Gleichzeitig muss man den demokratiepolitisch durchaus bedrohlichen Tendenzen in der Regierung Netanyahu entgegentreten und hier auf bilateraler Ebene alles tun, um ihr

Vorgehen gegen unliebsame Organisationen zu unterbinden.

Conclusio

Das internationale Vorgehen gegen den „IS“ wird, ohne dass ein umfassender Ansatz die regionalen Akteure mit in die Pflicht nimmt, keine Verbesserung der humanitären Lage in Syrien und Irak zur Folge haben. Es wird zwar verhältnismäßig leicht sein, die großen Städte des Irak und Syriens zu befreien, doch dies wird den Konflikt lediglich in den Untergrund verlagern. Der Terror, den der „IS“ im Nahen Osten und nun auch in Europa ausübt, wird durch eine militärische Niederlage und den Verlust seines „Staatsterritoriums“ nicht verschwinden. Ohne eine Politik der Annäherung und Aussöhnung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran einerseits und den sunnitischen und schiitischen Gruppen in „Syrien“ andererseits wird der Schoß, in dem die IS-Terrorideologie keimen konnte und der derselbe ist, aus dem schon Al Qaida erwuchs, weiter fruchtbar bleiben. Es wird Jahre oder sogar Jahrzehnte dauern, um den Nahen Osten wieder auf den Status quo ante des „arabischen Frühlings“ zu bringen. Doch selbst dieses Minimalziel benötigt enorme Anstrengungen auf regionaler und internationaler Ebene. Es bleibt außerdem mehr als zweifelhaft, ob die ideologischen Erzfeinde Iran und Saudi-Arabien tatsächlich bereit sind, ihren Machtkampf aufzugeben. Der Charmeoffensive des Iran kann man nicht vollständig trauen, und die wirtschaftliche Notlage Saudi-Arabiens wird auch tendenziell nicht zu einem Schwenk in der Außenpolitik führen, sondern vermutlich zu einer Intensivierung des Stellvertreterkriegs.

Israel andererseits fühlt sich weitestgehend allein gelassen. Die Reaktionen der nationalistischen Regierung von Bibi Netanyahu sind keinesfalls dazu geeignet, vertrauensbildend zu wirken. Doch ebenso wenig ist es der blinde Fokus der EU auf Siedlungen und das Ignorieren der gesamten Bedrohungslage, der sich Israel gegenüber sieht. Israel und die EU entfernen sich sicherheitspolitisch immer weiter voneinander, obwohl sie gerade jetzt sehr viele gemeinsame Interessen hätten.

Rechts Schwenk in Lateinamerika?

Während man nach der Jahrtausendwende von einem linken Aufwind in Lateinamerika sprach, scheint jetzt eine Trendumkehr spürbar. Die Akzeptanz der linksorientierten Regierungen scheint angeschlagen, Wähler wenden sich ab und suchen neue bzw. andere Optionen. Nach den Wahlverlusten der linksorientierten Parteien in Venezuela und Argentinien scheinen sich linke Parteien generell im Abwind zu befinden. Aber ein grundsätzliches bzw. vorschnelles Ende linkspolitischer Führung in Lateinamerika zu verkünden wäre noch verfrüht: In Bolivien, Chile, Ecuador und Uruguay halten sich weiter Präsidenten mit linkem Hintergrund – jedoch ist eine dringende Kurskorrektur angesagt, wenn die Linke überleben möchte. Soziale Medien und kritischere Betrachtungen der Bürger lassen traditionelle Klientelpolitik scheitern. Andererseits wird von den linksorientierten Parteien zumeist noch immer an starren Programmen festgehalten bzw. wurde diese durch die Macht korumpiert. Eine programmatische Weiterentwicklung ist unterblieben, jedoch eine Selbstbedienungsmentalität entstanden. Daneben haben es die linksorientierten Parteien nicht geschafft, die auf Rohstoffexporte ausgerichteten Ökonomien ihrer Länder zukunftsfähig auszurichten. Bekanntlich sind Preise für Rohstoffe und speziell Rohöl im Keller und machen zum Beispiel die Förderung von Tiefseevorkommen unwirtschaftlich. Nur wenige Länder haben Vorsorge dafür getroffen, jedoch haben die Masse der linksorientierten Regierungen im Ressourcenboom Sozialprogramme finanziert und staatliche Förderungen aufgestockt, welche jetzt schwierig zu finanzieren sind. So ist beispielsweise Venezuela, das Land mit den größten bekannten Ölreserven, aktuell kaum in der Lage, seine Bürger zu versorgen.

Lateinamerika –alle gegen Venezuela?

Während der Treffen diverser regionaler bzw. Internationaler Organisationen wie MERCOSUR, UNASUR und OAS wurde zunehmend Kritik an der Politik und Wirtschaft Venezuelas geübt. Beim MERCOSUR-Treffen am 21.12.2015 in Paraguays Hauptstadt Asunción war neben der prekären Menschenrechtslage in Venezuela auch das geplante Freihandelsabkommen mit der EU auf der Tagesordnung. Anschuldigungen, Venezuela habe gegen die Demokratieklausele des MERCOSUR verstoßen, haben Streitereien zwischen dem neuen konservativen argentinischen und dem sozialistischen venezolanischen Präsidenten, Mauricio Macri sowie Nicolás Maduro, bereits im Vorfeld eskalieren lassen. Bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU sieht man Handlungsbedarf eher in Brüssel als in

der Region, wobei die unterbreiteten technischen Vorschläge aus Sicht MERCOSUR bereits ein Entgegenkommen gegenüber der EU darstellen. Die Verhandlungen ziehen sich weiter in die Länge. Folglich liegt der Trend weiter in bilateralen Abkommen mit der EU, was sich an Boliviens Interesse an einem separaten Freihandelsabkommen mit der EU zeigt. Das Land mit den aktuell höchsten Wirtschaftswachstumsraten in Lateinamerika versucht seinen eigenen Weg zu gehen.



Venezuelas Präsident Nicolas Maduro und Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff

Innerstaatliche Herausforderungen

Gewaltige Zahlen?

Gewalt ist in Lateinamerika ein begleitendes Thema. Während in Kolumbien, bedingt durch die Friedensverhandlungen respektive die Sondierungsgespräche mit den Guerillas die Mordrate auf ein Rekordtief (25 auf 100.000 Einwohner) fiel, stieg diese in El Salvador, bedingt durch aufflammende rivalisierende Bandenkämpfe, auf ein Rekordhoch (97 auf 100.000 Einwohner) – im Schnitt werden täglich ca. 18 Morde begangen. Während des Bürgerkrieges zwischen 1980 bis 1992 waren es noch maximal 17 Morde gewesen. Gründe sind unter anderem der Drogenanbau sowie -schmuggel. Gewaltindikatoren zeigen auch in Venezuela steigende Mordraten (Anstieg um 12% - 27.875 Morde ergibt 90 auf 100.000 Einwohner) was im Vergleich zu 2005 eine Verdreifachung darstellt. Lediglich in Panama sind die Gewalttaten um 21% sowie in Honduras um 15% signifikant gefallen.

Erfolge im Drogenkrieg?

Laut letztem UNODC Drogenbericht ist der Anbau von Koka-Blättern in Kolumbien um 44% angestiegen, obwohl enorme Anbauflächen, Rohkokain sowie hunderte Labore vernichtet wurden! Erkennbare neue Trends sind unter anderem, dass in bereits „befreiten“

Gebieten wieder angebaut bzw. durch Effizienzsteigerungen die Ernte um ca. 15% erhöht werden konnte. Reines Kokain hat in Kolumbien einen Marktpreis von ca. 2.370 US-Dollar, wird aber in den USA und der EU mit ca. 55.000 US-Dollar gehandelt, was dieses Produkt für die Transnationale Organisierte Kriminalität weiter attraktiv hält.

Der Koka-Blätteranbau in Bolivien ist um ca. 40% zurückgegangen wobei etwa 2/3 der geernteten Blätter (ca. 22.000 Tonnen) legal verkauft wurden. Der Kampf gegen illegale Kultivierung wird von Präsident Evo Morales weitergeführt und es wurden Unmengen an Anbauflächen sowie Labore und Verteilerzentren vernichtet. Im „Drogenkrieg“ hat Bolivien 2015 mehr als 40 Drogenflugzeuge abgefangen sowie große Mengen Cannabis (mit Masse aus Paraguay) und Kokain (zu 80% aus Peru) beschlagnahmt. Die grenzüberschreitende Kooperation mit Peru, Brasilien und Paraguay wurde dabei als äußerst erfolgreich bewertet. Brasilien hat im Rahmen der Operación Ágata 9 im August an der 4.000 km langen Grenze zu Paraguay, Bolivien und Argentinien mehr als 5.000 Soldaten eingesetzt und enorme Mengen an Drogen konfisziert. Argentinien's neuer Präsident Macri hat bereits nach seinem Amtsantritt den Kampf gegen Drogen als eines seiner Ziele unterstrichen und umfangreiche Maßnahmen angekündigt. Auch Peru hat nachgezogen und „sein“ Abschussgesetz beschlossen, um mögliche Drogenflugzeuge in definierten und von der Drogenmafia genutzten Räumen abzuschießen. Perus Militär ist aktuell geforderter denn je, denn man wirft den Streitkräften Ineffektivität bzw. Korruption vor. Die großartige Ankündigung, die Drogenbrücken aus und in die Nachbarländer zu zerschlagen, konnte noch nicht umgesetzt werden. Das Verteidigungsministerium rechtfertigt sich mit fehlenden Mitteln und Abstimmungsproblemen mit Streitkräften der Nachbarländer. In Peru werden jährlich ca. 320t Kokain produziert. Davon werden ca. 180 Tonnen am Luftweg nach Bolivien transportiert (ca. 4 Flüge pro Tag). Weiters werden ca. 120 Tonnen durch Boote und lediglich 20 Tonnen am Landweg verbracht. Trotz groß angelegter Vernichtungsaktionen bleibt man bei ca. 9.000 Tonnen legalem Eigengebrauch an Kokablättern. Um die Attraktivität der Drogenkriminalität zu senken bzw. den Zugang zu „leichten“ Drogen für Süchtige zu erleichtern, wird in immer mehr Ländern der Drogenanbau bzw. –besitz und –konsum legalisiert.

Papstbesuch mit Aussage!

Sogar der Papst kritisierte während seiner Rundreise durch Ecuador bzw. Bolivien und Paraguay die zunehmende Korruption und forderte mehr soziale

Gerechtigkeit. Bemerkenswert war es auch, dass Franziskus als erster Papst sich im Namen der Kirche für die Verbrechen an Indigenen in Lateinamerika entschuldigte. Der schwindende Einfluss der Kirche sei, so Franziskus, mitentscheidend für die sozialen Probleme der Region. Präsident Raúl Castro begnadigte zwar im Vorfeld des Papstbesuches in Kuba 3.500 Personen, jedoch keine politischen Gefangenen. Die kommunistische Partei Kubas beschreibt die Beziehungen zur katholischen Kirche als gut, wobei Kardinal Ortigas Aussage: „Auf Kuba gibt es keine politischen Gefangenen“ jedoch die Bevölkerung verstörte. Dissidenten kritisierten hingegen Papst Franziskus, weil er ihrer Ansicht nach, durch seinen Besuch Kubas Diktatur legitimiert habe.

Korruptionsfalle Lateinamerika!

Korruption ist laut Transparency International in der Region im Steigen. Eine LAPOP-Studie belegt, dass durchschnittlich ca. 20% aller Lateinamerikaner im Jahr 2014 allgemeine „Zuwendungen“ an Beamte leisten mussten, um sich Gehör zu verschaffen: in Haiti waren es ca. 70%, in Bolivien ca. 30%, in Paraguay ca. 28%; in Mexiko, Venezuela, Peru und Ecuador je ca. 27% aller Bürger.

In Brasilien wird gegen zahlreiche Politiker im PETROLÃO-Skandal ermittelt. Korruptionsrazzien wurden sogar im Unterhaus des Parlamentes durchgeführt. Erste Top-Manager wurden bereits zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt - 7 der 10 größten Baukonzerne Brasiliens sind betroffen. Auch Brasiliens Steuerbehörde CARF steht unter Korruptionsverdacht – der Schaden wird mit 5,8 Mrd. US-Dollar angegeben. Der Elektrizitätsriese Electronuclear rückt als nächster in den Fokus der Korruptionsjäger. Schmiergelder sollen für den Bau des Kernkraftwerks Angra 3 geflossen sein, weshalb der Weiterbau gestoppt wurde. Die honduranische Opposition fordert ein ähnliches System wie in Guatemala zur Bekämpfung der Korruption im Land, was seitens der USA unterstützt und finanziell gefördert wird. Dort wurde der zurückgetretene und inhaftierte Ex-Präsident Otto Pérez Molina wie einige seiner Politikerkollegen angeklagt, als Oberhaupt des Korruptionsringes „La Linea“ Firmen ermöglicht zu haben, gegen Schmiergeldzahlungen Waren am Fiskus vorbei einzuführen. Der Leiter der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit (CICIG), Ivan Velasquez, bezeichnete es als "Ende einer Epoche von Korruption." Mehr und mehr stehen auch hochrangige peruanische Offiziere unter Korruptionsverdacht, welche bei Drogenflügen bis zu 10.000 US-Dollar je Flug für ihr „Wegsehen“ erhalten hätten. Eine mexikanische Korruptionsstudie spricht von jährlich

über 200 Mio. Korruptionsfällen mit einem Verlust von 51,3 Mrd. US-Dollar.

Der Unmut nimmt zu und treibt auf die Straßen!

Unzufriedenheit bzw. Zorn über Korruption sowie Enttäuschung trieb weiter die Bürger Lateinamerikas auf die Straßen. Mit der eskalierenden wirtschaftlichen und politischen Situation und bedingt durch die Kommunikation bzw. Organisation via soziale Netzwerke kommt es immer öfter zu spontanen Willensbekundungen der Menschen. In Bolivien blockierten 130.000 Demonstranten Straßen und protestierten gegen die Schließung der größten und älteste Silbermine im Raum Potosi. Das Eingreifen der Sicherheitskräfte führte zu Verletzten auf beiden Seiten. Brasiliens Präsidentin Rousseff wurde von Hunderttausenden mehrfach aufgefordert, abzutreten, aber es demonstrierten auch ihre Befürworter. Auch hier kam es zu Ausschreitungen und Polizeigewalt. Ecuador verzeichnete im August die schlimmsten Proteste Indigener sowie von Gewerkschaften seit Amtsantritt Präsident Correas. Landesweit marschierten tausende und Correa war sogar gezwungen, den Notstand für 60 Tage in bestimmten Regionen zu verhängen, nachdem Straßen blockiert bzw. große Minen bestreikt worden waren. Ähnlich wie in Venezuela formierte sich in Ecuador immer stärkerer Widerstand, was hunderte Festnahmen und Ausschreitungen zur Folge hatte. Nach monatelangen Demonstrationen und unter Druck eines Haftbefehls wegen Korruption trat Guatemalas Ex-Präsident Pérez am 03.09.2015 zurück. In Honduras forderten Tausende den Rücktritt von Präsident Juan Orlando Hernández wegen Korruptionsvorwürfen. Proteste und Streiks von Gewerkschaften betrafen auch Uruguays neuen Präsident Tabaré Vázquez.

Katastrophen als Verstärker?

Soziale Probleme werden noch durch Unwetter bzw. vom Menschen verursachte Katastrophen verstärkt. Das Wetterphänomen El Niño hat wieder zu Überflutungen in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay mit bis zu 150.000 unbewohnbaren Häusern geführt. Durch den hohen Wasserstand an der Pazifikküste ließ Ecuador sogar den Ausnahmezustand für 17 seiner 24 Provinzen ausrufen. Neben Unwetterkatastrophen hat ein verheerender Dambruch des Spülwasserbeckens einer Eisenerzmine Brasilien erschüttert. Es wurden zwar als Kompensation große Vermögen der Konzerne Vale und BHP Billiton eingefroren, jedoch sind ganze Landstriche überflutet und bis auf weiteres unbewohnbar. Panama wird 2016 seinen Kanal wieder voll öffnen und somit sein 5,2 Mrd. US-Dollar Projekt

abschließen, jedoch durch El Niño und Trockenheit ist der Wasserlevel aktuell gefährlich niedrig. Selbiges Problem und die mögliche Versalzung des Nicaraguasees werden aktuell für das Kanalprojekt in Nicaragua befürchtet. Auch die erneut ausgebrochenen Vulkane Popocatepetl in Mexiko beunruhigen die Menschen in der Region. Man erwartet sich von den jeweiligen Regierungen Lösungen im Vorfeld bzw. Linderung der Not im Anlassfall, was oft nicht der Fall sei.

Kubaner auf der Flucht in die USA!

Immer mehr Kubaner versuchen, noch bevor sich die Beziehungen zu den USA vollständig normalisiert haben, das Land zu verlassen. 2015 waren es 27.000, was eine Steigerung um 80% zum Vorjahr ausmacht. Da der Seeweg beschwerlich ist und alle aufgegriffenen Flüchtlinge umgehend retourniert werden, beschlossen immer mehr Menschen den bis zu 7.700 km langen Landweg über Ecuador, Kolumbien, Panama, Costa Rica, Nicaragua, Honduras, Guatemala und Mexiko in die USA zu nehmen. Seit dem nun ca. 8.000 Personen in Costa Rica gestrandet sind, da Nicaragua, in Rücksprache mit Kuba, seine Grenzen für diese geschlossen hatte, sitzen diese fest. Nachdem Costa Rica seine Grenze zu Panama geschlossen hat, sind auch dort ca. 4.000 Flüchtlinge gefangen. Nun haben Ecuador und Guatemala die Visapflicht für durchreisende Kubaner eingeführt und bereits angekündigt, ihre bisherige Haltung grundlegend zu ändern.

Zwischenstaatliche Herausforderungen

Wahlen – Winds of change?

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) war gefordert, teilweise kritische und wichtige Wahlen in der Region zu beobachten und zu kommentieren: Laut OAS-Angaben war die 1. Vorwahl für Haitis Präsidentenwahl zufriedenstellend bzw. laut der VN-Mission MINUSTAH friedlich. Jovenel Moise und Jude Celestin haben am 25.10.2015 32,8% sowie 25,3% der Stimmen erreicht. Mit Beginn des Stichwahlkampfes kam es jedoch zu ersten gewaltsamen Ausschreitungen. Wegen angeblichen Wahlbetruges bzw. Schmiergeldzahlungen wurde die Stichwahl, ursprünglich für 27.12.2015 vorgesehen, ausgesetzt und auf Jänner bzw. Febr. 2016 verschoben, nachdem in Port-au-Prince tausende Menschen wiederholt auf die Straße gegangen waren. Präsident Michel Martelly, der selbst nicht mehr antreten durfte, musste auf Druck der Opposition eine unabhängige Prüfkommision einsetzen. Diese Wahl soll die Rückkehr zur politischen

Stabilität Haitis, das seit dem Ende der Diktatur Duvaliers 1986 durch eine Abfolge von Krisen und Putschen erschüttert worden war, gewährleisten.

Venezuelas Parlamentswahlen waren unter massivem Druck zu Stande gekommen. Im Vorfeld wurden mehrere prominente Oppositionelle von der Kandidatur ausgeschlossen. Als verzweifelter letzter Ausweg schloss das Oppositionsbündnis MUD seine Reihen, um so die Mehrheit zu erringen. Prozesse gegen Oppositionelle wurden verschleppt, die EU als Prozessbeobachter behindert und Forderungen von Persönlichkeiten Lateinamerikas negiert. Es wurde sogar spekuliert, ob Präsident Maduro die Wahlen im Dezember überhaupt zulassen werde. Den Wahlsieg der Opposition am 06.12.2015 hat Präsident Nicolás Maduro als "faschistischen Wahlputsch mit drohender Konterrevolution" bezeichnet, obwohl er zunächst akzeptiert hatte, dass das Bündnis gewonnen hatte. 16 Jahre Chavismus sind vorbei und nun verfügt die Opposition über eine verfassungsänderungsbefugte Zweidrittelmehrheit (112 von 167 Abgeordneten). Maduro sieht sein Ziel, das von Hugo Chavez 1999 begonnene Projekt eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu beenden, als gefährdet an. Mit qualifizierter Mehrheit könnten die Regierungsgegner Verfassungsänderungen einleiten bzw. ein Referendum zu seiner Absetzung initiieren. Die konstituierende Sitzung der Nationalversammlung am 05.01.2016 selbst verlief jedoch gewaltlos, wenn auch unter massiven Sicherheitsvorkehrungen. Für die nächsten Monate muss man mit einer verschärften Konfrontation zwischen Chavisten und dem Parteienbündnis MUD rechnen.

Guatemalas Präsidentenwahlkampf war ein Schlagabtausch bis zuletzt. Die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) hat im Vorfeld das Wahl- und Parteiensystem kritisiert, da ein finanzieller Einfluss der Organisierten Kriminalität auf bestimmte Parteien sichtbar war. Die Vorwahl am 06.09.2015 ergab aus 14 Kandidaten als Sieger den Fernsehkomiker Jimmy Morales, der in der Stichwahl am 25.10.2015 den Unternehmer Manuel Baldizon ausstach. Sein Slogan: „Weder korrupt noch Dieb“ brachte ihm mehr als 60% der Stimmen. Kurz vor der Stichwahl ist Präsident Pérez zurückgetreten und wurde wegen Korruptionsverdacht inhaftiert sowie angeklagt. Interessant wird sein, wie der Politikneuling Morales in diesem Korruptionsminnenfeld agieren wird.

In Kolumbien wurden am 25.10.2015 Regionalwahlen abgehalten, welche mit einem Sieg für die Plattform von Präsident Juan Manuel Santos endeten, obwohl Ex-Präsident Álvaro Uribe bis zum Wahlabend noch Stimmung gegen diese sowie die Politik von Santos machte – mit Uribe wären Friedensverhandlungen mit FARC- und ELN-Guerillas undenkbar.

Grenzen überschreiten?

Grenzstreitigkeiten Venezuelas mit Kolumbien sowie Guyana, Argentiniens mit dem Vereinigten Königreich, Boliviens mit Chile sowie Peru bzw. Haitis mit der Dominikanischen Republik eskalierten zumindest rhetorisch. Als Gründe kann man Ablenkung von innenpolitischen als auch wirtschaftlichen Problemen nennen!

Übergriffe venezolanischer Sicherheitskräfte führten zu einer Flucht von mehr als 20.000 Kolumbianern, welche im Grenzgebiet wohnten. Diese sind in den Jahren zuvor selbst vor dem Konflikt mit den FARC-Guerillas geflohen. Kolumbiens Präsident Santos wurde von seinem Vorgänger Uribe, dessen Wählerpotential aus dem Grenzraum zu Venezuela stammt, scharf kritisiert, weil er viel zu sachte mit Venezuela umgehe. Aufgrund von Interventionen der Nachbarstaaten sowie von OAS und UNASUR einigten sich beide Streitparteien darauf, den Konflikt zu deeskalieren. Auf dem Höhepunkt standen sich auf beiden Seiten schwer bewaffnete militärische Einheiten gegenüber und man beschuldigte sich gegenseitig, Grenzverletzungen zu Lande und zu Luft begangen zu haben.

Ölfunde im Wert von ca. 40 Mrd. US-Dollar vor der Küste Guyanas ließen Venezuelas Gebietsansprüche wieder erstarken. Beim 36. CARICOM Gipfel am 04.07.2015 auf Barbados wandte sich Guyana an die Gemeinschaft und obwohl diese die größten Nutznießer des venezolanischen Petrocaribe-Programmes (günstige Betriebsmittellieferungen) sind, forderten die Mitgliedsstaaten Venezuela auf, seine Ansprüche einzustellen. Guyanas Grenzregion Essequibo wurde durch das Militär bereits gesichert, um eventuelle Übergriffe venezolanischer Sicherheitskräfte, analog wie auf kolumbianisches Gebiet, zu verhindern. Nach Interventionen zahlreicher Länder sowie Institutionen normalisieren sich die diplomatischen Beziehungen wieder, doch gilt es abzuwarten, wie die Schiedsgerichte urteilen werden.

Argentiniens Versuch, im Falkland-/Malvinasstreit die Ölförderung vor den Inseln zu verbieten sowie britische, italienische und US-Vermögenswerte zu beschlagnahmen, unterstrich den bisher harten Kurs von Präsidentin Kirchner gegenüber dem Vereinigten Königreich. Dieser könnte sich bald ändern, denn Präsident Macri hat bereits Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Boliviens Grenzkonflikt mit Chile wurde seitens des Internationalen Gerichtshofs so beurteilt, dass er generell für die Klage Boliviens gegen Chile wegen eines Meereszuganges zuständig sei, was theoretisch einen Etappenerfolg für Bolivien darstellt. Chiles Präsidentin Michelle Bachelet sieht jedoch die territoriale Integrität

ihres Landes gefährdet und hat einen möglichen Triumph Boliviens ausgeschlossen.

Costa Ricas schwelender Grenzstreit mit Nicaragua wurde durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag wie folgt beurteilt: Die nicaraguanische Besetzung der Insel Calero 2010 sowie deren Grenzziehung entlang des Grenzflusses seien widerrechtlich passiert und wären rückgängig zu machen.

Haiti und die Dominikanische Republik näherten sich nach den Eskalationen wieder an und setzen auf Dialog. Durch den Austausch von Botschaftern sowie durch hochrangige Treffen soll der Konflikt dann endgültig beigelegt werden. Weiters soll ein unabhängiges Unternehmen aus Israel die Verwaltung der Grenze übernehmen. Diese große Herausforderung wurde deshalb ausgelagert, um weitere Eskalationen zu vermeiden.

Wirtschaftlicher Tiefflug

Der bisherige Motor Lateinamerikas, Brasilien, stottert bzw. läuft rückwärts. Kleinere Länder wie Peru, Kuba und Bolivien tragen noch zu Wachstum bei, wobei die Wirtschaft der meisten Länder jedoch stagniert bzw. rückläufig ist. Der Wirtschaftsabschwung in Brasilien wird politisch vor allem Präsidentin Rousseff angelastet, nachdem nahezu alle Ratingagenturen Brasilien auf „Ramschniveau“ heruntergestuft haben und 2015 ca. 1,5 Mio. Arbeitsplätze verloren gingen – man spricht bereits von der schlimmsten Rezession seit 1901. In Brasilien liegen ganze Branchen brach. Der niedrige Ölpreis tut ein weiteres und bedingt durch die nicht geplanten Mindereinnahmen können immer weniger Konjunkturprojekte finanziert werden. Brasilien versucht sich aktuell durch Kürzungen bei den Wachstumsprogrammen und einem Sparkurs aus der finanziellen Misere zu retten, was jedoch nur als kurzfristige Maßnahme gewertet werden kann, denn die reale Situation ist mehr als desaströs. Brasiliens Petrobras kämpft ums Fortbestehen, trotz der größten neu entdeckten Ölreserven der Welt vor der Küste. Die Bestechungsaffäre PETROLAO soll den Konzern bis dato ca. 6 Mrd. US-Dollar gekostet haben. Als Folgen liegen Schiffswerften brach, halbfertige Ölplattformen warten auf die Endfertigung und mehr als 100.000 Arbeiter wurden entlassen, da Petrobras nicht mehr liquide ist. Brasiliens Vale, einer der größten Bergbaukonzerne der Welt, wird durch die niedrigen Eisenerzpreise (von 200 US-Dollar je Tonne ist der Preis auf unter 40 US-Dollar gesunken) steht vor enormen Schwierigkeiten. Im November ist in den Bergen Brasiliens ein Staudamm gebrochen und eine Schlammlawine wälzte sich bis an die Atlantikküste. Die Brasilianer waren entsetzt über die nahezu nicht

existenten Umweltauflagen und die Ausreden des Konzerns. Die bisherigen Regierungen waren bei Umweltauflagen für Vale sehr nachsichtig. Nun muss man zurückrudern und möchte den Konzern zu bis zu 5 Mrd. US-Dollar Schadenersatz zwingen. Brasiliens Wirtschaft stagniert ohne Aussicht auf baldige Besserung. Kubas Annäherung an die USA ist wirtschaftlich abhängig von der Aufhebung des Embargos, welche noch offen ist. Der jüngste Schuldenerlass des Pariser Clubs in Höhe von 4 Mrd. US-Dollar ermöglicht Kuba jedoch einen besseren Zugang zu den Kapitalmärkten, um nötige Investitionen vorzunehmen und so sein Wirtschaftswachstum mitten in der weltweiten Krise zu halten. Für Venezuela wird mit 2016 das Kollabieren der rezessiven Wirtschaft prognostiziert, was nicht nur die Regierung sondern auch die Opposition zum Handeln zwingen wird.

Herausforderungen für die Akteure

Aufräumen in Argentinien



Präsident Mauricio Macri

Nach Amtsantritt des konservativen neuen argentinischen Präsidenten Mauricio Macri, der einerseits als Favorit der Wirtschaft und andererseits als „Kandidat des Großkapitals“ gesehen wird, haben bereits Zehntausende Argentinier, darunter sein Gegner Daniel Scioli sowie mehrere Minister der Ex-Präsidentin Kirchner, gegen seine Politik demonstriert. Die Demonstranten forderten u.a. Lohnerhöhungen, nachdem der Peso alleine 2015 gegenüber dem US-Dollar etwa 30% an Wert verloren hatte. Macri will durch einen wirtschaftsliberalen Kurs die lahmende Wirtschaft in Schwung bringen und Argentinien

Wettbewerbsfähigkeit wiederbeleben und hob die Währungsbeschränkungen auf.

Amtsenthörung in Brasilien?

Brasilien's Präsidentin Rousseff, der ein Amtsenthebungsverfahren droht, steht innenpolitisch schwer unter Druck. Der Vorwurf, Steuergesetze verletzt und Staatsfinanzen manipuliert zu haben, um ihren Wahlkampf im vergangenen Jahr zu finanzieren, wiegen schwer. Es gelingt ihr seit Monaten kaum noch, dringend nötige Reformen durchzusetzen. Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot hat den Obersten Gerichtshof aufgefordert, Parlamentspräsident Eduardo Cunha (Koalitionspartner Rousseffs) wegen Korruptionsverdachts des Amtes zu entheben. Cunhas möglicher Plan, Rousseff des Amtes entheben zu lassen, von der er sich im Stich gelassen fühlt, ist nun schwerer umsetzbar – vielleicht sind auch seine Tage in Freiheit gezählt? Die Mitglieder seiner Partei (PMDB) sind sich uneinig, wie sie hinsichtlich dieser Causa stimmen sollen. Einer der 11 obersten Richter des Obersten Gerichtshofes, Spitzname „Eisenhart“, hat die Regierung Rousseff offen als „Kleptokratie“ („Herrschaft der Plünderer“) bezeichnet. Parteipenden sind ab sofort verfassungswidrig. Ob Rousseff bzw. wie die Arbeiterpartei das Ruder noch wird herumreißen können, wird sich weisen.

Ausverkauf in Bolivien?

Bolivien setzt auf weitere russische Hilfe, um so ein Kernforschungszentrum in El Alto, nahe La Paz, zu bauen. Diese Investition in die Wissenschaft, unter russischer Anleitung und Beratung, soll in vier Jahren die medizinische Forschung des Landes im Kampf gegen Krebs und andere Krankheiten unterstützen. Aber auch Rüstungsprojekte wurden vereinbart. Mit der Hilfe Chinas können weitere Infrastrukturprojekte umgesetzt werden. Angeblich sollen neue Kredite in der Höhe von ca. 7 Mrd. US-Dollar bewilligt worden sein, was die Abhängigkeit des Landes von China weiter steigert.

Streitkräfte für Haiti!

Im Streit Haitis mit der Dominikanischen Republik wurde beiderseits eingelenkt, wobei die Herausforderungen der Registrierung der ca. 300.000 in der Dominikanischen Republik geborenen bzw. lebenden Haitianer noch im Raum steht. Mehr als 20.000 Nicht-Registrierte sollen bereits 2015 aus Angst vor Repressionen nach Haiti zurückgekehrt sein. Das Mandat der VN-Mission MINUSTAH in Haiti wurde

zwar um ein weiteres Jahr verlängert, jedoch wurde personell erneut gekürzt und ein mögliches Missionsende in Aussicht gestellt. Die VN-Gesandte für Haiti, Sandra Honoré, gab bekannt, dass MINUSTAH zum letzten Mal eine Wahl überwacht habe. Haitis Präsident Michel Martelly hat noch im Oktober ein Gesetz unterzeichnet, das die Streitkräfte des Landes wieder remobilisiert, nachdem diese 1994 offiziell aufgelöst worden waren. Als Grund wird genannt, dass dies die Grundlagen schaffe, um den erwartbaren Abzug der VN-Mission MINUSTAH abzufedern.

Ein erfolgreichere zweite Amtszeit in Chile?



Präsidentin Michelle Bachelet

Chiles Präsidentin Michelle Bachelet's Beliebtheitswerte sanken angesichts der inneren Probleme im Land. Regelmäßige Streiks der Gewerkschaften und anhaltende aufstandähnliche Zustände der Mapuche-Minderheiten im Süden sowie die zunehmende Kriminalität, verbunden mit sinkender Aufklärung (unter 7% – von den 2014 begangenen ca. 361.000 Raubüberfällen wurden nur ca. 25.000 aufgeklärt), stellen momentan die Herausforderungen dar. Bachelet hat ihre zweite Amtshälfte mit dem Slogan „Realism without Surrender“ begonnen und möchte weiterhin für alle Bürger den freien Zugang zu Bildung und Medizin anbieten. Weiters soll der Kampf gegen die Korruption ausgeweitet werden, um weiter neben Kuba das sicherste Land in der Region zu bleiben.

Habemus Pacem in Kolumbien?

Kolumbiens Konflikt mit den FARC-Guerillas soll mittels Friedensvertrag am 23.03.2016 besiegelt werden, nachdem am 23.09.2015 bei einem historischen Treffen in Havanna Präsident Juan Manuel Santos und FARC-Kommandant Timolen Jimenez alias „Timoshenko“ den Durchbruch bei den Friedensverhandlungen erzielt hatten. Bis zum endgültigen Abkommen ist es aber noch ein harter Weg mit offenen Aufgaben. Die 5 vereinbarten Bedingungen sind:

1. Einrichten einer Wahrheitskommission – bereits am 04.06.2015 vereinbart
2. Einrichten einer Sondereinheit für verschwundene Personen – bereits am 17.10.2015 vereinbart
3. Einrichtung einer Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (noch offen)
4. Umfassende Reparationszahlungen für die Opfer – bereits am 16.12.2015 vereinbart
5. Garantien als Basis für den Friedensvertrag (noch offen)

Danach könnte dieser Konflikt, der neben ca. 220.000 Toten sowie 27.000 Verschleppten bzw. 25.000 Verschwundenen auch 5,7 Mio. Vertriebene aufweist, gelöst sein. Ein beidseitiger Waffenstillstand konnte jedoch vor Weihnachten nicht erreicht werden. Auch die künftige Integration der Guerillas in die Zivilgesellschaft ist noch offen. Ob FARC-Rebellen dann künftig in die Polizei eingegliedert werden bzw. ob sie am angekündigten verstärkten Auslandsengagement der Streitkräfte teilnehmen können ist noch unklar. Die ersten Sondierungsgespräche mit den ELN-Guerillas verliefen positiv und bald könnte sich Santos vom Kriegsminister zum Friedensbringer wandeln und in Kolumbien ein „Innerer Friede“ eintreten.

Kubas Ausweg?

Kubas Präsident Raúl Castro hat die Souveränität der sozialistischen Karibikinsel wiederholt unterstrichen. Um den Normalisierungsprozess weiterzuführen, müsse die US-Regierung Kubas Recht anerkennen, sein wirtschaftliches, politisches und soziales Modell selbst zu wählen, forderte er. Bedingungen seien weiterhin die Aufhebung des US-Handelsembargos und die Rückgabe der Marinebasis Guantanamo, beteuerte Castro vor dem Parlament. Die Einrichtung der beiden Botschaften in Havanna und Washington kann zumindest als erster großer Schritt gewertet werden, denn auch US Präsident Barrack Obama hat es zu Hause nicht leicht, sich mit seinem Kuba-Normalisierungsprogramm durchzusetzen. Es kommt weiter zu politisch motivierten kurzfristigen Verhaftungen, gerade gegen Bürgerrechtsorganisationen wie den „Damen in Weiß“. Interessant wird sein, wie sich Kuba beim heurigen VII. Parteitag der Kommunistischen Partei aufstellen wird,

gerade hinsichtlich eines möglichen Nachfolgers für die Castro-Dynastie.



Präsident Raúl Castro

Mexikos innere Krisen!

Die VN und die USA üben, neben einigen Nichtregierungsorganisationen, zunehmend Kritik an der sich verschlechternden Menschenrechtssituation in Mexiko. Präsident Peña Nieto erhielt nach der Hälfte seiner Amtszeit das schlechteste Zeugnis, im Vergleich zu den letzten vier Präsidenten. Ungelöste innenpolitische sowie wirtschaftliche Probleme bedingen, dass der 2012 von der US-Zeitschrift Time betitelte „Retter Mexikos“ jetzt von der Mehrheit der Bevölkerung als negativ bewertet (58% laut Zeitung Reforma) wird. Sein wochenlanges Schweigen nach der Entführung und mutmaßlichen Ermordung von 43 linken Studenten zeichnete eine äußerst unglückliche Figur. Erste Verurteilungen erfolgten zwar bereits im „Igualaskandal“, aber immer wieder demonstrieren Bürger und fordern Aufklärung zum Verbleib dieser Studenten. Ein folgerichtiger Vertrauensverlust in die Sicherheitskräfte lässt wieder verbotene Bürgerwehren und Milizen formieren. Seinen Anfangsschwung hat Nieto zur Hälfte seiner sechsjährigen Amtszeit eingebüßt, die Aufbruchsstimmung ist vorbei. Jetzt muss er trotz heftigen Widerstands einen langen Atem

beweisen, um seine angekündigten Reformen doch noch umzusetzen. Durch Ölmindereinnahmen entstehen überdies immer mehr Finanzlöcher im Haushalt, was dringend nötige Reformen noch schwerer finanzieren lässt.

Humalas letzter Tanz?

Perus Präsident Ollanta Humala erwartet ein komplexes letztes Jahr im Amt ohne Parlamentsmehrheit mit herausfordernden Agendapunkten wie Beibehalten eines zumindest moderaten Wirtschaftswachstums, neuen gewinnbringenden Freihandelsabkommen, dem „Final Countdown“ für den Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad – der laut letzten Schätzungen nur mehr über ca. 350 Mitglieder davon ca. 80 Kämpfer verfügt), einem gesteigerten Kampf gegen Korruption sowie der weiteren Einschränkung des Drogenhandels. Die Präsidentschaftswahlen im April 2016 können als richtungsweisend beurteilt werden.

Final Countdown für Maduro?

Vor den Wahlen hat Venezuelas Präsident Nicolás Maduro noch die Verurteilung des ehemaligen Oppositionsführers, Leopoldo López, wegen Anstachelung zu Gewalt und Verschwörung im Rahmen der Straßenschlachten im Jahr 2014, bei denen 43 Menschen getötet sowie ca. 800 verletzt wurden, erzwungen. Das Urteil, fast 14 Jahre Haft im Militärgefängnis, sollte ihn von der Wahl fernhalten und führte zu Protesten nicht nur der eigenen Bevölkerung. Neben den USA, Kolumbien, Mexiko, Peru, Chile und Uruguay verurteilten auch die EU diese juristische Fehlentscheidung. Die marode wirtschaftliche Situation und die katastrophalen Prognosen wiegen schwer. Ein anhaltendes negatives Wirtschaftswachstum, 2015 ca. 200% Jahresinflation, ein Staatsbudget, das zu 90% auf Öleinnahmen basiert, kostspielige Projekte, an denen starr festgehalten wird und erhöhte Verteidigungsausgaben zehren die letzten finanziellen Reserven Venezuelas auf. Neue Kredite aus China sowie Russland in Milliardenhöhe halten den Warenverkehr noch aufrecht. Es droht sogar eine Hungerkrise. Aktuell wird das letzte Staatssilber versetzt bzw. Ölbohrkonzessionen an chinesische und russische Firmen verkauft. Maduro bezeichnet die Wirtschaftslage als Produkt der Sabotage diverser Gruppen, gesponsert vom Pentagon, und nennt es die schlimmste Schlacht in der 16jährigen bolivarianischen Revolution. Maduro hat im Jänner 2016 ein neues Wirtschaftsteam präsentiert, das jedoch immer noch am selben Kurs festhält. Weiters hat Maduro versucht, die Streitkräfte hinter sich zu einen, jedoch hat der Generalstabschef umgehend signalisiert, dass die Rolle der Armee nur zum Schutz der Bürger zu sehen sei.

Ausblick für 2016

In Brasilien werden die weiteren Entwicklungen im Amtsenthebungsverfahren gegen (Noch-) Präsidentin Dilma Rousseff nach Ende der Parlaments- und Gerichtsferien ab Februar 2016 zu beobachten sein. Die Unterstützung der Koalitionspartner im Allgemeinen und die der PDSB im Speziellen werden zeigen, ob ihre Kurskorrekturen bzw. ihre neue Führungsmannschaft erfolgversprechend waren. Gegenseitige Korruptionsanschuldigungen führen aus jetziger Sicht eher zu einer Art Selbstzerfleischung als zu einem kooperativen gemeinschaftlichen Neustart. Eine weitere Herausforderung für 2016 stellt das Abhalten der Olympischen Sommerspiele in Rio de Janeiro dar.

In Kolumbien bleibt abzuwarten, ob der finale Abschluss der Friedensverhandlungen mit der FARC, welche mit 23.03.2016 anvisiert werden, auch so realisiert werden können. Bei einem positiven Abschluss würden enorme finanzielle und personelle Ressourcen zum Wohl des Landes freigesetzt werden, was auch beispielgebend für die Verhandlungen mit den ELN-Guerillas wäre. So könnte das Sicherheitsbudget zu Gunsten sozialer Projekte umgeschichtet werden.

Für Kuba werden die Ergebnisse des bevorstehenden VII. Parteitages der Kommunistischen Partei im April 2016 richtungsweisend sein. Dabei soll eine Art Weichenstellung für die Nach-Castro Ära, ab spätestens 2018, erfolgen, verbunden mit einer möglichen weiteren politischen sowie wirtschaftlichen Öffnung des Landes. Auch sollte ein prognostizierter Nachfolger genannt werden, um auch so für die folgenden Verhandlungen mit den USA einen neuen Akteur zu präsentieren, dem es dann bestimmt leichter fallen würde, sich über bestehende Einschränkungen und Schranken hinwegzusetzen, um so eingeschliffene Prozeduren über Bord zu werfen. Damit verbunden ist die Aufhebung des US-Embargos zu sehen.

Ob es in Venezuela zu einem Abwahlreferendum gegen Präsident Nicolás Maduro kommen wird, hängt von den Entwicklungen der nächsten Wochen ab. Von der Opposition mit seiner Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung könnte dies ab April 2016 in Angriff genommen werden. Um dabei die von Maduro angekündigte „Gegenrevolution“ zu verhindern, wird dabei auch die Rolle der Sicherheitskräfte entscheidend sein. Der »Chavismus« ist aus jetziger Sicht überholt, die Frage ist jedoch, was danach kommt.

Afrika südlich der Sahara

Wenn man die Jahresrückblicke betrachtet, die zum Jahreswechsel in Zeitungen und auf Bildschirmen präsentiert werden, könnte man meinen, dass Afrika nicht existiere – allenfalls tauchte Nordafrika in den Nachrichten auf, und da meist in Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage, als Ausgangspunkt vieler Versuche, das Mittelmeer zu überqueren. Die meisten der Millionen Flüchtlinge in Afrika bleiben aber als „displaced persons“ in ihren Heimatländern oder suchen Zuflucht in anderen afrikanischen Staaten, wo sie oft die angespannte wirtschaftliche Lage verschärfen und Auslöser fremdenfeindlicher Ausschreitungen sind. Tatsächlich wurden die Krisen und Konflikte in Afrika 2015 nicht weniger. Wie eng die afrikanischen Konflikte mit der tristen wirtschaftlichen Lage zusammenhängen, mag illustrieren, dass sich gemäß dem „Human Development Index“ die am wenigsten entwickelten Länder in Afrika befinden: Ab Rang 161 von 188 Ländern finden sich nur afrikanische Staaten, mit Ausnahme von Haiti (Rang 163) und Afghanistan (171); die Schlusslichter sind der Tschad, Eritrea, die Zentralafrikanische Republik und Niger.

Afrika als Spielplatz auswärtiger Einflüsse:

Neben den europäischen vormaligen Kolonialmächten, unter denen vor allem Frankreich in West- und Zentralafrika weiter eine wichtige Rolle spielt, sind die USA und China sowie in weiterer Folge arabische Mächte in Afrika aktiv. US-Präsident Barack Hussein Obama besuchte im Juli 2015 zum dritten Mal in dieser Funktion Afrika – Ziel waren Kenya und Äthiopien, die beide als Nachbarstaaten zum konfliktreichen Somalia von Bedeutung sind.



US-Präsident Barack Obama wird bei seinem Besuch in Äthiopien „Lucy“ das älteste bisher entdeckte Teilskelett eines menschlichen Vorfahren präsentiert

Davor war er 2009 in Ägypten und Ghana und 2013 in Senegal, Südafrika und Tansania gewesen. (Bevor er Präsident wurde, hatte er 2006 bereits Kenya, die Heimat seines Vaters, und Südafrika besucht). Der ehemalige USAF-Generalmajor und US-Botschafter (in Kenya) Scott Gration, der als Kind einer Missionarsfamilie in Afrika großgeworden war und Obama zeitweise als Berater für afrikanische Angelegenheiten gedient hatte, betonte den Wechsel von „*historical political-military relationships in Africa*“ zu „*a new series of economic-centric associations on the continent*“. Allerdings: „*To be truly successful, his visit must translate into substantial results that are sustained beyond the visit itself.*“ Ob das auf Dauer gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Wirtschaftlich und politisch spielt die Volksrepublik China in Afrika seit Jahren eine immer wichtigere Rolle. In Südafrika beschloss die Regierung, in staatlichen Schulen ab der Volksschule Mandarin zu unterrichten; außerdem ist die Errichtung von drei Konfuzius-Instituten geplant. Die Kosten für die Lehrer-Ausbildung werden von China getragen. Die Lehrergewerkschaft SADTU kritisierte die Einführung von Mandarin allerdings als eine „*neue Form des Kolonialismus*“, so SADTU-Generalsekretär Mugwena Maluleke. Die Gewerkschaft trete dafür ein, stattdessen verstärkt afrikanische Sprachen zu unterrichten, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Auch in anderen afrikanischen Staaten erregte der steigende chinesische Einfluss ambivalente Reaktionen. Um das chinesische Image zu verbessern, initiierte China die Errichtung von Schulen durch chinesische „Freiwillige“ in Nairobi und anderen Städten. „China Daily“ konnte am 27. August 2015 stolz vermelden, dass „*Chinese volunteers change the lives of Nairobi's slum kids*“.

Afrikanische Konflikte und das Engagement der Vereinten Nationen

Sieht man sich die afrikanischen Konflikte näher an, so reichen die meisten von ihnen über Jahrzehnte zurück, und auch die internationalen Bemühungen des Konfliktmanagements erfordern die Bereitschaft langfristigen Engagements. Aktuell sind 88.287 der weltweit insgesamt 106.245 uniformierten „Blauhelme“ in Afrika eingesetzt. Die größten Missionen sind jene in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC bzw. MINUSCO, seit 2000) mit aktuell 19.784 uniformierten und 1.290 internationalen zivilen Mitarbeitern sowie die 2007 etablierte gemeinsame „Hybrid“-Mission der UNO und AU in Darfur mit 17.754 uniformierten und 1.014 internationalen zivilen Mitarbeitern.

Aktuelle Missionen der Vereinten Nationen in Afrika

MINUSCA – Zentralafrikanische Republik

Einsatz seit 10. April 2014

Stand 2015:

- 10,806 Uniformierte, davon
 - 9,110 Soldaten
 - 1,552 Polizisten (inklusive strukturierter Einheiten)
 - 144 Militärbeobachter
- 462 internationales Zivilpersonal
- 219 lokales Zivilpersonal
- 76 United Nations Volunteers

MINUSMA – Mali

Einsatz seit 25. April 2013

Stand 2015:

- 10,207 Uniformierte, davon
 - 9,149 Soldaten
 - 1,058 Polizisten
- 578 internationales Zivilpersonal
- 682 lokales Zivilpersonal
- 124 United Nations Volunteers

MONUSCO – Demokratische Republik Kongo

Etabliert mit 1. Juli 2010 durch Überleitung aus der 2000 aufgestellten UN-Mission MONUC

Stand 2015:

- 19,784 Uniformierte, davon
 - 18,232 Soldaten
 - 462 Militärbeobachter
 - 1,090 Polizisten
- 840 internationales Zivilpersonal
- 2,725 lokales Zivilpersonal
- 450 United Nations Volunteers

UNAMID – UN-AU-Mission in Darfur (Sudan)

Einsatz seit 31. Juli 2007

Stand 2015:

- 17,754 Uniformierte, davon
 - 14,413 Soldaten
 - 172 Militärbeobachter
 - 3,169 Polizisten
- 845 internationales Zivilpersonal
- 2,565 lokales Zivilpersonal
- 169 United Nations Volunteers

UNISFA - Interim Security Force for Abyei (Sudan)

Einsatz seit 27. Juni 2011

Stand 2015:

- 4,366 Uniformierte, davon
 - 4,222 Soldaten
 - 116 Militärbeobachter
 - 28 Polizisten
- 130 internationales Zivilpersonal
- 65 lokales Zivilpersonal
- 27 United Nations Volunteers

UNMIL – Liberia

Einsatz seit 19. September 2003

Stand 2015:

- 5,934 Uniformierte, davon
 - 4,400 Soldaten
 - 125 Militärbeobachter
 - 1,409 Polizisten
- 381 internationales Zivilpersonal
- 823 lokales Zivilpersonal
- 185 United Nations Volunteers

UNMISS – Süd-Sudan

Einsatz seit 8. Juli 2011 durch Überleitung aus der seit 4. März 2005 bestehenden UN Mission in the Sudan (UNMIS); der Südsudan erlangte mit 9. Juli 2011 die Unabhängigkeit.

Stand 2015:

- 12,523 Uniformierte, davon:
 - 11,350 Soldaten
 - 179 Military Liaison Officers
 - 994 Polizisten (inklusive strukturierter Einheiten)
- 769 internationales Zivilpersonal
- 1,204 lokales Zivilpersonal
- 409 United Nations Volunteers

UNOCI – Côte d'Ivoire

Einsatz seit 27. Februar 2004

Stand 2015:

- 6,913 Uniformierte, davon
 - 5,259 Soldaten
 - 174 Militärbeobachter
 - 1,480 Polizisten
- 317 internationales Zivilpersonal
- 675 lokales Zivilpersonal
- 153 United Nations Volunteers

Die Konflikte in der Zentralafrikanischen Republik und in Burkina Faso

Die Afrikanische Union (AU – 2001 aus der Organisation der Afrikanischen Einheit, OAU, entstanden, gehören ihr alle afrikanischen Staaten außer Marokko als Mitglieder an) hatte 2015 zwei ihrer 54 Mitglieder wegen der Konflikte im Land suspendiert: die Zentralafrikanische Republik und Burkina Faso.



Die Zentralafrikanische Republik

Der „Buschkrieg“ in der Zentralafrikanischen Republik (Hauptstadt Bangui) dauert mit Unterbrechungen seit 2004 an. Die letzte Runde des Konflikts begann im Dezember 2012, als eine Gruppe von Rebellenbewegungen („Séléka“ = Union) gegen die Regierung unter Präsident François Bozizé Yangouvonda antraten, der 2003 die Regierung übernommen hatte. Bozizé floh 2013 mit seiner Familie nach Kamerun. Mehrere afrikanische Staaten intervenierten und die EU etablierte mit 10. Februar 2014 die EUFOR RCA zur Stabilisierung der Lage in der Hauptstadt. EUFOR RCA, an der sich auch Österreich beteiligte, endete am 23. März 2015.

Die Auseinandersetzungen im Land dauerten zwar an; doch gelang es dem „Bangui National Forum“ im Mai 2015, einen Kompromiss auszuhandeln, dem neun der zehn größeren bewaffneten Gruppierungen zustimmten. Das Referendum über die Verfassung am 13./14. Dezember 2015 erbrachte eine 93%ige Zustimmung; am 30. Dezember 2015 fand die mehrmals verschobene Präsidentschaftswahl statt, von der aber sowohl Bozizé wie die Interims-Präsidentin (und vormalige Bürgermeisterin von Bangui) Catherine Samba-Panza ausgeschlossen waren. Eine Stichwahl zwischen den

beiden führenden Kandidaten, den früheren Premierministern Anicet Georges Dologuélé (der von der Partei Bozizés unterstützt wird) und Faustin Archange Touadéra ist für Ende Jänner 2016 geplant. Allerdings erkannte einer der Rebellenführer, Nouredine Adam, den Friedensprozess nicht an und rief am 14. Dezember 2015 die autonome Republik Logone aus. Ob es gelingt, eine nachhaltige Stabilisierung zu erreichen, bleibt abzuwarten.

Positiver hingegen scheint die Entwicklung in Burkina Faso (vormals Obervolta) zu verlaufen. Angehörige einer speziellen Sicherheits-Formation, des „Régiment de la Sécurité Présidentielle“ (RSP), nahmen am 16. September 2015 die Übergangsregierung fest – in Anlehnung an den „Burkinabé-Aufstand“ von 2014 spricht man vom „Burkinabé coup d'état“. Nach einer Woche setzten sich reguläre Armeeeinheiten durch und mit 23. September 2015 wurde der Interims-Präsident Michel Kafando, ein angesehener Diplomat, im Amt bestätigt. Die Präsidentschaftswahlen fanden schließlich am 29. November 2015 statt – Roch Marc Christian Kaboré wurde schon im ersten Durchgang mit 53,5% der Stimmen gewählt und trat sein Amt einen Monat später an. Damit scheint hier die Aussicht auf eine friedliche Entwicklung gegeben.

Nigeria – Regionalmacht und Konfliktschauplatz:

Nigeria überholte 2014 Südafrika und ist seither die größte Wirtschaftsmacht Afrikas; weltweit rangiert Nigeria an der 20. Stelle. Konflikte zwischen dem muslimisch geprägten Norden und dem christlichen Süden gab es schon früher, doch erhielten sie durch das Auftauchen der sektenartigen Bewegung „Boko Haram“ seit 2002 eine neue Dimension.



Boko Haram Propagandavideo

So wie in anderen afrikanischen Staaten wäre es auch hier falsch, darin eine religiöse Auseinandersetzung zu sehen, auch wenn sich Boko Haram gegen westliche Bildung und Kultur richtet. Die Ursachen liegen

vielmehr tiefer, in der strukturellen Benachteiligung der nördlichen Landesteile sowie in der verbreiteten und durch Klimawandel und Wirtschaftskrisen noch verschärften Armut. Befördert wurden die Aktivitäten der Boko Haram durch die weitverbreitete Korruption auch in den Streitkräften, die ein britischer Beobachter 2014 als „*Schatten ihrer selbst*“ bezeichnete. Die islamistische Boko Haram operierte in weiten Teilen des nördlichen Nigeria, aber auch in den Nachbarstaaten. Man spricht von mindestens 2,3 Millionen Flüchtlingen in Nigeria, von denen über ein Zehntel in die Nachbarstaaten geflohen sind; die Zahl der Todesopfer seit 2009 wird mit 12.000 bis 20.000 angegeben. Die – mehrmals, auch wegen der durch die Anschläge der Boko Haram verschobenen – Präsidentschafts- und Parlamentswahlen fanden schließlich im März 2015 statt und brachten den Sieg des früheren Präsidenten Muhammadu Buhari über den Amtsinhaber Goodluck Jonathan. Als Zeichen der Entschlossenheit, die Boko Haram zu bekämpfen, wechselte der neue Präsident – selbst ehemaliger General – Mitte Juli 2015 den Generalstabschef und die Führer der Teilstreitkräfte aus.



US-Außenminister John Kerry und Präsident Muhammadu Buhari

Obwohl es weiter zu Anschlägen in Nigeria und den Nachbarstaaten kam, erzielten die nigerianischen Streitkräfte sowie Truppen aus Benin, Kamerun, Niger und Tschad in der Folge zunehmend Erfolge gegen die Boko Haram. Dabei mögen auch Veränderungen innerhalb der Boko Haram, mit einer stärker zentralisierten Führung, mitspielen. Dass die Gruppierung im März 2015 dem „Islamischen Staat“ die Gefolgschaft erklärt hatte, wurde als Zeichen ihres Niedergangs gedeutet, ebenso der verstärkte Einsatz von Selbstmordattentäterinnen und mehr Anschläge gegen muslimische Ziele. Im September 2015 erklärte das nigerianische Hauptquartier, dass alle Camps der Boko Haram zerstört seien. Im Laufe des Jahres gelang es, weit über 1.000 Frauen und Kinder aus den Händen der Boko Haram zu befreien, und im Dezember erklärte Präsident Buhari die Boko Haram als „*technically defeated*“.

Ein Anteil an diesem Erfolg dürfte der verstärkten US-Unterstützung der nigerianischen Armee zuzuschreiben sein.

Wenn auch die Auseinandersetzungen in Westafrika noch lange nicht beendet sind, bleibt als Positivum zu vermelden, dass es 2015 gelungen sein dürfte, die seit Ende 2013 in Westafrika massiv aufgetretene Ebola-Seuche, die ja auch als sicherheitspolitisch relevante Bedrohung gesehen wurde, weitgehend einzudämmen.

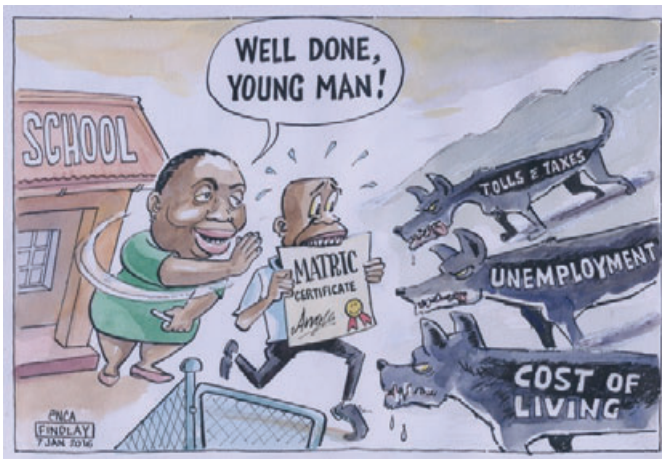
Die Republik Südafrika – regionale Macht und wirtschaftliche Schwäche

Wirtschaftlich setzte sich der seit 2012 feststellbare Trend der steigenden Aktienkurse in den Industrie- und der fallenden Kurse in den Schwellenländern fort; die erwarteten US-Zinserhöhungen führten zum weiteren Abzug von Kapital. Davon waren – neben den anderen – auch die BRICS-Staaten und in diesem Zusammenhang Südafrika betroffen. Der südafrikanische Rand fiel auf den tiefsten Stand seit 14 Jahren (aktuell: 1 € = 17,83 Rand bzw. 1 US-\$ = 16,43 Rand); die Inflation steigt weiter. Verschärft wurde dieser negative Trend durch die wirtschaftliche Krise in China, das sich seit Jahren immer stärker in Afrika – und besonders in Südafrika – engagiert hatte. Die wirtschaftliche Krise begünstigte auch Ausschreitungen gegen (illegale) Einwanderer aus anderen afrikanischen Staaten und gegen ausländische Geschäfte – immerhin wird die Zahl der illegalen Migranten in Südafrika inzwischen auf mehrere Millionen geschätzt.



Präsident der Republik Südafrika Jacob Zuma

Innenpolitisch erlebte Südafrika 2015 turbulente Zeiten. Die „State of the Nation“-Rede des Präsidenten Jacob Zuma vor den beiden Häusern des Parlaments am 12. Februar 2015 wurde von Vertretern der radikalen Protestpartei „Economic Freedom Fighters“ (EFF) gestört, die gegen den Missbrauch von Steuergeldern für den feudalen privaten Wohnsitz des Präsidenten in Nkandla protestierten. Die EFF, eine linke Abspaltung des seit 1994 regierenden „African National Congress“ (ANC) unter Julius Malema, wurden 2014 mit 1,17 Millionen (= 6,35%) Stimmen drittstärkste Partei in Südafrika; angesichts der tristen wirtschaftlichen Lage haben sie vor allem für junge Südafrikaner eine starke Anziehungskraft, zumal die „Democratic Alliance“ (DA – 2014 erreichte sie 22,2% der Stimmen) trotz ihres jungen schwarzen Vorsitzenden Mmusi Aloysis Maimane weiter bei vielen als „weiße“ Partei gilt.



Die Arbeitslosigkeit ist auch in Südafrika vor allem unter den Jugendlichen sehr hoch; auch die Matura („Matric“) garantiert keineswegs einen sicheren Job

Nach dem über soziale Medien propagierten Protest „Rhodes Must Fall“ gegen die Rhodes-Statue auf dem Gelände der Universität Kapstadt (die Statue wurde am 9. April entfernt) kam es nicht nur zu Protesten gegen andere Denkmäler aus der Kolonial- bzw. Apartheidzeit, sondern zu einer neuen Kampagne „#FeesMustFall“ gegen die für 2016 geplante Erhöhung der Studiengebühren um 10,5%. Im Oktober marschierten 5.000 Studenten vor das Parlament – die Polizei setzte Tränengas und Schlagstöcke ein, doch verkündete Präsident Zuma danach, dass die Gebühren ausgesetzt werden. Im Dezember kam es in Kapstadt zu größeren Protesten unter dem Titel „#ZumaMustFall“, organisiert von der Aktion „Unite Against Corruption“. Auch schwarze Südafrikaner beklagten: „*This is not the ANC we know*“ (so ein Schwarzer Demonstrant). Sogar der ANC-nahe Gewerkschaftsverband COSATU kritisierte zunehmend Aktionen des Präsidenten, der angesichts der schlechten Wirtschaftslage zweimal den Finanzminister auswechselte.

Angola als Mitglied des UN-Sicherheitsrates

Angola, die drittgrößte und am schnellsten wachsende Wirtschaftsmacht in Sub-Sahara-Afrika, gehört 2015-16 als nicht-ständiges Mitglied dem Sicherheitsrat an. Der Reichtum des Landes beruht auf den Öl- und Rohstoffexporten, während der 26-jährige Bürgerkrieg weite Landesteile verwüstet zurückließ. Große Teile der ländlichen Bevölkerung zogen in die Städte, während die Landwirtschaft weiter durch Landminen beeinträchtigt ist.

Zwischen Naturschutz und Bürgerkrieg

Die fehlende Durchsetzung der Regierungsgewalt hatte immer wieder Auswirkungen auf Umweltschutz und Tourismus. So drangen Rebellen- und Wilderergruppen (was oft als Synonym zu verstehen ist) mehrmals in den Kruger-Nationalpark in der Republik Südafrika ein, der an der Grenze zu Zimbabwe und Mozambique liegt. Besonders tragisch waren ähnliche Vorfälle im Virunga- (ehemals Albert-) Nationalpark im östlichen Kongo, im Norden des Kivu-Sees gelegen, an der Grenze zu Uganda (wo er in den Mgahinga Gorilla National Park übergeht). Nach dem Krieg in Ruanda 1994 drangen Flüchtlinge und Rebellen Gruppen immer wieder in den Park ein, begannen Wilderer mit dem systematischen Abschachten der Berggorillas. Unterstützt von der Stiftung des US-Milliardärs Howard Graham Buffet kam es schließlich zu Friedensverhandlungen mit den M23-Rebellen und zu Bemühungen um wirtschaftliche Maßnahmen in der Region – denn „*die hohe Arbeitslosigkeit drängt junge Männer in die Miliz*“, wie es ein lokaler Funktionär erklärte. Was nicht heißt, dass die Gefährdung des Parks vorüber ist – neben verschiedenen bewaffneten Gruppen sind es die Bemühungen der britischen Firma Soco, im Nationalpark nach Öl zu suchen, die Naturschützer beunruhigen.



Berggorillas im Virunga Nationalpark

Fragile Weltwirtschaft. Fakten und Trends zur globalen ökonomischen Entwicklung

Die Weltwirtschaft erholt sich nur sehr zögerlich und scheint weiterhin fragil und verwundbar zu sein. Die Wachstumseuphorie der Globalisierung gehört jedenfalls der Vergangenheit an. Vor allem in großen Volkswirtschaften wird trotz niedriger Zinsen zu wenig investiert und zu wenig für die Nachfrage getan. Zudem gibt es laut Internationalem Währungsfonds (IWF) in zahlreichen Nationen einen dringenden Bedarf an Strukturreformen. Die Spätfolgen der großen Finanz- und Wirtschaftskrise sind hartnäckiger als vielfach gedacht. Nachdem 2015 das Wachstum auf 3,1 Prozent zurückgegangen war, ist laut IWF für 2016 ein globales Wirtschaftswachstum von 3,4 Prozent zu erwarten. Die Weltwirtschaft verlor zuletzt an Wachstumsdynamik. Sowohl in der verarbeitenden Industrie als auch im Dienstleistungssektor sank der globale Einkaufsmanagerindex PMI, der die Stimmung der Industrieunternehmen zeigt, im Dezember 2015 auf 52,9 Punkte. Dies ist der niedrigste Wert seit 2014. Die Industriestaaten haben sich dabei noch immer nicht vollständig von den Folgen der globalen Finanzkrise erholt. Die Erholung dieser Länder verläuft überdies uneinheitlich. Von den Industrieländern hat die USA weiterhin die höchsten Wachstumszahlen, während die Unterschiede in der Entwicklung der europäischen Staaten geringer werden. Die Wachstumsraten der USA (2016 etwa 2,8 Prozent) sind immerhin rund doppelt so hoch sind wie jene für Europa. Die Wirtschaftsleistung des Euro-Raums steigert sich insgesamt von 0,9 Prozent im Jahr 2014, auf 1,5 Prozent im letzten und 1,6 Prozent in diesem Jahr.

Die Weltwirtschaft wird 2016 moderat wachsen. Es ist zu erwarten, dass das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten in den kommenden Jahren nur auf überschaubarem Niveau steigen wird. Auch die Euro-Zone ist seit 2014 wieder in der Wachstumszone und wird 2016 etwa 1,6 Prozent zulegen. In den Schwellenländern wird das Wachstum 2016 nur 4,0 - 4,5 Prozent betragen.

Auch die Entwicklungsländer wachsen generell nur mit mäßigem Tempo. Der IWF geht davon aus, dass das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern, nach 4,0 Prozent 2015, dieses Jahr etwa 4,3 Prozent betragen wird. Trotz mancher Probleme und einem leichten Rückgang der Steigerungsraten im Vergleich zu den Vorjahren, bleiben vorerst die asiatischen Wachstumsmärkte mit 6,3 Prozent noch ein Treiber der

Weltwirtschaft. Dennoch verschiebt sich diese Rolle derzeit weiter weg von den Schwellenländern und wieder stärker hin zu den entwickelten Ländern, vor allem den USA und Großbritannien.

Die wichtigsten Merkmale der langsamen globalen Wirtschaftsentwicklung waren weiterhin eine aggressive Geldpolitik zahlreicher Nationalbanken, teilweise massiv sinkende Rohstoffpreise und ein eher schwacher Handel. Die Talsohle der Rohstoffpreise ist jedoch vermutlich erreicht und die geldpolitischen Maßnahmen werden zumindest von einzelnen Nationen langsam angepasst. Die Risiken für die fragile Erholung sind jedoch weiterhin signifikant.

Globale Geld- und Fiskalpolitik

Die zentrale politische Herausforderung v.a. der Industriestaaten bleibt die Anpassung der Geld- und Fiskalpolitik an veränderte Konjunkturbedingungen, um langfristiges Wachstum zu erzielen. Weiterhin werden massive Anstrengungen unternommen, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu beseitigen und die hohe Arbeitslosigkeit zu reduzieren. In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Staaten dazu massive Schulden gemacht und ihre Zentralbanken die Märkte mit billigem Geld geflutet.

Die Chefin des IWF, Christine Lagarde, hat daher zuletzt vor der Gefahr einer neuen weltweiten Finanzkrise gewarnt. Ihrer Ansicht nach nehmen die Risiken für die globale Finanzstabilität zu. Probleme könnten vor allem die niedrigen Zinsen sowie dramatische Wechselkursschwankungen verursachen. Die lockere Geldpolitik in der Eurozone und in Japan sei zwar für die wirtschaftliche Entwicklung hilfreich, erklärte Lagarde, berge aber auch Gefahren. „Sie fördert eine höhere Risikotoleranz bei Investoren.“ Das könnte zu überhitzten Börsen führen. Niedrigzinsen könnten zudem die Zahlungsfähigkeit von Lebensversicherungen und Pensionsfonds mit garantierten Auszahlungssummen gefährden. Die starken Wechselkursschwankungen sind wiederum ein Risiko für Länder, die hohe Schulden in Fremdwährungen haben. Vor allem Schwellenländer, die zudem unter niedrigen Rohstoffpreisen leiden und mögliche Zinserhöhungen für Kredite fürchten müssen, könnten bei einem strukturellen Rückgang von Liquidität durch den Abzug von Kapital in Schwierigkeiten geraten. Der IWF rät daher Regierungen, sich mit konsequenten Reformen und strengeren Regeln für einen Kapitalabzug zu wappnen. Kritiker der europäischen Geldpolitik kritisieren, dass durch die Niedrigzinsen der Reformdruck sinkt und sich gleichzeitig im Finanzsystem massive Risiken aufbauen. Risiken verschieben sich beispielsweise von Banken hin zu wenig regulierten Investmentfonds. Diese verfolgen oft

ähnliche Strategien, was in Krisen zu enormen Preisbewegungen führt und die Gefahr erhöht, dass im Fall einer Krise die Marktliquidität schlagartig abhanden kommt. Überdies ist eine Krisenpolitik, die versucht, falsche Investitionen durch niedrige Zinsen künstlich rentabel zu machen, falsch. Vielmehr sind schmerzhaft, aber unumgängliche Marktberichtigungen in einer funktionierenden Marktwirtschaft notwendig.

Bei den Weltwährungen bleibt der US-Dollar jedenfalls das Maß der Dinge. Die US-Wirtschaft wächst und mit ihr der Wert des US-Dollar. Und nachdem seitens der US-Notenbank die Zinswende eingeläutet worden war, stieg der US-Dollar noch weiter. Der starke US-Dollar übt jedoch Druck auf den Rest der Welt aus, v.a. auf die zunehmend schwächelnden Schwellenländer. Gleichzeitig hat China seine Währung seit Mitte 2015 sukzessive abgewertet.

Industriestaaten

Das Wachstum in den Industrieländern wird 2016 voraussichtlich um 0,2 Prozentpunkte auf 2,1 Prozent steigen. Wie erwartet hat sich die US-Wirtschaft stabil entwickelt und das BIP ist 2015 um 2,6 Prozent gesteigert worden. Für 2016 erwartet der IWF ein Wachstum von 2,8 Prozent. Die Fed geht davon aus, dass sich das Wachstum auf diesem Niveau auch mittelfristig stabil halten wird und hat daher die entsprechenden geldpolitischen Maßnahmen gesetzt. Seit 2008 hält die US-Notenbank bekanntlich die Leitzinsen auf einem historisch niedrigen Niveau von null bis 0,25 Prozent. Die US-Notenbank hat nunmehr im Dezember 2015 die lang erwartete Zinswende eingeleitet und erstmals seit der Finanzkrise die Leitzinsen wieder angehoben. Konkret wurden diese um 0,25 Prozentpunkte auf eine Spanne zwischen 0,25 und 0,50 Prozent gehoben. Grundsätzlich hat die Fed damit signalisiert, dass die Finanzkrise in den USA beendet und die US-Wirtschaft wieder gefestigt ist. Beobachter rechnen mit weiteren etappenweisen Zinserhöhungen im Laufe des Jahres 2016. Dadurch soll das Wirtschaftswachstum gestützt und die derzeit sehr niedrige Inflation nach oben getrieben werden. Letztere könnte sogar deutlich steigen, wenn der Ölpreis sich wieder etwas erholt. Die US-Notenbank möchte mittelfristig eine Inflation von zwei Prozent sicherstellen.

Noch immer ist die wirtschaftliche Entwicklung in Europa im siebten Jahr von den Nachwirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt. Dennoch wurde 2014 die Rezession dauerhaft überwunden und auch für die nächsten Jahre sind stabile Aufwärtstendenzen erkennbar. Die Wirtschaft der EU wird laut IWF 2016 wie 2015 um 1,9 Prozent wachsen. Wie gewohnt etwas

optimistischer erwartet die EU-Kommission für 2016 sogar ein Wachstum von 2,0 Prozent und 2017 von 2,1 Prozent. Vor dem Hintergrund niedriger Ölpreise, einer konjunkturfrendlichen Geldpolitik und des relativ niedrigen Außenwerts des Euro hat sich die Wirtschaft im Euro-Raum 2015 weiter langsam erholt. Dieser Trend wird sich 2016 vermutlich mit moderatem Tempo fortsetzen. Auch die Euro-Zone hat die Mitte 2013 eingeleitete Trendwende weitergeführt und sich gemäß IWF und OECD 2015 um 1,5 Prozent gesteigert. 2016 wird die Steigerung voraussichtlich 1,6 Prozent, laut EU-Kommission und OECD 2016 sogar 1,8 Prozent und 2017 etwa 1,9 Prozent betragen. Innerhalb des Euro-Raumes werden sich 2016 weiterhin vor allem einzelne kleine Staaten wie Estland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta und die Slowakei sowie als größeres Land Spanien überdurchschnittlich entwickeln. Auch die neuen EU-Mitgliedsländer im Osten werden heuer im Schnitt drei Prozent und somit ein überdurchschnittliches Wachstum schaffen. Die Schwergewichte Deutschland (1,6 Prozent), Frankreich (1,5 Prozent) und Italien (1,3 Prozent) werden sich 2016 besser als zuletzt auf moderatem Level erholen.



Die EZB flutet den Markt weiter mit billigem Geld

In der Eurozone sind vorerst keine Veränderungen der Geldpolitik zu erkennen. Zuletzt hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Einlagensatz für überschüssiges Geld, das Banken bei der EZB parken, auf minus 0,3 Prozent abgesenkt. Seit Juni 2014 liegt der Satz im negativen Bereich und hatte zuletzt minus 0,2 Prozent betragen. Dadurch wirkt der Einlagensatz wie eine Gebühr, die die Banken dazu bringen soll, ihr überschüssiges Geld an Unternehmen zu verleihen anstatt es bei der EZB zu bunkern. Seit Anfang März 2015 realisiert bekanntlich die EZB überdies Interventionen am Anleihemarkt. Die EZB kauft dabei gemeinsam mit den nationalen Notenbanken in großem Ausmaß Staatsanleihen und Wertpapiere. Mit dieser Geldflut, einem „Quantitative Easing (QE)“, will die EZB die Konjunktur in Europa beleben und eine Inflation von 2 Prozent sicherstellen. Generell gelten

(Staats-)Anleihenkäufe bei einem Leitzins um die Nulllinie als Mittel zur Belebung der Wirtschaft. Überdies sollen durch die damit einhergehende Entwertung des Euro Exporte europäischer Firmen verbilligt werden. Die EZB hat im Dezember 2015 dieses umstrittene Wertpapierkaufprogramm bis März 2017 verlängert. Zuvor war als Auslauftermin der September 2016 geplant gewesen. Das monatliche Kaufvolumen von durchschnittlich 60 Mrd. Euro bleibt jedoch gleich. Das geplante Gesamtvolumen des Programms steigt sich damit von bisher 1,14 auf 1,5 Billionen Euro. Zudem ist eine weitere Verlängerung über den neu festgesetzten Termin möglich. Das Programm soll laut EZB-Rat so lange laufen, bis die Inflationsrate nachhaltig zwei Prozent beträgt. Bevor dieses Billionen-Programm ausgelaufen ist, wird die europäische Notenbank vermutlich auch die Zinsen nicht erhöhen. In der Eurozone ist daher im Gegensatz zu den USA die Zinswende 2016 jedenfalls noch nicht zu erwarten. Der EZB wird es nach Einschätzung des IWF jedoch über Jahre hinweg nicht gelingen, ihr Preissteigerungsziel zu erreichen. Der IWF geht davon aus, dass die Inflationsrate im Euro-Raum bis mindestens 2019 unter dem Zielwert der EZB von knapp zwei Prozent liegen wird. Die geldpolitischen Maßnahmen der EZB sind jedoch höchst umstritten. Von Kritikern wird befürchtet, dass die Krisenmaßnahmen der EZB dazu führen, dass notwendige politische Reformen verzögert werden. Für Wachstum sollten demnach die europäischen Staaten mittels Reformen, nicht jedoch die EZB mittels einer lockeren Geldpolitik sorgen. Die EZB erwartet sich hingegen einen Schub für die schleppende europäische Konjunktur. Zielsetzung der EZB ist es jedenfalls, eine Abwärtsspirale aus sinkenden Preisen und geringer werdenden Investitionen zu verhindern. Höhere Zinsen in den USA könnten den Euro im Vergleich zum US-Dollar weiter schwächen und somit den US-Dollar weiter in Richtung Parität zum Euro bringen. Dies hätte jedenfalls Vorteile für die europäische Exportwirtschaft. Neben der EZB wird übrigens auch die Bank of Japan weiter Geld ins Finanzsystem pumpen.

Es muss jedoch festgestellt werden, dass die massive Marktmanipulation durch die Notenbank nicht wie gewünscht funktioniert. Denn die Kombination aus Zinsen Senken und Geldmenge Erhöhen hat ja das deklarierte Ziel, die Inflation auf den Zielwert von zwei Prozent zu bringen, die Kreditvergabe an die Wirtschaft massiv auszuweiten und somit für deutliches Wirtschaftswachstum zu sorgen. Die Verbindung von QE mit den angestrebten Zielen Inflation und reale Wirtschaftsaktivität zu erhöhen kann bisher jedoch nicht erkannt werden. In diesem Sinne ist die Geldpolitik der EZB eher gescheitert. Sie hat zwar im Zusammenwirken mit anderen führenden Notenbanken als unmittelbares Kriseninstrument den Absturz der

Weltwirtschaft während der Wirtschaftskrise verhindert, als Lösung für Wirtschaftswachstum scheint sie aber nicht sehr geeignet.

In der Realwirtschaft zeigte sich im ersten Halbjahr ein verhalten optimistisches Bild der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in der Euro-Zone. So stieg der PMI in der Eurozone im Dezember auf 53,2 Punkte und liegt somit mittlerweile seit über zwei Jahren über der Wachstumsgrenze von 50 Punkten. Insbesondere die Daten aus Deutschland, Italien und Spanien waren positiv, während sich Frankreich zuletzt schwächer präsentierte. Aber selbst in Frankreich bleibt der PMI deutlich über der Marke von 50 Punkten und lässt damit in den kommenden Monaten weiterhin Wachstum in der Industrie erwarten.



Die Wirtschaft im Euro-Raum kommt nicht richtig in Schwung

Um die Nachwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise endgültig zu überwinden, wird es aber weiterhin entscheidend sein, wie strukturpolitische Maßnahmen zur Unterstützung des Wachstums eingesetzt werden. Die Volkswirtschaften der Industriestaaten müssen nach der Sanierung des Finanzsektors ihre Haushaltskonsolidierungen fortsetzen, gleichzeitig aber das Beschäftigungswachstum vorantreiben. Strukturreformen sind dringend erforderlich, um die Beschäftigung zu fördern und langfristige Wachstumspotenziale zu stärken. Die Förderung privater und öffentlicher Investitionen sollte dazu benutzt werden, die Nachfrage zu stärken. Problematisch ist dabei jedoch weiterhin die mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit einzelner europäischer Staaten, ihre strukturellen Mängel zu beseitigen. Gleichzeitig ist die Staatsverschuldung 2015 im Euro-Raum auf 94 Prozent, im EU-Raum auf 88 Prozent gestiegen.

Wenn auch durch die Diskussionen im Zuge der Flüchtlingskrise verdrängt, hat der wirtschaftspolitische Konflikt im Rahmen der Griechenlandkrise zu einer

integrationspolitischen Krise der EU geführt, die nunmehr durch Fragen zur Solidarität bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ergänzt wird. Die Konstruktionsfehler des Euro sind natürlich weiterhin nicht behoben. Es zeigt sich in wirtschaftspolitischer Hinsicht eine Spaltung der zentral- und der südeuropäischen Staaten. Die Nationalwirtschaften Deutschlands und der wirtschaftlich eng angeschlossenen Staaten werden wohl moderates Wachstum und geringe Arbeitslosigkeit realisieren. Die südeuropäischen Staaten müssen jedoch weiterhin mit niedrigem Wachstums und vor allem hoher Arbeitslosigkeit rechnen. Dies führt weiterhin zu fundamental konträren Zielsetzungen über die Zukunft des Euro. Wunsch nach Haushaltsstabilität steht einer Impulssetzung durch staatliche Intervention entgegen. Die große Gefahr besteht vor allem darin, dass Finanz- und Geldpolitik die EU und die europäische Gesellschaft spalten. Wie es Milton Friedman bei der Einführung des Euro befürchtet hat, hat sich die monetäre Einheit zu einer Gefahr, wenn nicht sogar zu einem Hindernis für die politische Einheit entwickelt. Die europäischen Staaten mit eigener Währung stehen aktuell jedenfalls besser da als die Euro-Staaten.

Ein sicherheitspolitisch besonders brisanter Aspekt von Wirtschaftspolitik stellt mangelnde Beschäftigungsmöglichkeit, bzw. deren potentielle Auswirkungen auf die innere Stabilität der betroffenen Staaten, dar. Die Wirtschaftskrise hat diese Problematik auch in den europäischen Industriestaaten massiv erhöht und trotz moderater Verbesserungen noch lange nicht überwunden. Eurostat schätzt, dass im November 2015 in der EU 22,16 Mio. und in der Eurozone 16,9 Mio. Menschen arbeitslos waren. Im Vergleich zum Vorjahr sank damit die Arbeitslosigkeit um 2,1 Mio. in der EU und um 1,6 Mio. in der Eurozone. Diese positive Entwicklung muss jedoch vor dem Hintergrund relativiert werden, dass noch 2008 in der EU „nur“ 16,2 Mio. Personen von Arbeitslosigkeit betroffen waren, was einer Rate von 6,8 Prozent entsprach. Aktuell liegt in der EU die Arbeitslosenquote bei 9,1 Prozent, in der Eurozone bei 10,5 Prozent. Im Vergleich dazu: Im April 2015 lag die Arbeitslosenquote in den USA bei 5,0 Prozent.

Die niedrigste Arbeitslosenquote weisen dabei Deutschland (4,5 Prozent), Tschechien (4,6 Prozent) und Malta (5,1 Prozent) auf. Besonders hoch ist die Quote in den südeuropäischen Ländern, die von der Krise am stärksten getroffen wurden. Während sich Griechenlands um weitere 0,2 auf 25,6 Prozent verschlechterten, konnte sich Spaniens Arbeitslosenquote um 2,3 auf 21,4 Prozent verbessern. In Österreich stieg hingegen die Arbeitslosigkeit neuerlich um weitere 0,2 auf 5,7 Prozent. Das WIFO erwartet für Österreich auch 2016 und 2017 ansteigende

Arbeitslosenraten. Die leicht steigende Beschäftigungsnachfrage wird nicht ausreichen, das weiter zunehmende Arbeitskräfteangebot aufzunehmen. Grund dafür ist auch die Tatsache, dass die österreichische Bevölkerung überdurchschnittlich stark wächst. Zusätzlich wird sich die Situation bei Öffnung des Arbeitsmarktes für die zuletzt im Land aufgenommenen Flüchtlinge noch verstärken.

Im April 2015 waren in der EU 4,55 Mio. Jugendliche (unter 25 Jahren) arbeitslos, in der Eurozone waren es 3,17 Millionen. Die Jugendarbeitslosenquote betrug damit in der EU 20,0 und in der Eurozone 22,5 Prozent. Besondere soziale Sprengkraft hat dabei die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland (49,5 Prozent), Spanien (47,5 Prozent), Kroatien (45,1 Prozent) und Italien (38,1 Prozent).

Österreichische Wirtschaftsentwicklung

Wirtschaftsforscher gehen in Österreich auch 2016 nur von einer moderaten Belebung der Wirtschaft aus. Beim Wachstum hinkt Österreich dem europäischen Durchschnitt hinterher, bedingt durch eine Kombination aus schwachen Investitionen und stagnierendem Export, den traditionellen Wachstumstreibern der österreichischen Wirtschaftsentwicklung, sodass Österreich mittelfristig seinen Spitzenplatz in Europa zu verlieren droht. Grund für die schlechte Konjunktur sind laut WIFO die pessimistische Beurteilung der Unternehmer über die zukünftigen Wachstumschancen und den Standort Österreich, der ihnen zu bürokratisch und zu wenig zukunftsorientiert ist. Bernhard Felderer, der Präsident des österreichischen Fiskalrates, erklärte, dass eine der höchsten Abgabenquoten der Welt zusammen mit einer permanenten Diskussion über Steuererhöhungen und steigende Staatsverschuldung Investitionsanreize reduziere und gegebene Unsicherheit verstärke. Österreich konnte daher 2015 zwar sein Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorjahr steigern, aber dennoch nur eine Wachstumsrate von 0,8 erreichen. Es lag damit das vierte Jahr in Folge unter 1 Prozent. Die Schwäche des weltwirtschaftlichen Umfeldes dämpfte den Außenhandel, und die Investitionen zogen erst im Jahresverlauf an. Der private Konsum nahm aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und einer schwachen Einkommensentwicklung gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig zu.

Österreich sollte laut IWF 2016 aber auf das europäische Niveau von 1,6 Prozent aufschließen. Die OECD ist noch pessimistischer und geht für 2016 nur von einer Steigerung von 1,3 Prozent und erst 2017 von 1,7 Prozent aus. Auch das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) geht für 2016 von einer Zunahme des BIP von 1,7 Prozent aus. Das Institut für

Höhere Studien (IHS) erwartet hingegen ein BIP-Wachstum von 1,6 Prozent. Der PMI weist jedoch einen der niedrigsten Werte der Euro-Zone aus und betrug im Dezember 2015 nur 50,6 Punkte. Es ist somit zu befürchten, dass die Wirtschaftsentwicklung nicht so positiv wie von den Wirtschaftsinstituten prognostiziert ausfallen wird. Die heimische Konjunktur wird dabei laut OECD von Exporten und Investitionen angetrieben und auch der private Konsum wird das Wirtschaftswachstum beleben. Jedenfalls ist aber davon auszugehen, dass auch in Österreich die Talsohle durchschritten ist und mit dem niedrigen Ölpreis und dem schwächeren Euro gerade für die exportstarke heimische Wirtschaft positive Entwicklungen zu erwarten sind. Laut WIFO trägt vor allem auch der heimische Konsum erstmals seit vier Jahren wieder zum Wirtschaftswachstum bei. Neben der Steuerreform, die die Einkommen der privaten Haushalte geringfügig erhöht, sorgen dabei jedoch auch die staatlichen Ausgaben für Flüchtlinge für einen Nachfrageschub in den kommenden Jahren. Die ökonomische Problematik daran ist jedoch, dass letztere Ausgaben die ohnehin bereits exorbitant hohen Staatsschulden erhöhen werden. Der Fiskalrat rechnet immerhin allein im Jahr 2016 mit direkten Flüchtlingskosten in Höhe von 1,7 Mrd. Euro. Eine langfristige Berechnung der Kosten wie von der deutschen Stiftung Marktwirtschaft wurde hierorts bisher nicht durchgeführt.

Während aber 2015 das österreichische Staatsdefizit noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes betragen hat, rechnet das WIFO 2016 mit einem Anstieg des Defizits auf 1,9%. 2015 hat die Staatsschuldenquote dabei bereits den Wert von 86,2 Prozent des BIP erreicht. Auch langfristig sind die Aussichten nicht besonders positiv, da die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nur sehr langsam realisiert wird. Die Experten der OECD empfehlen der österreichischen Politik daher schon seit längerem, die weitere Budgetkonsolidierung auf Ausgabenreduzierungen zu konzentrieren.

Auch die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich in Österreich im Gegensatz zum europäischen Trend trotz steigender Beschäftigungszahlen weiter. Nach 5,7 Prozent im Jahr 2015 dürfte die Arbeitslosenquote laut WIFO 2016 auf 6,1 Prozent (9,7 Prozent gem. nationaler Zählung) und 2017 auf 6,3 Prozent (10,2 Prozent gem. nationaler Zählung) steigen. Grund dafür ist, dass der Beschäftigungsaufbau nicht mit dem Anstieg des Arbeitskräfteangebotes mithalten kann. Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen überdies vor allem in den Dienstleistungsbereichen, wobei der langjährige Trend einer Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung in diesen Bereichen wahrscheinlich anhalten wird. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen wird daher jedenfalls nicht im selben Ausmaß zunehmen wie die Wirtschaftsleistung. Mit plus 12,6 Prozent nahm zuletzt

die Arbeitslosigkeit bei Ausländern am stärksten zu. Aktuell sind mehr als ein Viertel aller Arbeitslosen in Österreich Ausländer. Ende 2015 waren dabei auch 21.000 arbeitslose Flüchtlinge registriert. Ihr Anteil wird in den nächsten Monaten noch massiv steigen, da die Flüchtlinge der aktuellen Flüchtlingswelle noch gar nicht am Arbeitsmarkt angekommen sind.

Verhandlungen zur Trans Pacific Partnership (TPP) abgeschlossen

Zwölf Pazifikanrainerstaaten haben Anfang Oktober 2015 die Verhandlungen über die Trans Pacific Partnership (TPP) positiv abgeschlossen. Vor allem die USA verfolgen mit TPP klare geo-strategische Ziele und versuchen ihre hegemoniale Position im Sinne einer Weltwirtschaftsordnung unter amerikanischer Führung abzusichern. Neben den Wirtschaftsmächten USA und Japan umfasst die angestrebte Freihandelszone Australien, Brunei, Chile, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam. Zusammen stehen sie für rund 40 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Nicht dabei ist China, dessen geopolitische Machtposition im asiatisch-pazifischen Raum mit dem TPP wirtschaftlich eingedämmt werden soll. Die TPP umfasst 30 Kapitel, in denen ein Abbau von Zöllen sowie anderer Barrieren für Handel und Investitionen festgelegt ist. Unter anderem wurden auch Vergaberegeln für öffentliche Aufträge sowie Standards bei Umweltschutz und Arbeitnehmerrechten vereinbart. Die Ratifikation des TPP soll im Laufe des heurigen Jahres durch die jeweiligen nationalen Parlamente erfolgen. Insbesondere im US-Kongress gibt es vor allem von demokratischer Seite jedoch massive Kritik. Sie befürchten insbesondere, dass US-Jobs in Niedriglohnländer verlagert und Standards gesenkt werden. Die oppositionellen Republikaner, die in Senat und Repräsentantenhaus die Mehrheit haben, unterstützen das TPP allerdings.

Freihandelsabkommen sind völkerrechtliche Verträge zur Garantie des freien Handels zwischen den vertragsschließenden Staaten. Die Vertragspartner verzichten untereinander auf Handelshemmnisse.

Auch die Verhandlungen zwischen den USA und der EU über die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) wurden in den letzten Monaten fortgesetzt. Weiterhin werden diese von Teilen der europäischen Öffentlichkeit aber sehr kritisch beobachtet. Es gibt erhebliche Zweifel, ob die Übernahme US-amerikanischer Wirtschaftsregeln mit der europäischen Mentalität, europäischen Werten und

bestehenden Institutionen vereinbar sind. Die Vorsitzende des europäischen Industriedachverbandes BusinessEurope, Emma Marcegaglia, rief hingegen die Politik auf, an TTIP festzuhalten. „Es ist die letzte Chance für die Europäer, den Welthandel nach europäischen Vorstellungen zu prägen.“ Wenn Europa und die USA nicht gemeinsam internationale Standards setzten, „werden das die Chinesen übernehmen“, erklärte Marcegaglia. Befürworter des TTIP argumentieren auch, dass ohne ein transatlantisches Pendant zum TPP europäische Unternehmen vor allem am US-amerikanischen Markt einem höheren Konkurrenzdruck ausgesetzt seien.

Ein anderer Grund, regionale Abkommen wie TPP oder TTIP abzuschließen, ist, dass globale Regeln im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO kaum noch zu realisieren sind. Die WTO stellt faktisch ein bankrott System dar, da jedes der 161 Mitgliedsländer zustimmen muss, wann immer ein neuer WTO-Vertrag ausgearbeitet wird. Dies funktioniert faktisch jedoch nicht mehr. Deshalb wenden sich Staaten vom Multilateralismus ab und versuchen, regionale Abkommen abzuschließen. Gleichzeitig versucht vor allem die USA, mit diesen regional verhandelten Abkommen den globalen Standard zu entwickeln.

TPP und TTIP sind strategisch natürlich (auch) gegen die US-kritischen BRICS-Staaten gerichtet und sollen deren wirtschaftspolitische Möglichkeiten einschränken. In diesem Sinne dient TPP zur Eindämmung Chinas, TTIP zur strategischen Festigung der transatlantischen Beziehungen und Eindämmung Russlands. Ob eine anti-russische Politik Europas strategisch jedoch sinnvoll ist, muss zumindest kritisch hinterfragt werden.

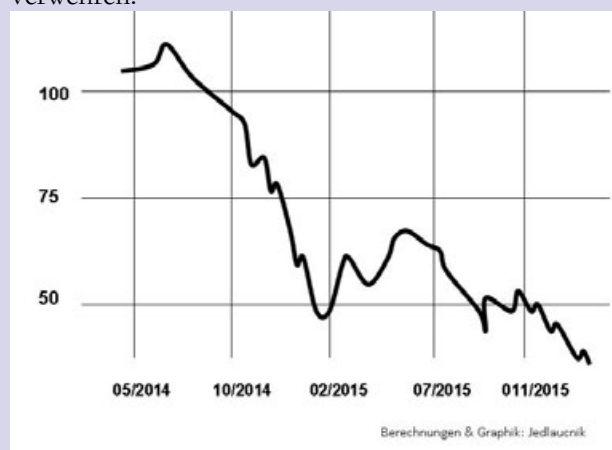
Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer

In den Wachstumsmärkten und Entwicklungsländern ist ein abgeschwächtes Wirtschaftswachstum zu erkennen und reduzierte sich 2015 auf 4 Prozent. 2016 werden die Entwicklungsländer in der Größenordnung von 4,3 Prozent, mittelfristig mit 4,5 - 5,0 Prozent wachsen. Dies sind ca. 3 Prozentpunkte unter den Boomjahren nach der Jahrtausendwende. Für die wachsende Bevölkerung ist dies jedoch unzureichend, um ausreichend neue Arbeitsplätze und steigenden Wohlstand zu schaffen. Damit leistet die Wirtschaft dieser Länder jedoch nicht den notwendigen Beitrag zur Absicherung des sozialen Friedens. Weder kann der Zuwachs an Arbeitsplätzen mit der demographischen Entwicklung Schritt halten, noch die von der (jungen) Bevölkerung erwartete Steigerung des Wohlstandes realisiert werden. Soziale Konflikte vor allem mit der jüngeren Generation sind daher potentiell möglich. Um

die wirtschaftliche Schwäche in den Schwellenländern nachhaltig zu bekämpfen bzw. langfristig Wachstum sicherstellen zu können, sind tiefgreifende Reformen notwendig. In den letzten Jahren reduzierten niedrige Rohstoffpreise überdies das BIP und damit auch die Handlungsmöglichkeiten zahlreicher rohstoff-exportierender Entwicklungsländer. Im Laufe des Jahres werden sich die Rohstoffpreise aber vermutlich langsam wieder positiv entwickeln, da die preisliche Talsohle weitgehend erreicht sein dürfte. Dadurch könnte sich die Konjunktur auch in den Schwellenländern allmählich wieder verbessern. Der IWF befürchtet jedoch, dass sich die Krise in den Schwellenländern nach der Anhebung der Leitzinsen der US-Notenbank und dem damit erwartbaren Kapitalabzug aus diesen Ländern noch verschärft.

Erdölpreis als strategisches Machtmittel

Auch in den letzten Monaten ging der massive Ölpreisverfall weiter. Die seit 2014 von Saudi Arabien bewusst herbeigeführte Ölpreissenkung hat zwar die US-Schieferölproduktion zumindest teilweise vom Markt gedrängt, den Erzrivalen Iran und dessen Verbündeten Russland jedoch noch nicht ausreichend finanziell geschädigt um strategische Vorteile erzielen zu können. Generell wird zwar im Laufe des Jahres mit einer zumindest leichten Erholung des Ölmarktes gerechnet, doch ist angesichts der generell aggressiveren saudi-arabischen Politik nicht auszuschließen, dass Riad weitere Schritte setzt, um dem Iran eine finanzielle Erholung dank seiner nunmehr wieder möglichen Erdölexporte zu verwehren.



Ölpreisentwicklung (Brent) in US-Dollar

Vor allem Öl hat im laufenden Jahr weiter massiv an Wert eingebüßt. Ein globales Überangebot führt dazu, dass der Energieträger derartig billig ist. Einerseits haben die USA in den letzten Jahren mit der Fracking-Technologie ihre Produktion seit 2008 um 80 Prozent

ausgeweitet, vor allem aber verhindert Saudi Arabien aus strategischen Gründen eine Drosselung der Produktion. Da es den Riyal an den US-Dollar gebunden hat, lassen sinkende Ölpreise die Schulden Saudi-Arabiens steigen. Die Anbindung hat bisher geholfen, die Inflation im Land niedrig zu halten und saudi-arabischen Firmen geholfen, sich im Ausland günstig zu finanzieren. Nunmehr wächst jedoch Saudi-Arabiens Leistungsbilanzdefizit, das derzeit bei 120 Mrd. US-Dollar liegt, massiv an.

Andere Staaten vermeiden daher, ihre Währungen an den US-Dollar zu koppeln, um flexibler agieren zu können. Russland etwa lässt den Rubel analog zum Ölpreis abwerten und dämpft so die Folgen des Energiepreisverfalls. Die Ausgaben im Inland können daher weiterhin durch den Ölverkauf gedeckt werden.

BRICS-Staaten in der wirtschaftlichen Krise

Mit ihrem rasanten Wachstumstempo sind die BRICS-Staaten China, Indien, Russland, Brasilien und Südafrika in der Vergangenheit zu den boomenden neuen Märkten der Weltwirtschaft geworden. Mittlerweile hat sich ihr Wachstumstempo jedoch auch deutlich verlangsamt. China konnte 2015 immerhin noch ein Wachstum von 6,8 Prozent, Indien sogar von 7,3 Prozent, Südafrika jedoch nur noch von 1,3 Prozent erreichen. Brasilien (-3,0 Prozent) und Russland (-3,8 Prozent) schlitterten hingegen sogar in die Rezession. Neben den westlichen Sanktionen in der Ukraine-Krise traf Russland vor allem der Preisverfall bei Öl und anderen Rohstoffen hart. China kann 2016 laut IWF nur noch ein Wachstum von 6,0 Prozent und Indien von 7,5 Prozent erwarten. Südafrika wird jedoch nur um 0,7 Prozent wachsen. Brasilien und Russland verbleiben mit -3,5 Prozent bzw. -1,0 Prozent weiter in einer Rezession. Neuerlich zeigt sich deutlich der unterschiedliche Grad der Integration in die internationale Arbeitsteilung. China hat eine Position als globale Werkbank, während Brasilien, Südafrika, aber auch Russland primär die Position eines Rohstofflieferanten einnehmen. Auf Grund der weiterhin niedrigen Rohstoffpreise war dies für Letztere ein entscheidender Nachteil. Für die Wachstumsmärkte geht es mittel- und langfristig vor allem darum, ihre wirtschaftliche Entwicklung auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen. Vor allem die Entwicklung in China war ja schon länger absehbar und die chinesische Führung versucht die Abkühlung auch stabil zu managen. Insbesondere versucht China seinen Binnenkonsum zu stärken und den Umstieg von einer export- und investitionsgetriebenen zu einer mehr auf dem inländischen Konsum basierenden Wirtschaft zu vollziehen. China stemmt sich überdies mit

Infrastrukturprojekten in Milliardenhöhe gegen die Konjunkturabkühlung.

Der von den BRICS-Staaten begonnene Aufbau einer neuen Entwicklungsbank und eines Devisenpools als Gegenelement zu von USA und EU dominierten Bretton-Woods-Institutionen, Internationalem Währungsfonds (IMF) und Weltbank, zeigt vorerst noch keine Wirkung. Mitte 2015 unterzeichneten die Finanzminister und Notenbankchefs der BRICS-Staaten jedoch die Vereinbarung zur Realisierung des BRICS-Währungspools. 41 Mrd. USD werden dabei von China bereitgestellt, Brasilien, Russland und Indien zahlen je 18 Mrd. USD und Südafrika 5 Mrd. USD ein. Er soll die fünf Staaten im Fall einer Zahlungsbilanzkrise und bei Liquiditätsproblemen unterstützen. Wie dieses Kapital im Ernstfall freigegeben wird, wird sich aber wohl erst in den nächsten Jahren weisen.

China ist aber weiterhin als zentraler strategischer Investor vor allem in der südlichen Hemisphäre tätig. Dabei zeigt sich, dass zwei Drittel der chinesischen Investitionen in Lateinamerika in langfristige Öllieferverträge gehen, der Rest in Infrastrukturprojekte. Dies verschafft den Regierungen neue Spielräume und verringert die Abhängigkeit von den USA. Von strategischer Relevanz ist auch die unterschiedliche Wahrnehmung Afrikas durch Europa bzw. China. Während für Europa Afrika primär als sicherheitspolitisches Problem und Empfänger von Entwicklungshilfe wahrgenommen wird, betrachtet China Afrika offensichtlich als potentiellen Markt mit wirtschaftlichen Chancen. China hat daher im Dezember 2015 beim Forum für chinesisch-afrikanische Kooperation im südafrikanischen Johannesburg Investitionen von umgerechnet 56 Mrd. Euro innerhalb der nächsten drei Jahre zugesagt. Chinas Entwicklungsmodell basiert dabei auf massiven staatlichen Investitionen in die regionale Infrastruktur. Straßen, Häfen, Eisenbahnen, Flughäfen und Stromversorgung sollen Grundlage für wirtschaftliche und industrielle Entwicklung sein. Eine solche infrastrukturgestützte Strategie war in den letzten Jahrzehnten nicht nur in China selbst, sondern generell in ganz Ostasien erfolgreich. Europäische Entwicklungsstrategie fokussiert sich hingegen auf öffentliche Gesundheitsversorgung, Unterstützung der Zivilgesellschaft, Frauenförderung und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung – moralisch hochstehende Projekte und Zielsetzungen, die jedoch weder zu einer eigenständigen Wirtschaftsentwicklung Afrikas führen werden, noch eine nachhaltige strategische Positionierung Europas sicherstellen.

Konferenzen und Abkommen

WTO-Treffen 18. – 19. Dezember 2015 in Nairobi (Kenia)

Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich am 19. Dezember die mehr als 160 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) auf den Abbau von Exportsubventionen für Agrarprodukte. Vorgesehen ist, dass direkte staatliche Beihilfen für den Agrarexport völlig abgeschafft werden sollen. Entwicklungsländer haben hierfür bis 2023 Zeit; die am wenigsten entwickelten Länder der Welt (LDC) müssen diese Vereinbarung bis Ende 2030 umsetzen.

Die angenommene Vereinbarung sei als „Meilenstein“ zu sehen, so EU-Handelskommissarin Malmström. Nach Angaben von Malmström verzichte die EU schon seit einiger Zeit auf die Subventionierung von Agrarexporten. Nach Umsetzung der Vereinbarung würden für Landwirte in der EU bei Exporten gleiche Wettbewerbsbedingungen gelten. Dies sei eine zentrale Forderung der EU gewesen. Weitgehend unangetastet blieben hingegen die hohen staatlichen Kredite in den USA, die Farmer für Exportgeschäfte aufnehmen können.

Im Konsens bekannten sich die Staaten der WTO weiters dazu, dass arme Länder im Falle einer Überschwemmung temporär Schutzzölle erheben dürfen. Explizit gestanden die Minister Indien zu, bis auf weiteres Lebensmittel zu festgelegten Niedrigpreisen aufzukaufen und zu lagern, obwohl dies gegen WTO-Regeln verstößt. Nur so könne die Ernährung von Millionen armer Menschen gesichert werden, hatte Indien geltend gemacht. Dehlt Forderung, diese Ausnahme als dauerhaft festzuschreiben, wurde jedoch nicht erfüllt.

Verschiedene Entwicklungsorganisationen äußerten sich weitgehend kritisch zum Treffen. So meinte die Organisation „Brot für die Welt“, dass nunmehr der Ausstieg aus der Doha-Runde eingeleitet worden sei. Oxfam warf den USA und der EU vor, Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit im Handelsbereich zu blockieren.

Tatsächlich konnte hinsichtlich der Frage, wie sich die Doha-Runde weiter entwickeln solle, keine Einigung erreicht werden. In der per Konsensverfahren angenommenen Schlusserklärung wird hingegen auf gegensätzliche Positionen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern diesbezüglich hingewiesen. So wollen die USA und die EU nach 14-jährigen, weitgehend erfolglosen Doha-Gesprächen eine Neuausrichtung der WTO mit Verhandlungen über neue Themen der Globalisierung. Die meisten Entwicklungsländer und Schwellenländer fordern hingegen die Fortsetzung der Doha-Runde. Indien und Venezuela kritisierten, dass es der WTO nicht gelungen

sei, sich auf ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung der Doha-Agenda, d.h. Liberalisierung des Welthandels bei zugleich besonderer Förderung der Entwicklungsländer, zu verständigen.

Trotz dieser Differenzen bezeichnete WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo das Treffen als Erfolg. Die WTO habe bewiesen, dass sie trotz aller Kritik handlungsfähig sei und es seien mehrere Vereinbarungen erreicht worden, von denen insbesondere die ärmsten Länder profitieren würden.

Doha-Runde

Der Begriff Doha-Runde oder Doha-Entwicklungsrunde bzw. -agenda (Doha Development Agenda, DDA) geht auf das 4. Treffen der Wirtschafts- und Handelsminister der WTO in Doha (Katar) im November 2001 zurück. Grundsätzliches Ziel der Doha-Runde ist es, die Märkte weiter zu öffnen und die Entwicklungsländer besser in das System des Welthandels einzubinden. Als Schwerpunkte bei dieser insgesamt achten Freihandelsrunde nach dem 2. Weltkrieg vereinbarten die Mitgliedstaaten den Abbau von Agrarzöllen und Subventionen für landwirtschaftliche Produkte sowie niedrigere Zölle für Industrieprodukte. Die in der Doha-Erklärung vereinbarten Verhandlungsziele umfassen auch die sogenannten Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen). Ursprünglich war geplant, die Verhandlungen bis Ende 2004 abzuschließen.

Es sind vor allem zwei zentrale Positionen, die den Fortgang der Verhandlungen kennzeichnen: Auf der einen Seite fordern die Entwicklungs- und Schwellenländer von den USA, der EU sowie Japan, Agrarsubventionen für die eigene Landwirtschaft einzustellen. Dies soll der eigenen Landwirtschaft bessere Exportchancen gewährleisten. Auf der anderen Seite sind die Industrienationen daran interessiert, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Zölle für Industrieprodukte senken. Außerdem soll den eigenen Dienstleistungsunternehmen ein einfacherer Zugang zu den internationalen Märkten ermöglicht werden.

Weltklimakonferenz (COP-21) Paris 30. November - 13. Dezember 2015

Am 12. Dezember wurde nach mehrwöchigen Verhandlungen und auch mehrmaligen Verlängerungen in Paris die 21. Klimaschutzkonferenz mit einem von allen 197 Staaten einstimmig beschlossenen Klimaschutzabkommen beendet. Es ist dies ein wesentlicher Fortschritt zu Kopenhagen 2009, als sich die Staaten nicht einmal auf ein Basispapier zum Klimaschutz verständigen konnten. Ein Hauptgrund, dass in Paris eine Einigung erreicht werden konnte, kann darin gesehen werden, dass schon im Vorfeld die Erwartungen nicht zu hoch gesetzt wurden. Die Einigung zielt im Wesentlichen auf einen Mechanismus, mit dem die Ziele später verschärft werden sollen, anstatt, wie bisher, die einzelnen Länder zu schärferen Klimazielen zu verpflichten. Die nationalen Emissionsziele sollen ab 2023 alle fünf Jahre überprüft werden. 2018 soll es eine erste informelle Bestandsaufnahme geben.

Die Kernaussagen des rund 30seitigen Abkommens:

- Die Erderwärmung soll auf unter zwei Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit begrenzt werden. Angestrebt werden soll, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu minimieren.
- Der Netto-Ausstoß der Treibhausgase in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts soll auf Null reduziert werden. Die Staaten dürfen ab diesem Zeitpunkt nur noch so viele Treibhausgase ausstoßen, wie z.B. mit Waldanpflanzungen oder durch Speichern von Kohlendioxid im Boden aus der Atmosphäre gezogen werden kann. Viele Experten gehen diesbezüglich davon aus, dass dies das Ende der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas bis 2070 bedeutet.
- Die Industrienationen sollen 2020 bis 2025 jährlich 100 Mrd. Dollar (91 Mrd. Euro) für Entwicklungsländer bereitstellen. Danach soll über die Beitragsleistungen neu verhandelt werden. Diese finanzielle Zusage steht jedoch nur in der gemeinsamen Entschließung. Im Vertragstext bekennen sich die Industriestaaten lediglich allgemein zu den gegebenen Verpflichtungen. Andere Länder, insbesondere die Ölstaaten und Schwellenländer, sollen sich „freiwillig“ an der Finanzierung zu beteiligen.
- Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, ärmere Staaten bei Verlusten und Schäden (z.B. Dürren, Überschwemmungen, Sturmschäden, Untergang von Inseln) durch den Klimawandel zu unterstützen. Für arme Länder soll u.a. ein Versicherungssystem gegen Schäden aufgebaut werden.
- Alle Staaten sollen Klimaschutzaktivitäten und Daten zu den Treibhausgasen registrieren und

offenlegen. Für Entwicklungs- und Schwellenländer wird dieser Punkt aber „flexibel“ ausgelegt.

- Das Abkommen ist zwar völkerrechtlich verbindlich, nicht jedoch nationale Zusagen zum CO₂-Ausstoß oder zu finanziellen Beiträgen. Ein Sanktionsmechanismus bei Vertragsverletzungen ist ebenfalls nicht vorgesehen. Wären Verbindlichkeiten oder Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen gewesen, ist davon auszugehen, dass es keine Einigung zum Abkommen gegeben hätte.
- Das Abkommen soll 30 Tage, nachdem mindestens 55 Staaten, die für mindestens 55 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, ihm beigetreten sind, in Kraft treten. Ein bestimmtes Jahr wird im Vertragstext nicht genannt, zumeist geht man von 2020 aus.

Treffen der G-20 in Antalya (Türkei) vom 15. - 16. November 2015

Vom 15. - 16. November fand das 10. Treffen der G-20 in Antalya (Türkei) statt. Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, und der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, vertraten die EU auf dem Gipfel. Neben den G-20 Vertretern nahmen am Treffen zusätzlich Ascherbeidschan, Malaysia (Vorsitz ASEAN 2015), Senegal (Vertreter NEPAD), Simbawe (AU-Vorsitz), Singapur und Spanien teil. Das Treffen selbst stand unter dem Eindruck der Krise in der Ostukraine sowie der kurz zuvor stattgefunden habenden Terroranschläge in Paris. Die Staats- und Regierungschefs der G20 verabschiedeten eine Erklärung, in der die Notwendigkeit betont wird, Maßnahmen gegen die Terrorismusfinanzierung, die den Terrorismus begünstigenden Bedingungen, einschließlich Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus sowie die Bedrohung durch den wachsenden Zulauf von ausländischen Kämpfern zu setzen.

Die Staats- und Regierungschefs waren sich darin einig, dass das Ausmaß der anhaltenden Flüchtlingskrise ein globales Thema mit erheblichen humanitären, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen ist. Hier ist eine abgestimmte und umfassende Reaktion zur Bewältigung sowohl der Krise als auch ihrer Langzeitfolgen erforderlich.

Am 15. November wurden die Themen Entwicklung und Klimawandel, Weltwirtschaft, Investitionen und Beschäftigungsstrategien erörtert. Zur Vorbereitung der 21. Klimaschutzkonferenz in Paris forderte die EU alle Seiten nachdrücklich auf, ihre Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, damit eine rechtsverbindliche Einigung zustande kommt.

Am zweiten Gipfeltag wurden Fragen betreffend Finanzregelungen, die internationale Steueragenda, Antikorruptionsmaßnahmen, IWF-Reformen sowie

Handels- und Energiefragen erörtert. Zentral hierbei ist, dass nunmehr die Möglichkeiten global agierender Konzerne durch Ausnutzen unterschiedlicher Steuer- und Bewertungsregeln in den einzelnen Staaten ihre Steuerlast auf ein Minimum reduzieren zu können, eingeschränkt werden sollen. Nach Schätzungen der OECD ergeben sich dadurch staatliche Einnahmeverluste von jährlich 100 bis 240 Mrd. US-Dollar. NGOs gehen von bis zu 700 Mrd. US-Dollar an Gewinnen, die allein US-amerikanische Konzerne 2014 zwischen Staaten verschoben hätten, um Steuersparmöglichkeiten zu nutzen, aus. Nach mehrjährigen Vorarbeiten soll nunmehr die sogenannte Initiative gegen steuersparende Gewinnverschiebungen (BEPS) umgesetzt werden. Die Grundidee ist, dass die Staaten ihre Steuersysteme besser aufeinander abstimmen und damit Lücken schließen, die Konzerne nutzen. So soll u.a. den Konzernen verwehrt werden, ihren Tochterunternehmen im Ausland Kredite zu gewähren, darauf hohe Zinsen zu verlangen und so deren Gewinn aus dem betreffenden Land abzuziehen. Dies soll verhindert werden, indem die Gewinnabzugsfähigkeit solcher Zinszahlungen begrenzt wird. Auch die Möglichkeit für Länder, Unternehmen mit sogenannten „Patentboxen“ Steuervorteile für Patent- und Lizenzeinnahmen zu gewähren und sie damit abzuwerben, soll beschnitten werden; etwa über die Maßgabe, dass solche Vorteile begrenzt bleiben und an konkrete Forschungstätigkeiten vor Ort geknüpft werden. Experten gehen jedoch davon aus, dass die Umsetzung der 15 darin enthaltenen Vorschläge einige Jahre dauern dürfte.

Am Rande des Gipfels hatten die Präsidenten Tusk und Juncker ferner die Gelegenheit, andere führende Politiker wie den türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu, den australischen Premierminister Turnbull, den indischen Premierminister Modi und den türkischen Präsidenten Erdogan zu treffen. Bei ihren Treffen mit der türkischen Seite sprach die Führungsspitze der EU über die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei in Bezug auf die Migrations- und Flüchtlingskrise.

Über ein bilaterales Treffen Putins mit Obama war vor dem Gipfel viel spekuliert worden. Am 16. November gab der Kreml bekannt, dass es zwar ein Treffen gegeben habe, dieses *„konstruktiv aber nicht bahnbrechend“* gewesen sei.

Das 11. G-20 Gipfeltreffen wird im Jahr 2016 in Hangzhou in China stattfinden.

Studien und Berichte

UNHCR, Halbjahresbericht 2015

Am 18. Dezember legte UNHCR seinen Halbjahresbericht 2015 vor. Der Bericht, der Jänner bis Juni 2015 abdeckt, umfasst globale Zahlen zu Flucht und Vertreibung aufgrund von Konflikt und Verfolgung. Grundsätzlich zeigt der Bericht sowohl bei Flüchtlingen als auch bei Asylsuchenden und Binnenvertriebenen alarmierende Zunahmen.

Die weltweite Anzahl an Flüchtlingen (2014: 19,5 Mill.), überschritt Mitte 2015 mit 20,2 Mill. Menschen zum ersten Mal seit 1992 die 20-Millionen-Grenze.

Etwa 840.000 Menschen mussten im ersten Halbjahr 2015 fliehen; dies entspricht rund 4.600 neuen Flüchtlingen pro Tag. Der Krieg in Syrien ist weiterhin die weltweite Hauptursache für den Strom an neuen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen. Der Bericht zeigt allerdings auch, dass selbst ohne den Syrienkrieg Flucht und Vertreibung zunehmen.

Die Zahl der Binnenvertriebenen (Binnenvertriebene, die UNHCR unterstützt, die Gesamtzahl an Binnenvertriebenen weltweit wird erst Mitte 2016 verfügbar sein) betrug rund 34 Mill. Menschen (2014; ca. 32 Mill.).

Ausgehend von diesen Zahlen befürchtet UNHCR, dass 2015 erstmals weltweit mehr als 60 Mill. Menschen Opfer von Flucht und Vertreibung sein werden. Einer von 122 Menschen wäre demnach auf der Flucht.

Die Asylanträge stiegen um 78% (gesamt: 993.600 Anträge) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. In Deutschland wurden in der ersten Jahreshälfte 2015 mit 159.000 die meisten Asylanträge weltweit gestellt; es sind dies fast genauso viele wie für das gesamte Jahr 2014. An 2. Stelle folgt Russland; die meisten der knapp 100.000 Antragsteller flohen vor dem Konflikt in der Ukraine.

Der Bericht zeigt weiteres auf, dass die Anzahl freiwilliger Rückkehrer auf dem niedrigsten Stand seit drei Jahrzehnten mit ca. 84.000 Menschen ist (2014: 107.000).

In absoluten Zahlen nahm die Türkei bis 30. Juni mit 1,84 Mill. die meisten Flüchtlinge unter UNHCR-Mandat auf (Palästinenser fallen unter das Mandat von UNRWA). Die meisten Flüchtlinge pro Kopf sind im Libanon mit 209 Flüchtlingen pro 1.000 Einwohner. Mit 469 Flüchtlingen pro Dollar des Bruttoinlandsprodukts trägt Äthiopien in Relation zu seiner Wirtschaftskraft die größte Last.

Welthunger-Index 2015

Am 12. Oktober wurde der diesjährige, knapp 50seitige Welthunger-Index (WHI) veröffentlicht. Für die Studie

analysierte das Internationale Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik (Ifpri), Concern Worldwide und die Welthungerhilfe Daten aus 117 Ländern. Der Welthunger-Index beruht auf vier Indikatoren. Diese zeigen in einem beobachteten Gebiet den jeweiligen Prozent-Anteil von

- Unterernährten an der Gesamtbevölkerung. Als Unterernährte werden hierbei Menschen verstanden, die ihren Kalorienbedarf nach der Definition der FAO nicht decken können,
- Kindern unter fünf Jahren, die an Auszehrung leiden (Zeichen akuter Unterernährung),
- Kindern unter fünf Jahren, die an Wachstumsverzögerung leiden (Zeichen chronischer Unterernährung) und
- der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren. Dieser Indikator spiegelt das Zusammenwirken von mangelnder Nährstoffversorgung und einem schlechten gesundheitlichen Umfeld wider.

Der heuer zum zehnten Mal erschienene Index zeigt auf, dass der Hunger in den Entwicklungsländern seit 2000 um mehr als ein Viertel zurückgegangen ist, dennoch weltweit etwa 795 Mill. Menschen unterernährt sind. Insbesondere betroffen seien Kinder: So ist jedes vierte Kind von Wachstumsverzögerungen betroffen, 9% aller Kinder leiden unter akuter Unterernährung. Die WHI-Werte der verschiedenen Länder und Regionen weisen große Unterschiede auf. Regional sind die höchsten WHI-Werte noch immer in Afrika südlich der Sahara und in Südasien zu finden. Obwohl dort seit dem Jahr 2000 die größten absoluten Fortschritte erzielt werden konnten, leiden diese beiden Regionen auch heute noch unter einer „ernsten“ Hungersituation. In 52 der 117 Länder ist die Lage noch immer „ernst“ oder „sehr ernst“. Der Großteil der acht Länder mit „sehr ernsten“ WHI-Werten liegt in Afrika südlich der Sahara. Zwar wurde in diesem Jahr die Hungersituation in keinem Land als „gravierend“ eingeschätzt, dennoch könnte ein solch hohes Hungerniveau nach wie vor möglich sein. Das größte Hungerproblem wurde für die Zentralafrikanische Republik, für den Tschad und Sambia ermittelt. Wegen fehlender aktueller Daten zur Unterernährung finden sich Länder wie Eritrea, Burundi oder der Sudan, die 2014 sehr hohe Hunger-Werte hatten, nicht im Index 2015.

Der Index hebt hervor, dass es seit dem Ende des 20. Jahrhunderts keine katastrophalen Hungersnöte mehr gegeben habe. Weiteres wird betont, dass bewaffnete Konflikte und Hunger in einem engen Zusammenhang stehen. Zumeist seien bewaffnete Konflikte die Ursache von Hunger, heißt es in dem Bericht. Die Länder, die sich im Krieg befinden oder in denen ein Krieg jüngst beendet wurde, tendieren dazu, die höchsten WHI-Werte aufzuweisen.

Ein Vergleich der WHI-Werte der Jahre 2000 und 2015 zeigt, dass 17 Länder ihre Werte um 50% oder mehr reduzieren konnten. Die zehn Länder, die die größten prozentualen Rückgänge erzielten, sind Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, die Mongolei, Peru, die Ukraine und Venezuela. Absolut gesehen konnten Ruanda, Angola und Äthiopien ihre Werte zwischen dem WHI 2000 und dem WHI 2015 am stärksten reduzieren. Trotz der zurückgegangenen Kennzahlen bleibt die Hungersituation in diesen Ländern aber kritisch.

Integrationsbericht 2015

Am 16. Juli wurde der mehr als 120 Seiten umfassende Integrationsbericht, welcher von der Statistik Austria und der Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften erstellt wurde, präsentiert. Zentrale Themen des seit 2011 erscheinenden Berichts sind Zahlen und Fakten zu Themen wie u.a. Zuwanderung, Sprache und Bildung von Migranten, Arbeitsmarkt und Qualifikation, Sicherheit/Kriminalität, Gesundheit sowie der Identifikation von Zuwanderern mit Österreich. Gemäß dem Bericht lebten 2014 rund 1,7 Mill. Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich (20,4%), um 90.000 mehr als 2013. Etwa 1,25 Mill. Menschen gehören der „ersten Generation“ an, d.h. sie wurden selbst im Ausland geboren und sind nach Österreich zugezogen. Die verbleibenden rund 460.000 Personen mit Migrationshintergrund sind in Österreich geborene Nachkommen von Eltern mit ausländischem Geburtsort („zweite Generation“).

Im Jahr 2014 wanderten rund 170.100 Personen nach Österreich zu, während zugleich knapp 97.800 das Land verließen. Hieraus ergab sich eine Netto-Zuwanderung von rund 72.300 Personen. Im Vergleich zu 2013 blieb die Abwanderung gleich, während sich die Zuwanderung um 12% und die Netto-Zuwanderung sogar um 32% erhöhte. Mit 20.700 Zuzügen hatte erstmals Rumänien den größten Anteil, gefolgt von Deutschland (16.800) und Ungarn (14.500). Der Anteil der Zugewanderten aus Drittstaaten blieb bei rund einem Drittel (insgesamt 59.000). Darunter war die Zuwanderung von rund 16.100 Bürger des ehemaligen Jugoslawien (außerhalb der EU) zahlenmäßig am bedeutsamsten.

Der Bericht merkt an, dass das an sich verbessernde Integrationsklima 2015 einen Rückschlag erlitten hätte. Zurückgeführt wird dies auf die Medienberichte zum „Islamischen Staat“ sowie die Morde in der Redaktion von Charlie Hebdo knapp zwei Monate vor der Befragung. Trotzdem habe sich das Integrationsklima im langfristigen Vergleich signifikant verbessert. Im ersten Jahr des Integrationsmonitorings war die Einschätzung der Mehrheitsbevölkerung deutlich

pessimistischer als 2015. 2010 meinten lediglich 31%, die Integration funktioniere „sehr gut“ oder „eher gut“, 2015 waren es fast 41%. Und 2010 hatten nur 12 % den Eindruck, das Zusammenleben verbessere sich, 2015 waren es 18% gewesen.

Die überwiegende Mehrheit der Personen in Österreich mit Migrationshintergrund (ca. 90%) fühlt sich „völlig heimisch“ oder „eher heimisch“. Seit 2010 verstärkte sich das Gefühl der zugewanderten Bevölkerung, in Österreich völlig heimisch zu sein um rund 11%. Umgekehrt verringerte sich die Selbsteinschätzung, in Österreich überhaupt nicht zu Hause zu sein, von rund 6% auf unter 3%. 70% aller Befragten mit Migrationshintergrund gaben an, sich Österreich mehr zugehörig zu fühlen, als dem Staat, aus dem die befragte Person (oder deren Eltern) stammen.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist zu 85% mit der Art und Weise, wie die meisten Menschen in Österreich ihr Leben führen, und den Werten und Zielen, nach denen die Menschen ihr Leben ausrichten, sehr oder im Großen und Ganzen einverstanden (2010: 78%).

Bericht über die Millenniumsentwicklungsziele 2015

Am 6. Juli veröffentlichte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon den abschließenden 75seitigen Bericht über die sogenannten Millenniumsentwicklungsziele (MDG). Die MDG gehen auf den sogenannten Millenniumsgipfel im Jahr 2000 in New York zurück (Infobox).

Im Wesentlichen zog er eine gemischte Bilanz, indem er meinte, dass die Welt im Kampf gegen Not und Elend große Fortschritte gemacht habe, dennoch aber noch immer Milliarden Menschen ein Leben unter erbärmlichen Bedingungen fristen müssten. *"Der Fortschritt ist ungleich gewesen"*, hielt er fest. Die Weltgemeinschaft müsse ihre Anstrengungen intensivieren, um *„niemanden zurückzulassen"*. Ermutigend, aber zugleich schockierend seien die Statistiken zur Kindersterblichkeit: Starben 1990 noch schätzungsweise 12,7 Mill. Mädchen und Jungen im Alter unter fünf Jahren, so werden es 2015 rund sechs Millionen tote Kinder unter fünf Jahre sein. Zwar kann man von *„Fortschritt"* reden, doch die Opferzahl bleibe ein Skandal.

Besonders mit Blick auf das Ziel "Beseitigung der extremen Armut", gab sich Ki-moon zufrieden: Laut UNO ist die Welt diesem Ziel ein gutes Stück nähergekommen. Konkret sollte der Anteil der Menschen an der Weltbevölkerung, die weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag zur Verfügung haben, zwischen 1990 und 2015 halbiert werden. Diese Menschen gelten als "extrem arm". Gemäß UNO verfügten 1990 noch 1,9 Mrd. Menschen über weniger als 1,25 US-Dollar pro

Tag. Bis ins Jahr 2015 sank die Zahl der extrem Armen auf rund 840 Mill. Menschen.

Millenniumsentwicklungsziele

Am 9. September 2000 beschlossen 189 Mitgliedsstaaten der UNO im Nachfeld der 55. Generalversammlung der UNO („Millennium-Gipfel“), die vom 6. bis 8. September 2000 in New York stattfand, die sogenannte Millenniumserklärung. Die Millennium Development Goals (MDG) wurden aus der Millenniumserklärung abgeleitet. Es sind dies ein Katalog mit konkreten und verpflichtenden Ziel- und Zeitvorgaben für alle Mitgliedsstaaten und dem übergeordneten Ziel, die Armut in der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Vier programmatische Handlungsfelder bilden den Rahmen der MDG: 1. Frieden, Sicherheit, Abrüstung; 2. Entwicklung und Armutsbekämpfung; 3. Schutz der gemeinsamen Umwelt; 4. Menschenrechte, Demokratie und Good Governance. Die acht MDG sind:

- Bekämpfung von extremer Armut und Hunger
- Grundschulbildung für alle
- Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
- Senkung der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheitsvorsorge für Mütter
- Bekämpfung von HIV, AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
- Ökologische Nachhaltigkeit
- Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung.

MDG 1 bis 7 richten sich primär an die Entwicklungsländer selbst. So u.a., dass finanzielle Mittel für die Armen einzusetzen, die Korruption zu bekämpfen und Gleichberechtigung und demokratische Prozesse zu fördern sind. Ziel 8 verpflichtet hingegen die Industrieländer dazu, sich für eine Gleichberechtigung aller Länder einzusetzen. Dies beispielsweise durch mehr Geld für eine bessere Entwicklungshilfe, Schuldenerlässe, Abbau von Handelshemmnissen oder die Unterstützung von Regierungen, die die Armut bekämpfen.

Um die Erreichung dieser Ziele messbar zu machen, wurden 18 Unterpunkte und 48 Indikatoren sowie das Jahr 1990 als Basis- und 2015 als Zieljahr festgelegt.

Ki-moon berichtet auch, dass die Welt mehr Menschen ernähren kann und dass die Zahl der Hungernden in den armen Ländern von 1990 bis heute zurückging. Allerdings leiden noch immer gut 800 Mill. Menschen an Unterernährung.

Überhaupt hätten noch zu viele Menschen wegen ihres Geschlechts, ihres Alters, aufgrund von Behinderungen oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit keine Chance auf ein Leben ohne massive materielle Benachteiligung. Auch die vielen Konflikte und der Klimawandel würden den Fortschritt massiv hemmen. Weitere alarmierende Fakten seien, dass rund 880 Mill. Menschen in Slums hausten und etwa 2,4 Mrd. Männer, Frauen und Kinder keinen Zugang zu ordentlichen sanitären Einrichtungen haben würden.

Ende September 2015 wurden auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in New York von den 193 Mitgliedsstaaten der UNO die MDG durch die 17 einstimmig verabschiedeten weltweiten Sustainable Development Goals (SDG) ergänzt, wonach unter Anderem bis 2030 Armut und Hunger weltweit verschwunden sein sollen.

Global Peace Index 2015

Anfang Juli präsentierte das Institute for Economics and Peace (IEP) seinen jährlichen Global Peace Index (GPI). Insgesamt werden in 162 Ländern 23 Einzelindikatoren gemessen und analysiert, z.B. Verteidigungsausgaben, terroristische Anschläge, inhaftierte Personen, Kriminalitätsraten, Fragen der sozialen Sicherheit, Korruption, Medienfreiheit, Institutionen und Regierungen. Eine der Grundaussagen ist, dass weltweit die Anzahl an Todesopfern in Konflikten von 49.000 im Jahr 2010 auf 180.000 im Jahr 2014 stieg. Eine weitere, dass die Zahl der Terroropfer steigt: Allein im vergangenen Jahr wurden 20.000 Menschen weltweit durch Terroranschläge getötet. Vor zehn Jahren waren es 2.000 gewesen.

Island behält seinen Status als friedlichstes Land der Erde. Syrien, das 2014 Afghanistan vom letzten Platz verwies, gilt weiterhin als das weltweit unfriedlichste Land. Der Nahe Osten und Nordafrika sind erneut die am meisten von Konflikten und Gewalt betroffenen Regionen, wobei der Bericht die deutlichste Verschlechterung in Libyen feststellt.

Die friedlichste Region der Welt bleibt auch weiterhin Europa. Hier finden sich neben Island auch die zwei weiteren der drei friedlichsten Länder der Erde, nämlich Dänemark und Österreich.

Den letzten Platz im Länderranking belegt weiterhin, wie oben erwähnt, Syrien, davor liegen der Irak und Afghanistan. Russlands Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine ließen die Ukraine im Ranking abstürzen. Der Report sieht hier auch wenig Hoffnung für die Zukunft: „Der gesteigerte Wettbewerb zwischen

Russland und dem Westen vergrößert die Wahrscheinlichkeit weiterer Konflikte in der Region in den kommenden Jahren“.

Rang	Staat
1	Island (1)
2	Dänemark (2)
3	Österreich (3)
4	Neuseeland (4)
5	Schweiz (5)
6	Finnland (6)
7	Kanada (7)
8	Japan (8)
9	Australien (15)
10	Tschechische Republik (11)

Übersicht: Die 10 friedlichsten Länder (in Klammern die Platzierung von 2014)

Rang	Staat
1	Syrien (1)
2	Irak (4)
3	Afghanistan (2)
4	Südsudan (3)
5	Zentralafrikanische Republik (7)
6	Somalia (5)
7	Sudan (6)
8	Demokratische Republik Kongo (8)
9	Pakistan (9)
10	Nordkorea (10)

Übersicht: Die 10 unfriedlichsten Länder (in Klammern die Platzierung von 2014)

„Quantifying Global International Migration Flows“

Bereits 2014 veröffentlichten Nikola Sander (Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien), Guy Abel und Ramon Bauer in „Science“ eine Studie, die, in Fünfjahresschritten gegliedert, dem sogenannten "Global Flow of People" nachgeht. Nunmehr liegt auch eine Infographik zur Studie vor (<http://www.global-migration.info/>).

Die Zahlen, auf denen die Studie basiert, beruhen auf statistischen Modellen, die auf Daten der UNO aufbauen. Unter Berücksichtigung der UNHCR-Schätzung, wonach 2014 insgesamt 2,9 Mill. Menschen in ein anderes Land geflohen sind, geht man davon aus, dass der globale Flüchtlingsanteil unter 15% aller Migrationsbewegungen liegt. Die Flüchtlingsbewegungen, die der Krieg in Syrien auslöst, seien dabei durchaus mit dem Bürgerkrieg in Ruanda Anfang der 1990er Jahre vergleichbar. Die Autoren kommen zu dem grundsätzlichen Schluss, dass nicht die zunehmende Globalisierung an sich, sondern Phänomene wie der Zerfall der Sowjetunion, das Ende des sowjetisch-afghanischen Krieges oder der

Bürgerkrieg in Ruanda die Auslöser großer Migrationsströme zu Beginn der 1990er Jahre waren. Als weitere, spätere Auslöser nennen sie die Konflikte im Südsudan, die Masseneinwanderung von Menschen aus Simbabwe in Südafrika oder den Zustrom von Arbeitern aus Indien, Nepal oder Bangladesch in die arabischen Staaten.

Zwischen 1990 und 1995 emigrierten demnach 41,5 Mill. Menschen, 1995 bis 2000 waren es rund sieben Mill. weniger, bevor der Wert zwischen 2005 bis 2010 erneut anstieg und 41,5 Mill. erreichte. Gemessen an der Gesamtbevölkerung der Erde sank der Anteil der Migranten pro Fünfjahresintervall damit von 0,75 auf 0,61%. Der Gesamtanteil von nicht im Geburtsland lebenden Menschen beträgt dagegen laut UNO etwa 3%.

In Bezug auf Syrien stellt die Studie fest, dass es keinesfalls so wäre, dass hierdurch die Werte der globalen Migrationsbewegungen auf den Kopf gestellt würden. Nach Europa seien anfangs überwiegend eher gebildete Syrer gekommen, weil diese über die nötigen Ressourcen verfügt hätten. Mittlerweile weite sich dies angesichts der fehlenden Hoffnung auf ein Kriegsende auf weitere Bevölkerungsschichten aus. Ziel seien vor allem Länder mit bestehenden Communities.

Die traditionell großen Migrationsziele Nordamerika, Europa und Australien qualifizieren sich neben ihrer relativ stabilen politischen Situation und bereits vorhandener Diaspora natürlich auch mit wirtschaftlichen Faktoren. Auffällig sei, dass keineswegs Menschen aus den ärmsten direkt in die reichsten Länder emigrierten. Der globale Trend zeige, dass Auswanderer die Einkommensleiter Stufe für Stufe hochsteigen würden.

Angesichts der Entwicklungen im Jahr 2015 und der Prognosen für die kommenden Jahre scheint es notwendig, zentrale Aussagen und Einschätzungen der Studie zu überprüfen.

Bildnachweis

S. 6: Foto: Pete Souza / Official White House Photo, President Barack Obama talks on the phone in the Oval Office, Oct. 5, 2015, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 license, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 7: Foto: Pete Souza / Official White House Photo, President Barack Obama meets with President Vladimir Putin of Russia on the sidelines of the G20 Summit at Regnum Carya Resort in Antalya, Turkey, Sunday, Nov. 15, 2015. National Security Advisor Susan E. Rice listens at left, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 license, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 8: Foto: Mażen AlDarrab, Prince Mohammad Bin Salam, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 9: Foto: Ernests Dinka / Saeimas Kanceleja, 2015.gada 5.marts. Starpparlamentārā konference par kopējo ārpolitiku un drošības politiku, kā arī kopējo drošības un aizsardzības politiku, lizenziert unter der Creative Commons „Namensnennung unter gleichen Bedingungen 2.0 generisch (US-amerikanisch) Lizenz, Quelle: Wikimedia Commons

S. 11: Graphik: Herwig Jedlaucnik, Bedeutungsveränderung internationaler Organisationen bei Einsätzen des österreichischen Bundesheeres 1960-2015

S. 12: Foto: Pete Souza / Official White House Photo, President Barack Obama meets with senior Defense Department, national security advisors and military leadership regarding the campaign against ISIL, at the Pentagon in Arlington, Va., July 6, 2015, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 license, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 13: Graphik: Continuum of Conflict, Joint Chiefs of Staff, The United States Military's Contribution To National Security, June 2015, S. 4, Public domain, Quelle: <http://www.jcs.mil/>

S. 14: Graphik: The Integrated Approach, Joint Chiefs of Staff, The United States Military's Contribution To National Security, June 2015, S. 6, Public domain, Quelle: <http://www.jcs.mil/>

S. 15: Foto: Hillary for Iowa, Hillary Clinton at an early campaign event in Iowa in April 2015, lizenziert unter der Creative Commons „Namensnennung 2.0 generisch“ (US-amerikanisch) Lizenz, Quelle: Wikimedia Commons

S. 16: Foto: Gage Skidmore, Donald Trump speaking at CPAC in Washington D.C. on February 10, 2011, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 16: Foto: Ted Cruz for Senate, Ted Cruz, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 17: Graphik: President Obama delivered his final State of the Union address on January 12th, 2016, Public domain, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 18: Graphik: President Obama delivered his final State of the Union address on January 12th, 2016, Public domain, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 18: Graphik: President Obama delivered his final State of the Union address on January 12th, 2016, Public domain, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 22: Foto: Maya-Anaïs Yatağhène, Camion de police devant la salle du Bataclan, le lendemain des attaques terroristes. lizenziert unter der Creative-Commons „Namensnennung 2.0 generisch“ (US-amerikanisch) Lizenz, Quelle: Wikimedia Commons

S. 23: Foto: Mass Communication Specialist 2nd Class John Philip Wagner/U.S. Navy, A French Rafale Marine aircraft of Squadron 11F deployed aboard the French nuclear powered aircraft carrier Charles de Gaulle (CDG) prepares to land during carrier qualifications aboard the U.S. nuclear powered aircraft carrier USS Carl Vinson (CVN 70). Carl Vinson is deployed as part of the Carl Vinson Strike Group supporting maritime security operations, strike operations in Iraq and Syria as directed, and theater security cooperation efforts in the U.S. 5th Fleet area of responsibility, Public domain, Quelle: <https://www.facebook.com/NAVCENT.C5F/>

- S. 28: Foto: Mohamed Ali Mbenni, Réfugiés du Bangladesh au Camps de Choucha – Tunisie, lizenziert unter der Creative Commons „Namensnennung 2.0 generisch Lizenz, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 28: Foto: Ggia, Σύροι και Ιρακινοί πρόσφυγες φτάνουν στην Σκάλα Σακαμιάς Αέσθου από την Τουρκία (30.10.2015), licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 29: Foto: State Department, A close-up view of the Za'atri camp in Jordan for Syrian refugees as seen on July 18, 2013, from a helicopter carrying U.S. Secretary of State John Kerry and Jordanian Foreign Minister Nasser Judeh, Public domain, Quelle: www.flickr.com
- S. 29: Foto: Joachim Seidler, Flüchtlinge auf der ungarischen Autobahn M1 auf ihrem Fußmarsch zur österreichischen Grenze, lizenziert unter Creative Commons „Namensnennung 2.0 generisch (US-amerikanisch) Lizenz, Quelle: www.flickr.com
- S. 30: Foto: Mstyslav Chernov, Syrian refugees strike in front of Budapest Keleti railway station. Refugee crisis. Budapest, Hungary, Central Europe, 3 September 2015, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 30: Graphik: Flüchtlinge Willkommen, CC0 Public domain - Freie kommerzielle Nutzung, Quelle: <https://pixabay.com>
- S. 31: Foto: Irish Defence Forces, Irish Naval personnel from the LÉ Eithne (P31) rescuing migrants as part of Operation Triton, lizenziert unter Creative Commons „Namensnennung 2.0 generisch (US-amerikanisch) Lizenz, Quelle: www.flickr.com
- S. 32: Foto: Ministry of Defence of the Republic of Slovenia, Slovenska vojska pri reševanju migrantske situacije z več zmogljivostmi (22.10.2015), licenced under the terms of the Creative Commons Attribution 3.0-license, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 34: Foto: Raimond Spekking, Flashmob gegen Männergewalt auf der Treppe vom Bahnhofsvorplatz Köln hoch zum Kölner Dom in Reaktion auf die sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht 2015/2016, licensed under Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license,, Quelle: Wikimedia Commons
- S. 34: Foto: BMeiA, Arbeitsbesuch von Bundesminister Sebastian Kurz in Mazedonien. Besuch der Flüchtlingsströme am Grenzübergang Gevgelija. Mazedonien, 24.08.2015, Foto: Dragan Tatic, licensed under Creative Commons Lizenz „Namensnennung 2.0 generisch (US-amerikanisch) lizenziert, Quelle: www.flickr.com
- S. 38: Foto: The NATO Secretary General and North Atlantic Council visit Trident Juncture 2015 in Spain (04 Nov. 2015), Quelle: www.nato.int
- S. 41: Foto: Senior NATO military officials visit Finland (27 Nov. 2015), Quelle: www.nato.int
- S. 42: Foto: Russian Presidential Executive Office, Russian Presidential Executive Office, Host Photo Agency BRICS and SCO summits, Meeting of the BRICS leaders with heads of guest countries – members of the Shanghai Cooperation Organisation and the Eurasian Economic Union, licensed under Creative Commons Attribution 4.0 International licence, Quelle: <http://en.kremlin.ru/>
- S. 43: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation, Russian aviation made strikes on the ISIS oil storages, licensed under Creative Commons Attribution 4.0, Quelle: <http://eng.syria.mil.ru/>
- S. 44: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation, Launches of cruise missiles from Tu-160 aircraft against terrorists in Syria, licensed under Creative Commons Attribution 4.0, Quelle: <http://eng.syria.mil.ru/>
- S. 44: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation, Massive airstrike with OFAB-250-270 bombs carried out by Tu-22M3 long-range bombers, licensed under Creative Commons Attribution 4.0, Quelle: <http://eng.syria.mil.ru/>
- S. 45: Foto: Russian Presidential Executive Office, Пресс-служба Президента Российской Федерации, Президент России Владимир Путин с Президентом Франции Франсуа Олландом (26 November 2015), licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 License. Quelle: www.kremlin.ru

S. 45: Foto: Russian Presidential Executive Office, Visit to Research and Production Corporation Uralvagonzavod, licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 License, Quelle: www.kremlin.ru

S. 46: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation, Massive strike with cruise missiles Kalibr-NK was made from the water zone of the Caspian Sea against terrorist objects in Raqqah, Idlib and Aleppo provinces, licensed under Creative Commons Attribution 4.0, Quelle: <http://eng.syria.mil.ru/>

S. 47: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation, Permanent Russian naval group in the Mediterranean provides air defence over Syria, licensed under Creative Commons Attribution 4.0, Quelle: <http://eng.syria.mil.ru/>

S. 47: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation, Meeting ceremony of the aircraft with the body of the Hero of the Russia, Commander of the Su-24M Lieutenant Colonel Oleg Peshkov (Chkalovsky airfield, Moscow Region) , licensed under Creative Commons Attribution 4.0, Quelle: <http://eng.syria.mil.ru/>

S. 50: Foto: Cabinet Public Relations Office of Japan / Ministry of Foreign Affairs of Japan, Japan-China Summit Meeting at Jakarta on April 22, 2015, Public domain, Quelle: Website of the Ministry of Foreign Affairs of Japan (http://www.mofa.go.jp/a_o/c_m1/cn/page1e_000041.html)

S. 51: Graphik: Unbekannt, RCEP Members, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 52: Foto: CSIS Asia Maritime Transparency Initiative / DigitalGlobe, Fiercy Cross Reef, courtesy of AMTI/CSIS, Quelle: <http://amti.csis.org/>

S. 52: Foto: Simon Yang, Liaoning aircraft carrier inducted in Dalian in September 2012, lizenziert unter der Creative-Commons-„Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 generisch“ (US-amerikanisch) Lizenz, Quelle: Wikimedia Commons

S. 54: Foto: Ralph Scott/Missile Defense Agency/U.S. Department of Defense, Terminal High Altitude Area Defense (THAAD) interceptors launched during a successful intercept test, Public domain, Quelle: [flickr.com](https://www.flickr.com/photos/rscott/)

S. 55: Foto: Unbekannt, Prime Minister, Narendra Modi with the Prime Minister of Pakistan, Nawaz Sharif, in New Delhi, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 56: Screenshot: IS Propagandavideo, Quelle: Youtube

S. 56: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation, Combat sortie of Su-24M from Hmeymim airbase aimed to eliminate terrorists' objects in Syria, licensed under Creative Commons Attribution 4.0, Quelle: <http://eng.syria.mil.ru/>

S. 57: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation, Russian aircraft destroyed armored vehicles of terrorists, licensed under Creative Commons Attribution 4.0, Quelle: <http://eng.syria.mil.ru/>

S. 57: Foto: Ibrahim Qasim, Air strike in Sana'a on 11 May 2015, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 58: Foto: Glenn Fawcett/DoD, U.S. Defense Secretary Ash Carter places his hand over his heart as the national anthem plays during an honor cordon to welcome Saudi Defense Minister Mohammed bin Salman Al Saud to the Pentagon, May 13, 2015, Public domain, Quelle: <http://www.defense.gov/>

S. 59: Foto: Russian Presidential Executive Office, Signing of Russian-Iranian documents. With President of Iran Hassan Rouhani, licensed under Creative Commons Attribution 4.0 International licence, Quelle: <http://en.kremlin.ru/>

S. 59: Foto: Glenn Fawcett / US DoD, President Barack Obama hosts a meeting with President of Turkey Recep Tayyip Erdoğan during the NATO summit held in Newport, Wales, September 5, 2014, Public domain, Quelle: [www.flickr.com](https://www.flickr.com/photos/gfawcett/)

S. 60: Foto: Israelische Polizei, Grenzpolizei bewacht die Szene des Angriffs am Morgen des 13. Oktober 2015 in Jerusalem, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 61: Foto: *ينطسلفل دمحم*, Near Beit El - north of Ramallah 10.10.2015, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 62: Foto: *Valter Campanato/Agência Brasil*, A presidenta Dilma Rousseff recebe do presidente da Venezuela, Nicolás Maduro, um quadro do ex-presidente Hugo Chávez, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 Brazil license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 66: Foto: *Dicaprio-14*, Presidente Mauricio Macri, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 67: Foto: *Comando Michelle Bachelet*, Foto de campaña (recortada) de Michelle Bachelet para la elección presidencial de 2013 en Chile, lizenziert unter der Creative-Commons „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Chile“-Lizenz, Quelle: Wikimedia Commons

S. 68: Foto: *Government.ru*, President of the Council of State and the Council of Ministers of Cuba Raúl Castro — at a meeting with Russian Prime Minister Dmitry Medvedev, lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung 4.0 international“, Quelle: Wikimedia Commons

S. 70: Foto: *Pete Souza /Official White House Photo*, President Barack Obama and Members of Congress view "Lucy," the 3.2 million year old fossilized bones of a human ancestor, at the National Palace in Addis Ababa, Ethiopia, July 27, 2015. Zeresenay Alemseged, an Ethiopian paleoanthropologist, explains the fossil, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 license, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 72: Graphik: *TUBS*, Central African Republic on the globe, lizenziert unter der Creative-Commons „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portiert“-Lizenz, Quelle: Wikimedia Commons

S. 72: Screenshot: *Boko Haram Propagandavideo*, Quelle: Twitter

S. 73: Foto: *U.S. Department of State*, U.S. Secretary of State John Kerry sits with retired Major-General Muhammadu Buhari, who is challenging Nigerian President Goodluck Jonathan for re-election, at the U.S. Consulate General's Residence in Lagos, Nigeria, during a series of meetings in Lagos on January 25, 2015, urging both candidates accepting the results of their upcoming general-election vote, Public domain, Quelle: Wikimedia Commons

S. 73: Foto: *Amanda Lucidon /Official White House Photo*, President Barack Obama and First Lady Michelle Obama greet Mr. Jacob Zuma President of the Republic of South Africa, and Mrs. Nompumelelo Primrose Zuma, in the Blue Room during a U.S.-Africa Leaders Summit dinner at the White House, Aug. 5, 2014, licensed under the Creative Commons Attribution 3.0 license, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 74: Graphik: *Die Arbeitslosigkeit ist auch in Südafrika vor allem unter den Jugendlichen sehr hoch; auch die Matura („Matric“) garantiert keineswegs einen sicheren Job* (Karikatur Findlay, 6. Jänner 2016), courtesy of eNews Channel Africa, Quelle: enca.com

S. 74: Foto: *Cai Tjeenk Willink*, Mountain gorillas in Virunga National Park, DR Congo, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 77: Graphik: *Euro – Stapel – Geld – Währung*, CC0 Public domain - Freie kommerzielle Nutzung, Quelle: <https://pixabay.com>

S. 78: Graphik: *Kugel – Euro – Wirtschaft*, CC0 Public domain - Freie kommerzielle Nutzung, Quelle: <https://pixabay.com>

S. 81: Graphik: *Hervig Jedlaucnik*, Ölpreisentwicklung (Brent) in US-Dollar 05/2014 – 12/2015

Anm.: Status für alle URL: 28.01.2015

Autoren

Mag. Dr. Rastislav BACHORA, eMA
Lukas BITTNER, BA

Russland und der zentralasiatische Raum

Mag. Dr. Gerald BRETTNER-MESSLER

Der indopazifische Raum

Dr. Gunther HAUSER

Europa und die EU

Mag. Herwig JEDLAUCNIK, MBA

Fragile Weltwirtschaft. Fakten und Trends zur globalen
ökonomischen Entwicklung

Sicherheitspolitische und strategische Konsequenzen
europäischer und nationaler Flüchtlingspolitik

Die strategischen Herausforderungen eines schwachen
Europas

Dr. Otto NADERER

Die NATO und ihre Partner

Dr. Thomas PANKRATZ

Konferenzen und Abkommen

Studien und Berichte

Georg PLATTNER, BA

Der Nahe Osten als globale Herausforderung

Univ.Doiz. Dr. Erwin A. SCHMIDL

Vorwort

Afrika südlich der Sahara

Mag. Dr. Felix SCHNEIDER

Weltmacht USA

Mag. Franz SITZWOHL

Links-rechts Schwenk in Lateinamerika?

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss

